

PAPERS

HELMA CHRENKO, ACHIM WAHL

**DIE EUROPÄISCHE UNION
UND DIE LATEIN-
AMERIKANISCHE LINKE**

Helma Chrenko, Achim Wahl

Die Europäische Union und die lateinamerikanische Linke

Berlin, August 2009

Impressum

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

www.rosalux.de

Die Europäische Union und die lateinamerikanische Linke

Einleitung	7
I. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika und die lateinamerikanische Linke	9
1. Die Entwicklung der Beziehungen der Europäischen Union zu Lateinamerika	9
2. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika, insbesondere dem MERCOSUR	11
3. Die Grundlinien der Politik der Europäischen Union in den Beziehungen zu Lateinamerika in der Gegenwart	13
4. Kritische Analyse der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika aus linker Sicht	16
5. Die Beziehungen der europäischen/deutschen Linken zur Linken Lateinamerikas	25
II. Die Linke Lateinamerikas, Entwicklung, Charakteristik, Strategien und Potentiale	28
1. Die Linkskräfte in Lateinamerika zu Beginn des XXI. Jahrhunderts – Die Entstehung und Entwicklung einer pluralen „neuen Linken“	28
2. Die politischen Parteien des linken Spektrums	30
- <i>Umformierungen und Neuorientierungen</i>	
- <i>Die Entwicklung der Zusammenarbeit der politischen Kräfte der Linken im Forum von São Paulo</i>	
- <i>Die Abgrenzung von überlieferten Erfahrungen, „Lehren“ und „Modellen“ – die Suche nach einem „lateinamerikanischen Denken“</i>	
3. Die sozialen Bewegungen Lateinamerikas – ihr politisches und transformatorisches Potential	40
- <i>Entstehung und Entwicklung der sozialen Bewegungen in der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus</i>	
- <i>Wesen und Potentiale der „sozialen Linken“</i>	
- <i>Die politische Rolle der sozialen Bewegungen</i>	
- <i>Die Diskriminierung der sozialen Bewegungen</i>	
- <i>Das transformatorische Potential der sozialen Bewegungen</i>	

4. Indigene Bewegungen als neue politische Akteure	53
<ul style="list-style-type: none"> - <i>Die Diskriminierung der Nachfahren der Ureinwohner</i> - <i>Die Formierung des indigenen Widerstandes und sein Inhalt</i> - <i>Der Kampf der indigenen Völker und die Linke</i> - <i>Die Potentiale der indigenen Bewegung für den Kampf um eine neue Gesellschaft</i> 	
5. Die Erfolge linker Kräfte im Ergebnis demokratischer Wahlen und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung in Lateinamerika	60
<ul style="list-style-type: none"> - <i>Veränderung von Kräfteverhältnissen</i> - <i>Inhalte linker Regierungspolitik in der Gegenwart</i> - <i>Widersprüchlichkeit und Herausforderungen der gegenwärtigen Phase</i> - <i>Der Bolivarische Prozess in Venezuela und die Impulse für eine neue Form der regionalen Integration</i> - <i>Die Entwicklung in Brasilien und die Ergebnisse der Regierung Lula</i> 	
III. Die Herausbildung eines neuen Kräfteverhältnisses auf dem Kontinent und die geopolitische Dimension der Veränderungen in Lateinamerika	81
1. Politische Veränderungen und Differenzierungen in Lateinamerika	83
<ul style="list-style-type: none"> - <i>Unterschiedliche Entwicklungstendenzen</i> - <i>Konflikte zwischen lateinamerikanischen Ländern</i> - <i>Besonderheiten der Lage in Mittelamerika</i> 	
2. Integrationsprojekte unterschiedlichen Charakters	90
3. Die veränderte Situation Lateinamerikas in der Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts	93
<ul style="list-style-type: none"> - <i>Eine neue lateinamerikanische Diplomatie</i> - <i>Die weltwirtschaftliche Situation Lateinamerikas und die Auswirkungen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise</i> 	
4. Die Politik der USA gegenüber Lateinamerika, Veränderungen und Konstanten	98
<ul style="list-style-type: none"> - <i>Die Bedeutung Lateinamerikas für die USA</i> - <i>Die westliche Hemisphäre in der neuen Sicherheitsstrategie der USA</i> - <i>Obama – Hoffnungsträger auch in Lateinamerika?</i> 	
5. Die Beziehungen Chinas zu Lateinamerika	107

Einige Schlussbemerkungen 110

Anhang:
Boaventura de Sousa Santos: Eine Linke mit Zukunft
(Teilübersetzung) 113

Die Europäische Union und die lateinamerikanische Linke

Einleitung

Die weltweiten Veränderungen in den Beziehungen der Staaten und Blöcke untereinander, die tiefe Wirtschaftskrise, die das kapitalistische System erfasst hat, und die politischen und sozialen Veränderungen in Lateinamerika sind Anlass, sich eingehend mit den Beziehungen der Europäischen Union zu Lateinamerika zu befassen und dabei insbesondere die Positionen der lateinamerikanischen Linken zu berücksichtigen, der politischen und sozialen Akteure, die als Hauptmotor dieser gesellschaftlichen Veränderungen in den Ländern des Kontinents auf die Bühne getreten sind. Ein kritisches Überdenken dieser Beziehungen und das Verständnis der Veränderungsprozesse, aus denen sich ihre wachsenden Schwierigkeiten ergeben, ist vor allem für politische Kräfte erforderlich, die mit alternativen Ansprüchen gegenüber den heutigen Maximen auf internationaler Ebene an die Gestaltung einer friedlichen, vielgestaltigen und zukunftsfähigen Welt herantreten.

Lateinamerika ist aus dem Schatten seiner politischen und wirtschaftlichen Vergangenheit herausgetreten und wird zunehmend zu einem beachtenswerten Akteur auf der weltpolitischen Bühne sowie in weltwirtschaftlicher Hinsicht. Es gestaltet neuartige Beziehungen zu anderen Teilen der Welt und findet neue politische Partner auf der internationalen Ebene. Wachsende Vorbehalte und Abwehraktionen lateinamerikanischer Staaten in internationalen Gremien gegenüber der einseitigen Durchsetzung der Interessen der Industrieländer und bei der Realisierung einer Freihandelspolitik, die von den Doha-Prinzipien geprägt ist, machen darauf aufmerksam, dass in Lateinamerika neue politische Kräfte an die Spitze treten, dass dort um einen eigenständigen Entwicklungskurs gerungen wird, neue Hegemonieverhältnisse sich in den Gesellschaften durchsetzen und ein Paradigmenwechsel hin zu bisher vernachlässigten gesellschaftlichen Interessen in Gang gekommen ist.

In der Studie werden, obgleich dies hier nur in großen Zügen möglich ist, die jüngste Geschichte, gegenwärtige Entwicklungstendenzen und Praxis linker Parteien und Bewegungen in ihren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie einige aktuelle programmatische Optionen der Linkskräfte Lateinamerikas dargestellt und ihr Charakter als eine neue und plurale Linke herausgearbeitet. Dabei wird auf die bedeutende Rolle sozialer Bewegungen – der „sozialen Linken“ – und ihren Anteil an der Vorbereitung und Durchsetzung gesellschaftliche Umbrüche eingegangen und die Dialektik der Beziehungen zwischen politischen Parteien und sozialen Bewegungen beleuchtet. Es wird die Zielstellung verfolgt, den Blick vor allem auf neue Erscheinungen und Entwicklungen in der sehr widersprüchlich verlaufenden gesellschaftspolitischen Praxis in Lateinamerika zu richten.

Weiter werden Voraussetzungen der Wahlerfolge und Ergebnisse des Wirkens linker Kräfte in der Regierungsverantwortung betrachtet, Fragen der Partizipation und der Erarbeitung neuer Verfassungen in einigen Ländern berührt. Herausgearbeitet werden die unterschiedlichen Tendenzen und Kräfteverhältnisse in den Ländern mit Linksregierungen. Die Studie setzt sich auseinander mit negativen

Bewertungen der Transformationsprozesse und der darin wirkenden politischen Kräfte, wie sie aus einer von Vorurteilen geprägten Sicht insbesondere gegen die Entwicklung in Venezuela und Bolivien erhoben werden.

Besonderheiten der internationalen Situation Lateinamerikas, die Grenzen, die sie den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen setzen, und die Auseinandersetzung der Linken damit sowie neue Erscheinungen der internationalen Aktivitäten progressiver lateinamerikanischer Staaten vervollständigen den Blick auf diese Prozesse. Dargestellt werden weiter die Ziele, der gegenwärtige Stand und der unterschiedliche Charakter der regionalen Integrationsprozesse, insbesondere der ALBA-Prozess, der aus linker Position Lateinamerika auf einer solidarischen und partnerschaftlichen Basis zusammenschließen und zur Bewältigung der heutigen Herausforderungen an die gesellschaftliche Entwicklung befähigen soll.

Die Aufbrüche zu einer menschenwürdigen und zukunftsfähigen Gesellschaft können erleichtert werden, wenn sich – wie die Linke in Lateinamerika anstrebt – kooperative, partnerschaftliche Beziehungen zur Europäischen Union entwickeln, die die Interessen beider Seiten berücksichtigen, oder sie können entgegen den Interessen der Völker durch internationale Einwirkung erschwert, wenn auch, wie wir meinen, nicht aufgehalten werden.

Auf diese Herausforderungen für die internationalen Interessen Europas möchte die Studie aufmerksam machen und Ansatzpunkte für das Eingreifen der europäischen Linken aufzeigen. Für die Zukunft der internationalen Beziehungen und in mancher Hinsicht über die Potentiale für neue Entwicklungspfade der menschlichen Gesellschaft überhaupt vermitteln diese Entwicklungen schon jetzt überdenkenswerte Erfahrungen.

Abschließende Urteile über die im Fluss befindlichen Prozesse verbieten sich von selbst und sind auch nicht beabsichtigt. Die Autoren weisen auf bestimmte Entwicklungstendenzen und Perspektiven hin, die sich aus ihrer Sicht abzeichnen, sehen aber eine Hauptaufgabe darin, die Vertreter der lateinamerikanischen Linken selbst zu Wort kommen zu lassen, ihre Motivationen, Sichtweisen, Erfahrungen und Schlussfolgerungen, die in Europa oft wenig bekannt sind, zu vermitteln.

I. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika und die lateinamerikanische Linke

1. Die Entwicklung der Beziehungen der Europäischen Union zu Lateinamerika

Zwischen der EU und Lateinamerika haben sich seit Jahrzehnten kontinuierliche und relativ enge Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene entwickelt, die von Gemeinsamkeiten des historischen und kulturellen Erbes gefördert werden, aber auch außereuropäische ökonomische Interessen der EU-Länder und globalpolitisches Engagement der EU sowie Interessen der lateinamerikanischen Staaten an der Überwindung der einseitigen Bindung an die USA reflektieren. Diese Beziehungen sind seit 1974 in den Interparlamentarischen Konferenzen des Europäischen und des Lateinamerikanischen Parlaments (alle 2 Jahre) und in den Verbindungen mit dem 1987 gegründeten Mittelamerikanischen Parlament (davor im Rahmen der San-José-Konferenzen zur Unterstützung des Friedensprozesses in Mittelamerika) institutionalisiert; sie manifestieren sich auch seit 1984 in den Außenministerkonferenzen mit Mittelamerika (zuzüglich Mexiko, Kolumbien und Venezuela) und seit 1990 in den jährlichen Außenministerkonferenzen mit der Rio-Gruppe (Südamerika, Mexiko und Panama unter Teilnahme von Vertretern der mittelamerikanischen und karibischen Staaten). Es gibt zudem seit 1994 Kontakte des Europäischen Parlaments mit dem Gemeinsamen Parlamentarischen Ausschuss des MERCOSUR sowie seit 1979 mit dem Andenparlament. Die Beziehungen zu den karibischen Staaten bewegen sich im Rahmen des AKP-Systems.

Das Europäische Parlament hat in den letzten zwei Jahrzehnten die wichtigsten politischen Ereignisse und Prozesse in Lateinamerika begleitet, durch die Präsenz von Delegationen, Treffen mit Politikern oder Entschließungen. Besonders die Rückkehr zu demokratischen Regierungen nach den Militärdiktaturen und die weiteren Demokratisierungsprozesse, die Befriedung bewaffneter Konflikte und die Verbesserung der Menschenrechtssituation wie auch die Entwicklung des multilateralen Dialogs mit den lateinamerikanischen Ländern standen im Mittelpunkt dieser Bemühungen. Zu vielen politischen und sozialen Problemen des Subkontinents bzw. einzelner Länder hat sich das Europäische Parlament unter Achtung der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sowie der uneingeschränkten Souveränität der Staaten Lateinamerikas geäußert.

Das 1. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und Lateinamerikas und der Karibik im Juni 1999 in Rio de Janeiro bezeugte das gewachsene beiderseitige Interesse an der engeren Gestaltung der Beziehungen. Es war auch eine Reaktion auf die interamerikanischen Gipfeltreffen von Miami (1994) und Santiago de Chile (1998), die auf die Bildung einer Amerikanischen Freihandelszone (ALCA bzw. FTAA) zielten – ein Projekt der USA, dem in Lateinamerika von Anfang an Vorbehalte entgegengebracht wurden und das die EU nicht unbeantwortet lassen konnte. Allerdings war die EU immer bestrebt, die USA in ihrer unmittelbaren Interessensphäre nicht offen herauszufordern und dem gemeinsamen Vorgehen im Rahmen der WTO Vorrang einzuräumen. Zudem besitzen Osteuropa und die Mittelmeerregion für die EU Priorität bei der Gestaltung der

Außenbeziehungen. Dessen ungeachtet konnte die Gemeinschaft im Interesse ihres Gewichts in der globalen Kräftekonstellation die Existenz eines Wirtschaftsraumes mit damals fast einer halben Milliarde Konsumenten und von 33 Staaten, die in den Weltorganisationen präsent sind, nicht außer acht lassen, noch dazu, wenn ihr von dort Entgegenkommen signalisiert wurde. Der Gipfel 1999 verabschiedete die "Erklärung von Rio" und einen Aktionsplan ("Prioritäten für das gemeinsame Handeln") mit allerdings sehr allgemein gehaltenen Absichtserklärungen zu den Themen Freihandel (mit Verweis auf den Rahmen der WTO), Reform des internationalen Finanzsystems, Förderung des Technologietransfers, Verbesserung des Investitionsklimas für mittlere und kleine Unternehmen, Demokratie und Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

In der Erklärung von Rio wird von der Gestaltung einer strategischen Partnerschaft gesprochen. Sie könnte bei entsprechender Ausgestaltung neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit insbesondere im politischen Vorgehen beider Seiten auf internationaler Ebene im Prozess der Globalisierung durchaus positive Wirkungen für die Gestaltung der internationalen Bedingungen haben, zum Beispiel

- bei der Verfolgung ihrer Interessen und Ziele im Rahmen internationaler Gremien und Organisationen gegen hegemoniale Interessen,
- bei der Reform des UNO-Systems,
- bei der Schaffung von Mechanismen der Konfliktprävention und -lösung,
- bei Maßnahmen zur Sicherung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, bei der Abrüstung und Durchsetzung der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen,
- bei Maßnahmen gegen Terrorismus, Drogenhandel, internationale Kriminalität,
- bei der Unterstützung nachhaltiger Entwicklung und des Umweltschutzes,
- bei der Kontrolle und Eindämmung internationaler Finanzspekulation,
- in der Frage der Entschuldung der Entwicklungsländer, der Verbesserung ihrer weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die oben genannten Felder zeigen mögliche Perspektiven einer langfristigen partnerschaftlicher Zusammenarbeit zugunsten der Überwindung wesentlicher Probleme in der heutigen Welt, bei der sich – den entsprechenden politischen Willen vorausgesetzt – auch die Rolle Europas für Frieden und Sicherheit in der Welt und für menschliche Entwicklung profilieren könnte. Eine Erklärung gewerkschaftlicher Kreise Lateinamerikas, die anlässlich des Gipfels von Rio verbreitet wurde, betonte die soziale und politische Dimension eines neuen Modells der Zusammenarbeit, die nicht von Spekulation und Marktgesichtspunkten geprägt wäre. Dies blieb jedoch eine Vision. Die folgenden Gipfel, die alle zwei Jahre stattfanden (2002 in Madrid, 2004 in Guadalajara, Mexiko, 2006 in Wien, 2008 in Lima), brachten wenig substantielle Ergebnisse, wurden aber von der EU-Kommission jeweils als große Erfolge und wichtige Schritte zur Armutsbekämpfung und Förderung der sozialen Kohäsion in Lateinamerika gefeiert.

Vor dem Gipfeltreffen in Wien verbreitete die Europäische Kommission eine Erklärung, in der sie das große Interesse der EU an der Entwicklung der Beziehungen mit Lateinamerika verdeutlichte. Angesichts von Besorgnissen in Lateinamerika wegen der EU-Erweiterungspläne bekundete die EU nachdrücklich ihren Standpunkt, dass „die Assoziierung mit Lateinamerika ... eine Notwendigkeit in beider-

seitigem Interesse ist.“ Die EU bekräftigt ihre Bereitschaft dazu, fordert aber gleichzeitig, dass „Lateinamerika dieser Zielstellung mit konkreten Absichten entgegenkommt.“¹

Deutlich wird an dieser Erklärung, dass – ungeachtet der vorangegangenen Gipfeltreffen und ihrer Absichtserklärungen – wenige Fortschritte in der Entwicklung der Beziehungen zu Lateinamerika erreicht wurden. Die Verhandlungen mit dem MERCOSUR, dem Gemeinsamen Markt Südamerikas, zum Abschluss eines Assoziierungs- und Freihandelsabkommen wurden damals wegen gegenseitig unvereinbarer Vorstellungen sogar unterbrochen.

Diese Situation sollte durch das Gipfeltreffen in Lima 2008 überwunden werden. In Vorbereitung auf das Treffen wurden direkte Verhandlungen von Vertretern der lateinamerikanischen Regierungen und der EU zu den verschiedensten Themen durchgeführt. Als Schlüsselthemen wurden benannt: Kampf gegen Hunger und Armut, Umweltfragen und Klimawandel sowie nachhaltige Entwicklung. Es wurde die Aufgabe gestellt, durch den Gipfel zur Festigung der Kooperation beizutragen und die Partnerschaft mit Lateinamerika auf eine neue Stufe zu heben. Den Verhandlungen zum Abschluss des Assoziierungsabkommens mit dem MERCOSUR sollte ein kräftiger Impuls gegeben werden.

Aber auch Lima zeitigte keine wesentlichen Fortschritte. Immerwährende Ansprachen und Absichtserklärungen verdeutlichen, dass, wie ein Kommentator sagte, „die EU der 27 Staaten sich nicht klar ist, was sie von Lateinamerika erwartet noch wohin sie mit ihm kommen will, aber auch umgekehrt ist es so, dass Lateinamerika nicht weiß, was es will und auch nicht, was es von Europa erwarten kann“.²

2. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika, insbesondere dem MERCOSUR

Es sind vor allem wirtschaftliche und finanzielle Interessen, die die Beziehungen zwischen den westeuropäischen Ländern und Lateinamerika prägen. Eine Gegenüberstellung von Entwicklungshilfe und Gewinntransfer/Schuldendienst verdeutlicht, welcher Art die Beziehungen einer „gleichberechtigten und souveränen Partnerschaft“ sind, die zwischen der EU und Lateinamerika existieren: „Zwischen Lateinamerika und den Industrieländern hat es in den Jahren von 1982 bis 1990 einen Nettoressourcentransfer von 220 Mrd. US\$ gegeben. Das bedeutet, dass Lateinamerika in dieser Zeit als Ergebnis der Aufrechnung aller Ein- und Ausfuhren, aller Kapitalbewegungen und Zins- und Ertragszahlungen ... jährlich 20 Mrd. US\$ ohne jede Gegenleistung an die Industrieländer geliefert hat, was insgesamt real das Dreifache dessen ausmacht, was Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen des Marshall-Plans von den USA empfangen hat.“³ Zwi-

¹ Eine gefestigte Assoziation zwischen EU und Lateinamerika, Erklärung der Europäischen Kommission an den Rat und das Parlament. http://www.europa.eu.int/comm/external_relations

² Carlos Malamud, ¿Hacia donde quieren ir la Unión Europea y América Latina? Infolatam, 15. Mai 2008.

³ Urs Müller-Plantenberg, Vortrag auf dem Internationalen Seminar „Möglichkeiten der Entwicklung Lateinamerikas“, Rostock, 14. Nov. 2003, in: Rostocker Lateinamerika-Manuskripte Nr.1, S.30.

schen 1999 und 2005 betrug der negative Nettotransfer wiederum 215 Mrd. US\$.⁴ Die Abflüsse aus Lateinamerika in Form von Profiten und Zinsen betrugen 1998-2005 459 Mrd. US\$.⁵ Auf die Gewinne der europäischen Unternehmen aus Direktinvestitionen, die kaum zuverlässig zu ermitteln sind, wirft der Bericht der Dresdner Bank Lateinamerika ein Schlaglicht, die im Jahre 2000 ein Gewinnergebnis von 25 Mio. Euro (1999 80 Mio. Euro) an den Stammsitz in Hamburg abführen konnte.⁶

Die EU ist der zweitwichtigste Handelspartner und wichtigste Investor Lateinamerikas (47,5 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen), für den MERCOSUR und Chile sogar der wichtigste Handelspartner, und sie ist mit ihren Mitgliedsländern der größte Geber von Entwicklungshilfe in der Region (zusammen jährlich etwa 2 Mrd. Euro).

Insgesamt werden 14 Prozent des Handels Lateinamerikas mit der EU abgewickelt. Der USA-Anteil am Außenhandel Lateinamerikas ist dagegen von 1990 bis 2000 von 35 Prozent auf 47 Prozent gestiegen, und auch der Anteil Lateinamerikas am USA-Außenhandel beträgt bereits 22 Prozent. Dagegen liegt der Anteil der lateinamerikanischen Länder am Außenhandel der EU bei nur 5–6 Prozent. Dabei konzentrieren sich 50 Prozent des Handels der EU auf Mexiko und Brasilien.

Die Exporte der EU nach Lateinamerika haben jedoch auf Grund der Exportoffensive der USA in den 90er Jahren einen Einbruch erlitten (Rückgang von 21 Prozent auf etwa 15 Prozent Anteil an den lateinamerikanischen Importen). Ihre Importe aus Lateinamerika machen ohnehin nur etwa 2 Prozent des EU-Imports aus; sie sanken von 24 Prozent in den 90er Jahren auf gegenwärtig ca. 13,5 Prozent der lateinamerikanischen Ausfuhr. Volumenmäßig ist der europäisch-lateinamerikanische Handel geringer als der EU-Handel mit der Schweiz. Als ein Hindernis für den Ausbau der Handelsbeziehungen erweist sich, besonders unter Berücksichtigung der lateinamerikanischen Exportstruktur, der Agrarprotektionismus der EU-Staaten. Im lateinamerikanischen Export überwiegen Rohstoffe und Agrarprodukte.

Speziell gestaltet sich der Handel zwischen der EU und dem MERCOSUR. Der MERCOSUR realisiert ca. 26 Prozent seines Außenhandels mit der EU.⁷ Davon entfallen 9 Mrd. Euro auf Agrarexporte, wobei nur 60 Prozent der Produkte zollfrei eingeführt werden können. Dabei spielen die Agrarexporte die größte Rolle, da der MERCOSUR mit ihnen einen bedeutenden Handelsüberschuss erzielt. Bei Industriegütern erzielt die EU im bilateralen Austausch Überschüsse, die vor allem bei Gütern des Maschinenbaus, der Automobilindustrie und der chemischen Industrie entstehen.

Umgekehrt stellen die Lieferungen der EU-Länder an den MERCOSUR lediglich 1,85 Prozent der gesamten Exporte der EU dar.⁸ Die Importe aus dem MERCOSUR

⁴ CEPAL, Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe 2005.

⁵ Vgl. Jaime Estay, La inserción de América Latina en el actual orden internacional: crisis y alternativas, in: Julio Gambina, Jaime Estay (comp), ¿Hacia dónde va el sistema mundial? Impactos y alternativas para América Latina y El Caribe, Buenos Aires 2007, S. 212.

⁶ Angaben aus dem Jahresbericht 2000, DBLA, zitiert in: Chrenko/Grünberg/Hansch/Wahl, Zur Lateinamerikapolitik der Bundesrepublik Deutschland, Studie im Auftrag der Bundestagsfraktion der PDS, Berlin 2001.

⁷ MERCOSUR-info.com

⁸ Ebenda.

belaufen sich ebenfalls nur auf 2,96 Prozent der gesamten EU-Einfuhr, allerdings entfallen auf den MERCOSUR 17,99 Prozent der gesamten Agrarimporte der EU.

Die EU nimmt bei den ausländischen Kapitaldirektinvestitionen in Lateinamerika den ersten Platz vor den USA ein. In den Jahren zwischen 1992-96 haben sie sich verdreifacht: ein Ergebnis der Privatisierungswellen in den lateinamerikanischen Ländern. Die Aufkäufer waren vor allem spanische, US-amerikanische und niederländische Unternehmen. Die Investoren konzentrierten sich auf die Übernahme staatlicher Unternehmen, auf den Finanzsektor und die Rohstoffausbeute. Neue Arbeitsplätze wurden dadurch nicht geschaffen, im Gegenteil viele durch Rationalisierung vernichtet. Von den 50 größten Unternehmen Lateinamerikas und der Karibik sind 22 US-amerikanische und 23 europäische.⁹ Der Bestand europäischer Direktinvestitionen in Lateinamerika und der Karibik betrug zur Jahrtausendwende 139,3 Mrd. Euro, das waren 31,8 Prozent der europäischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern (1980 20,5 Prozent).¹⁰

3. Grundlinien der Politik der Europäischen Union in den Beziehungen zu Lateinamerika in der Gegenwart

Die Politik der Europäischen Union muss sich auf die Veränderungen, die in den letzten Jahren in Lateinamerika vor sich gingen, einstellen. Nach einer Einschätzung der Stiftung für Wirtschaft und Politik (SWP)¹¹ muss Europa aus dem Scheitern der US-Politik auf dem Amerika-Gipfel in Mar del Plata im November 2005 (gemeint ist die Ablehnung der Amerikanischen Freihandelszone – ALCA) Schlussfolgerungen ziehen. Für Europa wird die Frage aufgeworfen, wie es „auf das Auseinanderdriften Lateinamerikas reagieren kann“. Es folgt die Aussage, dass der Politikansatz der EU, die subregionale Kooperation und den übergreifende Dialog zu fördern, „an der Spaltung Lateinamerikas scheitert.“ Die SWP sieht diese Spaltung zwischen Chile und Mexiko, die das Freihandelsprojekt als Chance für die wirtschaftliche Zusammenarbeit betrachten, einerseits und den Staaten des MERCOSUR andererseits, die, „angeleitet von Hugo Chávez“, das Integrationsprojekt blockieren.

Seit geraumer Zeit verfolgt die EU deshalb eine Strategie spezialisierter Dialoge, d.h. verhandelt wird mit einer Staatengruppe oder Einzelstaaten. Konkret heißt das, dass eine breite Partnerschaft zwischen der EU und spezifischen Subregionen (Andengemeinschaft, CARIFORUM, MERCOSUR, SICA – Zentralamerika) beziehungsweise der EU und einzelnen Ländern (wie im Falle Chiles und Mexikos) angestrebt wird. Neben den Freihandelsabkommen mit Mexiko (2000 – dem ersten außereuropäischen Freihandelsabkommen der EU) und Chile (2002) wurde eine Vielzahl von Kooperationsabkommen mit Ländern und Ländergruppen Lateinamerikas auf den verschiedenen Ebenen abgeschlossen. Damit verbunden sind Verpflichtungen für die Länder, die bis zum Zwang zu Verfassungsänderungen rei-

⁹ Luis Bueno Rodríguez, Inversiones y transnacionales europeas en América Latina y El Caribe (síntesis), <http://www.enlazandoalternativas.org/>

¹⁰ Angaben nach Eurostat.

¹¹ SWP - Aktuell Nr. 51, Nov. 2005.

chen. Dafür gibt ein institutionalisierter politischer Dialog die strategische Richtung vor.

Die politischen Prioritäten der EU in Bezug auf Lateinamerika werden in der Erklärung „Für eine Stärkung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika“ aus dem Jahre 2005 und dem „Dokument zur regionalen Strategie 2007–2013“ dargelegt. Das Dokument soll, wie es heißt, „eine mehr strategische Sicht in die Programme der regionalen Kooperation“¹² bringen. Diese Ziele sind:

- (1) Soziale Kohäsion, um das soziale Gefüge zu konsolidieren, unter anderem durch Reduzierung der Armut, der Ungleichheiten und des Ausschlusses, sowie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Kampfes gegen die Drogen;
- (2) Regionale Integration und ökonomische Kooperation ;
- (3) Entwicklung der menschlichen Ressourcen und gegenseitige Verständigung zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika.

Zu fragen ist, ob die Zusammenarbeit mit der EU tatsächlich diesen Zielen dient.

Für den Zeitraum 2007-2013 ist Entwicklungshilfe in Höhe von 3 Milliarden Euro geplant. Durch die Europäische Investitionsbank sollen im gleichen Zeitraum 2,8 Milliarden Euro Investitionen vorgesehen werden.

Besonders Interesse der EU gilt dem MERCOSUR, dem viertgrößten Wirtschaftsblock der Welt. Der Gemeinsame Markt des Südens, dem Wesen nach eine Zollunion, die 1991 zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay geschaffen und inzwischen durch die Assoziierung Boliviens, Chiles, Ekuadors, Kolumbiens und Perus und den Beitritt Venezuelas (beantragt) ergänzt wurde, umfasst mehr als 260 Millionen Menschen und erbringt 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts Lateinamerikas (etwa eine Billion US-Dollar). Zwischen der EU und dem MERCOSUR bestehen Verträge zur institutionellen Zusammenarbeit und technischen Hilfe und ein Vertrag der interregionalen Kooperation, in dem die Grundlagen für einen politischen Dialog festgeschrieben wurden.

Ein Assoziierungsabkommen, das zu einem Freihandelsvertrag weiterentwickelt werden soll, wurde Mitte der 90er Jahre zwischen der EU und dem MERCOSUR unterzeichnet. Im Jahre 2000 wurden konkret Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen aufgenommen, bis heute aber nicht erfolgreich abgeschlossen, trotz erheblichem Drängen seitens der Europäischen Kommission. Im Dezember 2007 gaben die Europäische Kommission und der MERCOSUR eine Erklärung ab, in der sie ihren politischen Willen zum Ausdruck brachten, die ins Stocken geratenen Beratungen zu Ende zu bringen. Diese Bereitschaft wurde während des Gipfeltreffens im Mai 2008 in Lima erneut bekräftigt. Geprüft werden sollen vorrangig die Möglichkeiten zur Realisierung von Projekten bei der Erzeugung erneuerbarer Energie, der Infrastruktur und der Wissenschaft und Technologie.

Im Rahmen des „Regionalprogramms 2007–2013“ gewährt die EU dem MERCOSUR Unterstützung im Umfang von 50 Mio. Euro, die für die Finanzierung von drei Projekten angewandt werden: institutionelle Hilfe, Unterstützung zur Realisierung des zukünftigen Assoziationsvertrages und Unterstützung für die Partizipation der

¹² Comisión Europea - América Latina, Documento de Programación Regional, 2007-2013, 12. Juli 2007 (E/2007/1417).

Zivilgesellschaft im Prozess der regionalen Integration. So ist die EU für den MERCOSUR der entscheidende Geber von Finanzhilfe. Das entspricht der Bedeutung, die die EU dem MERCOSUR und Südamerika als internationales Subsystem beimisst.¹³

Gegenwärtig läuft ein Dialog mit der Andengemeinschaft (CAN: Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru) über den Abschluss eines Freihandelsabkommens, das auf den Themen der Doha-Runde beruht, die ausdrücklich während der WTO-Tagung in Cancún von den G-20-Staaten abgelehnt wurden, und das die Liberalisierung der Märkte und ihre Öffnung für ausländisches Kapital anstrebt. Gegen die von der EU dafür vorgelegten Grundsätze hat insbesondere Bolivien grundsätzliche Einwände erhoben. Bolivien forderte „eine auflagenfreie Zusammenarbeit“, die „die Prioritäten berücksichtigt, welche die Staaten souverän definieren“, und die ausreichende Berücksichtigung der ungleichen Situation der Vertragspartner, insbesondere der Rolle der Landwirtschaft in den Andenländern, außerdem unter anderem unabdingbar die Anerkennung der „Intervention des Staates auf allen Ebenen“, die Stärkung seiner regulierenden und administrativen Kompetenz, vor allem in den Dienstleistungen, sowie das Verbot der Patentierung jeglichen lebenden Materials und „eine strategische Allianz zum Schutz der Natur und der Umwelt gegen die verheerenden Prozesse industrieller Verschmutzung“.¹⁴ Dieser Widerstand führte kürzlich dazu, dass das Land von der EU-Kommission bei weiteren Verhandlungen übergangen wurde. Bolivien ist in Sorge um den Erhalt der Andengemeinschaft, auf die sich seine Wirtschaft wesentlich stützt und deren Zusammenhalt durch das differenzierende Vorgehen der EU bedroht ist. Wirtschaftsabkommen mit Kolumbien und Peru, die dem Inhalt nach Freihandelsabkommen sind, stehen vor dem Abschluss. Zum Inhalt des Abkommen mit Kolumbien sagte einer der führenden Politiker der Front der linken und demokratischen Kräfte Kolumbiens, des PDA, Senator Jorge Enrique Robledo: „Wenn der Freihandelsvertrag USA – Kolumbien ein Vertrag WTO-plus ist, dann kann der, den die Europäische Union will, als WTO-plus-plus bezeichnet werden. ... Es liegt auf der Hand, dass die Europäische Union, die weiß, wie sehr Álvaro Uribe ein Freihandelsabkommen mit ihr braucht, ihn damit moralisch und politisch gegenüber Washington freispricht und sich diesen Freispruch mit einer noch größeren Flexibilität für ihre transnationalen Unternehmen erkaufte und über das hinausgeht, was die USA in ihrem Freihandelsabkommen mit Kolumbien erreicht haben.“¹⁵

Außerdem führt die EU Freihandelsverhandlungen mit den Staaten Mittelamerikas, die aber gegenwärtig auf Grund von Einwänden Nikaraguas und des Widerstandes sozialer Organisationen der mittelamerikanischen Länder ausgesetzt sind.

Die Staaten der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) sind Teil der AKP-Staaten und damit Ziel der sog. neuen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) der EU. Sie sind die einzige Gruppierung innerhalb der AKP-Staaten, die sich auf ein solches Abkommen eingelassen hat, demzufolge sie innerhalb von 25 Jahren ihren Markt für 90 Prozent der Waren aus EU-Ländern öffnen muss, im Gegenzug zu ei-

¹³ „Nueva Sociedad“, Nr. 219, Jan.-Febr. 2009.

¹⁴ Vorschlag Boliviens: Grundlagen für ein Partnerschaftsabkommen zwischen der Andengemeinschaft und der EU zum Wohle der Völker, Januar 2007, Übersetzung: Sprachendienst des Deutschen Bundestags.

¹⁵ Jorge Enrique Robledo, El TLC con la UE: igual o peor que con EU, Interview, Bogotá, 19. Febr. 2009. Nach PDA-Alemania.

nem verbesserten Zugang zum EU-Markt. Unter den karibischen Staaten besteht keine Einigkeit in der Beurteilung dieses Abkommens; mehrere Regierungen (Barbados, Grenada, Guyana) betrachten es als aufgezwungen und sehen negative wirtschaftliche und soziale Folgen der Wettbewerbsöffnung voraus.

4. Kritische Analyse der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika aus linker Sicht

Hier sollen vor allem zwei Aspekte berücksichtigt werden,

- a) die Widerspiegelung machtpolitischer Interessen Europas in seinen Beziehungen zu Lateinamerika und
- b) die Hauptpunkte der Kritik der lateinamerikanischen Linken (als politische Akteure, die kontinentweit zunehmend an Bedeutung gewinnen) an der bisherigen Gestaltung dieser Beziehungen.

Freien Handel, Investitionen ausländischen Kapitals und Techniktransfer zur Entwicklung der Wirtschaften und Gesellschaften unterstützen nahezu alle Linkskräfte Lateinamerikas. Sie erwarten dabei partnerschaftliche und solidarische Beziehungen im Sinne der Anerkennung einer gemeinsamen Welt und auch die Bereitschaft, die historischen sozialen und ökologischen Schulden Europas gegenüber dem Kontinent abzutragen, sei es auch nur symbolisch. Waren noch vor zehn Jahren die Blicke mit diesen Erwartungen auf die Europäische Union gerichtet und wurde sie als Vorbild für regionale Integrationsbestrebungen angesehen, so ist inzwischen eine Desillusionierung eingetreten.

Die Bestrebungen der USA, Lateinamerika in eine umfassende Freihandelszone zu integrieren und sich freien Zugang zu den lateinamerikanischen Märkten zu erschließen, sind gescheitert. Die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder lehnten die Freihandelszone ALCA ab. Zu präsent ist das Beispiel Mexikos, das 1994 gemeinsam mit den USA und Kanada der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA beitrug und von der US-amerikanischen Wirtschaft faktisch annektiert wird. Ein breites Spektrum von politischen Parteien und sozialen Bewegungen auf dem ganzen Kontinent mobilisierte gegen den Abschluss des ALCA-Vertrages. Obwohl das Projekt gescheitert ist, unternimmt die USA-Politik jedoch alles, um die Vorherrschaft der Interessen ihrer Wirtschaft auf dem Kontinent zu erhalten. Aber auch für Europa, d.h. für die EU, geht es um die Sicherung der Interessen der transnationalen Unternehmen Europas in Lateinamerika. Diese Erkenntnis hat sich in Lateinamerika inzwischen durchgesetzt. Wurde in der Mehrheit der lateinamerikanischen Länder der Charakter der ALCA als neoliberales Herrschaftsprojekt erkannt, so werden die Bestrebungen der EU inzwischen ebenfalls mit größtem Argwohn verfolgt. Früher verbreitete Auffassungen, wonach die EU in der Partnerschaft mit Lateinamerika ein positiver Gegenspieler zu den USA sein könnte, haben realistischeren Positionen in Bezug auf die Absichten der EU Platz gemacht. Aus Sicht der Bundesrepublik, besonders nach dem Gipfel in Wien, Mai 2006, wurde in einer Studie des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, festgestellt, dass sich „der Abstand zwischen EU und Lateinamerika vertieft hat und die Asymmetrien gewachsen sind. Die EU muss sich klar werden, welche Rolle sie in

der Gestaltung einer neuen Weltwirtschaftsordnung spielen oder ob sie immer nur im Gefolge der USA agieren will.“¹⁶

Dazu beigetragen hat auch die Politik der EU gegenüber Kuba, das aus der Sicht der lateinamerikanischen Staaten ein fester Bestandteil ihrer Region und ein Beispiel für die Behauptung nationaler Souveränität ist, auch wenn sie die Option für den Sozialismus nicht teilen. Die EU trat zwar für die Aufhebung des Helms-Burton-Gesetzes ein, unternahm aber bis in die jüngste Zeit keine wesentlichen Schritte zur Normalisierung der Beziehungen. Signifikant für lateinamerikanische Beobachter sind Aussagen und Verhaltensweisen, Kuba betreffend, die von bundesdeutschen Institutionen ausgehen. Auf einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde mit Bedauern festgestellt, dass der spanische Außenminister „bei seinem Besuch in Havanna überhaupt kein Treffen mit ihnen (mit den Dissidenten)“ vereinbarte und „die gemeinsame EU-Linie durchbrochen“ hat.¹⁷ Eine Normalisierung der Beziehungen EU – Kuba ist nach Auffassung vieler lateinamerikanischer Länder überfällig.

Im Verlaufe der Verhandlungsprozesse über Freihandelsverträge wurde deutlich, dass die EU versucht, die Bedingungen des Integrationsprozesses zu bestimmen und die Regeln festzulegen. Der angeführte Fall Boliviens ist dafür entlarvend. Ein Beispiel dafür sind auch Auflagen an die Länder der Karibik (im Rahmen der AKP-Verhandlungen), dass sie Präferenzen nur genießen können, wenn sie ein bestimmtes Maß an Integration erreicht haben.

Gegenüber Lateinamerika wurden diskriminierende Hindernisse eingeführt, einmal Handelsbarrieren gegenüber Waren, die einen wesentlichen Anteil des Exportes Lateinamerikas ausmachen (hohe Tarife, nichttarifliche Barrieren, die bis zu 24 Prozent der Waren betreffen usw.), zum anderen Importe aus Ländern, die direkte Konkurrenten Lateinamerikas sind. Daneben existieren weitere diskriminierende Praktiken: Subventionen für landwirtschaftliche europäische Erzeugnisse, Beschränkungen für Montanerzeugnisse Lateinamerikas etc.

In den Verhandlungen zu Freihandelsabkommen bietet die EU auf 90 Prozent der Waren Zollfreiheit, aber nicht auf für die lateinamerikanischen Ausfuhren wesentliche Produkte. Bei einem Anteil von 25-30 Prozent der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung (in Europa nur 5 Prozent) wird deutlich, welche Bedeutung der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse in die EU hat. Da ca. 50 Prozent des EU-Haushaltes Agrarsubventionen darstellen, sind die Agrarsubventionen in der EU das wesentliche Hindernis für lateinamerikanische Agrarexporte.

Das führte auch zum Stillstand in den Verhandlungen mit dem MERCOSUR. Die seitens der EU gemachten Angebote kamen äußerst spärlich, so dass selbst Kapitalgruppen wie das Agrobusiness nicht sehr interessiert reagierten. Eine Marktöffnung für hochwertiges Fleisch wurde kaum zugestanden. Die einheimische Industrie zeigte sich stark beunruhigt, weil eine Öffnung der Märkte für industrielle Produkte gefordert wurde. Entsprechend ihren Interessen, die weniger im Agrarexport liegen, verteidigt die EU nach wie vor hohe Agrarsubventionen und erhob die For-

¹⁶ Lateinamerika und Karibik – Gedanken zu ihrer Bedeutung für Deutschland und Europa, Aug. 2006. Eine Auftragsarbeit für das Auswärtige Amt.

¹⁷ „Die Welt“, 02. Mai 2007, Deutscher Bundestag – Pressedokumentation.

derung nach Senkung der Industriezölle, vor allem in Bereichen, in denen EU-Länder über Direktinvestitionen verfügen.

Die von der EU gemachten Vorschläge beinhalten Forderungen, auf die die Länder des MERCOSUR mehrheitlich nicht eingehen wollen. Das betrifft auch Forderungen nach Öffnung des Marktes für den freien Kapitalfluss, Fischerei-, Produktions- und Handelsrechte in der 200-Meilenzone, die einschlägige Änderungen der Verfassung nach sich ziehen müssten.

Eine kritische Analyse der Beziehungen EU – Lateinamerika kommt deshalb zu der Einschätzung, dass sie von erheblicher Asymmetrie gekennzeichnet sind. Sie sind durch historische Ungleichgewichte und Benachteiligungen geprägt und werden durch ungleichen Handelsaustausch charakterisiert, d.h. die lateinamerikanischen Länder sind Exporteure von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen und importieren vorwiegend Ausrüstungen, Maschinen und Technologie. Aus dem zunehmenden Kapitalexport Europas erwächst ein stetig wachsender Abfluss von Ressourcen, sowohl als Gewinntransfer als auch in Form von Schuldendienst. Die Länder Lateinamerikas sind in prekärer Form in hierarchisch strukturierte internationale Produktionsnetzwerke eingebunden. Assoziations- und Freihandelsabkommen zwischen der EU und diesen Ländern verfestigen die subalterne Einbindung in die internationale Arbeitsteilung.

Aussagen eines internationalen Seminars „Die Wirtschaftsbeziehungen und Verhandlungen zwischen der EU und Südamerika“, das im Oktober 2004 in São Paulo stattfand und von der regionalen Koordinierung sozialer Organisationen Alianza Social Continental organisiert wurde¹⁸, kommen zu diesen Schlussfolgerungen:

„Wir unterstützen die gemeinsame Deklaration EU – MERCOSUR. Wir unterstreichen aber, dass wir die gegenwärtige Tagesordnung der Verhandlungen mit der EU ablehnen und sind für die Annahme einer veränderten Tagesordnung. Mit dieser Zielstellung verteidigen wir die Perspektive einer wahrhaften Integration in der Subregion Südamerikas.“

Anschließend werden die Fragen aufgezählt, die die teilnehmenden sozialen Bewegungen für wichtig erachten:

- Kontrolle und Beobachtung der europäischen transnationalen Unternehmen,
- Kampf gegen Privatisierungen, besonders der öffentlichen Güter (wichtig, weil 50 Prozent der Privatisierungen auf diesem Gebiet an europäische Unternehmen gingen),
- Regeln für direkte Kapitalinvestitionen,
- Verstärkung der Beziehungen und Zusammenarbeit mit europäischen sozialen Bewegungen und politischen Kräften,
- Analyse der Beziehungen EU – MERCOSUR,
- Aufklärungskampagnen und Information der Öffentlichkeit.

¹⁸ Teilnehmer: Argentina – Autoconvocatoria, Argentina – Barrios de Pie, Uruguay – Redes-Amigos de la Tierra, Paraguay - Consulta Popular Paraguay, Paraguay – MCNOC, Chile – Alianza Chilena por un Comercio Justo y Responsable ACJR, Peru - Alianza Social Continental – Capítulo Peruano, Colombia – Recalca.

Im Kern sind in dieser Erklärung die Punkte enthalten, die auf die Positionen der lateinamerikanischen Linken zur Entwicklung der Beziehungen mit der EU hinweisen.

Bedeutsame Initiativen der sozialen Bewegungen jeweils aus Anlass der Gipfeltreffen der Staatschefs mündeten in den letzten Jahren in der Durchführung von Gegengipfeln. Die Bewegung „Enlazando Alternativas“ („Alternativen verknüpfen“) entstand; sie verbindet entsprechende Initiativen aus Europa und Lateinamerika und trägt zur Information und Verständigung der solidarischen Bewegungen beider Kontinente bei. Neben vielen Solidaritäts-, Dritte-Welt- und Umweltorganisationen, linken Politikern und Intellektuellen beteiligen sich daran auch die Europäische Linkspartei und die Vertretung der Linken im Europäischen Parlament. Aus Anlass des Gipfels in Lima im Mai 2008 organisierte „Enlazando Alternativas“ den Sozialgipfel der Völker als offenen Raum für soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Bauern-, indigene, Jugend-, Frauen-, Umwelt-, Kleinbauern- und Studentenbewegungen und Nichtregierungsorganisationen. Die Tradition der Durchführung des „Tribunals der Völker“ gegen transnationale Unternehmen – wie auch in Wien realisiert – wurde in Lima fortgesetzt. In Wien wurden konkrete Beispiele der Tätigkeit transnationaler Unternehmen dargestellt:

Vier große europäische Unternehmen, die den Weltzellulosemarkt zu 80 Prozent dominieren, Botnia – Finnland, Stor Enzo (Schweden/Finnland), Lorentzen (Norwegen – besitzt die Aracruz, Brasilien) und Ence (Spanien), verstärken ihre Aktivitäten in Südamerika. Ihre Vorgehensweise ist immer die gleiche: Sie kaufen große Ländereien, pflanzen in Monokultur Eukalyptus, benutzen unkontrolliert Herbizide, bauen ihre Fabriken in die Nähe von Häfen zur Senkung der Transportkosten, sind steuerbefreit, schaffen wenig Arbeitsplätze und kontaminieren die Umwelt mit toxischen Papierweißmachern.

In Lima wurde diese Initiative weitergeführt und auf das „System der Macht der europäischen transnationalen Unternehmen in Lateinamerika und selbst in der EU“ konzentriert und deren Aktivitäten aufgedeckt. An zwei Tagen wurden auf dem „Tribunal der Völker“ 20 Fälle europäischer transnationaler Unternehmen vorgestellt, die die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Praktiken neoliberaler Prägung, „eingeführt und gestattet seitens der Institutionen der EU“, in Lateinamerika anwenden.¹⁹ Thematisiert wurden folgende Hauptpunkte:

- Die Strategie der Liberalisierung und Konkurrenzfähigkeit Lateinamerikas und Europas. Entlarvung der Assoziations- und Kooperationsverträge.
- Regionale Integration und Alternativen. Problematisierung des europäischen Modells der Integration und Alternativen der regionalen Integration der Bewegungen Lateinamerikas, Demokratie und Verfassungsgebende Versammlungen.
- Klimaveränderungen und ihre Folgen für Wasser, Gesundheit, Energie, Telekommunikation, Rohstoffe.
- Indigene Völker, Zugang zu Land, Nahrungsmittelsouveränität, Agrartreibstoffe, soziale und wirtschaftliche Rechte.
- Arbeit, Migration, Stadtentwicklung, gerechtes Wohnen, Arbeits- und Gewerkschaftsrechte.

¹⁹ Tribunal Lima, Mai 2008.

- Menschenrechte, Rassendiskriminierung, Kriminalisierung sozialer und Protestbewegungen, Militarisierung.²⁰

Die Handelspolitik der Europäischen Union gegenüber Lateinamerika, das Konzept „Global Europe“, die Migrationspolitik und die Klimapolitik der EU wurde auch auf den Veranstaltungen von „Enlazando Alternativas“ auf dem Weltsozialforum 2009 in Belém äußerst kritisch diskutiert.

Als ein Beispiel des Protestes gegen den Abschluss eines Freihandelsvertrages mit der EU steht die Erklärung der Bauernorganisation Via Campesina Mittelamerikas:

„Für Via Campesina ist die Integration der Völker das Hauptanliegen. Sie basiert auf unserer Kultur, dem Nebeneinanderbestehen regionaler Werte und den Prinzipien, für die unsere Helden ihr Leben gaben. Als Folge der Handelsverträge mit den USA und Europa wird unsere Kultur zerstört und werden unsere Völker entzweit.“²¹

Via Campesina Mittelamerikas umfasst 42 indigene und Bauernorganisationen und vertritt 700.000 indigene und Bauernfamilien.

Zusammengefasst lassen sich folgende Positionen linker Kräfte und sozialer Bewegungen Lateinamerikas herausarbeiten:

- 1.) Vor allem fordern die sozialen Bewegungen von ihren Regierungen und der EU-Kommission mehr Transparenz in den Assoziierungs- und Freihandelsverhandlungen und ihre eigene direkte Beteiligung. Bekannt wurde, dass in manchen Fällen selbst Parlamentsabgeordnete die abzustimmenden Verträge nicht im Einzelnen kannten.
- 2.) Bei der Betätigung des Auslandskapitals hält man die Kontrolle und Beobachtung der transnationalen Unternehmen durch den Staat und die Zivilgesellschaft für unabdingbar, um die Geschäftstätigkeit und den Nettoressourcentransfers zu überwachen und zu vermeiden, dass den Gesellschaften Lateinamerikas durch die Tätigkeit der transnationalen Unternehmen große Verluste zugefügt werden.
- 3.) Im Zusammenhang mit der Forderung nach Investitionsregeln wollen die sozialen Bewegungen einem weiteren Ausverkauf ihrer Naturressourcen einen Riegel vorschieben. Anlass dazu bietet durchaus eine Studie des Forschungszentrums der Deutschen Bank. Die Studie verweist auf die erheblichen Erdöl- und Gasreserven des Kontinents und kommt zum Schluss, dass der „Nationalismus in Bezug auf die Naturressourcen das Engagement ausländischer Investoren in einigen Ländern behindern kann“.²² Das Recht zur Nationalisierung von Naturreichtümern, von dem einige Länder Gebrauch machen, wird in Frage gestellt, indem diese Maßnahmen als „Nationalismus“ abqualifiziert werden.
- 4.) Betroffen zeigen sich linke und demokratische Kräfte Lateinamerikas von Abschottungstendenzen gegenüber Migranten in der EU und Erscheinungen des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit. Die „Rückführungs“-

²⁰ „Rebelión“, 28. Jan. 2008.

²¹ Adital, 10. Okt. 2008.

²² „Carta Maior“, Zitat aus einem Bericht der Deutschen Welle vom 07. Dez. 2007.

Richtlinie der EU (Juni 2008) erregte große Empörung in breiten Kreisen, sind doch viele Familien von dieser Problematik betroffen und auf Grund von Not auch auf Geldüberweisungen aus dem Ausland angewiesen. Mit Recht weist man in Lateinamerika darauf hin, dass der Kontinent in der Vergangenheit Tausenden Europäern eine neue Heimat ohne Diskriminierungen geboten hat. Die Richtlinie wird als ein Akt der Verletzung der Menschenrechte angesehen.

- 5.) Die politischen und sozialen Bewegungen Lateinamerikas sammelten in den Kampagnen gegen die ALCA umfassende Erfahrungen. Während dieser Aktionen entstand in der Auseinandersetzung mit den Plänen der US-Administration eine gemeinsame Front, über Ländergrenzen hinweg. Solche kontinentweiten Bewegungen wie die Alianza Social Continental und Via Campesina vereinigten in sich viele soziale Gruppen und Bewegungen aus allen Ländern Lateinamerikas und ermöglichten gemeinsame Aktionen. Es gelang ihnen, direkten Einfluss auf die Regierungen ihrer Länder zu nehmen und von ihnen zu fordern, die Meinung der Gesellschaft, die sie zum großen Teil repräsentierten, zu respektieren. Diese Erfahrungen werden in der Auseinandersetzung mit dem Vorgehen der Europäischen Union genutzt.
- 6.) Das bestimmende Element in der kritischen Analyse für die Mehrheit der engagierten Bewegungen ist ihre positive Aussage zu den Integrationsbestrebungen in Lateinamerika selbst. Eine Assoziation mit der Europäischen Union ist für sie nur dann erfolgreich, wenn günstige Voraussetzungen in Lateinamerika selbst geschaffen werden. Gegenüber ihren Regierungen fordern sie eine direkte Beteiligung an den Verhandlungen um die Schaffung eines gemeinsamen lateinamerikanischen Marktes, d.h. auch an den Verhandlungen um die Weiterentwicklung der MERCOSUR. Eine Integration im Rahmen des MERCOSUR verbinden sie mit den Forderungen nach Einschluss sozialer Komponenten und einer Partizipation in den Institutionen der Vereinigung. Mit diesen politischen Prämissen stehen sie in direkter Konfrontation zum Vorgehen der Vertreter der EU, die nur in Worten einer stärkeren Beteiligung sozialer Kräfte zustimmen bzw. darunter ausgewählte Lobbyisten verstehen.

Untermauert werden können diese Feststellungen mit Aussagen eines Seminars, das in Porto Alegre (Brasilien) von vier Stiftungen durchgeführt wurde, die in Europa sozialdemokratischen Parteien und in Brasilien der Partei der Werktätigen (PT) nahe stehen.²³

Das Thema des Seminars mit mehr als 300 Teilnehmern und Repräsentanten des MERCOSUR, der Lateinamerikanischen Integrationsvereinigung ALADI, Abgeordneten verschiedener Parteien und ehemaligen Ministern lautete: „Die Europäische Union und Südamerika: Integrationsprozesse“. Neben übereinstimmenden Auffassungen (Folgen der Globalisierung, Notwendigkeit von Integrationsprozessen, Willen zur Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der EU und Südamerika, speziell dem MERCOSUR) gab es in inhaltlichen und Vorgehensfragen erhebliche Unterschiede. Es war ein offener, aber auch harter Meinungs-austausch, in dem unter-

²³ Es handelte sich um die Stiftungen Perseu Abramo (Brasilien), Jean Jaurès (Frankreich), Friedrich Ebert (BRD) und Pablo Iglesias (Spanien), weitere Teilnehmer kamen aus Argentinien, Uruguay, Chile, Paraguay, Venezuela und Bolivien. „Carta Maior“, 06. Juni 2006.

schiedliche Herangehensweisen an Integrationsprozesse und an die Gestaltung der Beziehungen zum Ausdruck kamen.

Lateinamerikanische Vertreter machten deutlich, dass diese Prozesse politische Entscheidungen erfordern, die bei den Partnern Verständnis für unterschiedliche Ausgangspositionen voraussetzen. Vertreter Brasiliens unterstrichen, dass Integration nicht bei Wirtschaftsverträgen stehen bleiben darf. „Wir wollen keine einfache wirtschaftliche Integration. Für uns heißt Integration: Integration der Völker, ihrer Werte und Kulturen.“ Integration heiÙe auch „Kampf gegen sozialen Ausschluss und für eine umfassende Demokratisierung des Staates.“ Der Kampf gegen soziale Ungleichheit und für die Vertiefung der Demokratie ist in diesem Sinne Grundlage für eine erfolgreiche Integration und Gestaltung der Beziehungen zur EU.

Abgelehnt werden Versuche, anderen Ländern „vorgefertigte Modelle aufzuzwingen, wie das gegenwärtig in Irak und Afghanistan“ erfolgt. Gewachsenes Selbstbewusstsein Südamerikas kommt zum Ausdruck, wenn die Teilnehmer sich als „gemeinsame Strategie von EU und MERCOSUR“ den Kampf gegen die Militarisierung der Welt und für eine multipolare Welt vorstellen können.

Unterschiedliche Beurteilungen zur Entwicklung der EU wurden deutlich, als die europäische Seite von einem „organisierten Globalisierungsverständnis der EU“ im Sinne ihres sozialen Engagements sprach. Entgegengehalten wurde das Nein der Franzosen und Holländer zum EU-Vertrag, die ganz offensichtlich nicht vom sozialen Inhalt der EU überzeugt waren. Erhebliche Schwierigkeiten der EU sahen die Lateinamerikaner auch in Sachen Erweiterung der EU. Bezweifelt wurde, dass die osteuropäischen Länder Interesse an einer umfassenden Entwicklung der Beziehungen zu Lateinamerika haben. Zum Ausdruck kam, dass unter den lateinamerikanischen Teilnehmern Zweifel am europäischen Integrationsmodell und andere Auffassungen über Prioritäten und Wege bestehen. Erheblicher Widerspruch wurde zu eurozentristischen Auffassungen geäußert, die sowohl eine „Radikalisierung der Entwicklung“ in Venezuela und Bolivien als auch eine „Zunahme eines nutzlosen und übertriebenen Nationalismus“ diagnostizierten. Ihnen wurde entgegengehalten, dass solche Auffassungen wenig Verständnis für das, was in Lateinamerika vor sich geht, zum Ausdruck bringen und sich darin in gewisser Weise „koloniales Denken“ ausdrücke, auch „gegenseitiges Misstrauen“, und dass die Risse in den Beziehungen zwischen beiden Seiten tiefer sind als vermutet.

Gedacht als Veranstaltung zur Erarbeitung einer gemeinsamen Agenda der Debatte zur Überwindung der Schwierigkeiten der Integration, zeigte das Seminar mit beträchtlicher Schärfe die Gegensätze in der Haltung zur Liberalisierung der Märkte, zum Freihandel und zur Subventionspolitik der EU. Die Europäer hielten bestimmte Zugeständnisse bei den Agrarsubventionen nur für möglich, wenn seitens des MERCOSUR Konzessionen bei einer stärkeren Öffnung des Marktes für industrielle Produkte und auf dem Dienstleistungssektor gemacht werden. Im Ergebnis des Seminars wurde klar, dass alle Erklärungen des guten Willens nicht ausreichen, um die widersprüchlichen Interessen zwischen der Europäischen Union und dem MERCOSUR zu überwinden.

Besorgnis rufen bei der Linken Lateinamerikas Konferenzen und Veranstaltungen hervor, auf denen sich rechte und konservative Kreise aus Europa und Lateinamerika treffen und Front gegen die progressiven Entwicklungen machen. Besondere Aufmerksamkeit erhielt die Konferenz der „Stiftung für Analyse und Soziale Studien“ (FAES) aus Spanien, unter Leitung des ehemaligen Ministerpräsidenten Spaniens Aznar, in Rosario (Argentinien) im April 2008. Atilio Borón charakterisier-

te sie so: „Auf kontinentaler Ebene formiert sich eine konservative Kraft, die nichts anderes will, als die Fortschritte der Linken in den Schmutz zu ziehen und gleichzeitig ihr aggressives Vorgehen gegen Hugo Chávez und Evo Morales zu koordinieren. Das gleicht der Gründung einer neuen Internationale der Rechten.“²⁴ Beteiligt an der Konferenz war auch der Präsident der Friedrich-Nau-mann-Stiftung und Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Wolfgang Gerhardt.

Unwillen erregen Bewertungen der Entwicklung in Lateinamerika, die Unverständnis oder bewusste Abqualifizierung dieser demokratisch legitimierten und von großen Massen der Bevölkerung unterstützten Prozesse in Europa verraten. Hier sind Kategorien und Einordnungen wie „Populismus“ und „Erdölsozialismus“ (besonders gegen die Politik von Chávez in Venezuela), „Caudillosozialismus“ (Ecuador), Einteilungen in „gute“, „realistische“ bzw. „pragmatische“ und „intolerante“, „radikalisierende“, „unverantwortliche“ linke Regierungen zu nennen. Sie sind Ausdruck von Ablehnung der dort praktizierten gesellschaftlichen Veränderungen und der Diskreditierung dieser Prozesse, die allerdings weder nach Lehrbüchern noch nach den Anweisungen aus den heutigen Machtzentren der Welt verlaufen und auch Gefühlslagen in unsern europäischen Gesellschaften kaum berücksichtigen können. Es kommt die Vermutung auf, dass hier Beispielwirkungen von vornherein abgewehrt werden sollen; zum Beispiel die Anwendung von Referenden in Fragen, die die Zukunft der Nation betreffen. Zudem wird mit zwei Maßen gemessen: Ist es demokratisch, wenn die heutige Verfassung Spaniens seinerzeit mit 62 Prozent der Stimmen angenommen, in Regionen wie dem Baskenland aber abgelehnt wurde, jedoch fragwürdig, wenn in Bolivien ein vergleichbares Ergebnis erzielt wird? Ist es populistisch, wenn dringenden Bedürfnissen der unteren Volksschichten Rechnung getragen wird, oder liegt es nicht vielmehr durchaus im Sinne langfristiger Entwicklungsinteressen, der menschlichen Entwicklung im Sinne der UNO-Forderungen und international vereinbarten Armutsbekämpfung Fonds aus dem Staatshaushalt zu widmen?

Aus der Reihe der politischen Bewertungen der Entwicklungen in Lateinamerika, die vor allem auch die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika betreffen, sei eine Einschätzung des Institutes für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, angeführt, die von einer Verstärkung populistischer und autoritärer Strömungen und der Gewalt in Lateinamerika spricht: „Einige der neuen politischen Führungsfiguren wie Hugo Chávez und Evo Morales werden insbesondere von den marginalisierten Bevölkerungssegmenten als Hoffnungsträger des Wandels und Verfechter einer mehr partizipativen Demokratie begrüßt. An die Stelle der klassischen Guerilla sind neue Gewaltakteure getreten (zum Beispiel die transnationalen Jugendbanden), wobei sich einige wie die Zapatistas im Süden Mexikos, die Landlosenbewegung in Brasilien und die *Piqueteros* in Argentinien in einer Grauzone zwischen berechtigtem sozialem Protest und illegalen Aktionen bewegen.“²⁵

Entwicklungen, die für die Linke Lateinamerikas progressiven Charakter tragen, die Ergebnisse ihres jahrzehntelangen Kampfes sind und Millionen Menschen Hoffnungen auf Demokratie und soziale Gerechtigkeit geben, werden auf der anderen

²⁴ „Rebelión“, 02. April 2008.

²⁵ „Lateinamerika und Karibik – Gedanken zu ihrer Bedeutung für Deutschland und Europa“, Aug. 2006.

Seite des Atlantiks mit eurozentristischen Vorbehalten und eigennützligen Interessen beurteilt und in gewisser Weise als Gefahr eingeschätzt.²⁶ Nicht anders kann eine Aussage des Teamleiters Lateinamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans Blomeier gesehen werden:

„Die drängenden sozialen Probleme und vor allem die populistischen und autoritären Strömungen hier sind mehr als besorgniserregend. Es kommt deshalb gerade jetzt darauf an, die demokratischen Regierungen zu unterstützen und das deutsche und europäische Interesse und Engagement mit und in dieser Region wieder zu stärken.“

Es bedürfe „gemeinsamer Strategien von Politik und Wirtschaft“, um dem „Linkspopulismus in Lateinamerika wirkungsvoll zu begegnen“.²⁷ Das entspricht der seit einiger Zeit in der EU zu beobachtende Strategie der Differenzierung zwischen „verantwortungsbewussten“ und „radikalen“ Regierungen in Lateinamerika.

Eckart von Klaeden, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, bekannte sich auf einer Konferenz der Fraktion zur Lateinamerikastrategie unverhohlen zur Instrumentalisierung der Länder Lateinamerikas für europäische Interessen:

„In einer Zukunft, die aufgrund der demographischen Entwicklung weniger euroatlantisch geprägt sein wird, brauchen wir für die Berücksichtigung unserer Interessen verlässliche Partner, und diese Partner finden wir vor allem in Lateinamerika.“ Doch Europa drohe dort an Einfluss zu verlieren, nachdem andere wirtschaftlich interessante Partner wie China Interesse an dem Kontinent zeigen. Deutschland müsse daher vor allem in der Außen-, Wirtschafts-, Entwicklungs- und Kulturpolitik mehr Präsenz in Lateinamerika zeigen.²⁸

Im Kontext der kritischen Analyse, die die Linke Lateinamerikas in Bezug auf die Beziehungen EU – Lateinamerika vornimmt, sind diese Einschätzungen europäischer und deutscher Politiker eine Herausforderung, die auf Ablehnung stößt. Die Planung dieser Strategien zeigt, in welchen geopolitischen Kontext die Beziehungen der Europäischen Union zu Lateinamerika, besonders aber zu den wirtschaftlich vielversprechenden Ländern Südamerikas gesehen werden.

Die Linke Lateinamerikas ist hineingestellt in die Auseinandersetzungen zwischen den kapitalistischen Blöcken und erkennt, dass es vor allem um machtpolitische Interessen geht. Sie stellt ihrerseits diesen Bestrebungen eigene politische und wirtschaftliche Konzepte im Interesse der Völker entgegen und versucht, sich aktiv in die Gestaltung der Integrationsbestrebungen in Lateinamerika und der Beziehungen zur EU einzumischen.

²⁶ Eine Analyse dazu gibt Winfried Hansch, Demokratische Wege gesellschaftlicher Veränderungen in Lateinamerika – Reaktionen in Deutschland, Vortrag auf der Internationalen Lateinamerikakonferenz „Demokratische Wege gesellschaftlicher Veränderungen in Lateinamerika. Der Kampf um neue Verfassungen“, Berlin, 07.-09. Nov. 2008, in: Helle Panke, Pankower Vorträge, Heft 133, S. 44-52.

²⁷ Konrad Adenauer Stiftung, CDU-Fraktion DBT, 08. Mai 2008.

²⁸ Konrad-Adenauer-Stiftung, 08. Mai 2008.

5. Die Beziehungen der europäischen/deutschen Linken zur Linken Lateinamerikas

Von linken Parteien Europas, in den Sozialforen vertretenen Bewegungen und Gewerkschaften, progressiven christlichen Organisationen und Dritte-Welt-Gruppen geht heute ein starker Strom der Solidarität und Sympathien mit den Kämpfen um Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika aus und das Bestreben, ihre Erfahrungen kennenzulernen. Geteilte, zum Teil distanzierte Positionen gegenüber den Linksprozessen gibt es bei einigen Nichtregierungsorganisationen, die sich der Projektarbeit widmen und eine gewisse paternalistische Haltung kultivieren.

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika sind auch Gegenstand der Zusammenarbeit von Linkskräften beider Kontinente, auf der Seite Europas vor allem der Parteien, die in der Europäischen Linkspartei (ELP) zusammengeschlossen sind, und der in der Linksfraktion des Europäischen Parlaments (GUE/NGL) vertretenen Parteien. Grundkonsens ist unter ihnen, dass eine Zusammenarbeit zwischen der EU und den Ländern Lateinamerikas auf gleichberechtigter Basis aufgebaut werden muss. Im gegenwärtigen Moment, im Zustand asymmetrischer Verhältnisse, ist es aus der Sicht der Linken schwer möglich, Assoziierungsverträgen und der Schaffung von Freihandelszonen zuzustimmen. Solche Vereinbarungen würden zu keiner gleichberechtigten Zusammenarbeit führen, sondern die gegenwärtigen Verhältnisse nur zementieren helfen. „Es muss eine wahrhaftige Kooperationspolitik für Frieden und soziale Gerechtigkeit realisiert werden. Abgelehnt werden muss die Politik ‚Global Europe‘ und der Freihandelsverträge. Wir unterstreichen, dass im Mittelpunkt eines Integrationsprojekts die Solidarität stehen muss. Solidarität in Europa, Solidarität mit den anderen Kontinenten und Solidarität gegenüber den Drittländern. Integrationsmodelle, wie sie in Lateinamerika begonnen wurden, sind solche, die mit den Menschen gemacht werden. Diese verdienen unsere Aufmerksamkeit und mit ihnen wollen wir Erfahrungen austauschen.“²⁹ „Global Europe“ wird als europäische Politik abgelehnt, weil sie eine Strategie im Interesse der transnationalen Unternehmen ist und darauf abzielt, über Freihandelsverträge Zugang zu Märkten und Rohstoffen zu erreichen. Die europäische Linke fordert die EU auf, alle Verhandlungen über bilaterale Freihandelsverträge einzustellen. Die Verhandlungen müssen auf gleichberechtigter Basis und mit mehr Transparenz geführt werden. Die gegenwärtige Praxis schließt die gesellschaftliche Öffentlichkeit aus. Zudem fordert die europäische Linke die EU auf, die 2003 verhängten Sanktionen gegen Kuba endgültig aufzuheben.

Die Linken Europas unterstützen soziale Bewegungen und politische Parteien Lateinamerikas, die sich für eine gerechte Integration auf diesem Kontinent und eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit Europa einsetzen. Ihre Solidarität gilt ebenfalls den Bestrebungen von Ländern Lateinamerikas, sich enger politisch und wirtschaftlich zusammenzuschließen, um alternative Entwicklungswege zu ermöglichen. Deshalb unterstützt die europäische Linke das Integrationsprojekt ALBA und die Maßnahmen, die zu seiner Entwicklung und Festigung unternommen werden (u.a. die Gründung der Bank des Südens, Banco del Sur). Im Zentrum steht die konkrete Forderung, wie sie die UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) formulierte, „einen realen politischen Dialog und eine Kooperation auf der Basis der Solidarität zwischen den Völkern zu beginnen, die auf den

²⁹ Helmuth Markov, Europaabgeordneter der LINKEN, nach „Rebelión“, 11. Mai 2008.

Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitig vorteilhaften Handelsaus-tausches beruht“³⁰.

ELP und GUE und die politischen Stiftungen der europäischen Linken verstärken ihre Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Partnern, um dieser Solidarität eine konkrete Basis zu geben. Während des XI. Treffens des Forums von São Paulo in Guatemala 2002 trafen sich Vertreter der Linken beider Kontinente und verständigten sich über ihr künftiges Zusammenwirken. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Politik der EU gegenüber Lateinamerika. Dieses Treffen leitete weitere gemeinsame Initiativen ein. Auf der Konferenz „Die Wirtschaftsbeziehungen und Verhandlungen zwischen der EU und Südamerika“, die im Oktober 2004 in São Paulo stattfand, organisiert von der Alianza Social Continental und der Rosa Luxemburg Stiftung, erklärte die Alianza Social Continental, dass sie eine intensive Zusammenarbeit mit europäischen Linken sucht.

Konkreten Niederschlag fanden diese Initiativen in der verstärkten Beteiligung europäischer Parteien und sozialer Bewegungen an den Treffen sozialer Organisationen beider Kontinente, die unter dem Titel „Enlazando Alternativas“ („Alternativen verknüpfen“) die zweijährlich stattfindenden Gipfeltreffen der EU- und der lateinamerikanischen Staaten begleiten. Sowohl in Wien 2006 als auch in Lima 2008 verständigte man sich in gemeinsamen Seminaren über die vielfältigen negativen Auswirkungen des Wirtschaftens transnationaler, vor allem europäischer Unternehmen in Lateinamerika, ihre öffentliche, mit Fakten belegte Anprangerung und die Durchführung entsprechender Protestveranstaltungen. Die Bundestagsfraktion der deutschen Linken äußerte sich wiederholt kritisch zu den Beziehungen, die die BRD zu Lateinamerika unterhält, und verlangt, dass die Bundesregierung gleichberechtigte Beziehungen, auch im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Europäischen Union, zu Lateinamerika entwickelt.

Politische Aktivitäten gegenüber Lateinamerika und Öffentlichkeitsarbeit zu Themen der EU-Politik gegenüber Lateinamerika wurden in jüngster Zeit in verstärktem Maße durch die Bundestagsfraktion der LINKEN getragen. Ausgangspunkt ist die ausdrückliche Solidarität im Kampf gegen den Neoliberalismus, für Menschenrechte und Demokratie, die die deutsche Linke allen mit demokratischen Mitteln kämpfenden Kräften der lateinamerikanischen Linken entgegenbringt und mit vielen praktischen Taten beweist. Ohne die historischen, politischen und sozialen Ursachen für die Anwendung bewaffneter Gewalt durch die unterdrückten Schichten zu leugnen, ist die Distanzierung vom bewaffneten Kampf als Weg der gesellschaftlichen Transformation Konsens in den Beziehungen zu den lateinamerikanischen Linken. So fordert DIE LINKE im Falle des bewaffneten Konflikts in Kolumbien von der Regierung dieses Landes den Übergang zum Dialog und zur politischen Lösung, sie prangert den Staatsterrorismus an und fordert die volle Achtung der Menschen- und Bürgerrechte, aber sie unterstützt keine bewaffnete linke Organisation.

In den letzten Jahren haben Erfahrungsaustausche und gegenseitige Information über aktuelle Aufgaben und Einschätzungen zwischen den Partnern von beiden Kontinenten zugenommen. Beispiel dafür ist das jüngste Treffen mit Vertretern

³⁰ Panorama der internationalen Zusammenarbeit in Lateinamerika und der Karibik, CEPAL 2007, <http://www.eclac.org>

von Linksparteien Lateinamerikas über linke Regierungserfahrungen auf beiden Seiten des Atlantik, das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Mai 2009 in Brüssel organisiert wurde. Hieran nahmen 20 lateinamerikanische und europäische Linksparteien teil und verglichen Unterschiede und gemeinsame Erfahrungen linker Regierungen, ihrer Handlungsspielräume inmitten der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise und existentieller Bedrohungen durch die Klima- und die Nahrungsmittelkrise. Über solche praktischen Erfahrungen hinaus ist jedoch der theoretische Austausch mit linkem Denken in Lateinamerika trotz mancher gemeinsamer Konferenzen bisher schwach entwickelt bzw. schafft bisher meist nicht den Schritt von dem Anhören von Konferenzbeiträgen zur Verarbeitung und Verbreitung solcher Anregungen in der europäischen Diskussion, sieht man vom Gedanken des partizipativen Haushalts ab, der auch in Deutschland von der Linken aufgegriffen wurde.

Konkrete Solidarität der europäischen und deutschen Linken ist verstärkt erforderlich und verlangt eine wirksamere Koordinierung, weil der Widerstand konservativer innerer Kräfte und äußerer Mächte gegen die progressiven Entwicklungstendenzen in Lateinamerika wächst. Die Auseinandersetzungen verschärfen sich, besonders in Venezuela, Bolivien und Ekuador. Europäische und deutsche Organisationen schalten sich stärker als bisher mit Unterstützung für die politischen Rechten in diese Auseinandersetzung ein. Beispiel dafür sind die kürzlich von deutschen Stiftungen durchgeführten Veranstaltungen zur Propagierung und Durchsetzung „externer Demokratiekonzepte“ und ihre Beratertätigkeit für politische Kräfte in diesem Sinne, ihre Bestrebungen, zwischen den Ländern zu differenzieren und sich in ihrer Gesamtheit auf die Seite der herrschenden Eliten stellen.

In einem Gespräch mit dem Leiter der internationalen Abteilung der PT Brasiliens, Valter Pomar, am 23. April 2008 bekräftigte Lothar Bisky, auch als Vorsitzender der Europäischen Linkspartei, den Wunsch der LINKEN, tiefer in die Prozesse in Lateinamerika einzudringen und sie besser verstehen zu lernen, und unterstrich das Interesse an einer Vertiefung der Beziehungen zur lateinamerikanischen Linken sowie an gemeinsamen Aktivitäten.

II. Die Linke Lateinamerikas, Entwicklung, Charakteristik, Strategien und Potentiale

1. Die Linkskräfte in Lateinamerika zu Beginn des 21. Jahrhunderts – Die Entstehung und Entwicklung einer pluralen „neuen Linken“

Das heutige Bild der Linken Lateinamerikas ist das Ergebnis tiefer historischer Umbrüche, schwieriger, auch schmerzhafter Umformierungen und Neudefinitionen, die sich hauptsächlich über das Jahrzehnt der 90er Jahre hingezogen haben, zum Teil aber auch schon früher eingesetzt hatten. Sie hängen mit den Veränderungen der innergesellschaftlichen Situationen zusammen, die in den meisten Ländern durch die Herrschaft von Militär- und zivilen Diktaturen, verbunden mit der Weichenstellung für eine neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, geschaffen worden waren, in starkem Maße aber auch mit der Implosion der sozialistischen Gesellschaften in der Sowjetunion und Osteuropa und des von ihnen vermittelten Sozialismusbildes; unter den davon ausgelösten internationalen Veränderungen fiel für Lateinamerika die Bekräftigung der unipolaren Macht der USA besonders ins Gewicht. Die Durchsetzung einer neoliberalen Orientierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik entsprechend dem Washington Consens – in den einzelnen Ländern in differenzierten Formen – veränderte die gesellschaftlichen Strukturen grundlegend und brachte völlig neue Bedingungen für das Wirken der Linken hervor. Die analytische Erfassung und strategische Bewertung dieser neuen Bedingungen und die Reaktion darauf, die Lernprozesse und Auseinandersetzungen, die sie hervorriefen, sind in keinem Teil der Welt so stürmisch verlaufen und so weit fortgeschritten wie in den Ländern Lateinamerikas.

Die heutigen Linkskräfte Lateinamerikas sind Motor und Ergebnis des Kampfes breiter Volksschichten um ihre Lebensinteressen, gegen die Offensive des Neoliberalismus, für Demokratie, und zugleich bewahren sie ein Erbe, das von den Befreiungsströmungen der Unabhängigkeitskriege und dem jahrhundertealten indigenen Widerstand über demokratische Revolutionen, die Kämpfe der Arbeiter und Bauern des 20. Jahrhunderts und die Herausbildung der sozialistischen und kommunistischen Bewegung auf dem Kontinent, die kubanischen Revolution, die gescheiterten Revolutionen in Chile, Bolivien und Nicaragua bis zum Widerstand gegen Diktaturen in der jüngsten Vergangenheit reicht. Die Linke Lateinamerikas definiert sich als neue Linke, ohne diese Kontinuität zu vergessen, gerade in der Berufung auf diese Traditionen. Ihre Identitätssymbole sind Simón Bolívar so gut wie Che Guevara.

Von den Linken des 20. Jahrhunderts, die von der Blockkonfrontation, tiefen ideologischen Spaltungen und oft dogmatischen Interpretationen des Marxismus geprägt waren, unterscheiden sie zugleich wesentliche Merkmale:³¹

- Vor allem stellen in dieser Linken nicht mehr die politischen Parteien die Hauptkraft dar, das Fundament für die Entfaltung der Aktivitäten im Sinne der Wahrnehmung der Interessen der unteren Schichten. Neben die linken Parteien sind eine Vielzahl sozialer Organisationen der verschiedensten Sektoren und Interessengruppen getreten, die eine eigenständige Rolle als Akteure im sozialen Kampf und

³¹ Vgl. dazu Daniel Chávez, César Rodríguez Garavito, Patrick Barrett (eds.), *La nueva izquierda en América Latina*, Madrid 2008.

auch in politischen Umbrüchen spielen, Ergebnis der Überreife der gesellschaftlichen Situation für Veränderungen. Das sind bäuerliche, gewerkschaftliche, indigene, Frauen-, Jugend-, Menschenrechts-, Stadtteilorganisationen mit unterschiedlicher Reichweite und jeweils spezifischer Interessenfocussierung, nicht mit vordergründig antikapitalistischem Inhalt, oft aber mit Zielsetzungen, deren Verfolgung gesamtgesellschaftliche Veränderungen erfordert. Ihre Mobilisierungsfähigkeit und Durchsetzungsfähigkeit hat sich in vielen Fällen als enorm erwiesen und die Parteien hinter sich gelassen. Die linken Parteien haben kein Monopol auf die Führung, sie stellen eine Kraft unter anderen dar.

- Die heutige Linke Lateinamerikas ist eine plurale Linke nicht nur in der Zusammensetzung aus Parteien und vielgestaltigen sozialen Organisationen, sondern auch in der Vielfalt ihrer ideologischen Orientierungen, Arbeits- und Organisationsformen. Im Unterschied zu früheren Perioden kann das in der Gegenwart nicht als Zersplitterung bewertet werden, wie sie für Linke als „typisch“ angesehen wird, sondern als ein Reichtum von Gedanken und Methoden, der zwar nicht immer in diesem Sinne genutzt wird, aber doch eine weit stärkere Zusammengehörigkeit begründet als in der Vergangenheit. Hier ist auf die breite Zusammenarbeit im Forum von São Paulo zu verweisen.³²

- Die Organisationsformen der Linken sind – mit Ausnahmen – weniger hierarchisch als in der Vergangenheit, autoritäre Praktiken werden in der Regel nicht geduldet. Soziale Organisationen widersprechen autoritären Leitungspraktiken per se, wehren sich dagegen und zerfallen rasch, wenn sich ein solcher Führungsstil etabliert. Demokratisierungstendenzen haben auch das innere Leben der meisten linken Parteien erfasst. Das schließt nicht aus, dass zwischen der Rolle überragender Führungspersönlichkeiten und den Bedürfnissen innerer Demokratie der Organisationen in manchen Fällen ein ständiges Spannungsfeld besteht.

- Zu den traditionellen Inhalten der Arbeit der Linken traten zunehmend neue oder bisher wenig beachtete Fragen wie die Bedeutung der Demokratie auch unter bürgerlichen Verhältnissen, die Zivilgesellschaft als Element der Demokratie und Raum der politischen Aktivität, Wahlkämpfe und die parlamentarische Arbeit, die ethnische Problematik, die Geschlechterfrage und die Umweltproblematik, die neben der sozialen weitere Ebenen von Ungleichheit in der Gesellschaft und Potentiale für die Transformation erfassen, dazu die Gefahren für die Zukunft der Menschheit thematisieren. Verstärkt spielt die regionale Zusammenarbeit eine Rolle.

- Es haben sich neue und vielfältige Aktionen der sozialen Mobilisierung entwickelt, ausgehend vor allem von den auf diesem Gebiet sehr schöpferischen sozialen Organisationen, wie sie sich in den Bürgerbewegungen für den partizipativen Haushalt, in der Anti-ALCA-Front und gegen die bilateralen Freihandelsverträge, in Kämpfen für nationale Souveränität und gegen ausländische Einmischung (hingewiesen sei insbesondere auf die Bewegungen gegen ausländische Militärbasen wie Manta in Ekuador), in Menschenrechtsbewegungen gegen die Straflosigkeit herausgebildet haben, häufig auch über die Landesgrenzen hinweg. Impulse dafür waren auch internationale Protestbewegungen wie die globalisierungskritischen

³² Zur Problematisierung dieser Situation siehe den übersetzten Text von Boaventura de Sousa Santos im Anhang.

Kampagnen, Friedens- und Solidaritätsaktionen und in ganz besonderem Maße die Sozialforen.

- Die heutige Linke in Lateinamerika hat mit wenigen Ausnahmen der bewaffneten Gewalt als Weg der gesellschaftlichen Veränderung (ebenso der „Kombination aller Kampfformen“) eine Absage erteilt, womit Reformen (auf institutionellem Wege oder durch außerinstitutionelle Mobilisierung) einen neuen Stellenwert erhalten und ihr Charakter, ihr Potential für Veränderungen in den Blickpunkt rückt. Die abstrakte Entgegensetzung „Reform oder Revolution“ ist weitgehend zurückgetreten.

- Der Rolle der Subjektivität, den Veränderungen im Bewusstsein und im eigenen Handeln der Menschen im Kampf um eine neue Gesellschaft wird eine größere Beachtung zuerkannt.

- Verbindend mit den linken Bewegungen der Vergangenheit bleiben das Eintreten für Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, Einbeziehung aller in die Gesellschaft, Demokratie auf neuen Grundlagen als Werte einer linken transformatorischen Orientierung ebenso wie internationale Solidarität, Verteidigung der nationalen Souveränität und die Auseinandersetzung mit der Hegemoniepolitik der USA.

Die Kräfte der „historischen Linken“ (kommunistische Parteien, trotzkistische Organisationen, ehemalige Guerillagruppen, linke Gewerkschaften) haben sich zum großen Teil, nicht immer problemlos, in die neuen Formationen integriert. Die in bürgerlichen Medien übliche Gegenüberstellung von „neuer“ und „alter“ Linker oder auch von „realistischer“ („pragmatischer“) und „radikaler“ („unverantwortlicher“) Linker wird weder der Vielfalt noch den heutigen Inhalten linker Politik in Lateinamerika gerecht.

2. Die politischen Parteien des linken Spektrums

Umformierungen und Neuorientierungen

Die linken Parteien aller Strömungen waren durch den Terror der Militärs aus dem öffentlichen Leben verdrängt und einer ganzen Generation von Führern beraubt worden, ihre Mitglieder in großer Zahl physisch vernichtet oder ins Exil getrieben. Sie waren zu Beginn der 90er Jahre in den meisten Ländern noch dabei, ihre Organisationen wiederaufzubauen, ihre Präsenz in der Öffentlichkeit wiederherzustellen, die Grundlinien ihrer Politik unter neuen Bedingungen zu erarbeiten. Aber im Unterschied zu dem Bewusstsein der Niederlage, das in Europa das Selbstbewusstsein weiter Teile der Linken prägte, war für die Linke Lateinamerikas in dieser Umbruchperiode an der Wende zu den 90er Jahren eine bedeutende Aktivierung, ja Aufbruchstimmung kennzeichnend. Die Befreiung von den Militärdiktaturen, die Wiederherstellung der Demokratie – ihre Begrenztheit und Unzulänglichkeit auf der sozialen Ebene traten erst in der Folgezeit klar hervor – gab dieser Zeit Züge eines Neuanfangs. In vielen Ländern verstärkte sich der gesellschaftliche Einfluss linker Kräfte, sie waren in der politischen Praxis, in Dialogprozessen mehr denn je präsent, sie errangen Positionen in Parlamenten und Regierungen auf

kommunaler, Provinz- und Landesebene. Die PT in Brasilien, die Frente Amplio in Uruguay, die PRD in Mexiko sahen sich zum ersten Mal in der Aussicht, Regierungsverantwortung zu übernehmen; die Frente Amplio übernahm mit Tabaré Vázquez 1990 das Amt des Oberbürgermeisters der Hauptstadt, das sie seitdem nicht mehr aufgeben musste, die PT-Politikerin Luiza Erundina wurde 1988 zur Oberbürgermeisterin der Megastadt São Paulo gewählt (1989-1993).

Unter den Linken Lateinamerikas begannen sehr kontroverse Debatten um die Bewertung der weltweiten Veränderung von Kräfteverhältnissen. Mehrheitlich teilten sie nicht die Euphorie über das „Ende der Konfrontation“ auf internationaler Ebene, sondern sahen eine Welt mit noch verheerenderen Konflikten voraus, eine Sicherheitsgemeinschaft des reichen Nordens gegen den verschuldeten und in Verteilungskonflikten versinkenden Süden, die Verschärfung der Konkurrenz und der Hegemonialkämpfe der großen Wirtschaftsblöcke, eine noch engere Bindung Lateinamerikas an die USA mit sehr geringen Alternativen und Spielräumen auf Grund der sinkenden Bedeutung ihrer Region für Westeuropa, Japan und Russland.

Zugleich kam es zu tiefgehenden Auseinandersetzungen um die Bewertung der eigenen Geschichte, der ideologischen Orientierung und den weiter zu beschreibenden Weg, es kam zu Spaltungen, Neugründungen, Umorientierungen und Namensänderungen.

In den meisten Interpretationen der Ereignisse in Osteuropa wurden die Schlussfolgerungen gezogen, dass sie

- das Streben der Menschen nach Demokratie widerspiegeln,
- Höhepunkt der seit Jahren sich entwickelnden Krise der Linken sind und die Notwendigkeit der Herausbildung einer erneuerten Linken zum Ausdruck bringen,
- ein neues, demokratisches Sozialismusbild erfordern (Sozialismus als offene, nicht zentralisierte Gesellschaft mit einem Wettbewerb der gesellschaftlichen Kräfte, mit Demokratie und sozialer Gerechtigkeit).

Die Formationen der „historischen Linken“ – Kommunisten, Sozialisten, Trotzkiisten, Guerillaorganisationen – waren am stärksten von diesen Umorientierungsprozessen betroffen. Die meisten Parteien stellten ihr bisheriges Fortschrittsverständnis in Frage. Vor allem in den kommunistischen Parteien, die über die geschlossenste Ideologie verfügten, fanden heftige Auseinandersetzungen um die strategischen Orientierungen, die innere Funktionsweise, die Rolle einer ganzen Generation von Führern statt, angestoßen durch die eigenen Erfahrungen während der Diktaturen und im Exil wie auch das Gedankengut der Perestroika und die sich abzeichnenden neuen Gesellschaftsprobleme, auf die Antworten gefunden werden mussten. Auf der strategischen Ebene führten diese Debatten zu einer Neubewertung der Demokratie als Grundwert, ideologisch häufig zu der Suspendierung des Marxismus-Leninismus als offizielle Parteidoktrin, vor allem zur Absage an seine dogmatische Auslegung, und es fanden demokratische Reorganisationen in den Parteistrukturen statt. Diese Erneuerungsprozesse verliefen allerdings sehr differenziert, am offensten in den Parteien, in denen schon in den 80er Jahren ein kritisches Überdenken der bisherigen Praxis und theoretischen Konzeption im Gange war. So in der KP Uruguays unter der Führung ihres damaligen Generalsekretärs Rodney Arismendi, der bereits Anfang der 80er Jahre auf neue Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung aufmerksam gemacht hatte, die in der kommunistischen Bewegung ungenügende Beachtung fanden. Die KP Uruguays behauptete

denn auch eine maßgebliche Rolle in der Frente Amplio. Auch die ehemalige Mexikanische KP hatte schon in den 80er Jahre gemeinsam mit anderen Linkskräften über mehrere Zwischenstufen den Übergang zur PRD (Partido de la Revolución Democrática) mit neuen strategischen und organisatorischen Prinzipien gefunden. In der traditionsreichen und früher im nationalen Leben stark verwurzelten KP Chiles führten die Auseinandersetzungen um ein veraltetes Revolutionskonzept und Fehleinschätzungen des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, vor allem die Enttäuschung übertriebener Hoffnungen auf einen revolutionären Sturz der Militärdiktatur, zur Blockierung der Beteiligung der Partei am politischen Leben, zusätzlich zu den Ausgrenzungsbestrebungen gegen die Kommunisten.

In den von jeher heterogener zusammengesetzten sozialistischen Parteien vollzogen sich in den meisten Ländern Differenzierungen zwischen Kräften, die in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien eine „Politik des Machbaren“ befürworteten, in deren Rahmen sie für die Festigung der demokratischen Institutionen und die soziale Abfederung von wirtschaftlichen Strukturanpassungsmaßnahmen eintraten, und denen, die den antikapitalistischen Charakter ihrer Parteien bekräftigt sehen wollten und sich für linke Bündnisse einsetzten. In Teilen der sozialistischen Parteien wurde sozialdemokratisches Gedankengut aus Westeuropa allmählich übernommen, obgleich bei der lateinamerikanischen Linken allgemein die politische Praxis auch der Sozialdemokratie für gescheitert angesehen wird. Einige weitere Parteien schlossen sich der Sozialistischen Internationale an. Die Strömung des „lateinamerikanischen Sozialismus“, mit dem Namen des chilenischen Sozialisten Clodomiro Almeyda verbunden, die schon 1986 die Lateinamerikanische Sozialistische Koordinierung (CSL) mit 15 Parteien gegründet hatte, fühlte sich in ihren Identifikationswerten Demokratie, Humanismus, Eigenständigkeit der spezifischen lateinamerikanischen Wurzeln und Traditionen, Vertretung der Interessen der unteren Volksschichten insgesamt und damit der Nation, bestätigt; sie ging ideenmäßig als konstitutiver Bestandteil in die sich neu herausbildende lateinamerikanische Linke ein.

Eine schnelle Entwicklung ihrer Bedeutung und gesellschaftlichen Wirksamkeit machten die neuen linken Parteien Lateinamerikas durch, die erst in den 80er und 90er Jahren entstanden sind. Sie formierten sich aus den Traditionen der nationalen Befreiung, der christlichen Ethik, der (indianischen) Bauernbewegungen, zum Teil aus dem bewaffneten Kampf (MLN-Tupamaros in Uruguay, FSLN in Nicaragua, FMLN in El Salvador, URNG in Guatemala) oder aus den humanistischen und Umweltbewegungen. Diese neuen Linksparteien, die von Anfang an mit neuen Konzepten antraten und von keinen Auseinandersetzungen um ein Erbe belastet waren, waren von Anfang an in ihrer Ideologie und ihren sozialen Wurzeln pluralistisch. Ihnen fiel es leichter, die neuen Ebenen des Kampfes um gesellschaftliche Alternativen aufzufinden, die zum Beispiel aus der Demokratie-, Umwelt- und Menschenrechtsproblematik, den sozialpsychologischen Befindlichkeiten, der neuen Technik, der Jugendkultur usw. hervorgingen. Sie repräsentieren die Einbeziehung neuer Bevölkerungsgruppen in die sozialen und politischen Auseinandersetzungen in dieser Periode. Die bedeutendste Linkspartei des Kontinents, die PT Brasiliens, ist bereits 1980 aus den Streikämpfen der Metallarbeiter hervorgegangen; Kräfte der Gewerkschaftsbewegung, die mit der Befreiungstheologie verbundenen christlichen Basisgemeinden, Umweltaktivisten und marxistische Intellektuelle aus der „historischen“ Linken fanden sich darin zusammen. Die PT wurde

zum Sammelbecken zahlreicher linker Strömungen und Gruppierungen und war schon von ihrer Entstehung her mit den progressiven Gewerkschaften und zahlreichen sozialen Bewegungen eng verbunden.

Dieser Prozess der Herausbildung neuer politischer Parteien mit linker Orientierung, die jeweils ihren Entstehungsumständen entsprechend Besonderheiten aufweisen, setzt sich auch in jüngster Zeit fort, so mit der Herausbildung der indigenen Partei Pachakutik als politischer Arm der Konföderation der indigenen Organisationen (CONAIE) in Ekuador, mit der Entwicklung der MAS (Bewegung zum Sozialismus) aus den Gewerkschaften der Kokabauern heraus zur politischen Partei in Bolivien, die sich die Anliegen sozialer Organisationen und indigener Kräfte zu eigen machte, oder mit der Entstehung der P-mas in Paraguay aus der linken Jugendbewegung. Verschiedene Organisationen sind auch in der Gegenwart noch im Prozess der Formierung als Partei (PAIS in Ekuador u.a.)

Zur gleichen Zeit nahmen, herausgefordert von der Offensive des Neoliberalismus und auch der zeitweiligen Krisensituation der politischen Parteien, die Herausbildung und die Aktivitäten sozialer Bewegungen einen starken Aufschwung. Sie entwickelten sich in der Folgezeit zu einem selbständigen, mit den politischen Parteien oft in ein widerspruchsvolles Spannungsverhältnis tretenden Akteuren in den Ländern Lateinamerikas, wie in einem folgenden Kapitel behandelt wird.

Die Parteien im linken Spektrum bieten nach wie vor ein vielfältiges, differenziertes Bild, wie es nicht anders zu erwarten ist angesichts der Uneinheitlichkeit der Sozialstrukturen und der sozialpsychologischen Situation der unteren Schichten, der unterschiedlichen Varianten der Herrschaftsausübung in den einzelnen Ländern des Kontinents, der verschiedenen Etappen der Herausbildung der linken Parteien und ihren jeweiligen historischen Traditionen und Ideologien. Während aber in der Vergangenheit die Zugehörigkeit zu ideologischen Strömungen bei der Zusammenarbeit im nationalen, regionalen und internationalen Maßstab entscheidend war, wurden die gemeinsamen Aufgaben und Probleme in der gesellschaftlichen Wirklichkeit und die Bedürfnisse der Verständigung über die neue Lage zur Motivation einer neuartigen kontinentalen Zusammenarbeit.

Die Entwicklung der Zusammenarbeit der politischen Kräfte der Linken im Forum von São Paulo

Anfang Juli 1990 wurde durch eine Initiative der brasilianischen PT eine Beratung lateinamerikanischer Linksparteien verschiedenster ideologischer Strömungen einberufen. In dieser Situation der Identitätskrise und des Perspektivverlustes vieler linker Kräfte in Lateinamerika gab es zunächst Übereinstimmung nur in den Ausgangspunkten:

- Unter den sich entwickelnden neuen internationalen Kräfteverhältnissen drohen neue Konflikte und große Gefahren für die Souveränität der lateinamerikanischen Staaten und die Interessen der lateinamerikanischen Völker;
- Der Kapitalismus in seiner sich herausbildenden neoliberalen Form bietet keine Lösungen für die Probleme der unterentwickelten und abhängigen Gesellschaften Lateinamerikas;

- Aus den negativen historischen Erfahrungen kann nicht geschlussfolgert werden, dass eine andere, wahrhaft demokratische, sozial gerechte und friedliche Gesellschaft unmöglich ist.

Die von der PT, mit ihrem Gewicht von 30 Mill. Wählerstimmen (1989), nach São Paulo einberufene Konferenz sollte den Gedankenaustausch über die entstandene Situation ermöglichen, die von den meisten als enorme politische und theoretische Herausforderung begriffen wurde, und wurde von 48 Parteien und Linksfronten als Gelegenheit ergriffen, sich über die Zukunft linker Politik zu verständigen. Damit war das Forum von São Paulo ins Leben gerufen. Es zeugt vom Druck der Notwendigkeiten, aber auch vom Einheitswillen der teilnehmenden Organisationen und von der offenen und fruchtbaren Atmosphäre der Diskussionen, dass daraus eine stabile Reihe von regionalen Treffen wurde.

Mit dem Forum von São Paulo entstand die zahlenmäßig größte und ideologisch breiteste Gruppierung linker Parteien in der Welt. Zu seinen Mitgliedern zählt ein breites Spektrum von Parteien und Bewegungen, die, ohne sich in jedem Fall ausdrücklich die Errichtung des Sozialismus als Ziel zu stellen, gesellschaftliche Transformationen im Interesse der Volksmassen, eine sozial gerechte, demokratische, national souveräne, zukunftsfähige und friedliche Gesellschaft anstreben. Es sind Parteien mit unterschiedlicher Entwicklungsgeschichte und Tradition, unterschiedlichen Kampfformen und ideologischen Standorten, Vertreter unterschiedlicher politischer Stile und gesellschaftlicher Sektoren, die unter Arbeitern, Bauern, Studenten, Intellektuellen und bis in die Mittelschichten und Kreise der kleinen oder mittleren Unternehmer hinein wirken. In diesem Sinne widerspiegelt das Forum den pluralen Charakter der heutigen lateinamerikanischen Linken. Inzwischen zählen dazu zahlreiche an der Ausübung von Regierungsgewalt beteiligte Parteien. Die KP Kubas hat im Forum einen festen Platz.

Grundlage der Zusammenarbeit sind gemeinsame politische Aufgaben und Zielsetzungen in der Gegenwart, die auf den bisher 14 Treffen des Forums erarbeitet, ausführlich diskutiert und den jeweiligen Erfordernissen entsprechend weiterentwickelt wurden.

Das Forum von São Paulo hat sich zu einer der wichtigsten Plattformen für die Entwicklung politischer Strategien der Linken und ihres Erfahrungsaustausches über die tiefgreifenden Veränderungen in Lateinamerika und in der Welt entwickelt. Es spielte eine zunehmend aktive Rolle in der Solidarität der demokratischen und sozialistischen Kräfte Lateinamerikas und der Karibik und hat die Verbundenheit mit dem Kampf um Frieden und Fortschritt in der ganzen Welt gestärkt. An seinen Treffen beteiligen sich in der Regel Vertreter von 60-80 Mitgliedsparteien und eine wechselnde Anzahl sozialer Organisationen sowie zahlreiche ausländische Beobachter.

Betrachtet man die analytischen und programmatischen Dokumente, die das Forum in den Jahren seiner bisherigen Existenz erarbeitet hat, so kann man feststellen, dass sich die Realitäten in Lateinamerika im wesentlichen in der dort von den Parteien vorausgesehenen und angestrebten Richtung entwickelt haben. Insbesondere der Gedanke der Stärkung der regionalen Integration hat hier an Kraft gewonnen und ist weiterentwickelt worden. In einigen Ländern ist es im Sinne dieser Orientierungen gelungen, wichtige Schritte auf dem Wege zu gesellschaftlichen Veränderungen voranzukommen, so bei der Entwicklung breiter Koalitionen

für fortschrittliche Alternativen, der Eroberung von Positionen für die Linke in lokalen, regionalen und Landesregierungen, der Erprobung von Formen einer partizipativen Demokratie, der Praktizierung einer selbständigen aktiven Außenpolitik, der Kombination von Aktionen aus der Regierung heraus mit dem Massenkampf.

Bereits 1996 auf seinem VI. Treffen in El Salvador legte das Parteienforum eine fundierte Analyse der neoliberalen Veränderungen in den lateinamerikanischen Gesellschaften vor und stellte klar, „dass die neoliberale Globalisierung die verschiedensten Widersprüche und Konflikte verschärft hatte: den Widerspruch zwischen der ökonomischen Entwicklung und dem Schutz der Umwelt, die Probleme durch die immer stärkere Konzentration des Reichtums wie auch durch die sehr ungleichen Möglichkeiten, die der wissenschaftlich-technische Fortschritt für die Entwicklung der Menschheit eröffnet. Es wurde offensichtlich, dass die politischen Freiheiten durch die neoliberalen Kräfte eingeengt werden, um eine mit sozialer Gerechtigkeit verbundene Entwicklung zu verhindern und die Ausübung der ökonomischen und sozialen Rechte der Völker zu blockieren.“³³ Das Forum hat wichtige Impulse für die Aktivierung des Widerstandes gegen neoliberale Politik und für die Entwicklung des alternativen Denkens gegeben, intellektuelle und politische Kräfte gesammelt und dazu beigetragen, Parteien und soziale Bewegungen zusammenzuführen. Das Forum erkennt die Bedeutung und Selbständigkeit der sozialen Bewegungen bei der Massenmobilisierung an. Allerdings sind die Parteien nicht immer in der Lage, das Widerstandspotential der Bewegungen wirksam auf die politische Ebene zu transportieren.

Bestätigt hat sich auch die Einsicht in die Unterschiedlichkeit der Bedingungen und die Vielfalt der Wege und Orientierungen für eine alternative Entwicklung. In dieser Vielfalt sehen die Parteien den Reichtum der Ideen und Entwicklungsanstöße für eine neue Gesellschaft. Trotz Schwierigkeiten und ideologischen Verständigungsproblemen haben es linke, demokratische und progressive Kräfte verstanden, ihre Einheit in der Vielfalt zu bewahren, und sind dabei, eigene, in ihrer Sicht spezifisch lateinamerikanische Entwicklungsprojekte auszuformen. Das 2008 durchgeführte XIV. Treffen des Forums unterstrich die Notwendigkeit, die Einheit bei Akzeptanz der Verschiedenartigkeit zu entwickeln, um „alle fortschrittlichen und linken Kräfte Lateinamerikas (zu) repräsentieren und sektiererischen und ausschließenden Praktiken entgegen(zu)treten.“³⁴

Zu einer der vorherrschenden Formen der Zusammenarbeit im Forum ist heute die Durchführung von thematischen Konferenzen und Seminaren geworden, die je nach thematischer Ausrichtung nur einen Teil der Parteien zusammenführen. Neben dem Forum haben sich weitere Treffen bestimmter Parteiengruppierungen entwickelt, so das jährlich in Mexiko von der mexikanischen Partei der Arbeit (PT) ausgerichtete internationale Seminar „Die Parteien und eine neue Gesellschaft“ und kontinuierliche Treffen der kommunistischen Parteien Südamerikas. Die Zusammenarbeit der progressiven Parteien Lateinamerikas kann als eine der wichtigsten Voraussetzungen für ihr erfolgreiches politisches Wirken angesehen werden.

³³ Die neue Etappe der Integration Lateinamerikas und der Karibik. XIII. Treffen des Forums von São Paulo, Vorbereitungsdocument, 05. Jan. 2007. <http://forosaopaulo.fmln.org.sv>

³⁴ XIV. Treffen des Forums von São Paulo, Montevideo, Mai 2008, Dokument für die Diskussion: Die Linke Lateinamerikas und der Karibik in der neuen Etappe – der Reichtum der Verschiedenartigkeit.

Die neuen Herausforderungen für das Forum, das im August 2009 in Mexiko sein XV. Treffen abhalten wird, ergeben sich vor allem aus der Förderung der ökonomischen und politischen Integration der Länder des Kontinents, der gemeinsamen Bewältigung der Auswirkungen der internationalen Wirtschafts- und Systemkrise und der Fortsetzung fortschrittlicher Entwicklungsprozesse gegen sich verstärkende Bedrohungen durch den Widerstand reaktionärer Kräfte.

Die Abgrenzung von überlieferten Erfahrungen, „Lehren“ und „Modellen“ – die Suche nach einem „lateinamerikanischen Denken“

In den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts war in Lateinamerika ein deutliches Auseinanderfallen zu verzeichnen zwischen der praktischen Auseinandersetzung der neuen politischen und sozialen Bewegungen mit der neoliberal geprägten gesellschaftlichen Wirklichkeit, der raschen Entwicklung ihrer innovativen Praktiken und Organisationsformen und kreativen Utopien einerseits und dem Diskurs darüber andererseits, der zurückblieb, auf die akademische Sphäre beschränkt blieb und auf alte Konzepte abgestellt war.

„Die Distanz zwischen der Praxis der lateinamerikanischen Linken und den klassischen linken Theorien ist heute größer denn je. Gegenwärtig ist dies vielleicht das wichtigste Merkmal der lateinamerikanischen Linken. Vom mexikanischen EZLN bis zur brasilianischen PT-Regierung, von den argentinischen Piqueteros bis zur brasilianischen MST, von den indigenen Bewegungen Boliviens und Ekuadors bis zur Frente Amplio Uruguays, vom Weltsozialforum bis zu Hugo Chávez begegnen wir Formen der politischen Praxis, die im allgemeinen als links anerkannt werden, aber die in ihrer Gesamtheit in den hauptsächlichsten theoretischen Traditionen der lateinamerikanischen Linken nicht vorgesehen waren oder ihnen sogar widersprechen“,³⁵ stellt der portugiesische Sozialphilosoph Boaventura de Sousa Santos, der die Bewegung der Weltsozialforen begleitet, fest.

Das Zurückbleiben der Theorie für eine neue gesellschaftliche Praxis teilte Lateinamerika mit anderen geographischen Breiten. Einerseits hatte das Scheitern des Sozialismus in der Praxis auch eine tiefe Krise der marxistischen Theorie zur Folge, zumindest ein profundes Misstrauen in ihre gestaltende Kraft und ganz besonders in die Intellektuellen, die diese Theorie bzw. ihre vulgarisierten Interpretationen vertreten hatten. Zum ändern erfolgte seit Ende der 80er Jahre der massive Vorstoß der neoliberalen Ideologie im öffentlichen Leben. Der brasilianische Politikwissenschaftler Emir Sader konstatierte – wie auch viele andere linke Intellektuelle – eine Schwächung des kritischen theoretischen Denkens in Lateinamerika unter dem Druck der neoliberalen Ideologie, gefördert auch durch internationale Auftrag- und Geldgeber von Studien, wissenschaftlichen Forschungsrichtungen und Projekten. Die marxistisch geprägte Linke hatte ihre intellektuelle Hegemonie verloren, die sie gerade in Lateinamerika lange behauptet hatte, und sie blieb hinter den neuen Erscheinungen der Wirklichkeit zurück. Zudem war sie in den Medien kaum noch präsent. Auch viele früher kritische Stimmen ergaben sich der Vorstellung

³⁵ Boaventura de Sousa Santos, Pluralidades despolarizadas: una izquierda con futuro, in: Daniel Chavez, César Rodríguez Garavito y Patrick Barrett (editores), La nueva izquierda en América Latina. Madrid 2008, S. 359.

von der Alternativlosigkeit der in Gang gesetzten neoliberalen Umgestaltungen. John Holloway spricht sogar von der Komplizenschaft der Wissenschaft gegenüber dem Neoliberalismus.

In dieser Entwicklung liegen die Ansatzpunkte für das Aufkommen einer kritischen, sich von überlieferten Lehrgebäuden abgrenzenden Denkrichtung, wie sie z.B. der peruanische Soziologe Anibal Quijano, heute einer der Theoretiker der globalisierungskritischen Bewegung, vertritt, aufbauend auf der These, dass es gelte, die ideologische Kolonialisierung durch den „Westen“, den Eurozentrismus, zu durchbrechen, die seit der Eroberung des Kontinents die Eigenständigkeit der lateinamerikanischen Kulturen erstickt habe. Eingeschlossen ist hier der Marxismus, der von der Analyse der Klassenverhältnisse des europäischen Kapitalismus ausging. Wissen und Erkenntnisse in Lateinamerika seien über Jahrhunderte vom europäischen Einfluss geprägt worden, die eigene Art zu denken wurde diskriminiert. Den Gedankengängen von Quijano folgten Intellektuelle und Aktivisten der sozialen Bewegungen wie der Brasilianer César Benjamín, einer der Gründer der Volksbewegung Consulta Popular (etwa: Volksratschlag), die programmatische Fragen der in Brasilien notwendigen gesellschaftlichen Umgestaltungen berät und Millionen Menschen mobilisiert. Gefordert wurde eine „Entkolonisierung“ der theoretischen Debatte. Oft zitiert wird die Äußerung des bolivianischen indigenen Sozialisten Fausto Reinaga aus den 70er Jahren: „Europa hat uns seine Sprache, seine Religion, seine Geschichte, seine Moral, seine Kultur, seine Kunst aufgezungen. Jetzt beansprucht es, uns seine Version der Revolution, seine ‚korrekten‘ Strategien und Taktiken aufzudrängen.“ Der Präsident Ekuadors, Rafael Correa, sagte in seiner Eröffnungsrede auf einem Forum über den Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Quito im August 2007: „Endlich bringt Lateinamerika ein eigenes Denken hervor und akzeptiert nicht mehr alles, was von außerhalb kommt.“³⁶

In dieser Form brachen sich offenbar die Erfordernisse eines theoretischen Neuansatzes für die Zukunft der menschlichen Zivilisation Bahn, der eine Abkehr von den bisher verfolgten Pfaden sein muss. Die Absage an die marxistische Theorie ist aber keineswegs allgemein, sondern bezieht sich eher auf bestimmte dogmatische Interpretationen und Schlussfolgerungen sowie veraltete Thesen. Der argentinische Philosoph Atilio Borón äußerte in einem Interview seine Überzeugung, dass „der heutige Kapitalismus im Verlauf der letzten 30 Jahre die Richtigkeit der marxistischen Theorie bestätigt hat. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die Welt heute weitaus ‚marxistischer‘ ist als zu Zeiten Marx‘.“³⁷ Die Linke Lateinamerikas erkennt im marxistischen Denken ein wichtiges Instrument zum Verständnis der gegenwärtigen Krise und folgt dem Ratschlag des Philosophen Eric Hobsbawm, dass die Arbeiten von Marx „nicht als politische Programme gelesen werden sollen, sondern als Mittel zum Verständnis des Charakters des Kapitalismus.“³⁸

Es entspricht der lateinamerikanischen Realität von heute, dass im Mittelpunkt als Subjekt der gesellschaftlichen Umgestaltung nicht die Industriearbeiterschaft stehen kann, sondern die Masse der armen Volksschichten, alle Ausgebeuteten,

³⁶ „El Comercio“, Quito, 24. Aug. 2007.

³⁷ Irina Morán, ¿Muerte o resurrección del marxismo? Entrevista a Atilio Borón, „Rebelión“, 22. Juni 2007.

³⁸ Eric Hobsbawm, Interview, „Carta Maior“, 29. Sept. 2008.

Ausgegrenzten und Unterdrückten, eine These, die kubanische Gesellschaftswissenschaftler schon in den 80er Jahren vertraten.

Die Überwindung der Krise des alternativen Denkens erfolgte jedoch im Wesentlichen nicht aus den Gesellschaftswissenschaften heraus, sondern aus der Praxis der sozialen Bewegungen. Die neuen Erkenntnisse werden nicht in die Massen „hineingetragen“, sie werden an der Basis gewonnen und im Erfahrungsaustausch verallgemeinert. Hier entwickelte sich ein kollektiver Intellekt mit reichen Ausdrucksformen, der mit einer Sprache auftritt, wie sie den zum Handeln gelangten Massen gemäß ist und die mit ihnen bekannten Symbolen und Bezügen geladen ist. Die Bewegung der Zapatisten in Chiapas mit ihren provokativen Thesen und ihrer unkonventionellen Praxis, die Abwehrkämpfe gegen die ALCA, aber auch die Erfahrungen aus unzähligen sozialen Auseinandersetzungen an der Basis in nahezu allen Ländern des Kontinents wurden zu Anstößen für die Theoriebildung.

Diese Entwicklung hat durchaus problematische Züge, auf die Boaventura de Sousa Santos aufmerksam macht, nämlich „... einerseits eine Untertheoretisierung der Praxis und andererseits eine Irrelevanz der Theorie. ... Das heißt aus der Blindheit der Theorie resultiert ein Nichtwahrnehmen der Praxis, während sich aus der Blindheit der Praxis eine Irrelevanz der Theorie ergibt. Dieses gegenseitige Aneinandervorbei erzeugt auf der Seite der Praxis ein extremes Schwanken zwischen der revolutionären Spontaneität und einer bis zur Wirkungslosigkeit selbstbeschränkten ‚Politik des Möglichen‘ und auf der Seite der Theorie ein ebenfalls extremes Hin und Her zwischen einem Bestreben der nachvollziehenden Anpassung post factum und einer arroganten Indifferenz gegenüber allem, was die Theorie nicht erfasst.“³⁹

Wir meinen jedoch, dass in Lateinamerika bei allen noch vorhandenen Defiziten die Herausbildung neuer theoretischer Ansätze zu beobachten ist, die zum Teil auch als ein Wiederaufgreifen von Erkenntnissen, Grundpositionen und Wertesystemen in humanistischer und progressiver Tradition betrachtet werden kann, die mit der Durchsetzung rationalistischer Denkweisen seit der Aufklärung, mit den Theorien der „Moderne“, mit fortschreitender Entwicklung des Kapitalismus verloren gegangen sind. Es ist ein Prozess der Verbindung der neuen mit Teilen der „klassischen“ Linken, mit sozialen Bewegungen und politischen Kräfte, die sich neue Orientierungen erarbeitet hatten, und mit kritischen Intellektuellen, die mit den Bewegungen in Dialog traten, in Gang gekommen. Namen wie Atilio Borón, Marta Harnecker, Isabel Rauber, Boaventura de Sousa Santos, Enrique Dussel, Anibal Quijano, Ana Esther Ceceña, Gilberto López y Rivas stellen hier nur eine kleine Auswahl der hervorragenden linken Intelligenz des heutigen Lateinamerika dar. Dieser Prozess, der das Bedürfnis nach theoretischer Fundierung und Voraussicht widerspiegelt, gewann vor allem durch die Sozialforen größere Breite. Neben neue Zeitschriften und linken Bildungs- und Forschungszentren, die eine beachtenswerte Arbeit zur Analyse und Interpretation der neuen Bedingungen, zum Entwurf neuer Strategien leisten, verbreiteten sich moderne Formen der Kommunikation und Diskussion über das Internet, die eine große Masse Aktivisten in diese Arbeit einbeziehen. Das neue Selbstbewusstsein einer lateinamerikanischen Linken, die nicht mehr fremden Modellen nachfolgen, sondern den lateinamerikanischen Realitäten und Traditionen entsprechende eigene Konzepte für ihren Kampf entwi-

³⁹ Boaventura de Sousa Santos, a.a.O., 359-360.

ckeln will, findet auch im Forum von São Paulo seinen Ausdruck. Die Berufung auf Simón Bolívar, José Martí, José Carlos Mariátegui und andere hervorragende Theoretiker Lateinamerikas unterstreicht diesen Anspruch.

Angesichts des Scheiterns der sozialistischen Gesellschaften, so der Konsens, seien neue Ansatzpunkte alternativer Gesellschaftstheorie zu finden, neue Antworten auf neue Bedingungen zu suchen, die von den geistigen und kulturellen Wurzeln und von den Realitäten Lateinamerikas ausgehen. Die Schwerpunktsetzungen sind dabei häufig andere als üblicherweise in marxistischen Konzepten: statt von der zentralen Rolle der ökonomischen Basis gehen sie aus von Werten wie Ethik, Würde, Identität, Autonomie, Subjektivität, Kollektivität, Achtung der Rechte des Anderen. Soziale Interessen werden oft über ökonomische Effizienz im Sinne von Marktwert gesetzt.

Gedankliche Ausgangspunkte sind dabei: Die befreite Gesellschaft kann kein Spiegelbild der Unterdrückergesellschaft sein. Es geht um eine grundsätzliche Wende der Menschheitsgeschichte, eine Alternative der zivilisatorischen Entwicklung, die nicht nur Befriedigung der materiellen Bedürfnisse und Überwindung der sozialen Übel, sondern eine neue Kultur der Solidarität, partizipative und antagonistische Demokratie und ein anderes Verhältnis zur Natur hervorbringen soll. Abgelehnt wird jede Vorstellung von einer Unvermeidlichkeit oder gesetzmäßigen Abfolge der Entwicklung, auch jeder Bezug auf ein Modell. Es gibt aus dieser Sicht auch kein fertiges, abgeschlossenes allgemeines Konzept der Entwicklung (wonach bei uns immer wieder gefragt wird), sondern eine Vielfalt der möglichen Gestaltungen der neuen Gesellschaft, die im Voranschreiten aufgefunden werden müssen (*preguntando caminamos* – fragend schreiten wir voran, wie die zapatistische Losung lautet; obgleich der Zapatismus in seiner konkreten politischen Form und gesellschaftlichen Praxis auch in Mexiko eine relativ isolierte Erscheinung geblieben ist, erweist er sich als Teil und Ausdruck einer universellen Entwicklung, wenn man zentrale Begriffe des zapatistischen Diskurses ansieht, wie Autonomie, Selbstverwaltung, Recht auf Diversität). Im Mittelpunkt dieses Prozesses der Suche nach strategischen Konzeptionen und der Theoriefindung stehen Probleme wie: Leitung nicht als Machtausübung, sondern als Mandat von unten unter ständiger Kontrolle von unten; Demokratie, die nicht durch den Staat zu gestalten ist, als Wesen, nicht Mittel der neuen Gesellschaft; Entwicklung nicht als unbegrenztes Wachstum, sondern als Überwindung von Ungleichheit, nichts als Ressourcenvernutzung, sondern bei Erhaltung der natürlichen Umwelt; Vielfalt statt dogmatisch verkündete Gleichförmigkeit der gesellschaftlichen Entwicklungen und Erfahrungen; Primat kollektiver Interessen über „westlichen“ Individualismus; Reichtum nicht auf materieller Ebene, sondern im Wohlfühlen in der Gemeinschaft. Hierin ergeben sich Verbindungen zum Zapatismus und zu den Konzepten des „*Vivir bien*“ (Gutes Leben in Harmonie mit der Natur – nicht Überfluss und Verschwendung) in den indigenen Gemeinschaften der Andenländer, wie sie sich in den neuen Verfassungen Ekuadors und Boliviens widerspiegeln.

Die Gestaltung des Neuen im Alltag, von hier und heute ab, nicht als fernes Zukunftsbild, vor allem aber aus Erfahrungen an der Basis und in der Praxis der sozialen Bewegungen, die es miteinander zu verknüpfen gilt, und die Veränderung des Subjekts selbst im Prozess der Umgestaltungen (hierfür vermittelt die argentinische Sozialphilosophin Isabel Rauber wertvolle Ansätze) ist für viele linke Aktivist*innen Leitbild und Eigenerfahrung. Die Vorstellungen über den Sozialismus des 21.

Jahrhunderts wurzeln in diesen Überlegungen; Rafael Correa betonte in der erwähnten Rede die Vielfalt der Erscheinungsformen dieses Sozialismus, unter denen er neben anderen den „andinen Sozialismus“, aber auch den „Sozialismus der kubanischen Revolution“ nannte. Der Sozialismus könne nicht in jedem Lande, in jeder Region gleich aussehen. Seine Hauptmerkmale seien der Vorrang der menschlichen Arbeit vor dem Kapital, die Demokratie auf allen Ebenen und die Herausbildung neuer kollektiver Eigentumsformen im Rahmen eines neuen Entwicklungsmodells, das einen Wettbewerb mit dem Kapitalismus nicht zulasse, weil es eine völlig andere Orientierung aufweise.

Die lateinamerikanische Linke ist sich jedoch bewusst, dass in einer globalisierten Welt mehr denn je ein internationales Umfeld für alternative Gesellschaftsprojekte gestaltet werden muss und dass die damit verbundenen Herausforderungen über die Grenzen des Kontinents hinausgehen. Ungeachtet ihres Anspruchs auf Eigenständigkeit und ihrer nationalen und lateinamerikanischen Optionen will sie sich nicht von den Fortschrittskräften in der Welt isolieren, sondern betrachtet sich als Teil einer gemeinsamen Kampffront gegen die neoliberale Offensive. Gerade von Lateinamerika ging bekanntlich die Initiative der Weltsozialforen aus.

3. Die sozialen Bewegungen Lateinamerikas – ihr politisches und transformatorisches Potential

Entstehung und Entwicklung sozialer Bewegungen in der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus

Seit den 80er Jahren entstanden in Lateinamerika unter den verschiedensten Bedingungen neue soziale Bewegungen. Es handelt sich um autonome Organisationen politisch-sozialen Charakters, die die kollektive Vertretung von Interessen, die Abwehr von Entwicklungen, die der Gemeinschaft zuwiderlaufen, auf den verschiedensten Gebieten zum Ziel haben, sowohl die Verbesserung der unmittelbaren Existenzbedingungen als auch weiterreichende, die Gesellschaft als ganzes betreffende. Ihre Vielfalt ist sehr groß und sie treten in Bewegungen, Allianzen, Fronten, Assoziationen, Koordinierungen und ähnlichen Formen des Zusammenwirkens auf der Basis eines gemeinsamen Nenners auf. Beispiele für sektorübergreifende Allianzen sind die Front gegen die Armut (Frente contra la Pobreza) in Argentinien, die Nationale Front zur Verteidigung der öffentlichen Güter und des nationalen Eigentums (Frente Nacional de Defensa de los Bienes Públicos y el Patrimonio Nacional) in Paraguay, der Zusammenschluss für Wachstum und Arbeit (Concertación por el Crecimiento y el Trabajo) in Uruguay, die verschiedenen Bewegungen der Landlosen, die nicht nur die Landfrage, sondern die Agrarpolitik als ganzes, die Ernährungssicherheit, das nachhaltige und umweltverträgliche Wirtschaften thematisieren, aber auch länder- und kontinentübergreifende Bewegungen wie Via Campesina, die Lateinamerikanische Koordinierung der Bauernorganisationen (CLOC), die verschiedenen Vereinigungen der indigenen Völker (Amazonas, Anden), das Netz der Frauen für eine andere Wirtschaft (REMTE), die Kontinentale Vereinigung der Gemeindeorganisationen (FCOC), die Kontinentale Soziale Allianz (ASC), die insbesondere den Kampf gegen die ALCA aufnahm, die Generalversammlung der Völker der Karibik (APC), das Gewerkschaftsforum der A-

merikas, um nur einige der wichtigsten Beispiele zu nennen. Soziale Bewegungen des Kontinents sind wesentliche Initiatoren und Mitbegründer des Weltsozialforums geworden. Zum ersten Mal im Jahr 2001 in Porto Alegre (Brasilien) realisiert, wurde es als „Raum für Debatten und Erarbeitung von Alternativen“ zur neoliberalen Politik und als Gegenpol zum Weltforum des Kapitals in Davos (Schweiz) ins Leben gerufen. Mit dem 9. Treffen in Belém (Brasilien) im Januar 2009 kehrte das Weltsozialforum somit in das Ausgangsland seiner Entstehung zurück.

Soziale Bewegungen entstehen mehr oder weniger spontan und auf lokaler wie auch regionaler Ebene. Sie sind in Form und Gestaltung von Parteien unterschieden. Ihrem Wesen nach sind sie basisdemokratisch aufgebaut und horizontal organisiert, auch anarchistische Tendenzen sind vertreten. Manche davon sind nur kurzlebig, auf die Erreichung bestimmter konkreter Ziele gerichtet, andere erweisen sich als dauerhafte Zusammenschlüsse für gemeinsame Anliegen. Identitätsstiftend sind ihre Ausrichtung auf die Abwehr der Folgen neoliberaler Politik und ihr Anspruch auf Einmischung in die Angelegenheiten der Gemeinschaft. In der Gegenwart haben sie in keinem Teil der Welt eine solche Verbreitung und Aktivität erlangt wie in Lateinamerika.

Protest- und Forderungsbewegungen der unteren Schichten spielten in Lateinamerika schon immer in den sozialen Auseinandersetzungen eine große Rolle. Bauernbewegungen, indigener Widerstand und Befreiungsbewegungen der schwarzen Sklaven begleiteten die Entwicklung dieser Länder von der Unabhängigkeit an. In den Quilombos in Brasilien existieren noch heute autonome schwarze Gemeinden, ebenso in bestimmten Gebieten Kolumbiens. Im 20. Jahrhundert wurde die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den meisten Ländern zur Hauptkraft in den sozialen Auseinandersetzungen, auch auf dem Lande bildeten sich Bauern- und Landarbeitergewerkschaften, die von den kommunistischen und sozialistischen Parteien Anleitung und Unterstützung erhielten. In den Auseinandersetzungen mit Militär- und zivilen Diktaturen entstanden in fast allen Ländern Guerillabewegungen, die von diesen Regimen brutal bekämpft wurden.

Die sozialen Bewegungen der Gegenwart haben jedoch einen viel breiteren Charakter. Sie erfassen häufig Menschen verschiedener sozialer Gruppen, vertreten klassenübergreifende Interessen und unterscheiden sich dadurch von den traditionellen Bewegungen, die vorwiegend auf bestimmte soziale Sektoren fokussiert waren. Es waren zunächst vor allem Abwehrkämpfe gegen die sozialen Auswirkungen der neoliberalen Politik auf den unmittelbaren Lebensstandard, auf das lokale Umfeld und auf die Sicherung der Grundbedürfnisse.

Als Experimentierfeld neoliberaler Politik verschärften sich in Lateinamerika gravierend die sozialen Missstände und sozialen Polarisierungen. Die Durchsetzung der Politik des Washingtoner Konsenses mit ihrer Orientierung auf mehr Markt und Liberalisierungen, Privatisierungen und Zurückdrängung des Staates in der Wirtschaft führte mit der Ausweitung und Vertiefung dieser Maßnahmen in den 90er Jahren zur Zerstörung der produktiven Strukturen und zur sozialen Desintegration der Gesellschaften und unterwarf sie in bisher nicht gekannter Weise dem Diktat internationaler Finanzorganisationen und dem schrankenlosen Wirken transnationaler Konzerne. Besonders der Griff des internationalen Kapitals nach den Grundversorgungseinrichtungen hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die soziale Lage breiter Bevölkerungskreise.

Die Durchsetzung neoliberaler Politik führte zu wesentlichen Veränderungen in der Sozialstruktur. Vor allem hatten sie zur Folge, dass im Industrieproletariat, in den städtischen Mittelschichten und in Teilen der Bauernschaft weitere soziale Differenzierungen vor sich gingen. Die Gewerkschaften, die sich stark auf die Industriearbeiter in großen staatlichen Unternehmen gestützt hatten, verloren zum großen Teil ihr Betätigungsfeld und konnten die rapide Verschlechterung der Beschäftigungsbedingungen, die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse nicht aufhalten. Der Anteil des informellen Sektors schnellte nach oben und immer breitere Bevölkerungsschichten wurden in direkter Weise Opfer neoliberaler Politik, hatten sich mit dem abrupten Sinken ihres Lebensstandards und der Verschlechterung ihres sozialen Status auseinanderzusetzen.

Ähnlich wie in Europa, anfangs sogar zum Teil direkt unter dem Einfluss europäischer Nichtregierungsorganisationen und Solidaritätsgruppen oder der Erfahrungen des europäischen Exils entwickelten sich auch in Lateinamerika Umwelt-, Frauen-, Stadtteil-, Menschenrechtsbewegungen, die eine Einflussnahme auf die Politik anstrebten. Während aber in Europa der Aufschwung sozialer Bewegungen in den 70er und 80er Jahren, der in erster Linie der Friedens- oder der Umweltproblematik geschuldet war, vor allem von Teilen der Mittelschichten getragen wurde, waren es in Lateinamerika überwiegend die Ausgegrenzten, die Verarmten und Bedrängten, die soziale Bewegungen initiierten. Für sie ging es um die Abwendung existenzbedrohender Umstände, um mehr soziale Gerechtigkeit und eine stärkere Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft. Zugleich erschwerte die wachsende Differenziertheit der Lebenssituation die Wahrnehmung der konkreten Interessen in den existierenden Gewerkschaftsverbänden und Parteien. Das Soziale Observatorium für Lateinamerika (OSAL) stellt fest, dass es besonders die sozialen Bewegungen waren, die auf diese Konfliktsituation reagierten und sich als wesentliche tragende Akteure des Kampfes profilierten. Das waren indigene Gemeinschaften, Jugend- und Studentenorganisationen, Stadtteilgemeinschaften und vielgestaltige Formen des Bevölkerungsprotestes. Wirksame soziale Proteste gingen in den letzten Jahren von Organisationen äußerst fordernden Charakters aus, die spezifische Interessen der am besten organisierten Sektoren ausdrücken, wie in Argentinien die „piqueteros“ und der autonome Flügel der Gewerkschaften, die CTA (Confederación del los Trabajadores Argentinos), Organisationen der Lehrer wie in Oaxaca, Mexiko, aber auch Stadtteilbewegungen, die gegen die Auswirkungen der Krise protestieren (insbesondere die Kämpfe um die kommunale Wasserversorgung), und die indigenen Bewegungen.

Der Widerstand gegen den Neoliberalismus entwickelte sich auf den verschiedensten Ebenen und aus den verschiedensten Gründen. Der „Wasserkrieg“ in Cochabamba wurde von Menschen aus allen sozialen Schichten der Stadt und ihrer Umgebung getragen, die gegen die Verteuerung des Wassers durch die Privatisierung der Wasserversorgung zugunsten des Bechtel-Konzerns aufstanden. Der Widerstand gegen den Bau des Flughafens in Mexiko-Stadt umfasste soziale Kräfte, die sich in ihrer sozialen Existenz bedroht fühlten. Einen anderen, die gesamte Gesellschaft berührenden Charakter hat der Kampf der Landlosen in Brasilien und anderen Ländern Lateinamerikas. Zur Klammer in der Auseinandersetzung um die Erhaltung der Überreste der nationalen produktiven Strukturen und eigenständiger Entwicklungsmöglichkeiten wurde der kontinentweite Kampf der Alianza Social Continental Kampf gegen die von den USA geforderte Schaffung einer Gesamt-

amerikanischen Freihandelszone (FTAA oder ALCA), mit der das neoliberale Modell seine Krönung finden sollte.

Hinzu kamen politische Faktoren, die zur Herausbildung neuer Bewegungen führten. In fast allen Ländern Lateinamerikas existierten in den 70er und 80er Jahren Militär- oder zivile Diktaturen, gegen die sich Widerstand formierte. Insbesondere dort, wo kommunistische und andere progressive politische Parteien zerschlagen oder stark geschwächt waren, formierten sich soziale und politische Bewegungen und begannen, diese Vakuüm auszufüllen. Sie leisteten in den Jahren des Widerstandes gegen die Militärdiktaturen Wesentliches im Kampf um soziale Forderungen, Gewerkschaftsrechte und die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse. Eine besondere Rolle spielten Frauenbewegungen, die ihre Aktivitäten in der Hilfe für Verfolgte und auf der Suche nach „Verschwundenen“ (desaparecidos) entfalteten, auch christliche Organisationen. Besonders die Phase des Niedergangs dieser Regime war mit einem starken Aufkommen sozialer Bewegungen verbunden bzw. von der Diktatur unterdrückte Organisationen formierten sich neu.

Die „Rückkehr zur Demokratie“, die sich in den meisten Ländern sehr schleppend und unvollständig vollzog, entsprach nicht den sozialen Erwartungen und Bedürfnissen breiter Massen und wurde zum Anstoß für weitere Mobilisierungen, die demokratische und soziale Forderungen einbrachten. Sie haben zum Hintergrund die Erfahrung, dass in einem System, das von Parteiendominanz und parlamentarischer Institutionalisierung der Interessenkämpfe getragen wird, soziale Konflikte absorbiert und ein wesentlicher Teil sozialer Konflikte kanalisiert werden. Damit wird dem sozialen Protest ungenügend oder gar nicht entsprochen, so dass der demokratische Staat nur noch ungenügend reagiert. Der Aufschwung sozialer Bewegungen ist unter diesem Gesichtspunkt als eine Art Versuch zur Selbsthilfe zu verstehen. In einer Studie der CLACSO wird festgestellt: „Der Verlust der Legitimität der politischen Parteien als Mittler und Vertreter der Bürger für ihre Interessen hat zur Entstehung, Stärkung und Unterstützung der sozialen Bewegungen beigetragen, vor allem solcher, die antisystemischen Charakter tragen. So ist zu beobachten, dass in der Zeit zwischen 1996 und 2003 das Vertrauen in politische Parteien in sieben untersuchten Ländern im Mittelwert von 22,7 auf 12,2 Prozent zurückging.“⁴⁰ Der Sozialwissenschaftler Dieter Boris meint, dass „das Scheitern der herkömmlichen populistisch-kooperativistischen Politik und die Grenzen herkömmlicher Parteien mit zum Klima der Bildung sozialer Bewegungen ... beitragen.“⁴¹

Die Verbreitung der sozialen Bewegungen war damit auch eine Absage an bisherige Herrschaftslinien bürgerlicher Politik und ein Einbruch in die Hegemonieverhältnisse in den Gesellschaften. Es handelt sich um die Eröffnung neuer Entwicklungswege für Gesellschaften, die in Elend und Gewalt zu versinken drohen. „Die sozialen Bewegungen Lateinamerikas befinden sich offenbar an einem wesentlichen Punkt ihrer Entwicklung: Es geht um die Rettung der Demokratie, um sie zu verändern oder zu festigen“⁴², stellt der argentinische Politikwissenschaftler Mirza in der angeführten CLACSO-Studie fest. Er begründet dies: „Nur die substantielle

⁴⁰ Christian Adel Mirza, *Movimientos sociales y sistemas políticos en América Latina. La construcción de nuevas democracias*, CLACSO, Buenos Aires, 2006, S. 210.

⁴¹ Dieter Boris, *Soziale Bewegungen in Lateinamerika*, Hamburg 1998, S. 14.

⁴² Mirza, a.a.O., S. 222.

und nichtformale Erweiterung der Beteiligung der Zivilgesellschaft und besonders der sozialen Bewegungen bei der Neugründung der Demokratie in Lateinamerika wird ein Modell des Zusammenlebens und des Aufbaus von Beziehungen der Gleichheit auf ökonomischem und politischem Gebiet so konsolidieren, dass es die Stabilität der politischen Systeme und ihre gesicherte Entwicklung garantiert.“⁴³

Unter den gegebenen Umständen wird deutlich, dass es keine schematische Trennwand zwischen traditionellen und neuen sozialen Bewegungen gibt. Vielmehr ist zu unterstreichen, dass die neu entstehenden Bewegungen Fortsetzung und Ergebnis bisheriger Kämpfe unter neuen Bedingungen sind. Diese neue Phase ist insbesondere durch die Zunahme der Vielfalt der Bewegungen, ihre Selbstständigkeit gegenüber Parteien, ihre große Mobilisierungsfähigkeit, ihre zum Teil regionale Vernetzung und Beteiligung an internationalen Aktionen sowie ihre wachsende Rolle für die Veränderung der Kräfteverhältnisse in den Gesellschaften gekennzeichnet.

Wesen und Potentiale der „sozialen Linken“

Helio Gallardo, Professor an der Universität Kostarikas, verwandte den Begriff „soziales Volk“, um alle diese Sektoren einzubeziehen, die die Konsequenzen des neoliberalen Kapitalismus erleiden.⁴⁴ Diesen Begriff bezieht er nicht nur auf die Verarmten im ökonomischen Sinne, sondern bezieht darunter auch alle diejenigen ein, die in ihrer Subjektivität verarmt sind.

Die Soziologin Marta Harnecker spricht von der Entstehung einer „sozialen Linken“ ausgehend von der Frage: Was ist links?

„Ich verstehe als links die Gesamtheit der Kräfte, die sich dem kapitalistischen System und seiner Kapitallogik widersetzen und die für eine alternative humanistische und solidarische Gesellschaft kämpfen, frei von materieller Not und Armut.“ Daraus ergibt sich für sie: „Die Linke reduziert sich somit nicht nur auf eine Linke, die in Parteien und politischen Organisationen der Linken organisiert ist, sondern schließt soziale Akteure und Bewegungen ein. Diese sind oftmals dynamischer und kampfbereiter, identifizieren sich mit den gleichen Idealen, sind aber nicht Mitglied einer Partei und politischen Organisation.“ Und sie sagt weiter: „Um es zu vereinfachen, nenne ich die eine Parteilinke (oder politische Linke) und die andere soziale Linke.“⁴⁵ Die politische und soziale Linke umfasst danach alle politischen und sozialen Akteure, Bewegungen, Parteien und Organisationen, die im Kampf um progressive gesellschaftliche Veränderungen aktiv sind.

In der Abschlusserklärung des XIV. Treffens des Forums von São Paulo im Mai 2008 in Montevideo wird gesagt: „Auch soziale und zivilgesellschaftliche Bewegungen und Organisationen erringen durch ihren Kampf gegen die neoliberale Politik immer breiteren Raum und organisieren zahlreiche Mobilisierungen und Foren, wo immer wieder die Alternativen zu jenen Modellen aufgezeigt werden, die auf unserem Kontinent in den zurückliegenden Jahrzehnten durchgesetzt worden

⁴³ Ebenda, S. 263.

⁴⁴ Vgl. Helio Gallardo, „Coyuntura latinoamericana“, 12. Juli 2005. ALAInet.org

⁴⁵ Marta Harnecker, *Reconstruyendo la izquierda*, El viejo topo 2006, S. 52.

sind.⁴⁶ Die am Treffen teilnehmenden Parteien bekunden mit dieser Einschätzung die bedeutende Rolle, die soziale und zivilgesellschaftliche Bewegungen und Organisationen spielen. Übereinstimmung wird auch in den Zielen festgestellt, die Alternativen zu den aktuellen Gesellschaftsmodellen betreffen. Allerdings fehlt der ausdrückliche Verweis auf die gemeinsame Aufgabenstellung: die Formierung eines linken alternativen Blockes mit einer möglichst breiten sozialen Zusammensetzung, der sich auf die Mehrheit der Bevölkerung stützt.

Soziale Bewegungen und Parteien sind zwei Formen heutiger politischer Organisation und Betätigung für eine neue Gesellschaft. Beide spielen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung progressiver, sogar sozialistischer Überzeugungen. Beide erreichen, dass Menschen sich organisieren und kollektiv aktiv werden.

Parteien orientieren und realisieren politische Aktivitäten vorwiegend aus gesamtgesellschaftlicher Sicht, aber auch soziale Bewegungen beschränken sich häufig nicht auf den Kampf um soziale Ziele, sondern stellen mehrheitlich auch politische und nicht selten über Gruppeninteressen hinausgehende Forderungen. Ihr Feld ist vor allem die direkte Aktion, die Massenaktion, während Parteien meist auf parlamentarischer und institutioneller Ebene ihre Hauptbetätigungsfelder haben und dort Forderungen der sozialen Bewegungen geltend machen können, sich aber im außerparlamentarischen Bereich mit den sozialen Organisationen treffen und häufig durch ihre Mitglieder in diese hineinwirken. Beide Organisationen sind erforderlich, um neue Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft aufzubauen. Eine Gegenüberstellung ist auch deshalb unsinnig, weil soziale Organisationen in der Realität zuweilen die Funktion von Parteien übernehmen, wo sich linke Parteien nicht erfolgreich formieren konnten (zum Beispiel in einigen mittelamerikanischen Ländern oder in Paraguay) und weil es zahlreiche Beispiele für die Herausbildung von Parteien aus sozialen Organisationen gibt (wie die MAS in Bolivien).

Nach Marta Harnecker steht deshalb als „erste Aufgabe, die politische und soziale Linke zu formieren, um alle zu vereinen, die von den sozialen und politischen Verhältnissen betroffen sind.“⁴⁷

Soll Kurs auf die Formierung eines alternativen Blockes genommen werden, so ist es Aufgabe linker Parteien, programmatischen Stillstand und die Vertrauenskrise in die Politik zu überwinden. Die Erarbeitung eines neuen gesellschaftlichen Konzeptes kann jedoch weder durch eine wissenschaftliche Kommission noch durch einen Parteitag gelöst werden, sondern nur in Übereinstimmung und Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen auf der Grundlage der konkreten Forderungen und Bestrebungen der Menschen. (Dies ist zum Beispiel der Grundansatz der Consulta Popular in Brasilien.) Linke Parteien stehen vor der Notwendigkeit, sich stärker der Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen zu öffnen. Soziale Bewegungen ihrerseits können durch ständigen Druck erreichen, dass Parteien sich verändern und sich besser auf soziale Bewegungen einstellen. Voraussetzung für diese Entwicklung ist der Verzicht linker Parteien auf Hegemonisierung ihrer Beziehungen zu anderen politischen Akteuren. Ein Verhältnis von Führung und Geführten wird von den sozialen Bewegungen in den seltensten Fällen akzeptiert.

⁴⁶ Abschlusserklärung des XIV. Treffens des Forums von São Paulo, Montevideo, 22. bis 25. Mai 2008.

⁴⁷ Marta Harnecker, a.a.O.

Mirza, der die sozialen Bewegungen vor allem unter dem Aspekt der Entwicklung einer Demokratie von unten untersucht, kommt bei der Betrachtung der Situation in verschiedenen Ländern zu dem Schluss, dass sich „die soziale Linke mit der politischen Linken in einem Verhältnis von Partnern mit gemeinsamen, aber nicht notwendig identischen Interessen assoziiert, jedoch immer weniger in der Logik einer Unterordnung oder Kooptierung“⁴⁸. Er unterstreicht: „Die Autonomie der sozialen Bewegungen in Bezug auf die politischen Parteien, den Staat und jegliche ökonomische oder religiöse Organisation ist das, was es ermöglicht, eine eigene Identität aufzubauen und die Repräsentativität wahrzunehmen, die ihnen von den sozialen Sektoren verliehen wird, die ihnen die Legitimität des Kampfes und der Forderungen anvertrauen. Eine Autonomie, die einen hohen Grad von Freiheit einschließt, die Zeitpunkte des Kampfes zu bestimmen, das Warum und Wofür, und ihre Fähigkeit zum Aufbau von Demokratie von unten in dem Maße herausfordert, wie die sozialen Sektoren sich ihnen anschließen und ihre Aktionen unterstützen, und der Demokratie von oben in dem Maße, wie sie neue Räume erobern, um einzugreifen, um sich in die strategischen Entscheidungen einzumischen.“⁴⁹

Das Problem der Beziehungen von Parteien und sozialen Bewegungen gestaltet sich jedoch von beiden Seiten nicht immer konfliktlos, denn mit dem tendenziellen Verlust an gesellschaftlicher Repräsentation sind auch linke Parteien durch die Entwicklung der sozialen Bewegungen herausgefordert, und soziale Bewegungen berücksichtigen zuweilen nicht umfassend die Gegebenheiten, Möglichkeiten und Grenzen der jeweiligen Situation. Gerade am Beispiel Lateinamerikas ist das Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien in den vergangenen Jahren so intensiv wie kaum eine andere Frage des Kampfes für gesellschaftliche Veränderungen diskutiert worden. Die in Mexiko lehrende Politikwissenschaftlerin Beatriz Stolowics benennt in einem Vortrag Defizite in dieser Frage:

„...notwendig ist eine solide unabhängige und kritische Volksorganisation. Das ist eine Herausforderung, und wenn die Führung (der politischen Linken) sich in der Tat für Veränderungen einsetzt, muss sie diese Volksorganisation fördern. Sonst werden die Proteste, die gelegentlichen Ausbrüche der Unzufriedenheit fort dauern, ohne dass diese soziale und politische Kraft die Macht zu dauerhaften Veränderungen erreicht. Aber auch die sogenannte soziale Linke muss die Realität und sich selbst überdenken. ... Die sogenannte soziale Linke stellt die horizontale Organisation gegen die zentralisierte Führung und betrachtet sie als Garantie gegen caudillistische Manipulationen. Wir müssen anerkennen, dass die molekularen Formen der Organisation, verschiedener Kämpfe, Teilkämpfe oder breiterer Auseinandersetzungen zu den wichtigsten Grundlagen für die Potenzierung des Kampfes der Massen, die ja nicht anonyme Mengen darstellen, gehören. Aber gleichzeitig muss man zugestehen, dass die Logik und die Erfahrungen der molekularen Horizontalität nicht immer, oder sehr selten, beim Aufruf zum gemeinsamen Kampf für gemeinsame Ziele Wirksamkeit zeigen, um die Kräfte zusammenschließen, und das ist in dem neuen Szenarium unerlässlich, wenn man der konzentrierten Kraft des Blocks an der Macht entgentreten will, der immer mehr den Staat nutzt, um die Beherrschten zu schlagen.“⁵⁰

⁴⁸ Mirza, a.a.O., S. 253.

⁴⁹ Ebenda, S. 256.

⁵⁰ Beatriz Stolowicz, Die lateinamerikanische Linke: Wo stehen wir? Beitrag auf der V. Internationalen Konferenz „Marx lebt“, Bogotá, 31. Oktober bis 2. November 2006.

Atilio Borón, Präsident des Lateinamerikanischen Rates der Sozialwissenschaften (CLACSO), warnt vor einer Entgegensetzung von linken Parteien und sozialen Bewegungen, die er als eine unfruchtbare Diskussion ansieht, und vor der Idealisierung der sozialen Bewegungen: „Die Konsequenz war, dass, während die politischen Parteien alle verteufelt und ... als bürokratisierte, entmobilisierende und kompromisslerische Apparate angesehen wurden, die sozialen Bewegungen überhöht wurden als über alle bürokratischen Deformationen, Zweideutigkeiten, personelle Streitigkeiten und Kleinlichkeiten ... erhabene Organisationen. ... Jeder einigermaßen über die soziopolitische Realität unserer Länder Informierte weiß, dass die Mängel, die, oft mit Recht, den Parteien angelastet werden, in größerem oder geringerem Grade auch die sozialen Bewegungen betreffen. Ihre hochtönenden Erklärungen über Horizontalität und ‚Basischarakter‘ finden nicht immer Entsprechung in ihrem konkreten Leben, und die ‚neuen Formen, Politik zu machen‘, mit denen sich die sozialen Bewegungen oft in der Öffentlichkeit präsentieren, um sich von der alten Parteibürokratie abzugrenzen, führen gewöhnlich eher früher als später zum Wiedererstehen verhasster Praktiken, die angeblich allein den Parteien zuzuschreiben sind.“⁵¹

Die politische Rolle der sozialen Bewegungen

Die Veränderungen der politischen Landschaft in Lateinamerika sind in hohem Maße Ergebnis des Kampfes von Millionen Menschen in den sozialen Bewegungen.

Wichtige Erfolge bei der Abwehr von Verschlechterungen der Lebensbedingungen, bei der Erhaltung von sozialen Errungenschaften, in der Demokratiebewegung wurden von ihnen erkämpft.

Soziale Bewegungen sind in den gegenwärtigen Gesellschaften Lateinamerikas nicht nur Akteure im sozialen Kampf, sie sind in gleicher Weise aktive Teilnehmer an politischen Prozessen, zuweilen auch als Korrektiv für die Tätigkeit politischer Parteien, und nehmen in unterschiedlicher Form Einfluss auf deren Gestaltung. Sie sind wesentlich beteiligt daran, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das Wahlsiege linker Kräfte ermöglicht.

Bei einer Analyse ihrer Aktivitäten lassen sich als wesentliche Tätigkeitsfelder ausmachen:

- Kampf gegen die Freihandelsabkommen (TLC), die die nationale Wirtschaft schädigen, Verfassungsbestimmungen verletzen und die weitere Entwicklung der Länder nach den Interessen des internationalen Kapitals ausrichten;
- Auseinandersetzungen um eine demokratische Agrarreform und die Nahrungsmittelsicherheit;
- Kampf gegen die Militarisierung Lateinamerikas und die Verteidigung der nationalen Souveränität;
- Kampf um die Verfügung über die nationalen Ressourcen an Rohstoffen und Naturschätzen;
- Kampf um die Durchsetzung demokratischer Reformen und politischer Partizipation der Bevölkerung;
- Kampf um die Sicherung der öffentlichen Dienste der Grundversorgung der Bevölkerung (Wasser, Elektrizität) und eine sichere Umwelt.

⁵¹ Atilio Borón, *El socialismo del siglo XXI: notas para su discusión*, „Rebelión“, 30. Aug. 2008.

- Kampf um die Sicherung der Rechte der indigenen Bevölkerung, ihre kulturelle Autonomie und den Erhalt ihrer Traditionen. (Dieser Bereich wird gesondert im folgenden Kapitel behandelt.)

Einige Beispiele für die Aktivitäten sozialer Bewegungen sind:

Der Kampf gegen die ALCA und die Freihandelsabkommen

Als Ende 2005 in Mar del Plata (Argentinien) während des Gipfeltreffens der amerikanischen Präsidenten die Entscheidung der Mehrheit der Staaten gegen das USA-Projekt der Amerikanischen Freihandelszone (ALCA) fiel, fand eine lange Periode des Kampfes einen erfolgreichen Abschluss. Noch als die Präsidenten tagten, hatten sich Tausende Gegner der ALCA zusammengefunden und forderten gemeinsam mit dem Präsidenten Venezuela, Hugo Chávez, die ALCA zu verwerfen. In ganz Lateinamerika hatte sich eine breite Front von Organisationen gebildet, die über Jahre hin von ihren Regierungen die Ablehnung der ALCA forderten, die Bevölkerung über dieser Freihandelsabkommen aufklärten und Massenaktionen dagegen organisierten. Eine führende Rolle spielte die Alianza Social Continental, die die Aktionen gegen die ALCA in den lateinamerikanischen Ländern gemeinsam mit nationalen Initiativen koordinierte. Die Regierungen einiger Länder Lateinamerikas hatten die Forderungen sozialer Bewegungen akzeptiert, als Vertreter ihrer Zivilgesellschaften an den Verhandlungen zur Bildung der ALCA beteiligt zu werden. Das brasilianische Außenministerium förderte regelmäßige Beratungen mit den sozialen Bewegungen und akzeptierte die von ihnen vorgetragenen Argumente.

Nach der Niederlage der USA in Mar del Plata konzentrierte sich die US-Administration auf die Durchsetzung von Freihandelsabkommen mit einzelnen Ländern. Auch dagegen setzten sich Bewegungen mit großem Engagement ein. Eine bedeutende Steigerung ihrer Aktivitäten war in den letzten Jahren vor allem in Mittelamerika (Honduras, Guatemala, El Salvador, Panama) zu verzeichnen, die sich gegen den Abschluss der Mittelamerikanischen Freihandelszone (CAFTA) richteten, freilich ohne sie verhindern zu können. Auch gegen das Freihandelsabkommen mit Kolumbien entwickelten sich starke Protestaktionen, die zusammenfielen mit Bauernaktionen, indigenen Protesten gegen Vertreibungen, Streiks der Lehrer und der Studenten gegen die Privatisierung von Bildungseinrichtungen. Sie wurden mit brutaler Repression beantwortet.

Protestwellen der Nationalen Aktion für Souveränität und Gerechtigkeit entwickelten sich in Mexiko, wo die Folgen des Abkommens über die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA), die seit 1994 besteht, bereits Millionen Menschen vom Land vertrieben haben. Tausende von Bauern der verschiedensten Landorganisationen zogen in die Hauptstadt, um gegen die Nichterfüllung von Zusagen seitens der Regierung zu protestieren, die die Linderung der schweren Auswirkungen für die mexikanische Maisproduktion betrafen.

Die Auseinandersetzung um eine demokratische Agrarreform am Beispiel Brasiliens

Der Kampf der Landlosen in Brasilien um die Fortführung der Agrarreform hat in der Zeit der Regierung Lula keinesfalls nachgelassen. Darunter ist nicht nur die

weltbekannte Bewegung der Landlosen MST zu verstehen, die Landarbeiter vertritt; obgleich sie die größte ist, existieren aus historischen und politischen Gründen noch andere Bewegungen der Landlosen, unter anderem die Bewegung Land, Arbeit und Freiheit (MTL), die Bewegung der Befreiung der Landlosen (MLST), die Bewegung der Kleinbauern (MPA), die Organisation des Kampfes auf dem Lande (OLC), die Bewegung der Bauernfrauen Brasiliens (MMC) und andere. Sie alle haben in ihrem Kampf um eine Agrarreform nicht nachgelassen.

Wesentliche Aktionen und Mobilisierungen gingen von der MST aus, die landlosen Arbeiter vereint. João Pedro Stédile, Koordinator der MST, sagt dazu im Interview: „Es gibt verschiedene Formen der Agrarreform. In Brasilien haben alle progressiven Kräfte im 20. Jahrhundert für eine Agrarreform klassischen Charakters gekämpft, d.h. Demokratisierung des Zugangs zu Land, enge Bindung an den Binnenmarkt und Beseitigung der Armut auf dem Lande. Alle entwickelten Länder haben klassische Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems durchgeführt. In Brasilien wurde diese Chance, die sich mit der Abschaffung der Sklaverei im Jahre 1888 ergab, nicht genutzt. ... Die Regierung Lula hat sich für ein Wirtschaftsmodell entschieden, das unsere Wirtschaft dem Finanzkapital und den großen transnationalen Unternehmen unterordnet. Damit wurde die Agrarreform blockiert. Wir haben nur eine Chance, sie zu erkämpfen, wenn wir den Neoliberalismus überwinden.“⁵²

Laut Verfassung des Jahres 1988 verpflichtete sich die Regierung, landlosen Bauern nicht genutztes Land großer Latifundien zu übergeben. Die in den Ansiedlungen der MST lebenden Menschen warten auf die Realisierung dieser verfassungsrechtlichen Zusage. Alle Regierungen, die seit 1988 tätig waren, einschließlich der Regierung Lula, haben diese Verpflichtungen nur in geringem Maße eingehalten. Deshalb haben die Bauern in ihren Aktionen nicht nachgelassen. Landbesetzungen, Straßenblockaden, Demonstrationen und nationale Protesttage sollen das Problem in den Blick rücken.

In den mehr als 25 Jahren der Existenz der MST, die über 15 000 Mitglieder hat, stand im Mittelpunkt des Kampfes die Landbesetzung, die Organisation der landwirtschaftlichen Produktion in ihren Ansiedlungen und die Bildung und Weiterbildung ihrer Mitglieder und Anhänger. Heute umfassen diese Aktionen eine halbe Million Familien, zwei Millionen Menschen, die in 5 000 Ansiedlungen mit 25 Mio. ha Land leben. In diesen Ansiedlungen existieren 500 Schulen, in denen die MST eine umfassende, demokratisch konzipierte Bildungspolitik durchführt, in der zentralen Escola Florestán Fernandes sogar auf universitätsnahe Niveau.

Die MST fordert von der Regierung Lula, auch im direkten Dialog, die Mittel zur Ansiedlung von landlosen Bauern und zur Übertragung der Eigentumsrechte zu erhöhen. Für die Landlosenbewegungen bleibt die Forderung nach Durchführung der Agrarreform die zentrale Aufgabenstellung. Sie fordert aber auch gemeinsam mit anderen Bewegungen wie die Consulta Popular die Durchführung einer politischen Reform, durch die dem Volke umfassendere demokratische Rechte und mehr Partizipation zugestanden werden sollen.

⁵² „Le Monde Diplomatique“, Brasilienedition, April 2008.

Mobilisierungen im Kampf gegen Privatisierungen

Soziale Bewegungen Uruguays haben sich erfolgreich gegen die Privatisierung von wichtigen Staatsbetrieben zur Wehr gesetzt. Organisationen wie die einheitliche Gewerkschaftszentrale PIT-CNT und die Wohnungskooperative FUCVAM nahmen in der vergangenen Periode einen besonderen Platz in den Mobilisierungen gegen Privatisierungen ein. Beide Organisationen wirkten bereits aktiv in der Phase nach dem Abtritt des Militärregimes für die Wiederherstellung der Demokratie. Schon 1992 konnte mit Erfolg die Privatisierung der staatlichen Telefongesellschaft ANTEL verhindert werden. 2003 wurde durch ein erfolgreiches Plebiszit die Privatisierung des Staatsunternehmens ANCAP (Erdölindustrie) verhindert, 60 Prozent der Bevölkerung gaben ihr Votum gegen die Entstaatlichung. Die FUCVAM und die CNT waren auch dabei die entscheidenden Protagonisten.

Soziale Proteste zur Sicherung der öffentlichen Grundversorgung der Bevölkerung

Mexiko gehört zu den Ländern mit den größten sozialen Ungleichheiten, 10 Prozent der Bevölkerung verteilen 40 Prozent aller Einkommen unter sich. 60 Prozent der Bevölkerung lebt unter Bedingungen der tiefsten Armut. 24 Millionen Mexikaner haben das Land in Richtung USA verlassen. Mit ihrem Verdienst in den USA decken sie 86 Prozent aller Auslandsüberweisungen ab, sorgen sie für den Unterhalt ihrer Familien in ihrer Heimat. Die Armen finanzieren die noch Ärmeren. Im Lande hat sich starker sozialer Protest aufgestaut. Soziale Bewegungen widerspiegeln die Schärfe der Konfliktsituation und die Entschlossenheit vieler Menschen, zu politischer Aktion zu schreiten.

Die „Front zur Verteidigung des Wassers“ von Morelos (Mexiko) hat in den letzten Jahren einen harten Kampf geführt, um die Wasserversorgung der Menschen zu gewährleisten. Der Kampf richtet sich gegen die Absicht eines Tankstellenunternehmens, ein unterirdisches Depot in unmittelbarer Nähe eines Trinkwasserbrunnens zu bauen. Die Bevölkerung informierte die örtlichen Organe über weitere Verletzungen von Umweltnormen, ohne Gehör zu finden.

Die Bewegung „Für die Verbesserung der Lage der Landwirte“ im Bundesstaat Chihuahua (Mexiko) wendet sich gegen die hohen Elektrizitätstarife. Die Landwirte, die von den örtlichen Organen nicht angehört wurden, organisierten Protestmärsche, Meetings und öffentliche Anhörungen.

Der Einsatz staatlicher Gewalt gegen die Proteste der Lehrer im Bundesstaat Oaxaca (Mexiko), die für die Verbesserung des Bildungswesens eintraten, führte zur Entstehung der Volksversammlung der Völker von Oaxaca und zu Massenaktionen und Kämpfen auf den Straßen, die diese Großstadt monatelang blockierten und landesweite Aktionen auslösten.

Die Diskriminierung der sozialen Bewegungen

Die Aktivisten der sozialen Bewegungen bewegen sich bei ihrem Einsatz für Bürgerinteressen und Menschenrechte in besonders ungeschützter Position, nur das

Engagement und die Solidarität ihrer Mitstreiter steht ihnen zur Seite. Gegen sie wird in vielen Ländern das Gewaltpotential des Staates mobilisiert, aber auch privater Söldner des Kapitals und der Großgrundbesitzer. Die Reihe der Führer und Mitglieder sozialer Bewegungen, die Opfer der brutalen Repression geworden sind, ist lang. Besonders in Kolumbien, Mexiko und mittelamerikanischen Ländern sind die sozialen Bewegungen jederzeit Gewaltakten und Diskriminierungen ausgesetzt, gegen sie werden Polizei, Gerichte, Militär und paramilitärische Milizen eingesetzt, und die herrschenden Medien stellen sie als gewalttätig hin. Nicht selten werden sie mit terroristischen Organisationen gleichgesetzt und entsprechend behandelt. Kolumbien ist seit Jahren weltweit das Land mit den meisten Morden an aktiven Gewerkschaftern, aber auch viele Aktivisten von Bauern-, Menschenrechts- und indigenen Bewegungen fallen den Verfolgungen zum Opfer.

Zu den oben angeführten Beispielen für Kampffaktionen ist zu ergänzen: Die Vertreter der Volksversammlung der Völker Oaxacas (Mexiko) wurden, nachdem sie mit den Vertretern des Staates friedlich verhandelt hatten, am nächsten Tag verhaftet. Im Konflikt in Morelos (Mexiko) um die Wasserversorgung wurde seitens der örtlichen Organe eine Verhandlung mit den Organisationen der Bevölkerung rundweg abgelehnt. Die lokale Presse, die auf Seiten des Unternehmens steht, verleumdete den Protest als kriminelle Aktion. Polizei wurde eingesetzt, um eine Demonstration aufzulösen. Aktivisten, die die Bewegung auf dem Lateinamerikanischen Wassertribunal in Guadalajara vertreten hatten, erlitten einen „Unfall“, in dem zwei Personen starben. Nicht anders erging es dem Vertreter der Landwirte in Chihuahua, der verhaftet und dem ein Prozess gemacht wurde.

Ein sehr aktuelles Beispiel der Diskriminierung sozialer Bewegungen sind die Maßnahmen des Obersten Rates des Ministeriums für Öffentlichkeit des Bundesstaates Rio Grande do Sul (Brasilien) gegen die MST. Der Rat beschloss Mitte 2008 die Auflösung der MST und erklärte sie für illegal. Im Auftrage der rechten Regierung Yeda Crusius, die in diesem Bundesstaat 2006 an die Macht kam, wurden durch die Polizei zwei Ansiedlungen der MST aufgelöst und die dort wohnenden Menschen vertrieben.

In Brasilien werden soziale Bewegungen aber nicht nur in Rio Grande do Sul kriminalisiert. Es existiert ein systematischer Prozess, mal mit großer Intensität, mal im geringeren Maße zu versuchen, die sozialen Bewegungen in der Gesellschaft zu diskreditieren. Damit wird der Versuch unternommen, sie politisch zu isolieren. Die MST in Brasilien beklagt viele Tote, die von beauftragten Mördern oder Polizisten umgebracht wurden, so im Massaker von Carajás (1996 ging dort die Militärpolizei gegen unbewaffnete Bauern vor und erschoss 19 Menschen). Viele dieser Ereignisse sind bis heute nicht aufgeklärt und gehören zu den schwärzesten Kapiteln der brasilianischen Justiz.

Das transformatorische Potential sozialer Bewegungen

Mit der Charakterisierung sozialer Bewegungen als neue politische Akteure stellt sich die Frage nach ihrem transformatorischen, gesellschaftsverändernden Potential.

„In einem bestimmten historischen Kontext stellen diese Bewegungen die allgemeinen Orientierungen der Gesellschaft in Frage, ihre spezifischen Züge weisen ihnen einen Platz auf dem Gebiet der Kämpfe um die soziokulturelle Hegemonie zu, indem sie eine konkrete Form der sozialen Herrschaft angreifen“⁵³, bewertet Mirza diese Frage. In diese Phase des Aufbaus einer neuen Hegemonie in den Gesellschaften sind die lateinamerikanischen Länder eingetreten – auf unterschiedlichen Stufen -, und daraus ergibt sich die Bedeutung der heutigen sozialen Bewegungen über die unmittelbaren politischen Ergebnisse ihres Kampfes in Einzelfragen hinaus. Sie nehmen eine zentrale Stellung bei der Herausbildung neuer Hegemoniebeziehungen ein, die sich in heftigster Auseinandersetzung vollzieht. Das betrifft sowohl die Widerspiegelung dieser neuen Verhältnisse im Bewusstsein, die Orientierung auf eine andere Gesellschaft, als auch die Herausbildung konkreter Formen neuer gesellschaftlicher Beziehungen und Wertesysteme.

Insbesondere ist die Rolle sozialer Bewegungen bei der Entwicklung einer neuen Demokratie von unten herauszustellen, eine Kernfrage bei der Schaffung einer gerechten und solidarischen Gesellschaft, die alle einbezieht. „Die größere Autonomie der sozialen Bewegungen im Vergleich zu den politischen Parteien befähigt sie, Alternativen der demokratischen Gestaltung auf neuen Grundlagen hervorzu bringen, herzustellen und anzubieten ... Diese Autonomie schließt die Fähigkeit der sozialen Bewegungen ein, Strategien auf einzelnen Gebieten entsprechend den Interessen ihrer Mitstreiter zu definieren“⁵⁴, sagt Mirza.

Die Dezentralisierung erwies sich als ein Weg zur stärkeren Einbeziehung der Bürger, besonders der benachteiligten Sektoren. Ansätze für die Gestaltung basisdemokratischer Modelle haben sich in verschiedenster Form in Ländern Lateinamerikas etabliert (partizipativer Haushalt z.B. in Brasilien, Uruguay, El Salvador, verfassungsgebende Versammlungen in Venezuela, Bolivien, Ekuador, kommunale Räte in Venezuela, indigene Autonomie). Die Selbstverwaltung auf kommunaler Ebene erschloss Möglichkeiten, neoliberaler Politik durch Druck von unten entgegenzuwirken, sie erbrachte aber auch die Erfahrung, dass sie auf die Veränderung hegemonialer Verhältnisse abzielen muss, keine simple Verwaltung des Bestehenden sein darf. Im Wesentlichen geht es genau hier um die Prozesse der Herausbildung neuer Hegemonieverhältnisse.

Über die politische Demokratie hinaus werden die Forderungen nach Demokratie und Mitentscheidungsmöglichkeiten auf alle Gebieten des sozialen Lebens, auch auf die Wirtschaft ausgedehnt und mit den großen Problemstellungen der Gegenwart für die Menschheit zusammengeführt: eine Wirtschaft für den Menschen, nicht für die Profitmaximierung, nachhaltige Nutzung von Naturressourcen und eine veränderte Haltung zur Natur, gleiche Rechte aller Völker und Möglichkeiten einer eigenständigen Entwicklung, friedliche und solidarische Beziehungen der Völker. Mehr als in linken politischen Parteien werden die Erwartungen an eine neue Gesellschaft in ethnischer, kultureller, ökologischer Hinsicht wie auch in der Gestaltung der Geschlechterbeziehungen thematisiert. Die Optionen für neue Gesellschaftsmodelle, Weichenstellungen für „eine andere Welt“ treten vor allem nach der Erringung progressiver Regierungen in den Bereich der Erwartungen und Forderungen sozialer Bewegungen.

⁵³ Mirza, a.a.O., S 224.

⁵⁴ Ebenda, S. 252.

Ihre Kämpfe sind der Ort, wo der Einzelne die Notwendigkeit und den Erfolg des gemeinsamen Handelns erfährt, wo Verständigung über Ziele und Perspektiven des Zusammenwirkens erfolgt. Paulo Freire hat in seiner „Pädagogik des Unterdrückten“ auf diese Zusammenhänge hingewiesen: „Niemand befreit andere, niemand befreit sich allein: der Mensch befreit sich gemeinsam mit anderen, mit der Gemeinschaft.“⁵⁵

In diesem Prozess verändern sich soziale Bewegungen selbst. Lateinamerikanische Erfahrungen zeigen die Dialektik zwischen Aktion, Analyse und theoretischer Reflektion auf, die die Entwicklung der bedeutendsten sozialen Bewegungen kennzeichnet. So entwickeln sich Klarheit in den Zielstellungen und Anpassung der Mittel des Kampfes an die Zielstellungen. Zugleich wird immer dem Individuum mit seinen Interessen und Vorstellungen und der Weiterentwicklung seiner Einsichten, Erkenntnisse und Fähigkeiten Beachtung geschenkt. Kennzeichnend für solche Bewegungen ist, dass sich die Organisation nicht in hierarchische Systeme verwandelt. Es entwickeln sich Mechanismen zur demokratischen Korrektur und zur Kontrolle gewählter Personen. Das setzt Basisdemokratie und Partizipation voraus. Beispiele für soziale Bewegungen, die sich in diesem Sinne entwickeln, sind die Landlosenbewegung mit der Forderung nach Agrarreform und alternativ gestalteter Landwirtschaft, die Zapatisten mit den Ideen der Autonomie als Grundprinzip des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die Entwicklung eigener sozialer und politischer Strukturen in indigenen Gebieten und selbst in Städten wie El Alto (Bolivien) oder die Einführung des partizipativen Haushaltes in Kommunen und Städten. Dahinter stehen alternative Gesellschaftskonzeptionen, auch mit Berufung auf traditionelle Werte der indigenen Kulturen wie Selbstverwaltung, Partizipation und ein Leben im Einklang mit der Natur.

Es ist verständlich, dass eine solche Entwicklung in sozialen Bewegungen nicht geradlinig erfolgt. Es ergeben sich Brüche, ein Auf und Ab und folglich auch innere Auseinandersetzungen. Auch die Beziehungen zwischen sozialen Bewegungen und linken Parteien entwickeln sich nicht überall in gleicher Weise oder in gerader Linie.

4. Indigene Bewegungen als neue politische Akteure

Prägender Teil der Kräfte für Veränderungen sind in vielen Ländern Lateinamerikas die Bewegungen der indigenen Völker, der ursprünglichen, durch die Eroberung des Kontinents unterworfenen und dezimierten Bevölkerung. Sie müssen ihrem Inhalt und häufig auch ihren Kampfformen nach von den übrigen sozialen Bewegungen unterschieden werden, obgleich sie auch innerhalb dieser Bewegungen wirken, einen Teil ihrer Aktivisten stellen oder mit ihnen zusammenwirken. Indigene Bewegungen Lateinamerikas sind ethnisch determinierte, gegen die Überreste des Kolonialismus und den Rassismus in den Gesellschaften gerichtete emanzipatorische Bewegungen, die auf die Umgestaltung dieser Gesellschaften abzielen, um den gleichberechtigten Platz der originären Völker darin entsprechend ihren Bedürfnissen und kulturellen Traditionen angemessen zu sichern. Nur wenige die-

⁵⁵ Paulo Freire, Pädagogik des Unterdrückten, 36. Aufl., Verlag Paz e Terra, São Paulo 2003.

ser Kräfte vertreten fundamentalistische und rückwärtsgewandte Forderungen. Anliegen der überwiegenden Mehrheit ist die Verteidigung und Rückgewinnung eigener angestammter Lebensformen, die Erhaltung ihrer eigenständigen Werte und ihrer Kultur, die ihre Identität ausmachen, innerhalb der Diversität der gesellschaftlichen Lebensformen, die Eroberung ihrer vollen politischen und staatsbürgerlichen Rechte, die Verbesserung ihrer ökonomischen und sozialen Lebensumstände, die Gewinnung einer Perspektive für die Zukunft, die ihre Eigenständigkeit und Besonderheit nicht auslöscht. Es kann bei ihrem Einschluss in die Nation und die moderne Gesellschaft nicht um ihre Assimilierung gehen, sondern um die volle Respektierung ihres Rechts, ohne Diskriminierung anders zu leben. Zu den wichtigsten indigener Forderungen heute gehört die Umstrukturierung der bestehenden zu multinationalen Staaten.

Die Diskriminierung der Nachfahren der Ureinwohner

Die indigenen Kulturen sind konstitutives Element der lateinamerikanischen Wirklichkeit, Teil des genetischen Erbes, der kulturellen Wurzeln, der Eigenarten und Besonderheiten des ganzen Kontinents, auch wenn dies von der herrschenden Öffentlichkeit teilweise nicht anerkannt, sondern höchstens als Problem empfunden wird. In allen lateinamerikanischen Ländern – Kuba heute ausgenommen – ist der „innere Kolonialismus“ weit verbreitet. Die Geringschätzung gegenüber den Urvölkern, ihrer Lebensweisen und Kulturen, die als rückständig und minderwertig betrachtet und nur als touristische Attraktionen vermarktet werden, dient als Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung der Privilegien der weißen und mestizischen Ober- und Mittelschichten, für den Landraub an den indigenen Gemeinden und die Aufrechterhaltung der Kontrolle einer Minderheit über die Nutzung der Naturschätze.

Nach Schätzungen der CEPAL (UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika) sind noch etwa 50 Millionen der Bewohner Lateinamerikas als Indigene zu betrachten. Davon konzentriert sich die Hälfte auf den Andenraum; in einigen Ländern bilden sie die Mehrheit der Bevölkerung, so in Bolivien und Peru. Zu einem großen Teil bilden sie die Landbevölkerung und leben noch in Dorfgemeinschaften (Comunidades) zusammen, aber auch beträchtliche Teile der Stadtbevölkerung und des Bergbauproletariats sind indigener Abstammung. Auch Mexiko, Guatemala und andere mittelamerikanische Länder und selbst Chile haben einen beträchtlichen Anteil indigener Bewohner. Dabei ist die Zugehörigkeit zu dem als indigen bezeichneten Bevölkerungsteil in einem seit 500 Jahren der Mestizisierung unterworfenen Kontinent nicht als „Rassenfrage“ (Hautfarbe, Abstammung, „Blut“ und Gene) zu verstehen, sondern wird nach modernen internationalen Kriterien durch Autodefinition, als eigene Zugehörigkeitsbestimmung zu der entsprechenden Kultur und Lebensform verstanden und schwankt daher mit Erfolgen oder Niederlagen der indigenen Bewegungen in den Statistiken der einzelnen Länder. So hat in der Gegenwart in Ländern wie Bolivien oder Ekuador der Begriff „indigen“ eine starke Aufwertung im Bewusstsein der unteren Schichten erfahren, die Ergebnis der erfolgreichen Kämpfe und Organisationsfortschritte in den letzten Jahrzehnten ist. In einer fast aussichtslosen Lage der beschleunigten Ausrottung befinden sich eine Vielzahl kleiner Völkerschaften des Amazonasgebietes. In einigen Ländern – so Kolumbien – sind es die afrostämmigen Bevölkerungsteile (insgesamt in Lateinamerika und der Karibik 150 Millionen), die einer starken Diskri-

minierung unterliegen. So schätzt die CEPAL ein: „Anfang des neuen Jahrtausends weisen die indigenen, afrolateinamerikanischen und afrokaribischen Völker die schlechtesten ökonomischen und sozialen Indikatoren auf und verfügen über eine geringe kulturelle Anerkennung und wenig Zugang zu Instanzen der öffentlichen Entscheidung.“⁵⁶ Ihre Situation auf dem Arbeitsmarkt, ihre Bildungschancen, ihre Wohnverhältnisse, ihre Gesundheitsversorgung sind auf dem niedrigsten Stand, ihre angestammten Territorien und Landrechte werden nicht respektiert, besonders wenn sie Objekt der Begierde ausländischer Konzerne sind; die Verwüstung ihrer natürlichen Umwelt durch Erdölförderung und Bergbau, Abholzen der Wälder und Kontaminierung der Flüsse beschleunigte sich in den letzten Jahrzehnten. Bis vor kurzem hatten sie, wenn sie Analphabeten waren, in manchen Staaten nicht einmal das Wahlrecht. Der Staat, das politische System, die Rechtsnormen, die Formen des politischen Handelns, das Wertesystem der offiziellen Gesellschaft entsprechen den „westlichen“ Vorstellungen und berücksichtigten nicht die Traditionen und Wertevorstellungen der indigenen Völker.

Die Formierung des indigenen Widerstandes und sein Inhalt

Landesweite Aktionen der Indigenen durchbrachen seit Anfang der 90er Jahre in verschiedenen Ländern die „Unsichtbarkeit“ des indigenen Elements, das Totschweigen in der Öffentlichkeit und rückten die Lage der indigenen Kulturen als Teil der nationalen Problematik ins Bewusstsein (so die Blockierung der Städte, die Besetzung von Gütern und staatlichen Ämtern im Juni 1990 in Ekuador, der „Marsch für Territorium und Würde“ 1990 in Bolivien, der zapatistische Aufstand in Chiapas 1994 und seine Reflexion in Mexiko und auf internationaler Ebene). Aufstände der unterdrückten Völker haben die gesamte Geschichte seit der Eroberung vor mehr als 500 Jahren durchzogen, aber heute hat dieser Widerstand nach Breite, Tiefe und Orientierung einen anderen Charakter angenommen. Er hat klare programmatische Ziele entsprechend den heutigen Realitäten, an seiner Spitze stehen eigene Führer, politisch gebildete Aktivisten, hervorragende Intellektuelle indigener Herkunft. Die Aktivierung des indianischen Widerstandes und die Herausbildung starker, oft landesweiter oder regionaler Organisationen hängen offensichtlich mit der Zuspitzung sozialer und ökonomischer Probleme in den letzten Jahrzehnten, darüber hinaus aber auch mit der existentiellen Bedrohung der Identität, Kultur und Lebensweise der indigenen Völker im Zuge der Offensive der neoliberalen Globalisierung zusammen, mit der allseitigen Unterwerfung aller Lebensbedingungen unter die Kräfte des Marktes und der zwangsweisen Homogenisierung der Lebenswelten.

In dem Kampf um die Bewahrung ihrer Eigenständigkeit äußert sich heute der Widerstand gegen die seit der Kolonisierung, verstärkt aber vom Neoliberalismus aufgezwungene Lebensweise, letzten Endes der Kampf um das Recht auf Leben in der Diversität, gegen die Unterwerfung der Welt unter das Einheitsschema des Marktes und ein einheitliches Entwicklungsmodell. Die Modernität und Kultur, die man den indigenen Gemeinschaften zu bringen verspricht, bedeutet die Vernichtung ihrer eigenen Kultur zum Zweck ihrer Einbeziehung in die Welt der Konsumenten, zur Vernutzung ihrer Ressourcen, von der Natur bis zu ihrem traditionellen Wissen. Der Widerstand dagegen ist von der Erkenntnis getragen, dass der als

⁵⁶ CEPAL, Globalización y desarrollo, Santiago de Chile, LC/G.2157(SES.29/3), April 2002, S. 23.

Modell angesehene „westliche“ Lebensstil, die Zivilisationsweise der Industrieländer, die auf ungehemmtem Ressourcenverbrauch und der Marktförmigkeit aller Lebensäußerungen beruht, die Welt zugrunde richtet und kein gangbarer Entwicklungsweg ist. Diese Erkenntnisse werden heute deutlich formuliert. Die indigenen Bewegungen beinhalten damit ein hohes Potential alternativer Entwicklungsentwürfe. Ohne einen explizit antikapitalistischen Diskurs zu pflegen, grenzen sie sich ihrem Inhalt und ihren Zielstellungen nach von der kapitalistischen Gesellschaft ab, und nicht selten begegnet man hier der Überzeugung, eine höhere Lebensweise zu vertreten, die den Interessen der Zukunft der Menschheit angemessener ist.

Über das lokale und auf die eigene Ethnie bezogene Zusammengehörigkeitsgefühl hinaus entwickelte sich ein neues indigenes Selbstbewusstsein. Es entstanden im nationalen Rahmen repräsentative und übergreifende regionale Organisationen, insbesondere im Andengebiet, es finden regionale und kontinentweite Treffen indigener Organisationen statt, unter anderem auch im Rahmen der Sozialforen. Dahinter steht eine intensive und auf Konsens bedachte organisatorische Arbeit indigener Aktivisten und Kernverbände (wie CONAIE in Ekuador, COPPIP in Peru, ONIC in Kolumbien, COICA für Organisationen des Amazonasbeckens). Die Beachtung der Eigenständigkeit und Autonomie der lokalen Organisationen, ihrer (teilweise langwierigen) demokratischen Entscheidungsverfahren, ihrer Partizipationsmöglichkeiten sind Voraussetzungen für den Erfolg solcher Organisationsarbeit und müssen immer aufs neue gesichert werden. Rückschläge in dieser Arbeit sind nicht selten, wie die spürbare und gegenwärtig noch andauernde Schwächung der großen indigenen Konföderation CONAIE in Ekuador nach der unangebrachten zeitweiligen Mitarbeit einiger ihrer Vertreter in der (2005 gestürzten) Regierung Gutiérrez zeigt.

Der Kampf der indigenen Völker und die Linke

Die linken Kräfte in den lateinamerikanischen Ländern haben sich den indigenen Bevölkerungsteilen als unterdrückten Massen frühzeitig zugewandt und besonders auf dem Lande eine umfangreiche Arbeit bei ihrer Organisierung in Bauerngewerkschaften, beim Eintreten für Land- und soziale Forderungen, bei der Gründung und Unterstützung von Bildungs- und Kultureinrichtungen geleistet; der primäre Aspekt des Klassenkampfes und ihre eigenen Vorstellungen von Modernität ließen sie aber meist die ethnische und nationale Unterdrückung als zweitrangig oder untergeordnet, als eine in der Klassenauseinandersetzung sich „von selbst“ lösende Frage ansehen. Sie sahen die indigenen Bewegungen als bäuerliche Bewegungen, und mit der Kosmovision und den Wertevorstellungen der Indigenen beschäftigten sie sich kaum bzw. betrachteten sie als rückständig. Eine paternalistische Haltung zu den indigenen Massen war vor allem in den Führungen der Verbände unübersehbar. Wie der guatemaltekeische Soziologe Carlos Guzmán Böckler nicht zu Unrecht sagte, die lateinamerikanische Linke „setzte auf die Proletarisierung (der indigenen Massen), damit der Weg frei werde, der zur Revolution führt“. Die weitgehende Paralyse der Arbeit der Linken in der Periode der Militärdiktaturen in den 70er und 80er Jahren und vor allem nach 1990, der Rückschlag für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit der Durchsetzung der neoliberalen Reformen brachten auch eine Art Emanzipation der indigenen Bewegungen hervor, die sich ihre eigenen Führungen und Organisationsformen gaben.

Das Forum von São Paulo hat den Problemen der indigenen Völker stets Aufmerksamkeit gewidmet und die Anerkennung ihrer Rechte gefordert, jedoch erst in letzter Zeit – besonders nach dem Wahlsieg von Evo Morales in Bolivien – ihrer eigenständigen Rolle und ihrem Beitrag zu gesellschaftlichen Transformationen sowie den besonderen Konstellationen für Wahl- und Demokratisierungsprozesse, die sich in den indigen charakterisierten Ländern ergeben, stärker Rechnung getragen. Als Impulse für alternative Gesellschaftskonzepte der Linken spielten die Vorstellungen und Werte der indigenen Gemeinschaften über menschliches Zusammenleben bisher so gut wie keine Rolle. Das wird besonders in den Ländern mit starkem indigenen Bevölkerungsanteil (Mexiko, Guatemala, Bolivien, Ecuador, Peru) zu einem Hindernis für die Bündnispolitik und Wirksamkeit der Linkskräfte. Vor allem den fortschrittlichen Regierungen des Kontinents erwächst die große Verpflichtung, bei der Abwägung ökonomischer Interessen die Belange der Urvölker angemessen zu wahren. Besonders in den Erdölfördergebieten, die teilweise in Naturparks und Reservaten liegen, kommt es zu Protestaktionen der Ureinwohner, die zum Beispiel in Ecuador mit dem Einsatz staatlicher Gewalt beantwortet wurden. Auch in Brasilien werden indigene Reservate nicht wirksam gegen das Eindringen von Goldsuchern oder die Landnahme durch Siedler geschützt. In den aktuellen Auseinandersetzungen indigener Kräfte für ihre ökonomischen und sozialen Rechte gegen ausländische Bergbaukonzerne wie in Peru oder im Widerstand der Mapuche in Chile gegen Staudambau, Vordringen der Holzindustrie und zerstörerischen Goldbergbau in ihren Territorien spielen die Linkskräfte dieser Länder eine eher marginale Rolle. In der Verfassungsdiskussion in Ecuador war auch Präsident Correa leider nicht bereit, einen von der CONAIE vorgelegten eigenen Verfassungsentwurf auch nur zu diskutieren. Unter bewaffneten Auseinandersetzungen wie in Kolumbien leiden vor allem die indigenen Ethnien in den betroffenen Gebieten. Nicht nur das Militär und die Paramilitärs, sondern auch linke Guerillaorganisationen missachten bei ihren Militäraktionen die Schutzgebiete indigener Gemeinden, ihre Autoritäten und ihre erklärte Neutralität.

Andererseits gibt es viele Beispiele für die Beteiligung von indigenen Organisationen an breiten sozialen Bewegungen und ihr Zusammenwirken mit Gewerkschaften und städtischen Organisationen, wie im Kampf um die kommunale Wasserversorgung in Cochabamba (Bolivien) oder in der Widerstandsbewegung in Oaxaca (Mexiko) gegen staatliche Repression. Das Auftreten und die Beratungen der indigenen Völker sind zu festen Bestandteilen der Sozialforen geworden. Bereits in der „Deklaration von Quito“, mit der das Kontinentale Treffen „500 Jahre indianischer Widerstand“ im Juli 1990 endete, das den offiziellen Feierlichkeiten zum Jahrestag der „Begegnung“ der Alten und der Neuen Welt, schlicht gesagt der spanischen Invasion vom Jahre 1492, entgegengestellt wurde, heißt es: „Neben unseren spezifischen Problemen als indigene Völker haben wir gemeinsame Probleme mit anderen Klassen und Volkssektoren, wie die Armut, die Marginalisierung, die Diskriminierung, die Unterdrückung und die Ausbeutung, alle Ergebnis der neokolonialen Herrschaft des Imperialismus und der herrschenden Klassen in jedem Land ... Deshalb sind wir überzeugt, dass wir mit den Bauern, den Arbeitern, den marginalisierten Sektoren, den für unsere Sache engagierten Intellektuellen zusammengehen müssen, um das System der Beherrschung und Unterdrückung

zu zerstören und eine neue, pluralistische, demokratische und menschliche Gesellschaft aufzubauen, in der der Frieden gesichert ist.“⁵⁷

Die Potentiale der indigenen Bewegung für den Kampf um eine neue Gesellschaft

Die Sprengkraft der indigenen Bewegungen haben führende Kreise des USA-Imperiums seit langem erkannt. Unter den zu bekämpfenden Gefahren für die Sicherung ihrer Herrschaft über den südlichen Teil des Doppelkontinents führten außenpolitische Konzepte für die USA-Regierung wie das „Dokument von Santa Fé“ bereits vor einem Jahrzehnt die indigenen Bewegungen an. Sie sind ein Ziel von CIA-Aktivitäten, werden in die Nähe von terroristischen Organisationen gerückt und als gefährliche „Globalisierungsgegner“ ausgemacht. Zahlreiche Studien, von der Weltbank und den privaten und offiziellen außenpolitischen Forschungseinrichtungen der USA in Auftrag gegeben, beschäftigten sich mit der Lage der Indigenen und dem Innenleben ihrer Organisationen und trachteten über USAID und andere Stiftungen darauf Einfluss zu nehmen, namentlich auf die Spaltung dieser Organisationen hinzuwirken und sie zu desorientieren. Auch die forcierte Beschäftigung der EU und europäischer Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen mit indigenen Bewegungen, die Förderung von Projekten der Entwicklungshilfe, vor allem in Bolivien, ist nicht ganz selbstlos, sondern soll den Boden bereiten für gezielte Einflussnahme. Viele dieser Projekte führen zu Rivalitäten zwischen den Gemeinden und zur Zerstörung von Solidarität.

Neben den Forderungen nach Landreformen, rechtlicher Besserstellung und sozialen Verbesserungen in ihren Gemeinschaften spielen indigene Kräfte heute eine immer bedeutendere Rolle in der Diskussion um den Schutz der natürlichen Umwelt und neue Entwicklungsmodelle der Gesellschaften, die einen Abbau der Ressourcenvergeudung und Prämissen wie Erhaltung der Artenvielfalt, Klimaschutz, alternative Energien beinhalten. Mit der Wiederbesinnung auf traditionelle Werte und ihrer der heutigen Zeit entsprechenden Ausdeutung entwickelte sich in den indigenen Bewegungen ein kollektives Bewusstsein, das zum Träger transformativer Bestrebungen wird. Es verbindet den Anspruch der Abkömmlinge der Ureinwohner auf volle Gleichberechtigung und Teilhabe an den Errungenschaften und Entscheidungen in den heutigen Gesellschaften ohne Zwang zur Aufgabe ihrer ethnischen und kulturellen Identität mit der Nutzung dieser überlieferten Werte für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Zivilisation. Für die indigenen Völker geht es um die Chance, ihren Übergang in eine fortschrittliche Entwicklung harmonisch, nicht als Vernichtung, nicht unter Verlust, sondern unter Nutzung der schöpferischen Gestaltungskraft ihrer Traditionen zu bewältigen, und dies wird eine Bereicherung des nationalen Zusammenlebens sein. Sie treten bewusst ein für das Umsteuern auf einen anderen Entwicklungspfad, der mit der Zukunft der Menschheit und der Bewohnbarkeit des Planeten vereinbar ist.⁵⁸ Auf internationaler Ebene erheben sie die Forderung nach Entwicklungschancen für alle Völker, die dem erreichten Stand des Menschheitsfortschritts entsprechen.

⁵⁷ Declaración de Quito, Primer Encuentro Continental de Pueblos Indios, Quito, Ecuador, Julio 17 - 21 de 1990.

⁵⁸ Vgl. Zehn Gebote zur Rettung des Planeten Erde, der Menschheit und des Lebens, in: „International“, DIE LINKE, Informationszeitschrift für Friedens- und internationale Politik, Ausgabe 3/2008, S. 38.

Die geschichtsgestaltende Kraft indigener Bewegungen zeigt sich heute besonders mit der Erarbeitung und Inkraftsetzung einer neuen politischen Verfassung in Bolivien unter ihrer maßgeblichen Beteiligung, die die in diesem Land erkämpften neuen Realitäten und Kräfteverhältnisse einer neuen Hegemonie in der Gesellschaft festhält. Es ist die erste Verfassung Boliviens, die durch Vertreter des Volkes, nach den Vorschlägen der sozialen und indigenen Organisationen, ausgearbeitet und durch eine allgemeine Volksabstimmung mit einer Mehrheit von 62 Prozent bestätigt wurde. Neben einer bedeutenden Erweiterung demokratischer und sozialer Grundrechte ist diese Verfassung deutlich von der indigenen Haltung zur Natur und zur Entwicklung der menschlichen Gesellschaft geprägt und stellt, ohne den Kapitalismus explizit in Frage zu stellen (sie erkennt Privateigentum und Unternehmertätigkeit durchaus an), in wesentlichen Bestimmungen eine Absage an ein System dar, das, wie es in einem vom indigenen Präsidenten Boliviens im September 2008 der UNO vorgelegten Regierungsdokument heißt „uns an den Rand des Abgrunds bringt“.

Die neue Verfassung verankert die Gleichheit aller Bürger ohne Unterschiede und verbietet jede Diskriminierung. Bolivien erklärt sich zu einem multinationalen Staat. Die Verfassung erkennt die indigenen Kulturen als nationales Erbe an, darunter 36 Nationen und Nationalitäten, die im Rahmen der allgemeinen bolivianischen Staatsbürgerschaft geltend gemacht werden können und einen Anspruch auf amtssprachliche Berücksichtigung in ihrem Siedlungsgebiet haben. Neben weitgehenden Autonomierechten der einzelnen Landesteile entsprechend der Vielfalt der Bedingungen ist auch die indigene Autonomie über Siedlungsterritorien, die Wahl eigener Autoritäten, die Anerkennung der kommunitären Rechtssysteme verankert. Das den indigenen Traditionen entsprechende kollektive Eigentum der Gemeinschaften über den Boden wird anerkannt, der Schutz der Kultstätten und Heiligtümer der Urvölker wird garantiert. Diese Verfassung enthält neben allen bekannten bürgerlichen Freiheiten und Rechten die partizipative Demokratie und die soziale Kontrolle über die Tätigkeit der Amtsträger, das nationale Eigentum an den Naturressourcen, die Beschränkung individuellen Landbesitzes auf 5 000 ha, wie 80 Prozent der Bevölkerung in einer gesonderten Abstimmung entschieden haben; sie erklärt Wasserversorgung und Ernährung zu Grundrechten der Bürger und garantiert ihnen den Zugang zu Bildung, Gesundheitsdiensten, Beschäftigung und sauberer Umwelt. Das indigene Prinzip des „Vivir bien“ (Gutes Leben) wird zum Leitprinzip der gesellschaftlichen Entwicklung erklärt. Zum ersten Mal werden in einer Verfassung Rechte der Natur formuliert. Die bolivianische Verfassung verbietet ausländische Militärstützpunkte auf nationalem Territorium und vertritt eine Kultur des Friedens und der Ablehnung von Aggressionskriegen. Ähnliche Bestimmungen finden wir in der neuen Verfassung Ekuadors.

5. Die Erfolge linker Kräfte im Ergebnis demokratischer Wahlen und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung in Lateinamerika

Veränderung von Kräfteverhältnissen

„Heute leben in Südamerika von je 100 Menschen 80 unter linken Regierungen. Von je 100 Quadratkilometern Oberfläche gehören 81 zu Ländern, die links regiert werden. Von je 100 Dollar des südamerikanischen Bruttosozialprodukts werden 90 durch Wirtschaftsminister linker Regierungen verwaltet.“⁵⁹

Wenn von einem Linksruck in Lateinamerika gesprochen wird, so muss dieser vor allem als Ergebnis harter Auseinandersetzungen, der Massenkämpfe von sozialen Organisationen verschiedensten Charakters anerkannt werden.

Einerseits offenbarte sich die Diskreditierung der herrschenden alten und neuen politischen Eliten bis hin zur vollständigen Delegitimierung der politischen Systeme und traditionellen Parteien, andererseits war ihre reale Dominanz in den Gesellschaften, darunter vielfach ihr Einfluss auf die ärmsten und am meisten ausgegrenzten Teile der Bevölkerung noch nicht gebrochen. Weiterhin war und ist mit der zumindest passiven Zustimmung von Teilen der gutverdienenden modernen Mittelschichten zu bestimmten Aspekten des neoliberalen Diskurses (Individualisierung, Konsummöglichkeiten, Freizeitindustrie u.a.) zu rechnen.

Alternative Konzepte demokratischer Partizipation haben sich vor allem auf kommunaler Ebene herausgebildet und etabliert, wie die Einführung des partizipativen Haushaltes in Porto Alegre, Brasilien, und Montevideo, Uruguay, kommunale Regierungen unter FMLN-Führung in El Salvador seit fast zwei Jahrzehnten. Die Bewegung der Sozialforen trug dazu bei, dass Hunderte von sozialen Bewegungen, Organisationen der Zivilgesellschaft und kritische Intellektuelle kontinentweit miteinander in Kontakt traten und begannen, nach Alternativen zum Neoliberalismus zu suchen, auch der Blick über den eigenen Kontinent hinaus auf den Zustand der Welt als ganzes geweitet wurde. In Abgrenzung von den bisher herrschenden Kreisen entstanden neue Mehrheiten, Bündnisse unter unterschiedlicher Führung wurden aufgebaut, Netzwerke geknüpft, von denen gezielte politische Aktionen geleitet wurden.

In den meisten lateinamerikanischen Gesellschaften haben sich so allmählich Veränderungen vollzogen, die Wahlerfolge linker Parteien und Kräfte ermöglichten. Sie sind Ergebnis der Auseinandersetzung mit den herrschenden Strukturen und Kräften über Jahrzehnte, angefangen mit dem Kampf gegen die Militärdiktaturen in den 70er und 80er Jahren, der den Wert der Demokratie ins Bewusstsein rückte und den linken sozialen und politischen Kräften breitere Spielräume eroberte, aber auch nach dem Sieg die Unvereinbarkeit von Demokratie und extremer Armut immer größerer Bevölkerungsmassen aufzeigte.

Im Abschlussdokument der XIV. Tagung des Forums von São Paulo (Mai 2008) wird festgestellt:

⁵⁹ José Natanson, *El nuevo mapa de América Latina*, „Página 12“, Buenos Aires, 30. Nov. 2008.

„Die Linkskräfte kamen mit Millionen Stimmen in demokratischen Wahlen und auf der Basis der Geschlossenheit der Parteien an die Regierung. Das geschah unter sehr unterschiedlichen Umständen und in vielen Fällen in unterschiedlichsten Versionen von Allianzen mit anderen politischen Parteien und sozialen Kräften. Das ist die Einheit in ihrer Vielfältigkeit und in ihrem Reichtum. Die Einheit der Linken ist die Schlüsselfrage in der neuen politischen Situation des Kontinents.“⁶⁰

Der kostarikanische Publizist Solis Vargas betont: „Die Wahlen sind in diesen Ländern nur das Kampfinstrument gewesen, das am meisten im Blickpunkt stand, innerhalb einer Bewegung für den sozialen, politischen und kulturellen Wandel, die von den Menschen ausgeht, von der organisierten Bürgerschaft. Aber in jedem dieser Fälle hat die organisierte Volksbasis eine sozio-politische Dynamik in Gang gesetzt, die zum Aufbau der Instrumente und Räume für eine alternative Macht führte. ... keiner dieser Prozesse, nicht einmal der venezolanische, trotz der starken Führerpersönlichkeit von Chávez, beruht allein auf der Wirkung von Persönlichkeiten. In jedem Fall gibt es eine Basis, komplexe soziale Bewegungen, ohne deren Studium und Verständnis es unmöglich ist, den wirklichen Inhalt dessen, was passiert, zu verstehen.“⁶¹

Eine Mehrheit der Länder Südamerikas wird heute von linken, progressiven und demokratischen Kräften regiert, und auch in Mittelamerika, in der besonderen Einflussphäre der USA, haben diese Veränderungen Einzug gehalten. Nach dem Wahlsieg von Hugo Chávez in Venezuela im Dezember 1998 mit einem antineoliberalen, auf die unteren Volksschichten ausgerichteten Programm und dem Erfolg des ehemaligen Metallarbeiters Luiz Inacio Lula da Silva bei den Präsidentenwahlen in Brasilien im Jahre 2002 konnten sich progressive Regierungen unterschiedlichen Charakters auch in Argentinien, Uruguay, Bolivien, Haiti (bei Fortbestehen einer sehr instabilen Lage und eingeschränkter Souveränität), Ekuador, Paraguay, Nicaragua, El Salvador durchsetzen. Einige dieser Regierungen haben bereits Wiederwahlen bestanden (Venezuela, Brasilien, Argentinien, Ekuador). In weiteren Ländern gelangten linke, progressive oder nationalgesinnte Kräfte in Regierungsnähe. In Mexiko wurde der Wahlsieg des Präsidentschaftskandidaten der PRD, Andrés Manuel López Obrador, nur um Bruchteile von Prozentpunkten verhindert, Vorwürfe des Wahlbetrugs gegen die herrschenden Kräfte konnten nicht überzeugend ausgeräumt werden. In Chile hat die als Kandidatin der Concertación gewählte Sozialistin Michelle Bachelet 2006 ein schweres Erbe neoliberaler Politik angetreten. Obgleich sie in ihrer Amtszeit, die binnen kurzem zu Ende geht, die Hoffnungen der verarmten Bevölkerungsschichten nicht erfüllen, eine Abwendung vom neoliberalen Kurs nicht erreichen und die geplante Reform des politischen Systems nicht durchsetzen konnte, hat sich doch seit ihrem Amtsantritt der Spielraum für alle demokratischen, antidiktatorischen Kräfte in Chile erweitert, sind in Menschenrechtsfragen Fortschritte erzielt worden, haben sich linke Kräfte in der Sozialistischen Partei wieder stärker profiliert und ist das Land auf kontinentaler Ebene in die Gemeinschaft der lateinamerikanischen Staaten zurückgekehrt.

⁶⁰ Die Linke Lateinamerikas und der Karibik in der neuen Etappe – der Reichtum der Verschiedenartigkeit, XIV. Treffen des Forums von Sao Paulo, Dokument für die Diskussion, Montevideo, Mai 2008.

⁶¹ Luis Paulino Vargas Solís, Desde Costa Rica: Lecciones (preliminares) de un golpe, Argenpress. info, 02. Juli 2009.

Inhalte linker Regierungspolitik in der Gegenwart

Die im Forum von São Paulo vereinten linken Kräfte sahen die Aufgabe der alternativen Bewegung des Kontinents darin, von Protest und Widerstand gegen den Neoliberalismus zur historischen Initiative für den Aufbau einer neuen Gesellschaft überzugehen. Sie definierten übereinstimmend den Inhalt der gegenwärtigen Etappe als Vertiefung des Kampfes für Demokratie, ein gemeinsamer Nenner, dessen Potential für die weitere Entwicklung von den einzelnen Parteien gemäß ihrer ideologischen Orientierung unterschiedlich eingeschätzt wird: als Ausgangspunkt für die Gestaltung einer prosperierenden sozial gerechten Gesellschaft, eines Sozialstaates auf zunächst weiterhin kapitalistischer Grundlage oder für die Errichtung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Eine Mehrheit der politischen und auch sozialen Linken in Lateinamerika strebt eine alternative Gesellschaft zum Kapitalismus an. Transformatorische Ziele können aber nur über demokratische Reformprozesse erreicht werden, die wahrscheinlich noch über längere Zeit für verschiedene Entwicklungswege offen bleiben. Die lenkende Rolle des Staates für die Entwicklung, die nationale Verfügung über die wichtigsten Ressourcen und strategischen Schlüsselzweige der Wirtschaft, das Gemeineigentum an öffentlichen Gütern und Grunddienstleistungen, die soziale und politische Teilhabe und allseitige Integration aller Mitglieder der Gesellschaft sind gegenwärtig gemeinsame Festpunkte dieser Konzeptionen. Der Versuch, sie in reale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik umzusetzen, offenbart die ganze Größe dieser Aufgabenstellung und stößt auf enorme Schwierigkeiten.

Eine Analyse der Ergebnisse des Wirkens linker, demokratischer und progressiver Parteien, die nach erfolgreichen Wahlen in Regierungsverantwortung stehen, fällt sehr differenziert aus. Unterschiedliche Schwerpunktsetzungen ergeben sich schon aus den konkreten historisch gewachsenen Problemsituationen, die vorrangig gelöst werden müssen. So spricht man in Ekuador von einer „Bürgerrevolution“, die die Institutionen erneuern und die staatsbürgerliche Integration aller Bürger (samt der dazu notwendigen sozialen und ökonomischen Voraussetzungen) erreichen soll, in Bolivien von einer demokratischen und kulturellen Revolution, in Uruguay von einem nationalen Projekt des Übergangs zu einem produktiven und sozialen Uruguay, in Venezuela von der Bolivarischen Revolution, die sich in den Sozialismus des 21. Jahrhunderts einordnet. Diese Prozesse lassen aber doch Gemeinsamkeiten erkennen:

Soziale Notstandsmaßnahmen und eine wirksame Sozialpolitik zugunsten der Marginalisierten und sozial Benachteiligten gehören angesichts der angespannten sozialen Verhältnisse überall zu den ersten Maßnahmen der Regierungsprogramme. Der Vorwurf, damit Klientelismus zu erzeugen, geht an den tatsächlichen Bedingungen und Erfordernissen in diesen Ländern vorbei. Überlebenshilfe wird kombiniert mit Arbeitsbeschaffungs-, Bildungs- und Gesundheitsprogrammen und weist damit in die Zukunft. Diese Programme werden zum Teil mit solidarischer Unterstützung Kubas und Venezuelas realisiert.

Alle diese Veränderungsprozesse garantieren die Rechte des Einzelnen, die bürgerlichen und politischen Freiheiten, die Einbeziehung als Staatsbürger, die Rechtsstaatlichkeit und die demokratischen Institutionen. In einigen Ländern wurden durch die neuen Verfassungen neben den drei bekannten weitere Formen der öffentlichen Gewalt geschaffen wie die „Bürgergewalt“ – das Recht zur Kontrolle

der öffentlichen Institutionen durch die Bürgerorganisationen. Die Grundrechte der Bürger entsprechen den Menschenrechtskonventionen. Die Regierungen sind bestrebt, die von ihr getroffenen Maßnahmen und die Auseinandersetzungen mit den Gegenkräften in verfassungskonformen Bahnen zu halten.

Für die linken und demokratischen Regierungen geht es in der gegenwärtigen Phase um die Wiederherstellung der gestaltenden Rolle der Politik und die Durchsetzung nationaler Entwicklungspläne unter der Führung eines starken Staates. Im Vordergrund des Kampfes stehen deshalb die Wiedererringung der nationalen Souveränität und der Kontrolle über die eigenen Ressourcen in der Auseinandersetzung mit dem internationalen Kapital, den internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen und den in der Welt dominierenden politischen Kräften.

In einigen Ländern sind neoliberale Maßnahmen vorheriger Regierungen bereits rückgängig gemacht worden, so Privatisierungen öffentlicher Güter und von Rohstoffindustrien (Venezuela, Bolivien, Ekuador) oder wurde weiteren Privatisierungen ein Riegel vorgeschoben (Uruguay, Brasilien). In Ekuador wurde das Zustandekommen der Auslandsverschuldung einer eingehenden Prüfung unterzogen, die zu dem Ergebnis kam, dass diese zum großen Teil auf ungesetzliche Art zustande kam und daher illegitim ist.

Die gegenwärtigen Linksregierungen streben unmittelbar keinen Bruch mit der Logik der kapitalistischen Akkumulation insgesamt an, sondern haben auf ökonomischem Gebiet den Wiederaufbau produktiver Strukturen zum Ziel, im Zusammenwirken des Staates mit Unternehmern und ausländischen Investoren bei besonderer Förderung der Kleinproduzenten und Genossenschaften. Das gilt auch für Venezuela, das mit der Losung, den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zu errichten, eine Debatte über weiterführende Ziele angestoßen hat. In Venezuela werden zwar in aufgegebenen Betrieben Formen der Arbeiterselbstverwaltung erprobt, aber zur Grundlage der Entwicklung wurde die Verstaatlichung der wichtigsten Zweige der Rohstoff- und Energieproduktion. Nach Jahren der Konfrontation entwickelt sich auch in Venezuela langsam eine Zusammenarbeit mit dem privatkapitalistischen Sektor. Zu berücksichtigen ist dabei, dass in Venezuela wie auch in Bolivien der einheimische privatkapitalistische Sektor der Wirtschaft außerordentlich schwach ist.

Ein zentraler Komplex der Entwicklungsstrategie ist die Vertiefung der Demokratie bzw. die Herausbildung einer anderen (partizipativen) Demokratie – in Bolivien auch die Förderung der kommunitären Demokratie und indigenen Autonomie – und die breite Einbeziehung der Bevölkerung in die Gestaltung der Gesellschaft. In mehreren Ländern wird dazu der Weg über eine neue Verfassung eingeschlagen. Besonders in Venezuela und Bolivien entwickeln sich neue Formen demokratischer Beteiligung der Volksorganisationen, wird die Aktivität von unten gefördert. Die Demokratie und ihre Institutionen gewinnen dabei eine neue Bedeutung für den Kampf um sozialen Fortschritt und die Transformation der Gesellschaft. Dieses Vorgehen stößt auf erbitterten Widerstand rechter und konservativer Kräfte, die dabei ihre Missachtung demokratischer Normen offenbaren. Die Bedeutung der Demokratie für die Linke kommentiert anlässlich des Staatsstreichs Ende Juni 2009 in Honduras der kostarikanische Publizist Vargas Solis:

„Die Linke ist zur vordersten Linie der Verteidigung der demokratischen Institutionalität geworden. ... Im gegenwärtigen Kontext bedeutet die Verteidigung der demokratischen Institutionalität, neue Formen der Organisation der Bürger und der

Partizipation des Volkes zu verteidigen, die dieser Institutionalität neue Inhalte aufprägen. Sie bedeutet, das Recht auf ein Leben in Würde zu verteidigen, letzten Endes das Recht auf Leben selbst.“⁶²

Auf der Tagesordnung der Linksregierungen stehen Strukturreformen, die die Sicherung der Grundrechte des Bürgers wie das Recht auf Bildung, Gesundheit, auf öffentliche Dienste, das Recht auf Arbeit garantieren. Eingeschlossen sind die Durchführung von Agrar- und anderen Reformen wie Stadtreform, Bildungsreform, Justizreform usw.

Für die weitere Entwicklung wird besondere Aufmerksamkeit auf die Herausbildung demokratischer Medien zu richten sein. Die Pressefreiheit ist voll aufrechterhalten. Die stark monopolisierten Medien und Informationssysteme des Kontinents befinden sich weitgehend in den Händen der Gegner der emanzipatorischen Prozesse, so dass die Arbeit der Regierungen oft entstellt oder gar nicht der Bevölkerung vermittelt wird. Die medialen Angriffe gegen die progressive Entwicklung nehmen an Schärfe zu und überschreiten mit ihren gezielten Desinformationen nach allen Regeln der psychologischen Kriegführung und mit persönlichen Diffamierungen bis zur Mordhetze oft alle Grenzen politischer Kultur und des gesetzlichen Rahmens, und sie werden im regionalen Rahmen koordiniert, vor allem über das S-amerikanische National Democratic Institute (IDN). Über kommunale Radios und andere Medien auf lokaler Ebene und das Internet hinaus bedürfen die progressiven Kräfte einer stärkeren Medienpräsenz und Kommunikation mit den Bürgern.

Widersprüchlichkeit und Herausforderungen der gegenwärtigen Phase

Der Übergang vom Protest zu einer Alternative wird gerade von den Faktoren behindert, die den Protest hervorgebracht und Millionen Wähler zum Votum für linke Politik geführt haben, von der Zerrüttung und Abhängigkeit der Wirtschaften, der Verkommenheit des politischen Apparats, der Zerstörung des sozialen Zusammenhalts und der Verelendung großer Teile der Bevölkerung in Dimensionen, die mit unseren mitteleuropäischen Maßstäben kaum zu erfassen sind. So verweisen Chavez/Rodríguez Garavito/Barrett im Einführungskapitel ihres empfehlenswerten Buches über die lateinamerikanische Linke mit vollem Recht auf die Dialektik der realen Entwicklung, dass für die neuen linken Regierungen „die Umstände, die ihre Wahlsiege ermöglicht haben, ihre Handlungsfähigkeit beträchtlich einschränken“⁶³ und enorme Hindernisse für ein Umsteuern des wirtschaftspolitischen und sozialen Kurses darstellen.

Es zeigt sich, dass auch unter den Bedingungen linker Regierungen die Überwindung des neoliberalen Erbes, das mit den Merkmalen der Unterentwicklung und der Außenabhängigkeit zusammentrifft, ein langwieriger und immer wieder gefährdeter Prozess sein wird. Sie übernehmen Schuldenberge, verworrene Staatsfinanzen, zerstörte Industriestrukturen, von Korruption und CIA-Tätigkeit durchsetzte Beamtenapparate, eine hohe Kriminalitätsrate, verslumte Städte und die Herr-

⁶² Luis Paulino Vargas Solís, a.a.O.

⁶³ Daniel Chavez, César Rodríguez Garavito y Patrick Barrett (eds.), La nueva izquierda en América Latina, a.a.O., S. 51.

schaft der Drogenmafia über ganze Stadtviertel. Fast erdrückend sind die Probleme des sozialen Elends, deren schnelle Lösung von den neuen Regierungen erwartet wird. Linke Minister müssen mit alten Strukturen und Kräften im Staatsapparat arbeiten, die als Hemmschuh wirken, und die Kadersituation der Linken reicht oft nicht aus, um allen Erfordernissen gerecht zu werden. In den sozialen Organisationen macht sich der Abzug fähiger Führer für staatliche Aufgaben fühlbar. Gering sind allgemein die Fortschritte in der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Lohnarbeiter; die neuen Verfassungen in Venezuela, Bolivien, Ekuador untersagen immerhin Auswüchse der Ausbeutung von Lohnarbeit unter neoliberalen Bedingungen, und die Arbeit von Gewerkschaften erfährt keine Behinderungen. Gegen Sklaverei wurde dort, wo solche Verhältnisse entdeckt wurden (Brasilien, Bolivien) konsequent vorgegangen. Im makroökonomischen Kontext stoßen die Linksregierungen auf die Schwierigkeiten, die sich aus der Einbindung der Länder in die ungleichen internationalen Wirtschaftsbeziehungen und dem Druck der ökonomisch Stärkeren ergeben, sie müssen aber zum Teil auch auf nationaler Ebene der Notwendigkeit breiter politischer Allianzen, in denen Vertreter der nationalen Bourgeoisie bedeutende Positionen einnehmen, gerecht werden. So ist besonders für Brasilien und Uruguay festzustellen, dass diese Regierungen sich wirtschaftspolitisch noch keinesfalls von neoliberalen Praktiken gelöst haben, aber bestrebt sind, ihrer Sozialpolitik einen höheren Stellenwert einzuräumen. Wenn auch nicht mit gleicher Orientierung wie in den Nachbarländern, realisierten in Argentinien die Kirchner-Regierungen seit 2003 eine Politik der Stärkung der nationalen Souveränität. Argentinien ist neben Venezuela ein Beförderer lateinamerikanischer Integration.

Deutlich wird die Suche nach Alternativen der Wirtschaftsentwicklung, die die Akzente der wirtschaftlichen Tätigkeit mit Hilfe der regulierenden Rolle des Staates dauerhaft hin auf Ziele wie Entwicklung des Binnenmarktes, Förderung produktiver Strukturen und Diversifizierung der Wirtschaft verschiebt, aber es wird auch klar, dass diese Aufgaben nicht nur im Rahmen eines Landes gelöst werden können. Das schließt ein Projekt der lateinamerikanischen Integration ein, das über den Mercosur, einen vom transnationalen Kapital unterwanderten Wirtschaftsblock, hinausgehen muss. Möglicherweise eröffnet das Projekt ALBA einen solchen Weg, der nicht nur eine wirtschaftliche Integration beinhaltet, sondern Wege zur Integration der lateinamerikanischen Völker ebnet.

Die lateinamerikanischen Linken schätzten im Forum von São Paulo ein:

„Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Kräfteverhältnis auf dem Kontinent sich bis heute sehr zugunsten der Ideen verändert hat, die die Mitgliedsparteien des Forums von São Paulo verteidigen. Man muss jedoch auch daran erinnern, dass die Fortschritte der linken und progressiven Kräfte neben den enormen Möglichkeiten auch alte und neue Probleme mit sich bringen. Außerdem bedeuten unsere Erfolge weder, dass der Neoliberalismus bereits besiegt ist, noch dass wir dicht davor sind, das historische Muster der Entwicklung des Kapitalismus in der Region zu überwinden. Und dies trotz der großen Anstrengungen, die viele Regierungen unserer Region unternehmen, um die Souveränität, die Demokratie und die soziale Ausrichtung der Politik zu vertiefen.

Im Ergebnis der Analyse der internationalen Lage und speziell der Situation in Lateinamerika können wir feststellen, dass wir uns in einer außerordentlich widersprüchlichen Phase befinden. Auf der einen Seite behaupten die neoliberalen Kräfte ihre Hegemonie im sozial-ökonomischen Bereich, bei der Führung der internati-

onalen Institutionen und der Kontrolle des Militärapparates. Zudem haben sie weiterhin die Regierungsgewalt in einer Reihe von Ländern der Region in ihren Händen. Andererseits haben die progressiven, demokratischen und sozialistischen Kräfte einen Teil jener Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit zurückgewonnen, die sie bereits vor 1990 besaßen. Außerdem besetzen sie wichtige Positionen in den Regierungen vieler Länder der Region und versuchen von diesen Positionen aus die sozialen Beziehungen und das Funktionieren der nationalen und regionalen Wirtschaft wiederherzustellen.“⁶⁴

Man kann somit feststellen:

In Lateinamerika begann ein Prozess von gesellschaftlichen Veränderungen, die Rafael Correa, der Präsident Ekuadors, als Beginn einer neuen Epoche bezeichnete.⁶⁵ Diese Veränderungen entsprechen nicht dem in der Vergangenheit von den Linken verfolgten Bild revolutionärer Wandlungen, auch nicht den bisherigen lateinamerikanischen Erfahrungen revolutionärer Prozesse, obwohl sie von den Befreiungsbewegungen der Vergangenheit und ihrem Gedankengut inspiriert werden. Sie stehen nicht unter der Führung der „klassischen“ Linken, von der sie nur zum Teil unterstützt, zum Teil sogar argwöhnisch beobachtet und kritisiert werden; sie manifestieren nicht die führende Rolle der Arbeiterklasse und die Merkmale eines „revolutionären Bruchs“ mit den bestehenden Institutionen, keinen Einsatz (bewaffneter) Gewalt zur Eroberung der Macht, sondern vollziehen sich unter Nutzung der demokratischen Errungenschaften, der demokratischen Institutionen, der vollen Anerkennung und Erweiterung der Menschenrechte. Sie werden geprägt von einer bisher nicht gekannten fordernden und umgestaltenden Aktivität breiter Volksmassen und beweisen zugleich die große Bedeutung und Notwendigkeit der Organisation und die entscheidende Rolle hervorragender Persönlichkeiten, die an ihre Spitze treten. Bei alledem gilt es die Vielfalt und Differenziertheit der Wege und Erfahrungen nicht als Hindernis der Zusammenarbeit anzusehen, sondern zu respektieren und als Bereicherung zu nutzen. Es ist ein besonderes Merkmal der heutigen Umgestaltungsprozesse in Lateinamerika, dass sie mit Kuba, das seinen revolutionären Weg in einer anderen Epoche begann, eng verbunden bleiben, seine Erfahrungen und solidarischen Potenzen nutzen können und ihm dadurch, dass es in diese Gemeinschaft eingeschlossen bleibt, zugleich das Auffinden neuer Entwicklungsansätze für die sozialistische Gesellschaft erleichtern. Diese Prozesse treffen auf nie dagewesene innergesellschaftliche Probleme und stehen vor völlig neuen Herausforderungen auf internationalem Gebiet. Es kann nicht überraschen, dass die Lösungsansätze dafür erst schrittweise gefunden werden. Die Errungenschaften sind noch ungefestigt und bleiben in vielem unter den Erwartungen der Volksmassen. Die neuen Regierungen Lateinamerikas stehen von den ersten Schritten an unter heftigen Angriffen der inneren und äußeren Reaktion.

Umso wichtiger ist die Möglichkeit, sich gegenseitig zu stützen. Seit den Unabhängigkeitskriegen am Beginn des 19. Jahrhunderts waren noch nie so viele Länder des Kontinents gleichzeitig in so tiefgehende und weitreichende politische und soziale Umbruchprozesse einbezogen, und wie es scheint, dehnen sich diese Prozesse weiter aus, sie greifen jetzt auch auf Mittelamerika über.

⁶⁴ Die neue Etappe der Integration Lateinamerikas und der Karibik. XIII. Treffen des Forums von São Paulo, Vorbereitungsdocument, a.a.O.

⁶⁵ „Lateinamerika und Ekuador erleben nicht eine Epoche des Wandels, sie erleben einen wirklichen Epochenwandel.“ Rede von Rafael Correa bei seinem Amtsantritt als Präsident Ekuadors, Quito, 15. Jan. 2007.

„Wir stehen am Anfang eines neuen Zyklus des revolutionären Voranschreitens, und es gilt die Herausbildung der subjektiven Faktoren zu beschleunigen, um neue historische Frustrationen zu verhindern“⁶⁶, sagte die chilenische Sozialwissenschaftlerin Marta Harnecker in einem Interview. Sie bezog sich damit vor allem auf Erscheinungen mangelnder Einheit und fehlender gegenseitiger Respektierung unterschiedlicher Ansätze in den Reihen der Linken und auf Konflikte und Streitigkeiten zwischen den progressiv geführten Ländern, die den Gegnern dieser Umgestaltungen nützen.

In einigen Ländern breitet sich Enttäuschung über zu geringe Fortschritte in Richtung auf einen neuen Kurs hin aus. Berechtigt erscheinen die kritischen Worte von Beatriz Stolowicz: „Wir stellen fest, dass die Linke Unzulänglichkeiten aufweist, um der Offensive der Rechten entgegenzutreten, und zugleich auch die politische Vertretung ihrer sozialen Basis nicht adäquat wahrnimmt. Sie erkennt nicht die Reichweite der Forderungen dieser Basis, noch dass sie zu viel weiter reichenden Kämpfen bereit ist, als die Parteien sie konzipieren. Einige Führer erklären ihre ‚Vorsicht‘, ihre ‚Mäßigung‘ oder ihren ‚Realismus‘ mit dem angeblichen Zustand der Gesellschaft. Oft sind es aber ihre eigenen Entscheidungen, sei es, weil sie fürchten oder nicht bereit sind, die Spielregeln des Systems der Regierbarkeit zu überschreiten, sei es wegen der hemmenden Wirkungen, die die früheren Niederlagen langfristig haben, oder weil sie als konservative Einstellung der Menschen interpretieren, was oft in Wahrheit Verzweiflung ist. Das erweist sich besonders deutlich unter den Jugendlichen. Es kommt auch vor, dass diese Führer im Namen dieser Vorsicht soziale und politische Kontrolle über ihre soziale Basis ausüben, und das nicht nur in der Konfrontation mit den herrschenden Kräften. Wir sehen auch bei den Linksregierungen Praktiken der Kontrolle über ihre Parteien und über die sozialen Organisationen, die Gewerkschaften zum Beispiel, indem man darauf drängt, dass sie auf ihre Unabhängigkeit verzichten und sich den Erfordernissen der Regierungspolitik im Hinblick auf die Wahlen anpassen. Wie scharf kritisierten viele von denen, die heute diese Einschränkung der Unabhängigkeit der Klasse verteidigen, einst den Stalinismus!“⁶⁷

Anschließend soll die Entwicklung in Venezuela und in Brasilien, als zwei stark differierende Fallbeispiele, näher betrachtet werden.

Der Bolivarische Prozess in Venezuela und die Impulse für eine neue Form der regionalen Integration

Mit Wahlen und einer Verfassungsdiskussion begann auch in Venezuela der Prozess der Bolivarischen Revolution, der sich in seinen ideologischen Grundlagen auf eine Synthese zwischen marxistischen Erkenntnissen, linkschristlichen Vorstellungen und den Grundinhalten der Befreiungsströmungen des lateinamerikanischen Denkens seit Bolívar stützt. Von einem zivil-militärischen Bündnis in Gang gebracht und durch einen Wahlsieg demokratisch eingeleitet, nimmt sie immer deutlicher Züge einer großen, die ganze Gesellschaft umwälzenden Volksrevolution an. Es war der „Caracazo“ 1989, die erste große soziale Explosion in der neoliberalen Ära,

⁶⁶ Ignacio Círio, Entrevista a Marta Harnecker, En el laboratorio de una Revolución, in: „Siete sobre Siete“, Uruguay, 22. Aug. 2005.

⁶⁷ Beatriz Stolowicz, Die lateinamerikanische Linke: Wo stehen wir? Beitrag auf der V. Internationalen Konferenz „Marx lebt“, Bogotá, 31. Okt. bis 2. Nov. 2006.

der trotz der geringen Organisiertheit des sozialen Protestes in jener Zeit in Venezuela anzeigte, dass es, wie E. Lander 2005 in einem Interview sagte, „einen brodelnden Herd aus Unzufriedenheit und Zurückweisung gab“⁶⁸ und die unteren Schichten nicht mehr bereit waren, ihre Lage weiter zu ertragen. Für die Kräfte um Chávez wurde dieser Ausbruch zum Signal. „Es explodierte das Caracas von Bolívar“, sagte Chávez in seiner Rede vor dem Parlament zur Rechenschaftslegung über die Regierungstätigkeit im Jahre 2008. „und wir sind Produkt jener Stürme, das sollten wir nicht vergessen.“⁶⁹

Diese Revolution trägt in ihrer Entwicklung so viel Eigenes und Neues in die Praxis und die Theorie, dass auch auf Seiten linker Kräfte, vor allem, wenn diese ihre Erfahrungen unter ganz anderen Bedingungen, in Europa, gewinnen, die Schwierigkeiten, sie „einzuordnen“, verständlich sind. Bei der Bewertung darf nicht vergessen werden, dass die Entscheidungen im Prozess dieser Revolution immer wieder von einer Mehrheit des Volkes in Abstimmungen demokratisch legitimiert wurden. Die Bevölkerung Venezuelas, von der wir wissen, dass ein Teil davon in erbitterter Opposition zur Regierung Chávez steht, erteilte in ihrer Gesamtheit dieser Regierung bei Befragungen einen weit höheren Wert in Hinblick auf das Funktionieren der Demokratie als in jedem anderen Lande Lateinamerikas, wo die Zufriedenheit mit der Demokratie allgemein gering ist. Die Mehrheit des Volkes steht hinter diesem revolutionären Prozess, der sich nicht zuletzt durch seine umfangreichen Sozialprogramme für die ärmsten Teile der Bevölkerung auszeichnet, aber auch durch die Herstellung des staatlichen Eigentums an den wichtigsten Industriezweigen und Dienstleistungen (die Regierung Chávez war die erste, die neoliberale Privatisierungen nicht nur stoppte, sondern rückgängig machte), eine Agrarreform, neue Formen der Partizipation und Freiräume für die Eigeninitiative von unten sowie durch Initiativen für die regionale Integration und Solidarität auf internationaler Ebene.⁷⁰

Die Bolivarische Revolution in Venezuela hat die vorgeschobene Position im Prozess der lateinamerikanischen Umwälzungen inne. Ihre Führungskräfte gelangten in der Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Marktliberalismus innerhalb kurzer Zeit von Vorstellungen eines „dritten Weges“, eines in sozialstaatlichen Bahnen gebändigten Kapitalismus, dahin, die kapitalistische Gesellschaft überhaupt in Frage zu stellen und den Weg in eine sozialistische Gesellschaft zu suchen. Carolus Wimmer, bis 2005 Direktor für internationale Beziehungen im venezolanischen Parlament und Mitglied der Führung der Kommunistischen Partei Venezuelas, beschreibt diesen Prozess: „Es begann mit der Idee, einen neuen Staat mit einer neuen Verfassung aufzubauen, Gerechtigkeit zu schaffen, auch unter dem Bild der christlichen Nächstenliebe. Ein Großteil der Bevölkerung und auch unser Präsident durchlebten qualitative Sprünge, nicht zuletzt durch den Druck von außen. Will man Armut bekämpfen, muss man auch über den Kapitalismus spre-

⁶⁸ Lateinamerika-Nachrichten Nr. 375/376 - September/Oktober 2005.

⁶⁹ Gabriela Gurchich, Presidente resumió diez años de logros revolucionarios en siete horas de discurso, Prensa web YVKE, 13. Jan. 2009. <http://www.radiomundial.com.ve/yvke/noticia.php?17589>

⁷⁰ Zum Verlauf und den Errungenschaften der Bolivarischen Revolution siehe als kurzgefasster Überblick: Otto Pfeiffer, Die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas und ihre Wurzeln, in: Hans Modrow, Dietmar Schulz (Hrsg.), Lateinamerika, eine neue Ära? Rosa Luxemburg Stiftung, Texte 47, Berlin 2008, S. 139-145. Siehe auch Gabriela Gurchich, a.a.O.

chen, der diese Armut hervorgebracht hat.“⁷¹

Zu der Beschleunigung dieses Prozesses trug bei, dass Chávez nicht auf Verbündete in den Kreisen des einheimischen Kapitals zählen konnte und dass die Versuche des „Rückrollens“ dieser Umgestaltungen in Venezuela besonders brutal und gewalttätig waren. Die Erdöloligarchie Venezuelas war in so enger Weise mit dem transnationalen Kapital verknüpft, dass mit der Rückführung des Erdölkonzerns PdVSA in Staatshand die Machtfrage auf ökonomischem Gebiet im wesentlichen gleichbedeutend war mit der Konfrontation mit dem Kapital auf nationaler und internationaler Ebene.

Bereits im Januar 2005 sagt Hugo Chávez in seiner Rede auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre: „... der Kapitalismus ist die Barbarei. Ich bin jeden Tag mehr der Überzeugung, ... dass es notwendig ist, den Kapitalismus zu überwinden. Aber ich füge hinzu: Den Kapitalismus kann man nicht innerhalb des Kapitalismus überwinden. ... Der Weg, auf dem das kapitalistische Modell überwunden wird, ist der wirkliche Sozialismus, die Gleichheit, die Gerechtigkeit.“⁷² Diese sozialistische Zielstellung des Prozesses vertrat Chávez bereits in der Präsidentschaftskampagne 2006 offen und kann damit in seiner Wiederwahl die Zustimmung der Mehrheit des Volkes zu seinem Konzept sehen. Die Diskussion um die weitere Zielstellung der Revolution charakterisiert C. Wimmer folgendermaßen: „Der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit ist eine Konstante in der Geschichte der Welt. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen und Erfahrungen aufarbeiten und diese an die lokalen Verhältnisse in Venezuela anpassen. Es ist fundamental, dass neue Fernziele aufgezeigt werden. Es geht nicht um Reformen im Kapitalismus, sondern um die Suche nach neuen Lösungen, und wir nennen das ‚Sozialismus im 21. Jahrhundert‘. Diese Sozialismuskussion ist also Teil der Bolivarischen Revolution, ein logisches und dynamisches Fortschreiten in diesem Prozess. Das bedeutet nicht, dass wir den Sozialismus per Dekret herbeischaffen könnten, sondern dass wir konkrete Lösungen finden müssen für eine neue, nichtkapitalistische Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch Außenpolitik. Unsere Konzepte lauten Solidarität, Kooperation und gegenseitige Hilfe.“⁷³

Die Schaffung einer humanistischen und solidarischen Gesellschaft bedingt den Übergang zu einer anderen Logik der Wirtschaftstätigkeit im Interesse der Menschen statt des Profits, eine Kontrolle des Staates über die strategischen Bereiche der Wirtschaft, aber auch im Interesse der Erweiterung des Arbeitsplatzangebots die Einbeziehung des privatkapitalistischen Sektors in die staatlichen Zielstellungen, die sich jetzt mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses im Lande anbahnt.

In einem Land, in dem 75 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebten, war eine Grundvoraussetzung für jeden Transformationsvorschlag, die Menschen aus der Armut herauszuholen und den gesellschaftlichen Ausschluss von Millionen zu beenden. Ein ganzes System von Maßnahmen wurde dafür geschaffen. Die

⁷¹ Gespräch mit Carolus Wimmer. Über Opposition und Regierung in Venezuela, das Verhältnis zu den USA und den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, Albert Köstler, junge welt, 24. Juni 2006. <http://www.jungewelt.de/2006/06-24/005.php>

⁷² Rede des Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela, Hugo Rafael Chávez Frías, beim Weltsozialforum in Porto Alegre, Gigantinho-Stadion, 30. Jan. 2005 (Übersetzung Netzwerk Venezuela).

⁷³ C. Wimmer, a.a.O.

auf diesem Gebiet erzielte Leistung der venezolanischen Entwicklungspolitik, die innerhalb von 10 Jahren 2,7 Millionen Menschen aus der Armut befreite, kann nicht hoch genug gewürdigt werden. Der Hinweis, dass hohe Staatseinnahmen aus dem Erdöl dafür die Möglichkeit boten, verkleinert sie nicht, denn hohe Erdöleinnahmen gab es auch vor der Regierung Chávez.

Weitere Schritte von überragender Bedeutung unternahm der Bolivarische Prozess mit der Förderung eigenständiger Initiative von unten und der Anregung der Organisation der Bürger auf den verschiedensten Ebenen; ihnen wurden große Möglichkeiten der Initiierung eigener Projekte, der Beteiligung an Entscheidungen und der Übernahme von Verantwortung geboten. Mit den kommunalen Räten wurden Organe einer Volksmacht an der Basis geschaffen, deren Tragweite vor allem darin zu sehen ist, dass sie den Umgestaltungsprozess allmählich aus seiner strikten Gebundenheit an die staatlichen Organe lösen können. Damit einher geht ein intensiver Prozess der Bildungsvermittlung auf allen Ebenen, von der Elementarbildung bis zur Hochschule – kostenlos und sogar mit Stipendien gestützt.

Die Mitbestimmung wird auch für die neu aufgebaute Gewerkschaftsbewegung zur Grundfrage für die Entwicklung und das Einbringen ihrer Kräfte in die gesellschaftliche Entwicklung. In verschiedenen Betrieben, die von ihren Besitzern wegen Unrentabilität aufgegeben wurden, hat die Belegschaft, ähnlich wie dereinst in Kuba, in Arbeiterselbstverwaltung die Leitung in die Hand genommen und sammelt Erfahrungen in einer neuen Art, Betriebe zu führen.

Hatte in den Anfängen des Umgestaltungsprozesses und bei der Abwehr von Umsturzversuchen die allgemeine Massenmobilisierung genügend Potentiale hervorgebracht, so wurde für die planmäßige Aufbauarbeit zunehmend eine organisierte politische Kraft, die die Regierungspolitik stützt, erforderlich. 2007 begann der Aufbau der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) als ein zentral von oben eingeleiteter Prozess; 2008 fand der Gründungsparteitag statt. Anträge zur Aufnahme stellten 5,7 Mill. Menschen, was sicher nur als ein allgemeines Bekenntnis zum Bolivarischen Prozess gewertet werden kann, die Beteiligung an aktiver Parteiarbeit erweist sich als wesentlich geringer. Die PSUV bekennt sich zu pluralistischen Ideengehalten, die auf den Sozialismus des 21. Jahrhunderts als politisches Ziel gerichtet sind, und soll als ein politisches Instrument der Einheit der Volksmassen wirken. Die Abgrenzungen zwischen Partei und Staat sind bisher nicht völlig klar und sind auch insofern schwierig, weil ihren Basisorganisationen die Erfassung und Unterstützung von Aufgaben aus den Regierungsprogrammen für das jeweilige Territorium zukommen soll. Die Schaffung der PSUV war verbunden mit einigen Konfrontationen gegen andere den Prozess unterstützende linke Parteien wie die Kommunistische Partei Venezuelas und die Partei Vaterland für Alle (PPT), die nicht bereit waren, ihre Parteistrukturen aufzulösen. Später wurde jedoch ein Bündnis aller die Bolivarische Revolution unterstützenden Parteien, die Patriotische Allianz, ins Leben gerufen. Im Parteiformierungsprozess bildeten sich auch einige neue Parteien heraus, die sich als Kritiker des Regierungskurses von links betrachten (Neuer Revolutionärer Weg, NCR, und Revolution und Sozialismus, PRS).

In Venezuela, das in der progressiven Entwicklung die längsten Erfahrungen sammeln konnte, offenbaren sich aber auch zunehmende Probleme und Nichtübereinstimmungen von politischer Zielstellung und Praxis.

Das Projekt einer neuen Gesellschaft in Venezuela hat eine Grundfrage, die Überwindung der einseitigen Ausrichtung der Wirtschaft auf Erdölförderung und -export und den Aufbau einer tragfähigen diversifizierten Wirtschaftsstruktur, in den knapp zehn Jahren seiner Entwicklung noch nicht lösen können; Ansätze der Entwicklung einer Industriestruktur, auch in Kooperation mit ausländischen Partnern wie China, Iran, Brasilien, Russland, stecken noch in den Anfängen. Hohe Importabhängigkeit des Landes und Ineffektivität der Inlandproduktion blieben bestimmend. Dies bestätigt die internationalen Erfahrungen über die Schwierigkeit und Langwierigkeit der Überwindung von Rückständigkeit und Abhängigkeit. Die Verringerung der Staatseinnahmen aus dem Erdöllexport in der internationalen Krise muss auch den Sozialhaushalt Venezuelas empfindlich treffen. Es mehren sich kritische Stimmen im Lande, dass der Aufbau einer produktiven Basis Vorrang vor überzogenen politischen Zielstellungen haben müsse. Nicht unberechtigt, allerdings auch wenig willkommen bei der Führung sind Mahnungen, dass man das, was man verteilen wolle, erst einmal produzieren müsse, wie sie der aus seinem Amt scheidende Verteidigungsminister General Raúl Isaías Baduel aussprach.⁷⁴ In dem täglichen Lebenskampf der Bevölkerung machen sich Unzulänglichkeiten der Organisation der kommunalen Angelegenheiten, Ineffektivität und Arroganz der Arbeit der Behörden, Versorgungsmängel, Sorge um die persönliche Sicherheit durch überwuchernde Kriminalität, der Verfall ganzer Stadtteile spürbar. Erbitterung über Korruption und Besserstellung von neuen politischen Eliten, Unzufriedenheit mit Missständen, mit der Behinderung unabhängiger Organisation, der Unterordnung von Eigeninitiativen unter staatliche Aufsicht, mit einem autoritären Führungsstil von hohen Funktionären breiten sich aus. Dahinter stehen Mängel oder Außerachtlassung der politischen Gewaltenteilung, Versäumnisse der Bündnispolitik und mangelndes Bemühen um die Einbeziehung kritischer Kräfte oder Andersdenkender, aber auch die ungenügende Klärung der Frage, was unter dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu verstehen sei.

Die Niederlage der Regierung beim Referendum über Verfassungsänderungen, die den Weg zum Sozialismus öffnen sollten, im Dezember 2007 - nach den vielen von Chávez hoch gewonnenen Wahlprozessen seit 1999 - wurde im wesentlichen nicht durch die Gegenstimmen einer politischen Opposition, sondern durch die Verweigerungshaltung von Anhängern, die Wahlabstention von drei Millionen Bürgern (40 Prozent der Wahlberechtigten) verursacht. Der venezolanische Sozialwissenschaftler Edgardo Lander, der mit sozialen Bewegungen seines Landes und Lateinamerikas eng verbunden ist, kommt in einer Analyse dieses in Venezuela als politisches Erdbeben empfundenen Ereignisses zu den Schlussfolgerungen: „Es war ... die einmalige Gelegenheit, Unwohlsein, Nichtzustimmung, Zweifel und Unzufriedenheit mit der Regierung und dem politischen Kurs zum Ausdruck zu bringen, ohne die Fortsetzung des Transformationsprozesses zu gefährden und ohne für die Opposition zu sein. Dazu kamen die Zweifel und die Unzufriedenheit mit dem Vorschlag zur Verfassungsreform. Wenn sich das so verhält, muss das als Beweis politischer Reife und der Autonomie der Volksschichten anerkannt werden, im Gegensatz zu den Vorstellungen vieler Analysten und Politiker, sowohl in der Regierung wie auch in der Opposition, die von der Existenz eines messiani-

⁷⁴ Vgl. Discurso del General en Jefe (Ejército) Raúl Isaías Baduel Ministro del Poder Popular para la Defensa en el acto de entrega de su cargo, 18 de julio de 2007, Prensa Presidencial / Aporrea.org , 19. Juli 2007.

schen Führers und eines Volkes ausgehen, das ihm blind und ohne die Fähigkeit eigener politischer Vorstellungen folgt. Es wird deutlich, dass die Politisierung des Volkes, die in den letzten Jahren vor sich ging, nun Ergebnisse zeigt.

Aber auch die zunehmende Unzufriedenheit mit bestimmten Aspekten des politischen Prozesses und Schwächen der öffentlichen Politik kann die Ursache sein, möglicherweise auch die verbesserten Lebensbedingungen und die dadurch gewachsenen Zukunftserwartungen. Wenn wir davon ausgehen, dass wir eine Volksregierung haben, wird die Unzufriedenheit größer sein, wenn manche Dinge nicht funktionieren ... Offensichtlich bestehen die bedeutendsten Veränderungen, die in den neun Jahren des bolivarianischen Prozesses in Venezuela vor sich gegangen sind, in den weitverbreiteten Wandlungen, die in der politischen Kultur der Volksmassen vor sich gegangen sind. Diese Veränderungen finden ihren Ausdruck im Organisationsniveau, in der Festigung der sozialen Beziehungen, im erstarkten Zugehörigkeitsgefühl und der individuellen und kollektiven Würde. Die Idee der Partizipation ist weit davon entfernt, nur eine rhetorische Redensart zu sein, sie ist in die Praxis umgesetzt worden und hat die Erwartung geweckt, auf weitere Bereiche ausgedehnt zu werden. Mehr noch, Partizipation wurde immer mehr als ein Recht wahrgenommen.“⁷⁵

Die Regionalwahlen im November 2008 in Venezuela, die gegenüber diesem Referendum einen Stimmenzuwachs von 1,1 Mill. Stimmen für die den Umgestaltungskurs unterstützenden Kräfte brachten, obgleich sie auch auf die Probleme und kritischen Stimmungslagen besonders in bevölkerungsreichen Gebieten aufmerksam machten, bestätigen diese Wertungen. Präsident Chávez genießt durchaus weiterhin Vertrauen und eine anerkannte Führerposition, die Weiterführung des Transformationsprozesses wird von der großen Mehrheit befürwortet, aber die Basiskräfte des revolutionären Prozesses in Venezuela sind über die Rolle des „Geführten“ hinausgewachsen. In der heutigen Entwicklung in Venezuela offenbaren sich wichtige und neue Erscheinungen der gesellschaftlichen Umgestaltungsprozesse auf der Ebene der Subjekte der Veränderungen.

Nicht nur unter Intellektuellen, auch in der Basis der bolivarianischen Bewegung verstärkt sich das Bedürfnis, über das Ziel Sozialismus mehr Klarheit zu gewinnen, es von gescheiterten Sozialismuserfahrungen abzugrenzen. Es werden Fragen aufgeworfen, die aus der Endzeit der staatssozialistischen Gesellschaften durchaus bekannt erscheinen. Als Alternative zum Kapitalismus kann nur eine Gesellschaft mit umfassender Demokratie angestrebt werden – wie kann sie gesichert werden, welcher effektiver Korrektive bedarf sie? Das Verhältnis zwischen der Rolle des Staates und der Autonomie der sozialen Organisationen, zwischen zentraler Leitung und Eigeninitiative, die Abgrenzung zwischen Staat und Regierungspartei, die Fragen der Gewaltenteilung und des Verhältnisses von konstituierter und konstitutiver Macht, die sich in Fragen des praktischen Lebens umsetzen, treten bereits in der jetzigen Phase auf die Tagesordnung. Eine postkapitalistische Gesellschaft muss zudem ein neues Zivilisationsmodell – im Einklang mit der Natur – verkörpern; angesichts der ererbten venezolanischen Wirtschaft, die sich auf den Erdölreichtum gründet, wirft dieses Ziel grundsätzliche Probleme auf, die eine breite Diskussion in der Gesellschaft verlangen.

⁷⁵ Edgardo Lander, El referéndum sobre la reforma constitucional. El proceso político en Venezuela entra en una encrucijada política. „Rebelión“, 23. Dez. 2007.

Unter Konflikten, Irrtümern und ihrer Berichtigung, Innovationen und Lasten des Alten bewegt sich so ein Umgestaltungsprozess voran, der auch bei bestimmten Anklängen an kubanische Erfahrungen der ersten Periode einen Reichtum neuer Lösungen und Erfahrungen bringt.

Auf die Frage nach der Bedeutung des Bolivarischen Prozesses in Venezuela für Lateinamerika antwortete A. Borón in dem schon zitierten Interview:

„Ich glaube, dass es ein sehr wichtiger, sehr in die Tiefe gehender Prozess ist. Es gibt Dinge in Venezuela, die eine Wende in der Geschichte dieses Landes sind und die bewirken, dass Venezuela niemals mehr so sein wird, wie es vorher war. Ich glaube, dass bei allen Einschränkungen und allen Irrtümern, die die Regierung Chávez vielleicht begangen hat, ein Prozess in Gang gekommen ist, der eine außerordentliche Dynamik besitzt und enorme Möglichkeiten eröffnet. ... Schwierigkeiten treten immer auf, besonders wenn es sich um eine Regierung wie die von Chávez handelt, die eine in der Geschichte Lateinamerikas absolut unerhörte Politik betreibt, mit Ausnahme Kubas natürlich. Sicher funktioniert die Bürokratie nicht so gut wie sie sollte, sie ist langsam, ungeeignet für große Projekte, es gibt Probleme mit der Ausbildung von Führungskadern der Revolution, aber über alle diese Probleme hinaus ist die Revolution im Bewusstsein, die der Chavismus bewirkte, eine unumkehrbare Erscheinung. ... das ist ein demokratischer Prozess, die Pluralität der Meinungen ist willkommen. Dieser ganze Bolivarische Prozess eröffnet enorme Hoffnungen für das Lager des Volkes, und die Kraft, die er besitzt, ist nicht nur für Venezuela, sondern auch für die Nachbarländer der Region von großer Bedeutung.“⁷⁶

Venezuela ist auch Impulsgeber für das Projekt eines neuen Typs der regionalen Integration, die eine über den wirtschaftlichen Bereich hinausgehende Kooperation darstellen soll. Das Projekt ALBA (Bolivarische Alternative für Amerika) ist in den Dienst von Armutsbekämpfung und sozialer Entwicklung gestellt, es zeigt neue Handlungsspielräume für den Ausbruch aus dem neoliberalen System auf und berücksichtigt mit seinen Grundsätzen Kooperation, Komplementarität und Solidarität das unterschiedliche Entwicklungsniveau und die spezifischen Interessen der Partnerländer. Es tritt mit vielfältigen Initiativen für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit auf, vor allem in Form der Kooperation von Staatsunternehmen, aber auch von Regionen oder Kommunen.

Inmitten der Wirtschafts- und Finanzkrise des kapitalistischen Systems legt die von Venezuela angeregte „Bank des Südens“ ihre ersten Bewährungsproben ab und zeichnen sich Grundlagen einer eigenständigen Finanzarchitektur Lateinamerikas ab. Nicht alle Regierungen teilen allerdings unter dem Druck ihrer einheimischen und der internationalen Finanzkreise die Vorstellung Venezuelas, dass die neuen Finanzsysteme nach einer anderen Logik als die im IWF oder der Weltbank gewohnten funktionieren sollen. So gibt es uneinheitliche Meinungen über das Gewicht der Stimmen im Direktorium der Bank des Südens (ein Land/eine Stimme, wie Venezuela fordert, oder traditionell nach der Höhe der Einlagen, wie Brasilien verlangt).

Weitere Beispiele von staatlichen Gemeinschaftsunternehmen im Sinne der ALBA-Prinzipien entwickeln sich auf Gebieten der Infrastruktur, darunter seit Mitte

⁷⁶ Marcelo Colussi, Entrevista a Atilio Borón: En Latinoamérica hay que fortalecer nuestra autonomía nacional mediante acuerdos de integración, Argenpress.info, 5. Dez. 2008.

2005 der gemeinsame Fernsehsender „TeleSur“. Er stellt eine Alternative zu den konservativen Medien des Kontinents dar, vor allem zu US-Nachrichtensendern wie CNN oder Univisión oder der britischen BBC. Wirtschaftlich wird er derzeit von fünf Ländern getragen, Venezuela (46 Prozent), Argentinien (20 Prozent), Kuba (19 Prozent), Uruguay (10 Prozent) und Bolivien (5 Prozent). Das zentrale Studio ist in Caracas angesiedelt. Sendungen und Beiträge werden aus verschiedenen Ländern unter anderem über ein eigenes Korrespondentennetz zugeliefert. Dem Beirat des Senders gehören bekannte lateinamerikanische und internationale Intellektuelle wie der Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel oder die Autoren Ernesto Cardenal, Eduardo Galeano an. Bisher lässt allerdings Argentinien, obgleich Mitträger des Projekts, nicht die freie Ausstrahlung der Programme zu, ein Beispiel für die ambivalente Haltung dieser Regierung.

Das solidarische Projekt ALBA, obgleich vielfach mit Skeptizismus begrüßt, erweist immer mehr große Ausstrahlungskraft und wird besonders für die Bewältigung der Krisenauswirkungen in Lateinamerika weiter an Bedeutung gewinnen.

Die Entwicklung in Brasilien und die Ergebnisse der Regierung Lula

a. Brasiliens Stellung in Lateinamerika und in der Welt

Mit dem Ende 2002 errungenen Wahlsieg Luíz Inácio „Lula“ da Silvas gelang einer linkssozialistischen Partei nach langen Jahren des Kampfes ein wichtiger politischer Erfolg. Es eröffnete sich die Möglichkeit, im größten und ökonomisch stärksten Land Lateinamerikas politische und soziale Zielstellungen zu verwirklichen, die linke Parteien und soziale Bewegungen in der Auseinandersetzung mit konservativen und neokonservativen Kreisen seit langem anstrebten.

Für die Linke Lateinamerikas stellte sich die Frage, wie Präsident Lula, wie die regierende PT mit der Aufgabe, die Regierung zu stellen und die Geschicke des Landes zukünftig zu bestimmen, fertig werden würde. Die Antworten darauf fallen nach fast acht Jahren Lula-Regierung sehr unterschiedlich aus.

Mit der US-Administration, die das ökonomische Gewicht Brasiliens in Rechnung stellte, gab es eine stille Übereinkunft, die Regierung Lula nicht zu belasten. Für die Situation in Brasilien bedeutete es weniger Druck seitens der herrschenden Eliten und auf der anderen Seite die Bereitschaft der Regierung, dem internationalen Kapital weitere Konzessionen einzuräumen.

Die Lula-Regierung war mit komplizierten Ausgangsbedingungen konfrontiert. Mit dem Beginn der 90er Jahre hatte die neoliberale Politik in Brasilien Einzug gehalten. Privatisierungen im großen Stile, Deregulierung des Staates und der Wirtschaft und weiteres Eindringen ausländischen Kapitals kennzeichneten die Situation in dieser Periode. Die Wirtschaftskonjunktur der 90er Jahre stimulierte die brasilianische Exportwirtschaft, die einseitig auf Rohstoffexporte ausgerichtet ist. Der ohnehin schon abhängige Charakter der brasilianischen Wirtschaft wurde vertieft, die Rolle des Staates minimiert und die Politik der Wirtschaft untergeordnet. Brasilianische Ökonomen sprechen von einem „neuen Kapitalismus“, der geprägt ist

vom starken Eindringen ausländischen Kapitals, von einer Allianz der einheimischen Bourgeoisie mit dem internationalen Finanzkapital und einer relativen Deindustrialisierung der brasilianischen Wirtschaft.

Das Land verharrt in widersprüchlichen Entwicklungstendenzen. Es bleibt in Zeiten der Globalisierung nach wie vor ein Land des Exportes von Rohstoffen und sog. commodities (Soja, Holz, Zellulose, Fleisch, Leder, Säfte, Alkohol usw.). Brasiliens Wirtschaft ist im besonderen Maße abhängig von der Entwicklung der internationalen Märkte. Nach wie vor ist Brasilien in der Situation, im wesentlichen für den Weltmarkt zu produzieren, und bleibt somit ein „Unternehmen für den Weltmarkt“.

Im Prozess der Verschmelzung der Latifundienbesitzer mit dem Industrie- und Bankkapital entstand das sogenannte Agrobusiness. Dessen charakteristisches Merkmal ist die territoriale Expansion und die Produktion von nachwachsenden Rohstoffen (Pflanzen) für die Energie- und Treibstoffherzeugung und für den Export. Ausländische Investoren (Soros-Gruppe, Cargill u.a.) kaufen große Flächen, womit eine zunehmende Konzentration von Landbesitz verbunden ist. Die Zunahme des Anbaus von Zuckerrohr und anderen Kulturen hat die Fläche zur Produktion von Nahrungsmitteln wie Soja, Mais und Getreide wesentlich eingeschränkt.

Soziologische Untersuchungen zeigen, dass charakteristische Merkmale einer kolonialen Gesellschaft nicht überwunden, sondern in gewisser Weise reproduziert wurden. Die brasilianische Gesellschaft offenbart sich als sozial sehr heterogen und von tiefer sozialer Ungleichheit geprägt.

Die Lösung der sozialen Frage, die von allen linken Kräften Brasiliens gefordert wird, verlangt strukturelle Veränderungen in der Politik und Wirtschaft, durch die die gegenwärtige „Eroberung“ Brasiliens durch das Auslandskapital reguliert und der Schutz der Umwelt, besonders des Amazonasgebietes, gesichert wird.

b. Die Politik der Regierung Lula 2003 – 2006

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Lula von 2003 bis 2006 erfüllte kaum die Erwartungen, die breite Kreise der Bevölkerung und der Linken in sie gesetzt hatten. Scheinbar hatte Lula jedes sozialistische Projekt, selbst ein sozialdemokratisches beiseite gelassen. Für die ersten vier Jahre der Regierung Lula war die Neigung, sich in der Wirtschaftspolitik pragmatischen Lösungen zuzuwenden und den „Realitäten“ zu entsprechen, charakteristisch. Die Zusammensetzung der Regierung stellte eine breite Koalition unter Einbindung von liberalen und Parteien der Mitte dar. Gegensätzliche politische Positionen saßen sich am Kabinetttisch gegenüber: ein Vertreter der PT als Minister für Agrarreform und ein Vertreter des Agrobusiness als Landwirtschaftsminister. Gehandelt wurde auch in diesem Falle pragmatisch, da die PT weder im Kongress noch im Senat über eine Mehrheit verfügte.

Andere Politikansätze zeigten sich in der Sozialpolitik. Eingeführt wurden kompensatorischen Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage vor allem der verarmten Schichten. Gleichzeitig wurden Ansätze für Alternativen in der wirtschaftlichen und politischen Vorgehensweise sichtbar. Die Lula-Regierung versuchte, breite

Schichten des Volkes in ihre Politik einzubeziehen und sie in die Gesellschaft zu integrieren. Auf sozialem Gebiet wurden Programme zur Bekämpfung des Hungers und zur Unterstützung der ärmsten Schichten des Volkes aufgelegt. Repräsentativ dafür ist während der ersten Legislatur Lulas das Programm „Null Hunger“ (Fome Zero) zu nennen. Im Rahmen des Programms Bolsa-Familia wurden in den Jahren 2003 bis 2005 ca. 15 Mrd. Reais eingesetzt und ca. 19 Mio. Personen unterstützt.

Die Meinungen zur Art und Weise der Durchführung dieser assistenzialistischen Programme gehen weit auseinander. Die einen – vor allem linke Kritiker – sprechen von Klientelismus und von Schwächung des Kampfes der Landlosen. Andere sehen in der Herangehensweise eine „Revolution“ in der sozialen Kultur, weil dadurch die traditionelle Figur des „politischen Coronels“ (des regionalen Machthabers, der Almosen vergibt) verdrängt und seine Privilegien gebrochen wurden.

Nach Angaben des Institutes für Angewandte Wirtschaftsforschung wurden die sozialen Ungleichheiten durchaus reduziert.⁷⁷ „Die Regierung Luiz Inácio Lula da Silva verausgabte in allen Sozialprogrammen im Jahre 2006 rund 21 Mrd. Reais. Es handelt sich um einen seltenen Fall von öffentlichen Investitionen, deren Notwendigkeit niemand bestreitet“,⁷⁸ sagt der Direktor für makroökonomischer Studien des IPEA, João Sicsú. Jedoch im Vergleich dazu: Die Gewinne von vier großen Banken bezifferten sich im gleichen Zeitraum auf 21,777 Mrd. Reais.⁷⁹ Mit Überlebensprogrammen für die ärmsten Schichten des Volkes ist die soziale Frage nicht zu lösen, da weder strukturelle Veränderungen erreicht noch ausreichend Arbeitsplätze geschaffen werden.

Im makroökonomischen Bereich erreichte Brasilien Außenhandelsüberschüsse (122 Mrd. US\$, 2006), die es gestatteten, die öffentliche Auslandsschuld gegenüber dem IWF wesentlich zu reduzieren (von 410 Mrd. auf 160 Mrd. US\$, 2006).

Die Zielstellungen zur Realisierung einer profunden Agrarreform wurden in den ersten vier Jahren der Regierung Lula nicht erreicht, die Durchführung der Agrarreform ist faktisch zum Stillstand gekommen. Nach wie vor ist die Agrarfrage die grundlegende Konfliktlinie der brasilianischen Gesellschaft. Das in Brasilien dominierende Modell des Agrobusiness mit ausgeprägter Monokultur veränderte den Charakter des Kampfes um die Agrarreform. Die für Brasilien überaus bedeutsame Familienwirtschaft, die für die Nahrungsmittelproduktion entscheidend ist, wird vernichtet und Arbeitsplätze gehen verloren. Brasilien steht an einem Kreuzweg. Entscheidet sich die Regierung Lula für den konfliktärmeren und konservativeren Weg, zeigt die reale Situation, dass es keinen Interessenausgleich geben wird. Das Gegenteil wird der Fall sein: Das Agrobusiness wird in die Offensive gehen und eine neue Runde der Kriminalisierung der Landlosenbewegung einleiten.

Die Jahre 2003 – 2006 Jahre waren von relativer wirtschaftlicher Stabilität gekennzeichnet, und Brasilien erreichte in der internationalen Konjunktur ein Wachstumsmodell mit niedriger Dynamik.

⁷⁷ Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IPEA) vom 01. Dez. 2006.

⁷⁸ „Carta Maior“, 14. Okt. 2006.

⁷⁹ „Folha de São Paulo“, 03. März 2008.

Die Präsidentschaftswahl im Jahre 2006 konnte Lula zum zweiten Mal gewinnen, obgleich die Linke zunächst nicht geschlossen auftrat. Die radikale Linke, repräsentiert durch die PSTU⁸⁰ und P-SOL⁸¹, spielte jedoch im Endergebnis keine Rolle. Soziale Bewegungen (wie z.B. die Bewegung der Landlosen, MST) und PT-kritische politische Kräfte, besonders unter den Intellektuellen, stimmten im zweiten Durchgang für Lula, da ein Wahlsieg der konservativen Kräfte verhindert werden musste. Wie schon während der Wahl 2002, verstärkt durch die Losung „Lula e o povo“ (Lula und das Volk), war das ein symbolischer Sieg der Kräfte des Volkes. Lula selbst trat vor dem zweiten Durchgang mit einer linkeren Wortwahl auf, ohne jedoch seine ambivalente Position aufzugeben.

Sowohl die politische als auch die soziale Linke sahen in der Wiederwahl Lulas eine Chance, gegenüber der Regierung Druck aufzubauen und ihre Forderungen zur Demokratisierung der Gesellschaft und zur Durchführung einer politischen Reform mit mehr Partizipation des Volkes zu erreichen.

c. Die Linke Brasiliens in der zweiten Amtszeit Lulas

Seit Antritt der zweiten Lula-Regierung wird die Frage aufgeworfen, ob sich ihr Spielraum für eine andere Politik erweitern wird. Eine Antwort darauf fällt nach Ablauf der letzten Jahre wiederum ambivalent aus.

Im August 2007 führte die PT ihren III. Parteitag durch. Die PT durchlebte in den vergangenen Jahren eine politische Krise, die durch aufgedeckte Korruptions- und Bestechungsfälle hervorgerufen wurde. Vor dem Parteitag gab es in der PT heftige Auseinandersetzungen, die von einigen der Strömungen mit dem Ziel der „Neugründung der PT“ geführt wurden. Festgestellt wurde, dass die Krise noch nicht überwunden ist, in der Partei Machtmissbrauch betrieben wird und sich die PT vom Volk und den sozialen Bewegungen entfernt hat. Linke Positionen seien aufgegeben worden und linkszentristische Positionen dominieren. Mit dieser Botschaft meldeten sich Linkskräfte in der Partei zu Wort, die mit der Entwicklung der PT in den letzten Jahren nicht zufrieden sind und Präsident Lula auffordern, die PT nicht zum Erfüllungsgehilfen der Regierung zu machen. Sie fordern die Verteidigung republikanischer Prinzipien in der Konzeption des demokratischen Sozialismus, die Durchführung einer demokratischen politischen Reform, die mit Unterstützung der Massen zu einer konstituierenden Versammlung für eine neue Verfassung geführt wird, die Verteidigung demokratischer Partizipation und eine Volksabstimmung über die Renationalisierung des wirtschaftlich bedeutenden Bergbauunternehmens Vale do Rio Doce. Die dominierende Tendenz in der PT, die „Mehrheitsströmung“ (Campo Majoritário), zu der sich Präsident Lula und andere führende Mitglieder der Regierung zählen, setzte sich jedoch mehrheitlich in den Beschlüssen des Parteitages durch. Die von der Mehrheitsströmung verfolgte Strategie wird durch den parlamentarisch-institutionellen Kampf bestimmt. Das

⁸⁰ PSTU – Sozialistische Einheitspartei der Werktätigen (Partido Socialista dos Trabalhadores Unificado), gegründet 1994, als trotzkistische Gruppierung gehört sie der „Internationalen Liga der Werktätigen - Vierte Internationale“ an.

⁸¹ P-SOL – Partei des Sozialismus und der Freiheit (Partido Socialismo e Liberdade), Gegründet 2004 von ehemaligen Mitgliedern der PT. Sie wird als am weitesten linksstehende Gruppierung betrachtet. Präsidentin ist Heloisa Helena, die 2006 als Gegenkandidatin zu Lula antrat.

Hauptziel besteht in der Erringung der Regierungsmacht und des Amtes des Präsidenten der Republik.

Die Lula-Regierung ist eine pragmatisch orientierte Regierung, die eine Art Post-Neoliberalismus repräsentiert, ohne eine Konfrontation mit dem Kapital zu suchen. Sie bildet Allianzen mit Repräsentanten des Kapitals, um das ökonomische Wachstum zu fördern und einen raschen Fortschritt zu erzielen. Einschätzungen aus Brasilien lauten: „Die Lula-Regierung ergab sich der ökonomistischen Logik und ihr ‚desenvolvistische‘ Modell erweist sich zunehmend als marktabhängig. Der Staat, notwendige Kraft in diesem ‚desenvolvistischen‘ Modell, positioniert sich im Sinne der Marktlogik und nicht als das Korrekturinstrument der strukturellen Verschiebungen in der brasilianischen Gesellschaft. Maximal präsentiert er sich als Mittler für Sozialprogramme wie Bolsa Familia.“⁸²

Diese Politik wird von linken Kritikern abgelehnt. Nach ihrer Auffassung haben Lula und die PT die Option einer Neugestaltung der Politik und das Streben nach einem alternativen Entwicklungsmodell aufgegeben. Eine besondere Rolle unter ihnen spielen die sozialen Bewegungen, die sich im „Rat der sozialen Bewegungen“ (CMS) zusammengeschlossen haben. Der Rat sucht nach wie vor Kontakt zum Präsidenten und hat des Öfteren in Zusammenkünften mit ihm seine Positionen dargelegt: Durchführung einer Agrarreform, mehr Demokratie durch Partizipation, Umverteilung des nationalen Reichtums und keine Diskriminierung der sozialen Bewegungen.

Zu den Kritikern der Lula-Regierung zählen auch namhafte linke Stimmen aus dem übrigen Lateinamerika.

Als eine erste Maßnahme in der zweiten Regierungszeit kündigte Lula das „Programm zur Beschleunigung des Wachstums“ (PAC) an. Es sieht eine verstärkte Rolle des Staates in der Investitionspolitik gemeinsam mit privaten Initiativen vor, die vor allem in der Infrastruktur realisiert werden sollen. Vorgesehen sind umfangreiche Projekte im Amazonasgebiet (Bau von Straßen, Wasserkraftwerken etc.). Geplant sind für Investitionen 500 Mrd. Reais für vier Jahre, wovon der Staat 300 Mrd. einplant. Der Rest soll aus Privatunternehmen kommen. Mit dieser Politik kann die Investitionsrate auf 3-4 Prozent des BSP angehoben werden. Aufgenommen in dieses Programm wird auch die „Initiative für eine Regionale Südamerikanische Infrastruktur“ (Iniciativa para a integração regional-sulamericana – IIRSA), die den Bau von Straßen, Wasserkraftwerken, Gas- und Erdölleitungen, Brücken, Häfen usw. vorsieht. Im Moment ist dieser Komplex von Projekten für die Öffentlichkeit wenig transparent und wird deshalb – nicht nur von Umweltorganisationen – kritisch beurteilt.

Für Wirtschaftsexperten stellt das „Programm zur Beschleunigung des Wachstums“ eine Umorientierung in der Wirtschaftspolitik dar. Der Staat übernimmt damit Verantwortung für die Entwicklung des Landes und für das Wachstum der Wirtschaft. Unterstützung erhält der Plan besonders von nationalen produktiven Unternehmen, die ihren Vorteil im Ausbau der Infrastruktur (Transportwesen), in der Energieproduktion und im Wohnungsbau sehen. Als Interessenvertreter des internationalen Kapitals sprach sich die Zentralbank gegen das PAC aus.

⁸² „Noticias do Dia“ des Instituto Humanitas Unisinos (IHU), 6. – 12. Aug. 2008.

Kritik kommt auch von den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, die sich dagegen aussprechen, dass Garantiefonds für soziale Leistungen als Ressourcenquelle für Investitionsfonds dienen sollen. Auch Umweltbedenken spielen eine Rolle unter diesen kritischen Stimmen.

Grundsätzlich stellt das Programm keine Abkehr vom bisherigen Wirtschaftsmodell dar, bedeutet aber einen Schritt zu mehr Unabhängigkeit und Entwicklung der nationalen Industrie. Befürworter des Programms sehen in ihm eine Wiedergeburt der Ideen der „Entwicklungspolitik“ (desenvolvimentismo bzw. span. desarrollismo), einer Wirtschaftstheorie für die Länder der Dritten Welt, die maßgeblich von dem argentinischen Entwicklungsökonom Raul Prébisch ausgearbeitet wurde und in den 50er und 60er Jahren in der CEPAL (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika) bestimmend war; in Brasilien hatte sie mit Celso Furtado ihren bekanntesten Vertreter. Sie war hauptsächlich auf eine importersetzende Industrialisierung, den Staatsinterventionismus und die regionale Wirtschaftsintegration gerichtet.

d. Die Außenpolitik der Lula-Regierung

Mit dem Amtsantritt Lulas im Jahre 2003 hat sich die Außenpolitik Brasiliens grundlegend gewandelt. War sie traditionell auf das Prinzip der „gleichen Distanz“ eingestellt, so hat sie offensivere Züge angenommen und wird pragmatisch gestaltet. Neue Grundtendenzen wurden erkennbar. Brasilien bringt sich stärker als bisher in die internationalen Beziehungen ein und ist bestrebt, eine führende Rolle im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation zu spielen. Im lateinamerikanischen Rahmen tritt das Land als Vermittler in Konflikten auf und hat sich auf den Weg gemacht, international zu einem „global player“ zu werden. Industrie- und Schwellenländer akzeptieren diese neue Rolle Brasiliens.

Die Orientierung der Außenpolitik wurde konsequent auf die Durchsetzung nationaler Interessen ausgerichtet. Eine subalterne Unterordnung unter fremden Interessen wurde aufgehoben, insbesondere tritt Brasilien in Lateinamerika merklich dem Druck der USA entgegen. Vermerkt wird eine verstärkte Hinwendung zu den Nachbarländern und die Forcierung der Entwicklung der lateinamerikanischen Integration, vor allem im Rahmen des MERCOSUR und der „Gemeinschaft lateinamerikanischer Staaten“ (UNASUR), mit Einbeziehung Kubas.

Die brasilianische Diplomatie spielt eine aktive Rolle bei der Durchsetzung brasilianischer Interessen in der Handelspolitik, vor allem in der WTO und der Doha-Runde in der Auseinandersetzung mit der Politik des Protektionismus der Industriestaaten. Brasilien war maßgeblich an der Schaffung der Gruppe der G-20 im Rahmen der WTO beteiligt. Es widmet sich vorrangig der Entwicklung der Süd-Süd-Beziehungen, vor allem zu China, Russland, Indien (BRIC-Staaten), Südafrika u.a. Brasilien tritt besonders auch für Veränderung der Rolle der UNO und der Demokratisierung internationaler Organisationen wie IWF und Weltbank ein.

Brasilien spielte eine wesentliche Rolle bei der Ablehnung der seitens der USA angestrebten Amerikanischen Freihandelszone (ALCA). Die brasilianische Außenpolitik orientierte sich auf eine selbstbewusstere Politik gegenüber den USA, was Ausdruck in der Nichtbeteiligung am Irakkrieg und in anderen Fragen fand (u.a. Be-

tonung des Rechts auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes, Aufhebung der Blockade gegen Kuba). Lula spielte im Konflikt der USA mit Venezuela eine positive Vermittlerrolle, unterstützte die Regierung Chávez im Erdölstreik der Opposition (2003) und setzte sich nach den Maßnahmen der Regierung Evo Morales zur Nationalisierung der Gas- und Erdölvorkommen in Bolivien für eine friedliche Lösung des daraus entstehenden Konflikts mit den ausländischen Erdölgesellschaften, darunter auch dem brasilianischen Staatskonzern Petrobras, ein.

Gegenüber der Europäischen Union, die auf den Gipfeltreffen mit Lateinamerika in Wien (2006) und Lima (2008) eine Annäherung an den MERCOSUR und ein Assoziierungsabkommen mit ihm anstrebte, bestand Brasilien darauf, dass für einen solchen Vertrag die europäischen Agrarsubventionen fallen müssten. Inzwischen hat sich auch in Brasilien die Erkenntnis teilweise durchgesetzt, dass die EU gegenüber Lateinamerika neoliberale Politik anstrebt und sich ein Vertrag keineswegs zu Gunsten der lateinamerikanischen Staaten auswirken würde.

Die Politik der USA und auch der EU, zwischen den lateinamerikanischen Ländern zu differenzieren und Venezuela, Bolivien und auch Ecuador zu isolieren, fand keine Entsprechung in Brasilien. Das brasilianische Außenministerium orientiert sich auf eine enge Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Ländern. Vorhandene Disparitäten und ungleiche Ausgangspositionen, die aus der Unterentwicklung resultieren, sollen durch eine für alle Seiten fruchtbare Zusammenarbeit ausgeglichen werden. Initiativen, die von Venezuela ausgehen, wie z.B. die „Bolivarische Alternative für Lateinamerika“ (ALBA), werden für diese Zielstellung als unterstützend angesehen. Brasilien beteiligt sich an der Bank des Südens, die die Aufgabe hat, Entwicklungsprojekte im kontinentalen Rahmen unabhängig von den internationalen Finanzorganisationen zu finanzieren.

Brasilien ist in Bewegung geraten: In der Gesellschaft haben sich weitgehende soziale Veränderungen vollzogen, die sich besonders in der Zusammensetzung der Eliten widerspiegeln. Mit dem Aufstieg von Gewerkschaftern, Vertretern der Zivilgesellschaft und Parteifunktionären in Staatsfunktionen hat sich eine neue soziale Schicht herausgebildet. Veränderungen haben sich auch unter den alten Eliten vollzogen. Unter den neuen Führungspersönlichkeiten sind einige bereit, mit der Lula-Regierung zusammenzuarbeiten, ohne dass sich dadurch das gesamte politische System Brasiliens und seine Gestaltung ändern.

Veränderungen grundsätzlichen Charakters wird es nur geben, wenn sich weitere große Teile der Bevölkerung direkt in den Kampf um strukturelle Veränderungen einschalten. Trotz der Existenz einer Regierung, die von großen Teilen der Bevölkerung gewollt wurde, ist es bisher nicht gelungen, eine Gegenhegemonie aufzubauen. Schritte auf dem Wege zu mehr sozialer Gerechtigkeit können eine Situation des Wandels schaffen, wozu die gegenwärtige Politik der Harmonisierung von Gegensätzen nicht in der Lage ist.

Brasiliens Position in Lateinamerika und in der Welt hat sich verändert. Werden die innenpolitische Lage von vielen Linken als kritisch und die Ergebnisse der Lula-Regierungen als ungenügend angesehen, stimmt die Mehrheit darin überein, dass Brasilien begonnen hat, eine auf nationale Interessen ausgerichtete Außenpolitik zu betreiben und seiner Rolle als regionale Macht offensiv und kritisch wahrzunehmen.

Die beiden ausgewählten Länderbeispiele Venezuela und Brasilien zeigen: Diskurs und Praxis, Wahlversprechen und Regierungstätigkeit stimmen auch bei linken Regierungen nicht immer überein, und nicht immer sind sie in der Lage, die proklamierten Politikinhalte durchzusetzen. Der Widerstand der alten und neuen Eliten, die unterschiedliche Ausgangslage und das unterschiedliche Potential der Länder erschweren Bewertungen und Zuordnungen, wie sie oft von Beobachtern vorschnell getroffen werden. Die zwiespältige Situation der gegenwärtigen Phase in Lateinamerika charakterisiert der argentinische Sozial- und Politikwissenschaftler Atilio Borón vorsichtig folgendermaßen:

„Das beste, was wir in der Region machen können, ist uns ernsthaft unsere eigene Entwicklungsstrategie, unsere eigene Strategie der Vertiefung der Demokratie, des Voranschreitens bei den großen sozialen Reformen, die dieser Kontinent braucht, ... zur Aufgabe zu machen, wenn auch heute offensichtlich weder die objektiven noch die subjektiven Bedingungen gegeben sind, um von Revolution sprechen zu können - vielleicht die objektiven, aber im Bereich der Ideen, des Bewusstseins, der Ideologie sind wir noch der Diktatur des Neoliberalismus unterworfen. Deshalb scheint mir, dass dies nicht der Moment für revolutionäre Prozesse ist, obwohl in Venezuela, Bolivien und Ekuador sich höchst ermutigende Prozesse sozialer, ökonomischer und politischer Reformen entwickeln. Das alles sind Prozesse mit zum Teil sehr tiefgreifenden Fortschritten, die in ihrer tatsächlichen Dimension begriffen werden müssen.“⁸³

III. Die Herausbildung eines neuen Kräfteverhältnisses auf dem Kontinent und die geopolitische Dimension der Veränderungen in Lateinamerika

Die Entwicklung in Lateinamerika ist in weltweite Veränderungen eingebunden und beeinflusst ihrerseits internationale Kräfteverhältnisse. Mit diesen Prozessen muss sich die Linke auseinandersetzen, da sie wesentlich ihre Kampfbedingungen und die Perspektiven mitbestimmen. Die Einschätzungen darüber sind Gegenstand der Diskussion in der Linken Lateinamerikas, die Meinungen gehen zum Teil weit auseinander und sind, vor allem unter Basiskräften, zuweilen nicht frei von illusionären Vorstellungen und Überschätzung der eigenen Kräfte. Unterschätzt werden vor allem ökonomische Prozesse und Zwänge der heutigen Weltwirtschaft; Veränderungswillen und Umsetzbarkeit der Erwartungen stehen nicht immer in Übereinstimmung. Hauptprobleme dieser Debatten betreffen Fragen wie:

- Welche Tendenzen und Perspektiven im Maßstab des Kontinents haben die progressiven Veränderungsprozesse, wie beeinflussen sie sich gegenseitig und wie verändern sie die Stellung Lateinamerikas in der Welt?
- Welche fördernden und hemmenden äußeren Faktoren sind auf dem weiteren Weg zu einer neuen Gesellschaft zu berücksichtigen, wie können die Chancen für

⁸³ Marcelo Colussi, Entrevista a Atilio Borón, a.a.O.

gesellschaftliche Veränderungen durch die Außenbeziehungen und die internationale Politik erweitert werden?

- Wie sind die Veränderungen in der Stellung der USA in der Welt zu bewerten? Welche Spielräume ermöglichen sie den lateinamerikanischen Staaten und Völkern, eigenständige Entwicklungsvorstellungen zu verwirklichen?
- Wie sind die Gefahren zu bewerten, die sich aus der Militarisierung der USA-Außenpolitik und der Verstärkung ihrer Kontrolle über Lateinamerika ergeben, welche neuen Momente der Bedrohung enthalten sie für die Volksbewegungen und ihre Zielsetzungen?
- Welche Gefahren ergeben sich aus den Konflikten innerhalb Lateinamerikas, welche Ursachen und Lösungsmöglichkeiten haben sie? (Rolle Kolumbiens als regionaler Unruheherd, Großmachtrolle Brasiliens, aktive, zuweilen provozierende Außenpolitik Venezuelas und neue Abhängigkeiten, ökonomische Interessendifferenzen und territoriale Streitfragen zwischen den Ländern u.a.)
- Wie sind die Potenzen der verschiedenen Integrationsmodelle in Lateinamerika einzuschätzen und weiterzuentwickeln und wie fördern sie Einheit und Befreiung Lateinamerikas (den „Bolivarischen Prozess“)?
- Wie können außerregionale Mächte als Verbündete genutzt werden, um die Handlungsfähigkeit der lateinamerikanischen Staaten zu erhöhen?
- Kann die Linke Europas die Anliegen Lateinamerikas wirksam unterstützen bzw. welches Potential kann sie aufbringen, um zusammen für gemeinsame Interessen einzutreten?

Obgleich es auch Einschätzungen gibt, die als Überbewertung der Voraussetzungen für eine eigenständige progressive Entwicklung angesehen werden müssen, herrscht doch eine sehr aufmerksame und kritische Beobachtung der internationalen Entwicklung vor. Auch die internationalen Verbindungen wie auch die Beziehungen der Linken Lateinamerikas untereinander sind vielfältiger und intensiver geworden; Konflikte mit der Politik der WTO, der Widerstand gegen die Freihandelsverträge, die Positionen zu den Widersprüchen der internationalen Klimapolitik, zu den militärischen Konflikten der Gegenwart, internationale antineoliberale Bündnisse und Kampagnen, lateinamerikanische und weltweite Solidarität wirken bis weit in die Identifikationsmuster und die konkrete Politik der einzelnen Linkskräfte hinein.

Ausdruck dafür sind in den Positionen der meisten Linkskräfte auf internationalem und außenpolitischem Gebiet:

- die Wahrung der nationalen Souveränität als Hauptanforderung und Maßstab an die staatliche Politik;
- sensible Reaktionen auf jede Veränderung in den anderen Ländern des Kontinents, insbesondere auf Angriffe auf die demokratischen Verhältnisse;
- das Streben nach Abgrenzung der eigenen Entscheidungen von den Weisungen und Auflagen der USA-Politik, sowohl innerhalb der regionalen Gremien als auch durch Gründung lateinamerikanischer Gremien und Organe ohne USA-Mitwirkung;
- Solidaritätsbekundungen, auch im praktischen Handeln, untereinander und auch in außerlateinamerikanischen Angelegenheiten; es kommt zur – manchmal undifferenzierten – Parteinahme für eigenständige Politik von Entwicklungsländern, wo auch immer die Machtpolitik des „reichen Nordens“ im Spiele ist (Jugoslawien, Irakkrieg, Nahostkonflikt, Auseinandersetzungen um Iran, Südossetien, Nordkorea u.a.). So stößt auch die Beteiligung einiger lateinamerikanischer Staaten an der Militärmission in Haiti auf starke Kritik unter den Linken.

Im folgenden sollen einige Grundzüge der Stellung Lateinamerikas in der heutigen Welt mit ihren Problemen, die diesen Rahmen für das Wirken der lateinamerikanischen Linken bilden, umrissen werden.

1. Politische Veränderungen und Differenzierungen in Lateinamerika und ihre Ursachen

Der Kontinent ist zum Beginn des 21. Jahrhunderts an einem kritischen Punkt seiner Entwicklung angelangt. Wie die mexikanische Ökonomin und Politikwissenschaftlerin Ana Esther Ceceña einschätzt, sind in der Auseinandersetzung in Lateinamerika seitens der herrschenden Kreise „weitere Episoden offener Gewalt mit zunehmender Brutalität zu erwarten, gleichzeitig jedoch ergeben sich neue innovative Momente, die Wege zu alternativen Lösungen eröffnen“. Ana Esther spricht vom Vorhandensein unterschiedlicher simultaner Prozesse, „die in ihrer Gesamtheit den Weg für eine Reihe zivilisatorischer Veränderungen eröffnen.“⁸⁴ Den Volksbewegungen und emanzipatorischen Kräften ist es gelungen, den Neoliberalismus zu delegitimieren. Er ist aber weiterhin Grundprinzip der Wirtschaftspolitik in den meisten Staaten, wird durch die weltwirtschaftlichen Einbindungen Lateinamerikas immer wieder aufgezwungen, und vor allem belastet sein Erbe die weitere soziale und ökonomische Entwicklung.

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben jedoch das Gesicht Lateinamerikas verändert. Auch die Beziehungen zwischen den lateinamerikanischen Ländern und ihre Beziehungen zu nichtlateinamerikanischen Ländern haben einen anderen Charakter angenommen. In den Vordergrund ist das Streben nach nationaler Unabhängigkeit und Ablehnung ausländischer Dominanz gerückt.

Unterschiedliche Entwicklungstendenzen

Differenzierungen in der Entwicklung der lateinamerikanischen Länder verstärken sich auch in ihrem außenpolitischen Verhalten. Es zeichnen sich drei Staatengruppen ab:

- Länder wie Brasilien, Argentinien und Uruguay, in denen eine starke Bourgeoisie sich stärker auf eine eigenständige Entwicklung konzentrieren möchte, aber dabei bestrebt ist, in den Machtgremien der Weltwirtschaft und -politik mitzusprechen und ihr Verhältnis zu den USA nicht zu verschlechtern;
- Venezuela, Bolivien und Ekuador, die eine gesellschaftliche Neuorientierung, besonders durch verfassungsgebende Prozesse, unter der Führung von Koalitionen der unteren und Mittelschichten anstreben, die Beseitigung ungerechter Bedingungen in der Weltwirtschaft fordern und ihre nationale Souveränität entschieden wahrnehmen;
- Gefolgsstaaten der USA wie Kolumbien, Peru, Mexiko, meist auch Chile und eine Reihe mittelamerikanischer Staaten, hier aber in letzter Zeit mit deutlicher Ab-

⁸⁴ Ana Esther Ceceña, Estrategias de dominación y planos de construcción de la hegemonía mundial, in: Julio Gambina (comp), La globalización económico-financiera. Su impacto en América Latina, Buenos Aires: CLACSO, 2002.

setzbewegung aus der USA-Gefolgschaft in Nikaragua, El Salvador, in Panama und zuletzt auch in Honduras.

Die aktuellen Prozesse verdeutlichen, dass Teile der lateinamerikanischen Eliten, die sich bisher der US-Hegemonie unterordneten, ihre Hoffnung auf eine für sie fruchtbarere Partizipation an den Prozessen der Globalisierung nicht erfüllt sehen. Sie werden im Gegenteil mit geopolitischen Modellen konfrontiert, die auf Kampf um Territorien und um Ressourcen ausgerichtet sind. Sie sind nicht mehr bereit, sich bedingungslos einer unipolaren Herrschaft unterzuordnen, sondern sind bestrebt, in einer multipolaren Welt eine eigenständige Rolle zu spielen, eigene wirtschaftliche und politische Positionen auszubauen, dabei jedoch innere Reformprozesse zu bremsen oder zu verhindern. Die Weltkonjunkturlage begünstigte bisher diese Bestrebungen der „nationalen Bourgeoisien“ Brasiliens, Argentinien, Mexikos, die ihre Expansion in Lateinamerika, in Afrika und Asien betreiben, und sicherte ihnen hohe Gewinne und Einflussmöglichkeiten. Dies hilft jedoch kaum, soziale Probleme im Innern abzubauen, sondern führt zu neuen politischen und sozialen Spannungen in den Gesellschaften und schafft weitere, konfliktreiche Disparitäten im Rahmen Lateinamerikas. So geraten Brasiliens Großmachtbestrebungen und Führungsansprüche in Gegensatz zum Einfluss Venezuelas und zum Vorantreiben innerer Veränderungsprozesse in anderen Ländern. Diese Prozesse haben ihre Auswirkungen auch auf die angestrebte lateinamerikanische Integration.

Gleichzeitig setzen sich in den lateinamerikanischen Gesellschaften umfassende Transformationsprozesse im Verhältnis von Staat und Gesellschaft durch. Die aus der Kolonialzeit überlieferten etatistischen, stark zentralisierten Modelle des Staatsaufbaus werden in Frage gestellt, Autonomieforderungen werden erhoben und Entscheidungskompetenzen an der Basis verlangt. Das entspricht neoliberalen Prinzipien über den Rückzug des Staates aus der gesellschaftlichen Entwicklung, kann aber auch durch die linken Kräfte genutzt werden. Linkskräfte konnten in politische Ebenen eindringen, die bisher von den Rechten monopolisiert wurden. Für sie ist die demokratische Reform des Staates ein Teil der umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft, Weg zur Verwirklichung eines neuen Gesellschaftsprojekts. Unter den Bedingungen schärfster politischer Auseinandersetzungen – wie jüngst in Venezuela oder Bolivien –, aber mit vorwiegend friedlichen Mitteln konnten neue politische Weichenstellungen herbeigeführt werden. Die Politik der linken Regierungen ist darauf gerichtet, die herrschenden Eliten zu zwingen, sich im Rahmen demokratischer Verhältnisse zu bewegen. Die Prozesse der Neufindung des Staates/ der Nation wie in Bolivien und Ecuador, wo es um die Sicherung der Rechte der großen Mehrheit der indigenen Bevölkerung geht, sind in dieses Ringen um die Herausbildung einer neuen Hegemonie einzuordnen.

Konflikte zwischen lateinamerikanischen Ländern

Nicht nur aus der Vergangenheit ererbte Streitfragen über territoriale Grenzziehungen und Wirtschaftsgebiete wirken im Lateinamerika von heute fort, auch unterschiedliche Entwicklungstendenzen der einzelnen Länder und ihre unterschiedliche interessenbestimmte Positionierung zu den Problemen der heutigen Zeit führen zu Konfliktsituationen und Auseinandersetzungen und bedingen weitere politische Differenzierungsprozesse. Neben Tendenzen einer verstärkten Zusammenar-

beit in Integrationsprojekten treten Rivalitäten und gegensätzliche politische Positionen, werden nationalistische Stimmungen und Feindseligkeiten geschürt.

Angestrebte Integrationsprozesse werden durch unterschiedliche Interessen bestimmt. Brasilien sucht Absatzmärkte, stärkt seinen Einfluss im MERCOSUR und orientiert sich auf Sicherung seiner Energieversorgung. Dagegen verhält es sich zurückhaltend, wenn es um das solidarische Integrationsprojekt ALBA unter Führung Venezuelas geht, dem es bisher noch nicht beigetreten ist. Die Schaffung der gemeinsamen Bank des Südens zeigt zwar, dass Brasilien sich nicht nur auf den MERCOSUR konzentriert, sondern sich auch punktuell am ALBA-Projekt beteiligt. Schwerpunkt für Brasilien bleibt aber die Suche nach eigenen Lösungen, die es ihm gestatten, sich gleichberechtigt und auf Augenhöhe mit den Industrieländern zu bewegen.

So ist Lateinamerika nicht frei von Konfliktherden. Sie sind zum Teil mit den inneren Problemen der Länder eng verflochten, jedoch unübersehbar auch mit der USA-Politik gegenüber der Region, ihre Ausnutzung und Zuspitzung wird zu einem Instrument der Gegenoffensive rechter Kräfte gegen die progressiven Veränderungen.

Zum größten Problem der Gegenwart ist der bewaffnete Konflikt in Kolumbien geworden. Er stürzte nicht nur dieses Land selbst in eine tiefe politische und soziale Krise, sondern droht sich zu einem regionalen Konflikt auszuweiten. Angriffe der kolumbianischen Armee und von Paramilitärs auf ekuatorianisches und venezolanisches Territorium, die Verschärfung von Konfrontationen mit Venezuela weisen auf die Einordnung dieser Konflikte in die USA-Politik hin. Die Entscheidung der kolumbianischen Regierung, den USA weitere Militärstützpunkte einzuräumen, ist eine offene Provokation und Bedrohung für die übrigen Länder der Region.

Soziale Konflikte und chaotische politische Zustände und Gewaltausbrüche nach dem Sturz von Präsident Aristides in Haiti bewogen die UNO 2004, die von ihr geleitete Mission MINUSTAH durch die Entsendung von ca. 10 000 Soldaten und Polizeikräften nach Haiti weiterzuführen. Die Beteiligung lateinamerikanischer Streitkräfte daran löst jedoch scharfe Kritik in den eigenen Ländern aus, da hinter der politischen Destabilisierung und Anarchie in Haiti die Hand der USA gesehen wird.

Die für Paraguay ungünstigen Verträge zur Nutzung der Wasserkraftsysteme Itaipú und Yacyretá durch Brasilien bzw. Argentinien führen immer wieder zur Zuspitzung von Spannungen, auch unter den progressiven Regierungen. Für Präsident Lugo wird die Neuverhandlung des Itaipú-Vertrages, die Brasilien ablehnt, von den herrschenden Eliten zum Maßstab seiner Politik erhoben. Auch zwischen anderen Staaten des MERCOSUR sorgen unterschiedliche wirtschaftliche Interessen und Potentiale immer wieder für Konfliktstoff (Brasilien – Argentinien, Uruguay – Argentinien). Dazu kommen politisch motivierte Streitfragen oder Nadelstiche wie jüngst die Ablehnung des Beitrittsantrags Venezuelas zum MERCOSUR durch den Senat Paraguays.

Seit über einem Jahrhundert besteht der Konflikt zwischen Chile und Bolivien, das einen Zugang zum Pazifik anstrebt, der ihm im Krieg 1879-1884 durch Chile genommen wurde. Gegenwärtig zeichnet sich durch gegenseitige Zugeständnisse

eine Lösung ab, doch dagegen richten sich Angriffe nationalistischer Kräfte in beiden Ländern.

Auch Waffenkäufe und Rüstungen in einigen Ländern lösen Besorgnisse aus, so steht Chile, wo die Armee über lange Jahre einen Anteil von 10 Prozent an den Kupfereinkünften für modernste Ausrüstungen verwenden konnte, seit langen in der Kritik seiner Nachbarn. Venezuelas Waffenkäufe, Kolumbiens Aufrüstung durch die USA, Brasiliens Rüstungsprogramme werden von anderen als Bedrohung gesehen.

Besonderheiten der Lage in Mittelamerika

Einer besonderen Lage sehen sich die Länder Mittelamerikas⁸⁵ gegenüber. Es sind zum größten Teil Agrarwirtschaften mit geringer industrieller Entwicklung und schwachen demokratischen Strukturen, die immer wieder von Militärdiktaturen zerschlagen wurden (eine Ausnahme bildet Kostarika, wo nach dem Bürgerkrieg in den 40er Jahren bürgerlich-demokratische Verhältnisse wiederhergestellt und für eine gewisse Zeit sogar eine Art Sozialstaat herausgebildet wurde). Die Geschichte der mittelamerikanischen Länder ist durch das Eingreifen der USA in die politischen Prozesse geprägt, in deren unmittelbarer Einflusszone sie sich befinden. Während der Handelsaustausch mit Mittelamerika mit etwa 20 Mrd. US\$ keine erhebliche Wirtschaftsgröße für die USA ausmacht, ist die geostrategische Lage Mittelamerikas – mit dem Panamakanal besonders augenfällig – für die USA von höchster Bedeutung. Dazu kommen Bodenschätze, die Erdölquellen im Golf von Mexiko, Wasserreserven und eine überwältigende biologische Vielfalt, deren Nutzung für transnationale Unternehmen zunehmend an Bedeutung gewinnt. Mittelamerika ist zudem wichtig für die USA durch verschiedene Militärbasen und als Basis des U. S. Southern Command mit seinem Hauptquartier in Miami (Florida) und weiteren Kommandoposten in Puerto Rico und Soto Cano (Honduras), das für die militärische Kontrolle über Lateinamerika und den karibischen Raum zuständig ist. Ihm ist die IV. US-Flotte zugeordnet, die die Küsten Lateinamerikas überwachen soll.

Trotz der Übermacht des Nordens und obgleich einige der mittelamerikanischen Regierungen zu den engsten Verbündeten der USA gehören, ist Mittelamerika aber auch ein ständiger Unruheherd für die USA. Die Machtergreifung nationalgesinnter Offiziere um Omar Torrijos 1968 in Panama führte nach zähen Verhandlungen 1977 zu Verträgen, die die Rückgewinnung der Kanalzone durch Panama am 1. 1. 2000 einleiteten, ein empfindlicher Schlag für die USA, und nur durch eine schlecht bemäntelte militärische Intervention im Dezember 1989 konnten sie verhindern, dass die Modernisierung des Kanals in japanische Hände gegeben wurde.

⁸⁵ Der Begriff Mittelamerika umfasst geografisch exakt die Gebiete Zentralamerikas (die Landbrücke zwischen den beiden Teilen des Doppelkontinents vom Süden Mexikos bis nach Panama) und die westindischen (karibischen) Inseln. Im spanischen Sprachgebrauch fasst man allerdings als Mittelamerika (Centroamérica oder América Central) üblicherweise die Länder der Landbrücke Guatemala, Honduras, Nikaragua, El Salvador, Kostarika und Panama darunter, und in diesem Sinne wird hier von mittelamerikanischen Ländern gesprochen. Sie werden mit Mexiko in eine territoriale Gruppe gefasst, die kulturelle Gemeinsamkeiten und die Tatsache miteinander teilen, dass sie im unmittelbaren räumlichen Einflussbereich der USA gelegen sind; das englischsprachige Belize gilt als der Karibik zugehörig, wie auch Guyana und Surinam, die mit den karibischen Inselstaaten eine koloniale Vergangenheit (England, Frankreich, die Niederlande) bis in die jüngste Zeit teilen.

Als in den 70er Jahren der Widerstand gegen Militärdiktaturen und die oligarchische Herrschaft von Familienclans in Nikaragua, El Salvador und Guatemala zur Entstehung von Guerillafronten führte, die den bewaffneten Kampf zum Sturz dieser Regime aufnahmen, wurde Mittelamerika zum Zentrum des revolutionären Kampfes in Lateinamerika. Es entwickelten sich militärisch-politische Organisationen, die die bewaffneten Aktionen mit einer breiten politischen Massenarbeit verbanden, vor allem in El Salvador und Nikaragua, und breite lateinamerikanische und internationale Unterstützung gewannen. Doch die USA setzten ihre ökonomische und militärische Macht ein, um diese Bewegungen zurückzuwerfen. Die Sandinisten in Nikaragua, die 1979 die Somoza-Armee zerschlagen hatten und an die Regierung gelangt waren, wurden in einen opferreichen Contra-Krieg verwickelt und 1989 von einer Bevölkerung, die die Belastungen des Krieges nicht mehr ertrug, „abgewählt“. Die Bürgerkriege in El Salvador und Guatemala (1996) wurden, auch unter internationalem Druck, durch Abkommen „befriedet“ (1992 El Salvador, Guatemala erst 1997), aber diese Verpflichtungen wurden von den herrschenden Kräften nie eingehalten. 200 000 Opfer in Guatemala, 75 000 Tote in dem kleinen El Salvador und die Fortdauer der alten Herrschaftsverhältnisse und der sozialen Ungerechtigkeit waren die Bilanz. Nach diesem Aderlass benötigte die linke Bewegung neue Ansätze. Aus den militärisch-politischen Organisationen des Befreiungskampfes gingen linke Parteien hervor, die in den sozialen und institutionellen Kampf eingriffen; vor allem in El Salvador gelangte die FMLN bald in lokale Regierungen. In Nikaragua bestanden zahlreiche von den Sandinisten geschaffene bzw. inspirierte soziale Organisationen weiter und sicherten der FSLN als Partei eine Basis. 2007 konnte die FSLN durch Wahlen mit Daniel Ortega an die Regierung zurückkehren, im Juni 2009 übernahm in El Salvador mit Mauricio Funes ein von der FMLN getragener Präsident sein Amt, der erste Einbruch in die bisher von den Ultrarechten behauptete Bastion der Macht. In Guatemala, einem Land mit überwiegend indigener Bevölkerung, wo im Verlaufe des Bürgerkrieges durch Massaker der Armee gegen indigene Gemeinden ganze Landstriche entvölkert wurden, hatten die Wirkungen der unvorstellbaren Repression, die weitgehend ungebrochene Macht der Oligarchie und Spaltungen in der Linksbewegung URNG nach dem Krieg, der es zudem nicht gelang, die Maya-Bevölkerung im größeren Maße anzusprechen, zunächst linken Parteien einen schwierigen Neuanfang bereitet. Seit 2005 führt der Sozialdemokrat Álvaro Colom für die Nationale Union der Hoffnung, UNE, die Regierung Guatemalas. Neben der URNG sind Menschenrechtsorganisationen, Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Bauernverbände und andere soziale Bewegungen aktiv.

Ein gesichertes Herrschaftsgebiet ist Mittelamerika für die USA auch heute nicht, das zeigt schon die Vielzahl von Sicherheitsabkommen, Militärhilfeabkommen, wirtschaftlichen Knebelverträgen, in die die Länder eingebunden sind. Die Region ist weiterhin durch politische Instabilität, Machtkämpfe rivalisierender Gruppen der Oligarchie, hohe Kriminalität und öffentliche Unsicherheit gekennzeichnet. Besonders die Diskriminierung von Frauen, bis zum Femizid, und von Indigenen fällt ins Auge. Die sozialen Auseinandersetzungen wachsen. Der Kampf sozialer Organisationen richtete sich in den letzten Jahren vor allem gegen den Abschluss von Freihandelsverträgen mit den USA und mit der Europäischen Union, von denen eine weitere Schwächung der Landwirtschaft und die Privatisierung der öffentlichen Dienste zu erwarten ist, gegen die Missachtung der Arbeitsrechte und der gewerkschaftlichen Rechte und gegen den Raubbau an Naturschätzen durch transna-

tionale Unternehmen. Die Länder Mittelamerikas sind Hauptteil des Plans Puebla-Panama, jetzt umbenannt in Projekt Mesoamerika, das in den Händen der Inter-amerikanischen Entwicklungsbank liegt. Unter dem Aushängeschild einer Verbesserung der Lebensbedingungen sieht es groß angelegte Investitionsvorhaben in Infrastruktur und Erschließung von Territorien vor und bedroht die dort siedelnden Gemeinden mit Vertreibung und Verlust ihrer Lebensweise. Von dem Projekt betroffen sind 64 Millionen Menschen in Zentralamerika und den südlichen Bundesstaaten Mexikos, und dagegen entwickelte sich ein intensiver Widerstand von Umwelt- und indigenen Organisationen aus der ganzen Region.

Verschiedene Systeme der Integration und politischen Zusammenarbeit überschneiden sich hier. Während sich in der Vergangenheit die Länder dieser Region meist an Mexiko orientierten, mit dem sie in dem politischen „System des Dialogs und der Abstimmung von Tuxtla“ zusammenarbeiten, ist heute Venezuela, vor allem durch den Anschluss der meisten Länder an die Vereinigung Petrocaribe, in Mittelamerika politisch und ökonomisch stark präsent. Venezuela liefert nicht nur Erdöl zu günstigen Zahlungsbedingungen, sondern modernisiert auch Raffinerien und errichtet Tankstellen, es übernahm von Mexiko versprochene, aber nicht realisierte Projekte. Petrocaribe hat ein regionales Entwicklungsprogramm aufgelegt, das auch Arbeitsplätze schafft. Auch mit Kuba verbinden die Länder Mittelamerikas verbesserte Beziehungen. Kostarika und El Salvador, die als letzte bisher keine diplomatischen Beziehungen mit Havanna unterhalten hatten, haben diese im März wiederaufgenommen.

In Mittelamerika wird die Entwicklung in Bolivien, Ekuador und anderen Ländern zunehmend zum Orientierungsmuster und erweckt Hoffnungen in den sozialen und linken Bewegungen. Das ist auch in Honduras, einem der ärmsten Länder Lateinamerikas, der Fall und wurde bestimmend für das Umschwenken eines kleinen linken bzw. sozial orientierten Flügels in der regierenden Liberalen Partei unter Führung des Präsidenten Manuel Zelaya auf einen Kurs sozialer Verbesserungen und außenpolitischer Neuorientierung. Vor allem der Beitritt zur ALBA im Sommer 2008 brachte diese Kräfte in Widerspruch zur herrschenden Elite und löste den von den institutionellen Organen gebilligten Staatsstreich der Armee vom 28. Juni 2009 aus, wiederum unter Mitwirkung von USA-Organen, an der Regierung Obama vorbei. Die Parallelen zum fehlgeschlagenen Staatsstreich vom April 2002 in Venezuela sind frappierend. Aber in Honduras hat der Putsch die Volksbewegung in einem sehr frühen Stadium getroffen. Es gibt in Honduras eine relativ starke Gewerkschafts- und Bauernbewegung, aber es hatte sich noch keine vereinigende und führende Kraft der Volksbewegung herausgebildet, die eine progressive Regierung stützen könnte. Eine breite Front formiert sich erst jetzt spontan im Widerstand gegen die Putschisten.⁸⁶ Ihr Kern sind gegenwärtig die Bauerngewerkschaften und Via Campesina.

Mexiko, obgleich auf anderem ökonomischen Entwicklungsstand, ist kulturell, ökonomisch und politisch mit Mittelamerika eng verbunden und zeigt im Grunde ähnliche Tendenzen der Auflösung alter Machtverhältnisse unter Entfesselung uferloser Gewalt und staatsterroristischer Praktiken. Das öffentliche Klima ist durch einen hohen Grad an Menschenrechtsverletzungen durch den Staat und seine Orga-

⁸⁶ Vgl. Interview mit Pedro Morazán über den Konflikt in Honduras, ila 327.

ne gekennzeichnet, durch die Durchdringung von Staat und Drogenmafia und den Verfall der Justiz.

Die mexikanische Regierung erwies sich als unfähig, bei den USA, wie von den Bauernorganisationen gefordert, eine Neuverhandlung der NAFTA-Verträge durchzusetzen, die Mexikos Landwirtschaft zugrunde richten. Sie hat durch den Beitritt zur Nordamerikanischen Sicherheitsallianz ASPAN (2005) mit den USA und Kanada, die „Nordamerika gegen äußere Bedrohungen schützen und inneren Gefahren vorbeugen und begegnen“⁸⁷ soll, Souveränität aufgegeben, denn die Allianz beinhaltet nicht nur militärische und geheimdienstliche Zusammenarbeit, sondern soll auch die energetischen und strategischen Ressourcen der Mitglieder in die gemeinsame Wettbewerbsfähigkeit der Region einbringen und die Regelung aller Aspekte des wirtschaftlichen Lebens harmonisieren, einschließlich Wasser, Gesundheitsdienste, Informations- und Telekommunikationsnetze, Bank- und Finanzsysteme. Die „Initiative Mérida“, die 2008 in Kraft getreten ist, soll Mexiko im Kampf gegen den Drogenhandel unterstützen, in diese Initiative ist ganz Mittelamerika einbezogen. Die USA liefern dafür nicht nur Hubschrauber, schuss sichere Fahrzeuge, Radaranlagen und Spürhunde, sondern auch militärische Ausbilder und Software, und viele befürchten, dass sie auch zur direkten Mitwirkung der US-Armee auf mexikanischem Territorium – wie in Kolumbien – führen wird. Verbunden mit den Auseinandersetzungen zwischen Drogenkartellen, wird Mexiko zu einem Gefahrenherd in der Region und verliert, von der internationalen Krise durch die Zugehörigkeit zur NAFTA stark betroffen und durch Misswirtschaft und neoliberale Wirtschaftspolitik geschwächt, gegenwärtig auch an ökonomischem Einfluss.

Die sozialen Konflikte in Mexiko sind äußerst zugespitzt und stoßen auf die entfesselte Gewalt der hoch gerüsteten staatlichen Macht. An vielen Fronten entwickelt sich der Kampf für ein anderes Mexiko, aber bisher erzielten die sozialen und linken Akteure keine politischen Durchbrüche, offenbar auch durch Wahlbetrug, aber vor allem auf Grund ihrer Zersplitterung. Die parlamentarische Opposition der in verschiedene Flügel gespaltenen PRD, die Bemühungen des linken Politikers Andrés Manuel López Obrador um die Sammlung des außerparlamentarischen demokratischen Widerstandes in einer Front, der bereits 2,2 Millionen Menschen angehören sollen, die Andere Kampagne der Zapatisten, die außerhalb des existierenden politischen Systems stehen, und die täglichen Verteidigungskämpfe der zapatistischen Gemeinden, die anarchistischen, autonomen und Basiskräfte wie die „Versammlung der Völker von Oaxaca“, APPO, und die Aufstandsbewegungen in verschiedenen Gebieten verlaufen ohne Verbindung untereinander. Derzeit scheint es keine Klammer, kein politisches Instrument zur Bündelung der linken Kräfte in Mexiko zu geben, während andererseits die Konfliktgeladenheit der Situation ständig wächst. Dem gegenüber steht eine Regierung, die „zum Dialog weder fähig noch willens“ ist.⁸⁸ Das ist eine Mischung, deren Explosivität in der sich vertiefenden Rezession noch zunehmen wird. Die Aufrüstung, die der mexikanische Staat mit USA-Hilfe und durch immer engere Kooperation mit Kolumbien im Antiterrorkampf“ betreibt, ist eindeutig nach innen gerichtet.

⁸⁷ Alianza para la Seguridad y la Prosperidad de América del Norte – ASPAN, Declaración Conjunta, 23. März 2005.

⁸⁸ Vgl. dazu Albert Sterr, Mexikos Linke - Ein Überblick, Köln/Karlsruhe 2008.

2. Integrationsprojekte unterschiedlichen Charakters

Konfliktsituationen und Probleme in den Beziehungen einzelner Staaten zueinander werden durch reale Integrationsvorhaben in den Hintergrund gedrängt.

Integrationsprojekte, die von außen an die lateinamerikanischen Ländern herangebracht werden, entsprechen nicht ihren Bedürfnissen und stoßen in zunehmendem Maße auf Widerstand (Freihandelsverträge mit USA und EU). Das gewachsene Selbstbewusstsein und das Bedürfnis nach Partnern haben dazu geführt, dass eigene Integrationsprojekte wieder aufgegriffen werden. In der Vergangenheit sind Versuche, die wirtschaftliche Integration Lateinamerikas voranzubringen, in Anfängen steckengeblieben oder wurden ad acta gelegt. Die Gründe dafür sind vielfältig: Erhebliche Unterschiede im Entwicklungsniveau stellten sich als schwer überwindbar heraus, aber auch gleichartige Ausrichtungen der Wirtschaften boten wenig Raum für eine vorteilversprechende Kooperation.

Selbst das zwischen Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay vereinbarte Projekt des MERCOSUR (Gemeinsamer Markt des Südens) ist lange nicht über den Zustand einer Zollunion hinausgekommen. Im Zuge der Auseinandersetzung mit der ALCA kam es jedoch zu einer Wiederbelebung des MERCOSUR. Gegenwärtig unternehmen seine Mitgliedsländer verstärkt Anstrengungen, um – trotz der wirtschaftlichen Asymmetrien zwischen ihnen – den MERCOSUR effektiver zu gestalten und ihn mit einer stärkeren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Kompetenz auszustatten. Trotz vorhandener Probleme und Schwierigkeiten, immer wieder aufflackernder Auseinandersetzungen zwischen den Partnern (z.B. der Streit zwischen Argentinien und Uruguay über den Bau einer Zellulosefabrik in Uruguay) bleibt die Stärkung und Weiterentwicklung des MERCOSUR eine strategische Zielstellung. Zwischen den Mitgliedern besteht Übereinstimmung, dass weitergehende Integrationsprojekte erst Sinn haben, wenn es gelungen ist, die regionale Integration im Rahmen des MERCOSUR zu stärken. Inzwischen hat Venezuela seinen Beitritt erklärt, Chile, Bolivien, Peru und Ekuador sind assoziierte Mitglieder. Mit der Aufnahme Venezuelas in den MERCOSUR wird die Vereinigung eine Bevölkerung von 220 Millionen umfassen und zusammen ein BSP von ca. 1,3 Mrd. US\$ erbringen.

Trotz kritischer Sicht wird das Projekt des MERCOSUR von linken Kräften und sozialen Bewegungen unterstützt. Gefordert werden eine Beteiligung von Vertretern der Volksorganisationen im Rahmen des Parlamentes des MERCOSUR und eine größere Transparenz in seiner Tätigkeit. Seit der 30. Ordentlichen Generalversammlung der Mitgliedsstaaten des MERCOSUR, die im August 2006 in Córdoba (Argentinien) stattfand, treffen sich zum Parallelgipfel Vertreter sozialer Bewegungen, Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft, um ihre Forderungen den Staatschefs direkt zu übermitteln. Präsident Lula als Interimspräsident der Vereinigung erklärte aus diesem Anlass: „Ich nutze den Anlass, um Vertreter der Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft und sozialer Organisationen hier zu begrüßen. Unsere Vereinigung muss sich immer mehr auf die Interessen der arbeitenden Menschen orientieren, die die eigentlichen Nutznießer der wirtschaftlichen Entwicklung sein müssen.“⁸⁹

⁸⁹ „Carta Maior“, 11. Aug. 2006

Ein anderes Modell ist die „Initiative zur Integration der Infrastruktur der Region Südamerika“ (Iniciativa de Integración de la Infra-Estructura Regional Suramericana - IIRSA), die von der Weltbank gefördert und besonders von Brasilien gestützt wird. Ihre Ziele sind die Integration der Märkte zur Förderung des interregionalen Handels,

die Konsolidierung produktiver Kapazitäten zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten, die Senkung der Kosten durch Schaffung einer neuen durchgängigen Infrastruktur in Südamerika. Beschlossen wurde dieses Projekt in Brasília im August 2000, ohne vorherige Konsultation mit den sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft. An der IIRSA beteiligen sich zwölf südamerikanische Länder. Sie soll ca. 300 Megaprojekte (Straßen, Häfen, Gasleitungen etc.) umfassen. Die meisten dieser Projekte stoßen auf Bedenken von Umweltorganisationen und Vertretern indigener Völker, andererseits wird die Notwendigkeit des Ausbaus der Infrastruktur Lateinamerikas anerkannt.⁹⁰

Stärker ins Zentrum der politischen Entwicklung ist die von Venezuela beförderte Initiative „Bolivarische Alternative für Amerika (Alternativa Bolivariana para las Américas – ALBA, heute in Bolivarische Allianz umbenannt) gerückt, der sich Bolivien, Kuba, Nicaragua, Honduras und der karibische Inselstaat Dominica angeschlossen haben, Ekuador als Beobachter. Auch ein Aufnahmeantrag des karibischen Inselstaates St. Vincent und die Grenadinen liegt vor. In das Konzept der ALBA ordnen sich auch Verträge zur kontinentweiten und regionalen energetischen Kooperation (Petroamerica mit drei subregionalen Initiativen: Petrocaribe, Petrosur und Petroandina), zur Finanzkooperation und bilaterale Verträge mit verschiedenen Partnern ein („Handelsverträge der Völker“).

Die ALBA basiert auf den Prinzipien der solidarischen Komplementarität, der Kooperation und Spezialisierung, auf gegenseitiger Hilfe statt auf Marktprinzipien. So umfasst sie Projekte des direkten Austausches von Waren und Leistungen wie Energie gegen Nahrungsmittel oder gegen den Einsatz von Fachkräften im Bildungs- und Gesundheitswesen, Austausch von Erfahrungen bei der Erkundung und Erschließung von Bodenschätzen, Errichtung von Kommunikationsnetzen (wie der gemeinsam betriebene Fernsehsender TeleSur, Nachrichtenagenturen). Gegenwärtig stehen vor allem Projekte im Energiesektor (Erdöl, Gas, Bioenergie, Wasserkraft) auf der Tagesordnung. Die ALBA soll nicht nur Projekte zwischen Staaten, sondern auch zwischen Regionen und Gemeinden umfassen.

⁹⁰ Ein Beispiel dafür führte das XIII. Treffen des Forums von Sao Paulo an, das die IIRSA-Projekte befürwortet: „Bei den Fluglinien gibt es noch solche Absurditäten, dass man zum Beispiel, um von Bogotá nach der Stadt Belém im brasilianischen Amazonien zu gelangen, über São Paulo fliegen muss, was einen Flug von potentiell zwei Stunden zu einer Reise von annähernd neun Stunden macht, fast die gleiche Zeit, um von Bogotá nach Madrid in Spanien zu kommen.“ „Wir haben noch keine deutliche Vorstellung von dem Umfang, den eine größere physische Integration unserer Länder annehmen könnte. ... Auf diese Weise sind Länder, die Nachbarn sind und viel engere ökonomische und politische Beziehungen entwickeln könnten, in der Praxis so weit entfernt wie der europäische, asiatische oder afrikanische Kontinent. ... Aus unserer Sicht dürfen wir nicht naiv sein, aber ebensowenig dürfen wir eine Verweigerungshaltung einnehmen. Die territoriale Integration ist eine Notwendigkeit, denn ohne sie sind andere Aspekte schwerlich zu erreichen. Die Frage ist, diese Integration unter einer entsprechenden politischen Hegemonie so zu leiten, dass die schädlichen Nebenwirkungen für Amazonien vermieden oder zumindest unter Kontrolle gehalten werden.“ – Die neue Etappe der Integration Lateinamerikas und der Karibik, XIII. Treffen des Forums von São Paulo, Basisdokument, 2007.

Im Sinne der ALBA-Initiativen wird die Entwicklung einer eigenen Finanzarchitektur Lateinamerikas in Angriff genommen. Dazu gehört die Gründung der Bank des Südens, Banco del Sur, der auch Brasilien angehört. Vorgesehen ist auch die Schaffung einer gemeinsamen Währungszone (Zona Monetaria Común, ZMC) mit dem Sucre als gemeinsames Zahlungsmittel (Sucre steht als Kürzel für Gemeinsames System des regionalen Ausgleichs). Brasilien und andere Staaten verhalten sich jedoch zögernd zu den Integrationsbestrebungen im Rahmen der ALBA.

Zeitgleich zu den Gipfeltreffen der Staatschefs werden Treffen der Völker der ALBA realisiert. Während des 5. Treffens (April 2006) wurde auf einer Beratung von Vertretern sozialer Bewegungen mit den Präsidenten der ALBA-Staaten die Einrichtung eines „Rates der Sozialen Bewegungen der ALBA“ beschlossen, dessen Aufgabe es ist, die zukünftigen Treffen vorzubereiten und die Zusammenarbeit zwischen den sozialen Bewegungen der ALBA-Staaten zu organisieren. Den Präsidenten wurden während des Treffens von den Bewegungen erarbeitete Vorschläge überreicht: Beteiligung an der Erarbeitung der Charta der ALBA, Schaffung einer Universität des Südens, Maßnahmen zur Lösung des Problems der Migration, Schaffung einer Nachrichtenagentur der ALBA, Aufgaben der Banco del Sur zur Bekämpfung der Armut usw.⁹¹ Inzwischen wurde die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Rates ausgebaut und ist zu einem festen Bestandteil der Gipfeltreffen der ALBA-Staaten geworden.

Gesichert werden soll mit diesen Schritten die Entwicklung der ALBA als ein Projekt neuen Typs. Während des Treffens der sozialen Bewegungen mit den Präsidenten der ALBA-Staaten auf dem Weltsozialforums 2009 in Belém (Brasilien) bewertete Camille Chalmers (Haiti) als Vertreter der Alianza Social Continental diese Entwicklung: „Bedeutsam ist der Bruch mit der neoklassischen und liberalen Vision der Integration der Märkte und ihrer subalternen Unterordnung in den kapitalistischen Weltmarkt. Die Entstehung der ALBA lässt den Traum eines boliviarischen Lateinamerika neu erstehen, einer solidarischen Integration mit den Völkern und durch die Völker. Eine Integration von unten und mit progressivem Charakter.“⁹²

Im Mai 2008 wurde die UNASUR (Union Südamerikanischer Nationen) als politische Organisation der lateinamerikanischen Einheit in Brasilia gegründet. Ihr gehören fast alle südamerikanischen Länder einschließlich Kuba an. Eine erste Initiative war die eindeutige Unterstützung für Präsident Evo Morales, der zu diesem Zeitpunkt unter starkem Druck der inneren separatistischen Opposition stand. UNASUR sprach sich unmissverständlich für die nationale Integrität Boliviens und für die Achtung der verfassungsmäßigen Ordnung aus. Die UNASUR-Staaten bildeten eine Kommission zur Untersuchung der Ausschreitungen der Reaktion in den östlichen Provinzen Boliviens, die Menschenleben gekostet hatten.

Die den verschiedenen Integrationsprojekten zugrunde liegenden Konzeptionen sind inhaltlich nicht gleichzusetzen. Es sind Modelle unterschiedlichen Charakters:

⁹¹ Nach: Comunicado del Secretariado del Grito de los Excluidos Continentales, 07. Juli 2006.

⁹² Aus der Rede des Vertreters der Alianza Social Continental während des Treffens der sozialen Bewegungen mit den Präsidenten Venezuelas, Boliviens, Ekuadors und Paraguays, Belém, 01. Febr. 2009.

- MERCOSUR und IIRSA sind Integrationsprojekte, die auf eine Stärkung kapitalistischer Strukturen, auf bessere Kapitalverwertungsbedingungen und Stärkung der Eigenstaatlichkeit hinauslaufen. An diesen Vorhaben ist besonders Brasilien als regionale Führungsmacht interessiert. Nicht zuletzt sind diese Projekte auch im Interesse der in den Ländern tätigen transnationalen Unternehmen, da sie eine Erweiterung der Märkte gewährleisten und ihnen ein breiteres Betätigungsfeld eröffnen. Sie bieten aber gleichfalls Möglichkeiten, eigene Konzeptionen der Integration den Blöcken der Industrieländer entgegenzustellen.

- Das Projekt der ALBA beruht dagegen auf einer zu schaffenden solidarischen Gemeinschaft Lateinamerikas. Im Kern geht es um ein transformatorisches Projekt, das in einem kapitalistisch strukturierten Weltwirtschaftssystem Voraussetzungen und Potentiale für einen gesellschaftlichen Umbau schaffen soll. Ein Leitgedanke ist, dass das ein Land allein nicht bewerkstelligen kann und es nur in der Gemeinschaft mit anderen möglich sein wird, wirkliche politisch-soziale Veränderungen herbeizuführen. Venezuela, das seine Potenzen auf der Basis der Erdölvorkommen dafür einsetzt, spielt eine Schlüsselrolle, da es anderen Ländern günstige Kreditbedingungen zur Sicherung ihrer Energieversorgung gewährt. Auch in Kreisen der Linken wird dieses Konzept zum Teil als wirklichkeitsfremd angesehen. Es ist klar, dass seine Verwirklichung tiefe soziale und ökonomische Reformen voraussetzt, wie Agrarreformen, die Stärkung der Kaufkraft der unteren Schichten, die Ausschaltung des bestimmenden Einflusses transnationaler Unternehmen auf die Wirtschaften und einen starken Staat. ALBA ist eine vorwärtsweisende Orientierung, keine feste Struktur.

- Die Gründung der UNASUR in Santiago de Chile (August 2008) stärkt gemeinsame Positionen Südamerikas und stellt eine politische Weichenstellung für eigenständige politische Initiativen auf der kontinentalen Ebene dar. Sie setzt ein sichtbares Zeichen für die Veränderung des Kräfteverhältnisses auf dem Kontinent.

3. Die veränderte Stellung Lateinamerikas in der Welt zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Eine neue lateinamerikanische Diplomatie

Die Tätigkeit progressiver Regierungen, so unterschiedlich sie in ihrer Orientierung auch sind, bringt Lateinamerika als neuen Akteur auf die politische Weltbühne. Wachsendes nationales Selbstbewusstsein bestimmt nicht nur das Verhältnis der lateinamerikanischen Staaten untereinander neu, sondern verändert auch ihr Verhältnis zu den USA und außerlateinamerikanischen Mächten.

In der Zeit der Blockkonfrontation und des Kalten Krieges wurde der Kontinent – bis auf Kuba – fest dem „westlichen Bündnis“ zugerechnet. Die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder befanden sich im Schlepptau der Politik der USA. Sie identifizierten sich nicht nur mit der Führungsrolle der USA in der westlichen Welt, sie verfolgten auch in ihren Ländern eine Politik des Antikommunismus und der Unterdrückung sich entwickelnden Widerstandes bzw. wurden bei Abweichungen davon diszipliniert bis zur Inszenierung von Militärputschen. Mit der Invasion 1961

in der Schweinebucht, die das Ziel verfolgte, Fidel Castro zu stürzen, verletzen die USA in flagranter Weise das Selbstbestimmungsrecht der lateinamerikanischen Völker, jedoch zum ersten Mal ohne ihre Ziele zu erreichen.

Der „Kampf gegen den Kommunismus“ wurde zum Vorwand für die Eindämmung von Bestrebungen lateinamerikanischer Länder zur Erlangung der ökonomischen Unabhängigkeit (importersetzende Industrialisierung) und Verfügung über die eigenen Ressourcen (Verstaatlichungen im Rohstoffsektor) sowie zum Zusammenschluss mit anderen Entwicklungsländern (Bewegung der Nichtpaktgebundenen). USA-Diplomatie und CIA bereiteten 1973 gemeinsam mit reaktionären Militärs und Vertretern der Oligarchie den konterrevolutionären Putsch gegen die Unidad Popular und Präsident Salvador Allende vor und verwandelten Chile in ein großes Gefängnis. Die Militärdiktaturen, die in den 70er und 80er Jahren in der Mehrzahl der Länder Lateinamerikas herrschten, waren die Werkzeuge des Versuches, fortschrittliche Veränderungen aufzuhalten, eine Periode der grausamsten Verfolgung aller linken und progressiven Kräfte. Die Linken wurden nachhaltig geschwächt und erlitten schwere Verluste an bewährten Führern. Eine Periode relativ eigenständiger Entwicklung Lateinamerikas, für die während des 2. Weltkrieges einige Voraussetzungen entstanden waren, wurde beendet.

Die kapitalistisch geprägte Globalisierung machte den Kontinent in noch stärkerem Maße abhängig von den westlichen Industrieländern. Selbst große Länder wie Brasilien, Mexiko und Argentinien spielten im internationalen Rahmen keine wesentliche Rolle.

Heute wird offensichtlich, dass Lateinamerika mit der Gestaltung neuer gesellschaftlicher Bedingungen auch in die Herausbildung einer neuen Weltordnung einzugreifen beginnt und zur Wahrung seiner Fortschritte auch dazu gezwungen ist.

Das neue Gesicht der lateinamerikanischen Diplomatie beschränkt sich nicht nur auf Widerstand gegen äußere Dominanz. Lateinamerikanische Staaten initiierten die Gruppe der G-20 im Rahmen der WTO, die sich vor allem mit Forderungen nach Abbau von Subventionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse in den Industrieländern stark machte. Brasilien und Venezuela nehmen Kurs auf den Ausbau der Süd-Süd-Beziehungen, so mit den arabischen Staaten (Gipfeltreffen Südamerika – Arabische Länder im Mai 2005, von Brasilien initiiert). Brasilien und andere Staaten bauen die Beziehungen zu China, zu Indien, Russland, Südafrika (BRIC-Staaten) und anderen aus. Die Bewegung der Nichtpaktgebundenen wurde neu belebt, besonders unter der kürzlich zu Ende gegangenen Präsidentschaft Kubas. In der internationalen Klimapolitik bringen Bolivien und andere Staaten die Stimme der indigenen Völker zu Gehör, die zu Recht die verschwenderische „westliche“ Lebensweise für den Kollaps der Ökosysteme verantwortlich machen und nicht zulassen wollen, dass die schwächsten Länder die Lasten des Klimawandels tragen müssen. Im September 2006 nahmen Brasilien und Argentinien Gespräche auf, in denen es um die Ersetzung des Dollars in ihren Handelsbeziehungen durch eine nationale Währung geht, eine Debatte, die durch die gegenwärtige Krise neue Anstöße erhalten hat. Mit der Bank des Südens entsteht eine regionale Alternative zum IWF, zur Weltbank und zur Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID). Ecuador hat eine Revision seiner Auslandsschulden vorgenommen und nachgewiesen, dass sie zum größten Teil unrechtmäßig zustande gekommen sind (durch

Korruption, fehlende Autorisierung, regelwidrige Umschuldungen, überhöhte Zinsen, nachträgliche Vertragsänderungen u.a.). Darauf hat das Land ein Zahlungsmoratorium erklärt, ein Beispiel für andere Schuldnerländer, das zugleich das Schuldenproblem wirkungsvoll erneut auf die internationale Tagesordnung setzt.

Viele Anzeichen signalisieren, dass die Länder Lateinamerikas den USA die Gefolgschaft zu verweigern beginnen und nicht mehr bereit sind, sich bedingungslos ihrer Politik unterzuordnen. Dies kam besonders auf den jüngsten OAS-Tagungen zum Ausdruck. Undenkbar wäre noch vor wenigen Jahren gewesen, dass sich die Vertreter der lateinamerikanischen Staaten auf einer OAS-Tagung einheitlich mit der Forderung, den Beschluss von 1962 über den Ausschluss Kubas aus dieser Organisation aufzuheben, gegen die USA stellen, wie Anfang Juni 2009 auf der OAS-Generalversammlung in San Pedro Sula geschehen. Im März 2008 wurde auf Grund der Zuspitzung des Konfliktes zwischen Kolumbien einerseits und Venezuela und Ecuador andererseits die Schaffung eines Verteidigungsrates für Südamerika, dem die USA nicht angehören sollen, in Angriff genommen. Und die Regierung von Rafael Correa in Ecuador kündigte den USA die Nutzung der Militärbasis Manta an der Pazifikküste auf, von der aus der Andenraum überwacht wurde. Die Mehrheit der lateinamerikanischen Länder lehnte eine Beteiligung an den von den USA geführten Kriegen in Irak und Afghanistan ab.

Während des außerordentlichen Treffens der ALBA-Staaten in Cumaná, Venezuela, vom 16. bis 17. April 2009 wurde nochmals die Notwendigkeit einer stärkeren Integration Lateinamerikas unterstrichen. Venezuela gewährt in diesem Sinne anderen Staaten eine großzügige Unterstützung. Während des Treffens wurde ausdrücklich auf die systemischen Ursachen der globalen Wirtschaftskrise und die Verantwortung der entwickelten Länder verwiesen. Gefordert werden Lösungen, die Ergebnis einer umfassenden und partizipativen Debatte unter Beteiligung aller Länder sein müssen, und nicht akzeptiert wird, dass die Entscheidungen der wirtschaftlich stärksten Länder anderen aufgezwungen werden.⁹³

Die weltwirtschaftliche Situation Lateinamerikas und die Auswirkungen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise

Im Kontrast zu dem gewonnenen politischen Selbstbewusstsein steht die Situation Lateinamerikas in der heutigen Weltwirtschaft. Sie drängt die Länder zu Initiativen, die ihre Entwicklungsspielräume erweitern. Lateinamerikas Bedeutung für die Weltwirtschaft ist erheblich (Erdöl, mineralische Ressourcen, 30 Prozent der Weltwasservorräte, Waldreserven, Biodiversität u.a.), es nimmt jedoch darin eine benachteiligte Stellung ein. Es ist voll einbezogen in die Prozesse der neoliberalen Globalisierung, vor allem durch transnationale Unternehmen der Industrieländer, die hier wirtschaften. Die ausländischen Kapitalanlagen in der Region sind im Wachsen.

Trotz zeitweiliger hoher Exportüberschüsse durch hohe Rohstoffpreise ist zwischen 1970 und 2005 der Anteil Lateinamerikas am Welthandel von 10 Prozent auf 5 Prozent gesunken (WTO: Internationale Handelsstatistiken). Insbesondere dramatisch ist der Rückgang des Anteils an verarbeiteten Produkten, während der An-

⁹³ Vgl. Declaración de Cumaná, Declaratoria Final de la VII Cumbre del ALBA, 17. April 2009.

teil Asiens in diesem Bereich von 11 Prozent auf 28 Prozent gewachsen ist. Der Anteil von High-Tech-Elementen an lateinamerikanischen Exporten beschränkt sich auf 14 Prozent (entfällt vor allem auf Brasilien), bei Exporten Ostasiens beträgt er 33 Prozent. Das heißt Lateinamerika hat nicht nur gegenüber den Industrieländern Positionen verloren, sondern auch gegenüber Asien. Es hat ein Rückfall in die Primarisierung stattgefunden, der Anteil von Primärprodukten am Export liegt in Argentinien bei 72 Prozent, in Bolivien bei 83 Prozent, in Chile bei 82 Prozent, in Venezuela bei 87 Prozent usw.

Lateinamerika produziert 40 Prozent mehr Nahrungsmittel, als es braucht. Doch durch die Fehlentwicklung der Landwirtschaft, die einseitige Förderung der auf großen Flächen betriebenen Exportlandwirtschaft haben die Länder teilweise ihre Ernährungssouveränität eingebüßt, die vor allem durch die Familien- und Kleinbetriebe gesichert wird.

Durch den Verkauf der meisten Staatsbetriebe haben die Staaten die Fähigkeit zur Steuerung wirtschaftspolitischer Prozesse weitgehend verloren. 1985-2000 wurde in Lateinamerika Privatisierungen für 80 Mrd. Dollar vorgenommen, der Energiesektor, die Telekommunikation, Banken, Häfen, Autobahnen, Industriebetriebe, öffentliche Dienstleistungen waren davon betroffen. Allein 1990-1995 wurde in Lateinamerika aus dem Verkauf von 694 staatlichen Betrieben ein Privatisierungserlös von 59 Mrd. Dollar erzielt, mehr als die Hälfte des Gesamterlöses in Entwicklungsländern. Der Aufkauf von bestehenden Betrieben bringt jedoch keine Beschäftigungseffekte, sondern eher Freisetzungen von Arbeitskräften durch Rationalisierungen. So führten die Auslandsinvestitionen kaum zur Verbesserung der Beschäftigungssituation, eher im Gegenteil.

Man kann in der Tat von einer "Migration der Ressourcen" sprechen. Von den 500 größten Unternehmen Lateinamerikas sind 46 Prozent in ausländischer Hand. Lateinamerika ist Nettoexporteur von Kapital, der Kapitalexport betrug 2004 77,8 Mrd. US\$, das Doppelte der ausländischen Neuinvestitionen. Dabei wuchs die Verschuldung des Kontinents von 157 Mrd. Dollar im Jahre 1980 auf 830 Mrd. Dollar 2003, in der Zwischenzeit wurden 1 099 Mrd. Dollar Schuldendienst geleistet. Der Schuldenabbau einiger Länder beim IWF schafft Spielraum, löst aber nicht das Verschuldungsproblem. Inzwischen ist infolge der Krise eine neue Welle der Kreditaufnahmen angelaufen. Die Verschuldung El Salvadors übersteigt bereits wieder 40 Prozent des BIP.⁹⁴

Der äußere Sektor der Wirtschaft ist heute um ein Vielfaches entscheidender für die Entwicklung geworden.

Neue Herausforderungen und Gefahren für eine souveräne und nachhaltige alternative Politik auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ergeben sich aus den sich zuspitzenden ökologischen Problemen Lateinamerikas, verstärkt durch die Wende zu Bioenergie und Gentechnik, einschließlich der daraus erwachsenden sozialen und außenpolitischen Konflikte.

⁹⁴ Oscar López, Daniel Trujillo (COLATINO), El Salvador: La deuda del país superaría el 40% del PIB con todos los préstamos, Argenpress.info, 24. Aug. 2009.

Vor diesem Hintergrund sind die wirtschaftspolitischen Ausgangsbedingungen für progressive Veränderungsprozesse somit als schwierig einzuschätzen. Realistisch muss man davon ausgehen, dass die reale Leistungsfähigkeit der meisten lateinamerikanischen Wirtschaften nicht ausreicht, um die immensen sozialen und Entwicklungsbedürfnisse verarmter Gesellschaften zu befriedigen. Umverteilungskämpfe und Konflikte um die Sozialpolitik sind vorprogrammiert, spürbare Entwicklungserfolge bedürfen einer langen Perspektive.

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise erschwert die Weiterführung der Wirtschafts- und Sozialvorhaben in Lateinamerika. Anfangs glaubte man sich gewappnet, da Reformen im Banksektor in vielen Ländern bereits in den vorhergehenden Finanzkrisen erfolgt waren. Inzwischen werden die Probleme sichtbar, die aus der Weltwirtschaft auf Lateinamerika zurückschlagen, vor allem die Verteuerung von Krediten, die Verringerung ausländischer Direktinvestitionen, das Absinken der Rohstoffexporte und ihr Preisverfall; um 30 Prozent gingen die Exporterlöse für Erdöl, Bergbauprodukte und Agrargüter im ersten Halbjahr 2009 zurück. Das bedeutet eine Verringerung der staatlichen Einnahmen, die auch Venezuela, Ecuador, Bolivien und Mexiko erheblich trifft. Dazu kommt der Rückgang der Geldsendungen von Emigranten an ihre Angehörigen (die sog. remesas), die in der letzten Zeit etwa 70 Mrd. Dollar ausmachten und in vielen Ländern ein Wirtschaftsfaktor von großer Bedeutung sind. In Mittelamerika machen sie 18-24 Prozent des BIP aus⁹⁵. Ecuador hat 3 Millionen Arbeitsemigranten (bei 13 Millionen Einwohnern), die ihre Angehörigen unterstützen. Diese Zuflüsse haben sich gegenwärtig bereits um 10-11 Prozent verringert.

Für 2009 rechnet die BID im Maßstab des Kontinents mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 9,5 Prozent⁹⁶ und korrigiert damit Voraussagen der CEPAL nach oben, die ein Anwachsen von 7,8 Prozent auf 8,1 Prozent angenommen hatte. Im April 2009 wurde ein Rückgang der Handelsumsätze Lateinamerikas von 31,8 Prozent zum Vorjahr registriert.⁹⁷ Die Region hat einen Rückgang des Wirtschaftswachstums auf 1,9 Prozent zu erwarten, nach sechs Jahren stabiler Entwicklung um durchschnittlich 4,8 Prozent. Die Wirklichkeit scheint sich aber in einzelnen Fällen weit schlimmer darzustellen: Für Mexiko ist die Krise die schlimmste seit 1932, der Rückgang des BIP betrug im 2. Quartal 2009 bis zu 12 Prozent. Die CEPAL schätzt ein, dass diese Krise dauerhafte und schwer zu überwindende Schäden in den lateinamerikanischen Wirtschaften hinterlassen wird. Dagegen meldete Venezuela trotz zurückgehender Erlöse aus Erdöl- und Aluminiumverkäufen nur leichte Kontraktionen der Wirtschaft von 1 Prozent bzw. 2,4 Prozent im ersten und zweiten Trimester 2009 gegenüber 2008 und sogar Zuwächse in der Landwirtschaft, besonders bei der Nahrungsmittelproduktion, und im Bauwesen, hier durch den öffentlichen Sektor.⁹⁸ Die Arbeitslosenrate (um 7,8 Prozent) ist zum Vorjahr kaum verändert. Die Regierung ordnete aber die Einschränkung unnötigen Aufwandes in der Arbeit der staatlichen Organe an, um Einsparungen zu erzielen.

⁹⁵ Vgl. Torge Löding, Zentralamerika: Die Remesas-Ökonomie offenbart ihre Schwächen, In: GIGA Focus, Nr. 6/2009.

⁹⁶ Alberto Moreno, Präsident der BID, Infolatam, 24. Aug. 2009.

⁹⁷ CEPAL, Crisis dejará secuelas perdurables en la economía real de América Latina, Servicio de información de la CEPAL.

⁹⁸ Angaben der Zentralbank Venezuelas, Venezuela: Crecen la agricultura y el sector de la construcción, Argenpress.info, 24. Aug. 2009.

Die Linksregierungen haben durch Notstandsprogramme zumindest einige Schutzmaßnahmen eingeleitet, so Krediterleichterungen für kleine und mittlere Unternehmer, Steuerentlastungen für produktive Bereiche und die Erhöhung der Kapitalausfuhrsteuer in Ekuador.

Soziale Organisationen wie die MST in Brasilien fordern, die Krise als Chance für ein Umsteuern der Wirtschaftsentwicklung zu nutzen. Sie fordern konsequente strukturelle Veränderungen in Richtung auf ein neues Modell der nationalen Entwicklung, die Kontrolle des spekulativen Kapitals, die wesentliche Reduzierung des Schuldendienstes zugunsten sozialer Zwecke und Infrastrukturmaßnahmen, die Arbeitsplätze schaffen, statt Sanierung der Banken. Sie warnen auch davor, dass die Krise zu einer verstärkten Plünderung der Naturressourcen führen könne.

4. Die Politik der USA gegenüber Lateinamerika, Veränderungen und Konstanten

Die Bedeutung Lateinamerikas für die USA

Die USA haben gegenwärtig die politische Kontrolle über ihren „Hinterhof“ teilweise verloren. Viele Kommentatoren der USA-Politik konstatieren, dass die Epoche der Monroe-Doktrin zu Ende gegangen sei. Der Außenminister Brasiliens, Celso Amorim, drückte diese Tatsache am Vorabend des Treffens der südamerikanischen und Karibikstaaten (ohne USA) in Bahia (Brasilien) im Dezember 2008 mit folgenden Worten aus: „Es ist nicht erforderlich, dass 200 Jahren, nachdem die lateinamerikanischen Länder unabhängig wurden, unsere Länder sich mit ausländischen Mächten (gemeint sind die USA, Spanien, Portugal) treffen müssen. Wir wollen gute Beziehungen zu den USA, aber unser Treffen zeigt die Reife in den Beziehungen zwischen Ländern unterschiedlicher politischer Orientierung in Lateinamerika.“⁹⁹ Es sei auch nicht wünschenswert und nicht möglich, dass die USA ihre Hegemonie gegenüber dem Subkontinent wiederherstellen.

Die ökonomischen Positionen und Einflussmöglichkeiten der USA sind jedoch ungebrochen, ihr politischer und kultureller Einfluss auf große Teile der Oberschichten, auch der Intellektuellen und der Mittelklasse ist immens, insbesondere über die Medien, die zum größten Teil von US-amerikanischen Anbietern dominiert werden. Die Militarisierung der Herrschaftspolitik der USA und die Schaffung neuer militärischer Eingreifmöglichkeiten erhöhen die Gefahren äußerer Interventionen unter beliebigen Vorwänden und Formen. Die „Zusammenarbeit“ der USA mit den Streitkräften Lateinamerikas, die oft an den Regierungen vorbeigeht, wird ständig verstärkt. Die Aktivitäten der US-Geheimdienste in lateinamerikanischen Ländern haben unvorstellbare Ausmaße erreicht und richten sich besonders auf die Anfachung innerer Konflikte.

Denn Lateinamerika hat seine Bedeutung für die USA keineswegs eingebüßt.

Lateinamerika ist nach den arabischen Staaten die wichtigste Bezugsquelle der USA für Erdöl. Aus Mexiko und Venezuelas beziehen sie täglich ca. 4 Mio. Barrel

⁹⁹ „Folha de São Paulo“, 16. Dez. 2008.

Erdöl, das ist ein Drittel ihres gesamten Imports. Lateinamerika verfügt über enorme Wasserressourcen (Amazonasbecken, Wasserreservoir Guaraní mit ca. 50 Mrd. m³ Wasser und einer Ausdehnung von 1,2 Mio. km²). Strategisch wichtig sind ebenfalls einige seltene metallische Rohstoffe und nicht zuletzt die genetischen Ressourcen des Kontinents, d.h. die enorme Biodiversität. In Lateinamerika ist ein erheblicher Teil der Auslandsinvestitionen der USA konzentriert.

Nicht geringe Bedeutung haben die Handelsbeziehungen. Ein großer Anteil des Außenhandels der USA wird mit den südlichen Nachbarn realisiert. Im Vortrag vor einem Komitee des Repräsentantenhauses der USA am 12. März 2003 führte der damalige Kommandant des SouthCom General James T. Hill aus:

„Der Umfang des Handels der USA mit Lateinamerika erreicht ca. 360 Mrd. US\$ im Jahr und kommt damit fast dem Handel mit der gesamten Europäischen Union gleich. Bis 2010 soll er den Handel mit der EU und Japan übertreffen. Daran hängen Millionen Arbeitsplätze und viele Unternehmen in den USA.“¹⁰⁰ Er erwähnte auch die Wasservorräte und die Quellen für pharmazeutische Produkte in Lateinamerika. Den Stand der US-Direktinvestitionen in Lateinamerika und der Karibik, die zu schützen sind, gab er für 2003 mit 270 Mrd. Dollar an, 20 Prozent der US-Auslandsinvestitionen.

US-amerikanische Unternehmen steigerten nach der Öffnung des mexikanischen Marktes durch die NAFTA ihre Handelsgewinne von 180 Mio. US\$ im Jahre 1980 auf 17,2 Mrd. US\$ bereits im Jahre 1997. Nach der Schaffung der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA (USA, Kanada, Mexiko) nahmen die USA schon unter der Clinton-Administration Kurs auf die Schaffung einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA oder in den spanischen Kürzeln ALCA). Nach dem Scheitern dieses Vorstoßes wird nun der Abschluss von Freihandelsverträgen mit einzelnen Ländern betrieben (mit Chile, Kolumbien, Peru, die Länder Mittelamerikas und der Karibik bestehen bereits Freihandelsverträge oder stehen kurz vor der Ratifizierung).

Der Zugang zum USA-Markt ist auch für die lateinamerikanischen Wirtschaften wichtig. Präferenzsysteme im Handel, Sonderquoten für landwirtschaftliche oder Textilexporte in die USA sind wirksame Druckmittel, zum Beispiel um die Beteiligung an der Drogenpolitik der USA zu bewirken, die dann auch US-Geheimdiensten die Türen in die Länder öffnet, oder gegenwärtig auch, um die Zustim-

¹⁰⁰ Bericht des Generals James T. Hill vor dem Komitee über die bewaffneten Kräfte des Repräsentantenhauses der USA am 12. März 2003, zitiert in: P. José Mullighan, *Estadounidenses armados en Ecuador y América Latina*, Altercom, 06. Febr. 2007.

Nach Zahlen über die Armut und die Notwendigkeit von Entwicklungshilfe und internationalen Investitionen zog der General die Schlussfolgerung, dass alles dies militärischen Schutz erfordere, „um die Regierungsfähigkeit in der Region zu sichern“. In einem weiteren Vortrag am 14. Mai 2004 vor dem Kubano-Amerikanischen Nationalrat wurde General Hill noch deutlicher: „Das überzeugendste Argument für ein aktives Engagement in Lateinamerika und dem karibischen Raum ist das ökonomische Gewicht. Der Panamakanal, der strategisch wichtig ist, bleibt ein kritischer Faktor für die wirtschaftliche Gesundheit der USA. Zwei Drittel des Handels, der ihn passiert, sind für die USA bestimmt oder kommen aus ihnen. ... Die direkten Investitionen der USA in Lateinamerika und der Karibik erreichten im vergangenen Jahr mehr als 270 Mrd. Dollar, annähernd 20% der Direktinvestitionen der USA im Ausland.“ Er führte aus: „43% der Bevölkerung Lateinamerikas versinken in Elend und Verzweiflung.“ Auf diesem Nährboden wachsen Gefahren, die „die Sicherheit unseres Handels bedrohen. ... Die Verzweiflung schafft einen fruchtbaren Boden für das Aufkommen eines radikalen Populismus“, der zu einer „nicht-liberalen Demokratie“ führen könne, einer Gesellschaft, die die Freiheit des Privatunternehmens einschränkt, besonders die multinationalen Gesellschaften.

mung zu Freihandelsabkommen zu erzwingen. Die bilateralen Freihandelsverträge geben entsprechend den WTO-Prinzipien den transnationalen Unternehmen freie Bahn für die volle Unterwerfung der Wirtschaften Lateinamerikas unter ihre Interessen, für die Beseitigung der letzten Reste von Schutzmaßnahmen für eine eigenständige Entwicklung; sie verankern den Investitionsschutz, die Gleichbehandlung ausländischer Unternehmen, die Verschlechterung des Umweltschutzes und der Arbeitsrechte. Die mexikanische Wirtschafts- und Politikwissenschaftlerin Ana Esther Ceceña weist anschaulich nach, wie die Interessen an der Sicherung der Märkte und der Zugriff auf Naturressourcen mit einer zunehmenden Militarisierung des Kontinents, dem Ausbau des Systems der Militärstützpunkte der USA verbunden ist.¹⁰¹ Die Militär- und Wirtschaftsprojekte und Vertragssysteme, mit denen die USA Mittel- und Südamerika überziehen, vom Plan Puebla-Panamá/ Projekt Mesoamerika, Plan Colombia, Iniciativa Andina bis zu den Verkehrs- und Erschließungsprojekten in Richtung auf den Amazonas bilden ein komplettes System der Kontrolle der Bevölkerung, der Kommunikationswege, der Flusssysteme, der Datenübertragung.

Die Herrschaft über Lateinamerika gehört zu den Grundlagen der Vormacht der USA in der Welt, und Meinungen, dass das Engagement der USA in anderen Teilen der Welt ein sinkendes Interesse an Lateinamerika oder mangelnde Handlungsfähigkeit in dieser Region mit sich bringe, wohl auch die Linkstrends erst ermöglicht habe, zeugen von Realitätsferne, auch von Unkenntnis dessen, was unterhalb der Schwelle direkter Militärintervention in den Beziehungen der USA zu ihren südlichen Nachbarn in den letzten Jahren festgeschrieben wurde. Noch nie war die geheimdienstliche Durchdringung, militärische Überwachung und wirtschaftliche Fesselung Lateinamerikas so intensiv wie heute. Verstärkt hat sich jedoch der Widerstand dagegen.

Die westliche Hemisphäre in der neuen Sicherheitsstrategie der USA

Seit Mitte der 90er Jahre verfolgen die USA als Konsequenz aus der veränderten Lage in Lateinamerika eine Strategie der „Beherrschung des gesamten Spektrums“, d.h. Prävention von möglichen Krisen und Unruhen, eine Politik der Abschreckung, Verfolgung von progressiven Kräften und Kontrolle sozialer Bewegungen und, wenn erforderlich, ihre Bekämpfung. Es ist eine umfassende Strategie des Strebens nach Sicherung ihrer Vorherrschaft, die nicht ausschließlich nur auf die militärische Variante setzt.

In der im März 2006 veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie der USA werden der Platz und die Rolle der „westlichen Hemisphäre“ eindeutig bestimmt: Sie stellt die Hauptlinie in der „Verteidigung der nationalen Sicherheit“ der USA dar.

Erkennbar wird die neoliberale Orientierung, wenn „die Schaffung offener Märkte, Finanzstabilität und die weitere Einbeziehung des Kontinents in die Weltwirtschaft“ postuliert werden. „Unsere Strategie zielt auf die Vertiefung der Beziehungen zu Kanada und Mexiko, die Durchsetzung gleicher Werte und einer kooperativen Politik, die auf die gesamte Region ausgedehnt werden kann.“ „In unserer

¹⁰¹ Vgl. Ana Esther Ceceña, América Latina en la geopolítica del poder, in: Alternatives Sud: Les dessous de l'ALCA, vol. X, núm. 1, Paris: CETRI-L'Harmattan, S. 35-54.

Hemisphäre wollen wir die Vision einer Amerikanischen Freihandelszone durchsetzen“¹⁰², wie sie schon in der Gestalt der Nordamerikanischen (NAFTA) und der Mittelamerikanischen (CAFTA) existiert. Weiter geht es um die Vertiefung der Zusammenarbeit „mit regionalen Führungsmächten“, um ihr Engagement für Demokratie zu stärken. Und faktisch drittens und deutlich: „Wir wollen versuchen, Einfluss auf Überlegungen zu nehmen, auf Grund derer sie ihre Entscheidungen treffen. Wir müssen entsprechend reagieren, wenn Staaten unkluge Entscheidungen treffen.“¹⁰³

Die Aussagen der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ erscheinen als Neuauflage der Monroe-Doktrin für das 21. Jahrhundert. Die USA erklären den gesamten lateinamerikanischen Kontinent zu ihrem Einflussgebiet. Veränderte Kräfteverhältnisse in der Welt und größere Eigenständigkeit der Staaten Lateinamerikas lassen aber eine solche Politik nicht mehr zu. Inzwischen wurden Tatsachen geschaffen, die den Einfluss der USA auf dem Kontinent einschränken. Das bedeutet eine Zunahme von Spannungen in diesen Beziehungen.

Die von der Bush-Administration eingeleiteten politischen Initiativen, sich mit diplomatischen Mitteln stärker den lateinamerikanischen Ländern zuzuwenden, blieben Einzelaktionen, so die Lateinamerikareise von Bush im März 2007, die vor allem darauf hinwirken sollte, Venezuela zu isolieren. Die Allianzen mit Kolumbien und Mexiko wurden ausgebaut. In die gleiche Richtung zielte die Reise 2007 nach Brasilien. Mit der Regierung Lula wurden Verträge über die Lieferung von Bioalkohol abgeschlossen.

Die zentrale Zone der US-Interessen umfasst das Gebiet der Karibik und des Amazonasbeckens in seiner ganzen Ausdehnung. Zu verfolgen ist das am Ausbau US-amerikanischer Militärbasen von Guantánamo bis Feuerland. Nach der erzwungenen Aufgabe des Panamakanals haben die USA neue Basen in Puerto Rico (Roosevelt Roads), El Salvador (Comalapa), Ekuador (Manta), Peru (Iquitos und Nanay im Amazonasgebiet), Aruba (Reina Beatriz), Curaçao (Hato Rey), Haiti geschaffen und über den gesamten Kontinent Radar- und Beobachtungsstationen verteilt. Dazu gehört auch ein Vertrag über den Bau einer Basis in Feuerland. Der Griff nach der brasilianischen Militärbasis in Alcántara scheiterte, weil Regierung und Militär Brasiliens den Abschluss eines Vertrages verhinderten (Alcántara ist die Raketenversuchsbasis Brasiliens). Älteren Datums bereits sind die Stützpunkte Guantánamo und in Honduras Soto Cano. Aber USA-Einheiten sind an vielen weiteren Orten stationiert, angeblich mit „humanitären“, „Drogenbekämpfung“-“, „ökologischen“ oder „Forschungs“aufgaben. Die Truppenpräsenz der USA in Lateinamerika beträgt 8 500 – 10 500 Mann¹⁰⁴, dazu kommen die Kräfte in Kolumbien. Aber die Hauptrolle für die USA spielt nicht die Stationierung größerer Einheiten, sondern die Einstellung auf schnelle Truppenverlegungen, die Koordinierung ihrer Aktionen und ihre schnelle Einsatzbereitschaft, die Einrichtung der sog. FOLs (Forward Operating Locations).¹⁰⁵

¹⁰² The National Security Strategy of the United States of America, März 2006, S. 28.

¹⁰³ Ebenda, S. 37.

¹⁰⁴ Angaben nach Tom Barry, Mission 'Creep' in Latin America – U.S. Southern Command's New Security Strategy, July 2005.

¹⁰⁵ „Unter den neuen Bedingungen des Krieges wird der Typ von Militärbasen, wie sie während des Kalten Krieges existierten, große Konzentrationen von Menschen und Apparaten, die fest installiert und unbeweglich waren, ersetzt durch ein flexibleres Modell, wie aus dem Bericht ‚Global en

Das Epizentrum dieser kritischen Zone ist Kolumbien, seit 50 Jahren Schauplatz von Aktionen einer Guerillaarmee, die historisch aus der Selbstverteidigung von Bauernorganisationen gegen staatlichen Terror entstanden ist. Nach dem Ausbleiben von Erfolgen der Aufstandsbekämpfung „mit niedriger Intensität“ wurde mit dem Plan Colombia 2000 ein Strategiewechsel eingeleitet, der das Schwergewicht auf die Kombination politischer und militärischer Mittel legt. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Drogenhandel wird ein Antiterrorismuskampf geführt, der vor allem die Zivilbevölkerung, vermutete Unterstützer der Guerilla, schwer in Mitleidenschaft zieht, um den Guerillakämpfern ihr Hinterland zu nehmen. An den bewaffneten Auseinandersetzungen in Kolumbien sind die USA militärisch direkt beteiligt. Die US-Hauptbasis befindet sich in Tres Esquinas (Südkolumbien). Daneben existieren noch drei weitere, von denen die Basis Hacienda Larrandia (Florencia) der „technischen Aufklärung“ (sprich Spionage) dient. Das US-Militärpersonal in Kolumbien beträgt insgesamt 800 Armeeeingeborene und 600 „Kontraktkräfte“, d.h. Söldner privater Militärunternehmen.¹⁰⁶ In einem Ende Juli 2009 abgeschlossenen Vertrag gewährt Kolumbien den USA – nach der erzwungenen Räumung der Basis Manta in Ekuador – zusätzlich die Nutzung von drei weiteren Militärbasen auf seinem Territorium (Malambo an der kolumbianischen Karibikküste, Palenquero in Zentralkolumbien, Apiay im Südosten).

Der Plan Colombia II weitet diese Strategie auf den gesamten Andenraum aus. Der Aufbau der Militärbasen mit Nähe zu Venezuela verdeutlicht den Versuch, sich in der Nordregion des Kontinents Interventionsmöglichkeiten zu erhalten. Begleitet werden diese Maßnahmen mit einer verstärkten militärischen Aufrüstung Kolumbiens, das damit auch zukünftig das instabile Zentrum des Nordens des Kontinents und der Karibik bleibt.

Plan Colombia II zielt aber auch auf den Ausbau der militärischen Präsenz im Raum Paraguay. Die US-Strategie betrachtet Paraguay als geografische Schlüsselposition im Südkegel des Subkontinents, strategisch wichtig, weil im Länderdreieck Brasilien – Argentinien – Paraguay der Zugang sowohl zu den Andenländern (Bolivien, Ekuador) als auch der Zugang zu Südbrasilien und dem Amazonasbecken gegeben sind. In Paraguay wurde seit Januar 2006 die Basis Mariscal Estigarribia ausgebaut und zur Landung großer Truppentransporter geeignet gemacht.

Die Aufrüstung Kolumbiens erregt immer mehr Befürchtungen der Nachbarländer. Der mexikanische Publizist Pedro Echeverria zitiert chilenische Militärs: „Kolumbien ist gefährlicher als ein Flugzeugträger mit F-16-Jagdbombern. Es hat Zugang zu Satellitentechnik der USA, die es ihm ermöglicht, Operationen an jedwe-

Route Strategy' der Luftwaffe der Vereinigten Staaten vom April 2009 hervorgeht. Es handelt sich darum, über die Nutzung von Einrichtungen vor allem für den Lufttransport verfügen zu können, die die Kontrolle aus der Entfernung und die Abschreckung ermöglichen, während die direkte Intervention für außergewöhnlich kritische Situationen vorbehalten bleibt. In diesem Sinne ist es für die Supermacht vor allem interessant, mit der Kooperation von Regierungen in der Region rechnen zu können, die die Installation von Radareinrichtungen und Überwachungssystemen, die Nutzung von Flughäfen und Häfen gestatten, was viel entscheidender ist als die direkte militärische Präsenz, die mit der modernen Technologie innerhalb von Stunden hergestellt werden kann.“ Raúl Zibechi (IRCAMERICAS), Sudamérica: Las bases en Colombia y la disputa por los bienes comunes, Argentinia, 21. Aug. 2009.

¹⁰⁶ „Pagina 12“, Buenos Aires, 17. März 2009.

dem Ort in Realzeit aufzuklären und zu überwachen. Kein anderes Land der Region ist dazu in der Lage.“¹⁰⁷

Auf die Absicht zur Schaffung von drei weiteren Militärbasen der USA in Kolumbien, womit die USA dort über sieben Stützpunkte verfügen würden, haben die anderen Staaten mit Ausnahme Perus sehr deutlich reagiert. Die Präsidenten Brasiliens und anderer Länder zeigten sich beunruhigt und sprachen von möglichen Problemen für die südamerikanische Region. „Das, was sich vorerst als Zuspitzung des Konfliktes zwischen Venezuela und Kolumbien darstellte, verwandelt sich in ein Problem für die Region,“ schreibt die argentinische Zeitung Pagina 12.¹⁰⁸ Präsident Chávez, enttäuscht von der zögernden Haltung einiger Mitglieder der UNASUR auf ihrer Tagung in Quito (Uruguay, Chile und andere Staaten wollen vor einer schärferen Stellungnahme erst noch den USA-Präsidenten konsultieren), sprach sich deutlicher aus: „Winde des Krieges erheben sich über Lateinamerika.“ Venezuela sieht die Gefahr einer Aggression, die zu einem Konflikt von unkalkulierbaren Ausmaßen führen kann. Die Kriegsgefahr wurde auch von den Präsidenten Brasiliens und Argentiniens benannt. „Was Brasilien beunruhigt, ist eine starke militärische Präsenz, deren Ziel und Kapazität über innere Erfordernisse Kolumbiens weit hinausgehen könnte“, äußerte der brasilianische Außenminister, Celso Amorim.¹⁰⁹

Große Besorgnis erweckte die Reaktivierung der IV. USA-Flotte im April 2008, die während des 2. Weltkrieges die Küsten Südamerikas zu bewachen hatte und 1950 aufgelöst worden war. Der Schritt rief in Lateinamerika Kritik fast aller Staaten hervor und löste diplomatische Aktivitäten aus; Brasilien, das seine Interessen in Amazonien und seine neuen Erdölgebiete vor der Küste bedroht sieht und dabei ist, ein Atom-U-Boot zu bauen, verbat sich jedes Auftauchen der US-Flotte in seinen Gewässern und ließ seine Bedenken den damaligen Präsidentschaftskandidaten McCain und Obama übermitteln. Die Reaktivierung der IV. Flotte wurde mit den verschiedensten Aufgaben begründet: humanitäre Hilfe (die Flotte verfügt über ein Lazarettschiff), Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zu lateinamerikanischen Seestreitkräften, Kampf gegen Terrorismus, Drogenhandel und Piraterie, Eindämmung der illegalen Migration, auch damit, dass die US-Marine ihre Spezialerfahrungen in Operationen von Flüssen aus ihren lateinamerikanischen Kollegen vermitteln könnte. Professor Der Ghougassian von der Universität San Andrés (Buenos Aires), Spezialist in internationalen Sicherheitsfragen, ist sich sicher, dass zwei Motive ausschlaggebend waren: „die Entstehung der sogenannten populistischen Regierungen in Lateinamerika und die Naturre Ressourcen, in einer Zeit, in der Nahrungsmittel, Süßwasserreserven und energetische Ressourcen einen sehr bedeutsamen strategischen Wert erlangen“.¹¹⁰

Zum Kommandanten der IV. Flotte wurde Konteradmiral Joseph Kernan ernannt, der als Angehöriger der Elitegruppe SEAL (Sea, Air, Land), speziell für irreguläre Operationen, Aufstandsbekämpfung und Aufklärung in Vietnam, Kambodscha, Laos, Irak, Afghanistan Erfahrungen gesammelt hat. Zum Flottenverband gehört auch ein Flugzeugträger mit Nuklearantrieb.

¹⁰⁷ Pedro Echeverría, México, como Colombia, de Estado policíaco/militar a base de operaciones yanquis, Argenpress.info, 14. Aug. 2009.

¹⁰⁸ „Pagina 12“, 01. Aug. 2009.

¹⁰⁹ „Folha de São Paulo“, DPA, Brasília, 02. Aug. 2009.

¹¹⁰ Zitiert nach: Gustavo Herren, El Bicentenario nos encontrará unidos o dominados... la Cuarta Flota de los Estados Unidos, Argenpress.info, 17. Juli.2008.

Der Staatsstreich in Honduras, der nachweislich mit USA-Hilfe vorbereitet und durchgeführt wurde (der entführte Präsident wurde zunächst auf die Militärbasis Soto Cano gebracht, die von US-Militär genutzt wird), entspricht mit seiner Absicherung durch staatliche Institutionen, die eigentlich das Recht schützen sollen, auffallend dem Profil der Unterweisungen an den „Internationalen Akademien für die Anwendung des Rechts“ (ILEA), die das State Department zur Ausbildung von Polizeikräften, Richtern und Justizbeamten im Kampf gegen den Terrorismus seit 2003 eingerichtet hat. Sie sollen „die demokratische Regierbarkeit ... unterstützen, das Funktionieren freier Märkte durch ... eine bessere Anwendung der Gesetze verbessern und die soziale, politische und ökonomische Stabilität erhöhen ...“¹¹¹ Die ILEA für Lateinamerika befindet sich in El Salvador. Die US-Entwicklungsagentur USAID, das von McCain geführte International Republican Institute (IRI) und die faktische State Department-Stiftung NED geben erhebliche Summen für „externe Demokratieförderung“ in Honduras aus (auch die Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP bewegte sich in diesen Fahrwassern, wie bekannt geworden ist). Zumindest das State Department, das Pentagon und der USA-Botschafter in Tegucigalpa standen hinter den Putschisten.¹¹²

Atilio Boron machte diese Hand der USA hinter dem Putsch deutlich: „Erinnert sei daran, dass die Streitkräfte von Honduras in den 80er Jahren völlig umstrukturiert und ‚umerzogen‘ wurden, als in Honduras niemand anderes als John Negroponte US-Botschafter war. Dessen ‚diplomatische‘ Laufbahn führte ihn in so unterschiedliche Länder wie Vietnam, Honduras, Mexiko und Irak, um danach mit einer Supergeheimdienstbehörde in Washington betraut zu werden. Von Tegucigalpa aus überwachte er persönlich die terroristischen Operationen, die gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua ausgeführt wurden, und förderte die Schaffung einer Todesschwadron, besser bekannt als Bataillon 316, die Hunderte von Menschen in Honduras entführte, folterte und tötete. ... Selbst die Presse in den USA informierte darüber, dass Negroponte zwischen 1981 und 1985 mit dem Waffen- und Drogenhandel verquickt war, um Todesschwadronen zu bewaffnen. Die Streitkräfte aus dieser Zeit sind es, die heute Zelaya absetzten.“¹¹³

Bemerkenswert für die Beurteilung der Ereignisse in Honduras ist die Tatsache, dass sich fast alle lateinamerikanischen Länder gegen die Putschisten ausgesprochen haben und die OAS Sanktionen gegen Honduras beschlossen hat.

Man geht in der lateinamerikanischen Linken davon aus, dass mit diesem Staatsstreich, zusammen mit den oben angeführten Tatsachen, die organisierte Gegenoffensive der USA und der einheimischen Ultrarechten gegen die Linkstrends in der Region eröffnet worden ist. Es wäre für alle demokratischen Regierungen eine offene Bedrohung, wenn sich die Putschisten in Honduras in der Macht festigen könnten.

¹¹¹ <http://www.state.gov/p/inl/ilea/c11242.htm>

¹¹² Eva Golinger, Washington y el golpe de Estado en Honduras: aquí están las pruebas, „Rebelión“, 13. Juli 2009.

¹¹³ Atilio Borón, Der Putsch, Servicio Informativo „ALAI-Amlatina“, 28. Juni 2009. Übersetzung: Bettina Reis, aus: *ila*, Nr. 327.

Obama – Hoffnungsträger auch in Lateinamerika?

Mit großer Spannung wurde auch in Lateinamerika das Ergebnis der USA-Präsidentenwahlen 2008 erwartet. „Die Zeit der USA als dominierende Macht in Lateinamerika ist beendet.“ So wird in Lateinamerika ein Satz aus einer Analyse des „Rates für Auswärtige Beziehungen“ der USA zitiert, der für die Obama-Administration Vorschläge für die zukünftige Gestaltung der Beziehungen mit Lateinamerika bereithält. Der seit 1921 existierende einflussreiche Rat erklärte die bisherige Politik der USA für Lateinamerika für gescheitert und empfiehlt, sich auf die neuen Gegebenheiten Lateinamerikas mit mehr Flexibilität, Eingehen auf die „sozialen Forderungen“ und nationalen Ambitionen einzustellen.¹¹⁴

Im Vorfeld der Präsidentenwahl in den USA wurden von Obama Äußerungen zu Lateinamerika bekannt, die in Lateinamerika ein sehr differenziertes Echo fanden. Obama beschuldigte G.W. Bush faktisch, Lateinamerika verloren zu haben. Die Aussagen zu Kuba und zur möglichen Aufhebung des Embargos waren indifferent. Obama äußerte, dass andere Mächte, wie die Europäische Union und China, versuchen, das entstandene Vakuum auszufüllen. Hugo Chávez wurde von ihm als Demagoge bezeichnet. Das ganze 13 Seiten umfassende Konzept Obamas für Lateinamerika („A New Partnership for the Americas“) hat wenig Substanz, es beschwört die „Politik der guten Nachbarschaft“ in Anlehnung an Roosevelt.

In Lateinamerika werden allgemein als Bedingungen für ein neues Verhältnis Lateinamerika - USA die Aufgabe der Blockade gegen Kuba, die Respektierung der durch demokratische Prozesse entstandenen Veränderungen in lateinamerikanischen Ländern, das Abgehen von militärischen Interventionsplänen und Korrekturen in der Migrationspolitik der USA angesehen. Neben einer neuen Kuba-Politik wird besonders eine Normalisierung der Beziehungen zu Venezuela und Bolivien von Obama erwartet. (beide Länder haben 2008 die USA-Botschafter wegen der Begünstigung konspirativer Umtriebe ausgewiesen, Bolivien suspendierte die Aktivitäten der US-Drogenbehörde DEA im Lande).

Die reale Gestaltung der Beziehungen zu Lateinamerika seitens der Obama-Administration rückte unter diesen Gesichtspunkten verstärkt in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die New York Times urteilte im November 2008: „G. W. Bush hat so viel Chaos und Vorbehalte in der Welt hinterlassen, dass sein Nachfolger Barack Obama Lateinamerika vorerst zweitrangig behandeln wird.“ Sie schätzt aber gleichzeitig ein, dass „sich eine einzigartige Möglichkeit ergibt, die Beziehungen zur Region zu verbessern, da die Beziehungen ohnehin schlecht sind und es erst einmal wenig Anstrengungen kosten wird, mit etwas gutem Willen Fortschritte im Sinne der amerikanischen Werte zu erreichen.“¹¹⁵ Die Möglichkeit könne sich aus der Tatsache ergeben, dass die internationale Krise Venezuela und anderen Ländern wirtschaftliche Schwierigkeiten bereiten könnte.

Das Treffen der ALBA-Staaten in Cumaná, Venezuela, vom 16. bis 17. April 2009 war gleichzeitig eine Vorbereitung auf den Amerikagipfel in Trinidad/Tobago Ende April 2009, an dem sich alle der UNASUR angehörenden Länder (außer Kuba) beteiligten. Das Gipfeltreffen erscheint im Lichte der gegenwärtigen Weltlage und

¹¹⁴ Greg Gradin, Professor an der Universität New York, in ALAI-AMLATINA, 31. Juli 2009.

¹¹⁵ New York Times, zitiert von BBC Brasil, 28. Nov. 2008.

der Weltwirtschaftskrise vor allem als Versuch einer Neubestimmung des Verhältnisses der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder zu den USA. Es war das erste Zusammentreffen mit dem neuen US-Präsidenten Barack Obama. Antworten wurden auf dringende Fragen erwartet: Neugestaltung der Beziehungen des Kontinents zu den USA, Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise und die Beziehungen zu Kuba. Der Verlauf des Gipfeltreffens zeigte, welchen Stellenwert die lateinamerikanischen Staaten den zukünftigen Beziehungen mit den USA einräumen. Ihre Forderungen sind eindeutig: Sie wollen, dass die Industriestaaten und insbesondere die USA ihre Verantwortung für die Bewältigung der Krise übernehmen. Das Treffen war ein Zeichen gewachsenen Selbstbewusstseins und der veränderten Lage in den Beziehungen zu den USA.

USA-Präsident Barack Obama beschränkte sich vornehmlich aufs Zuhören. Es scheint ein Zeichen von Verunsicherung, wenn ein USA-Präsident sich vorerst zurückhält. Sicher ist aber auch, dass in den führenden Kreisen der USA eine Auseinandersetzung um die Gestaltung einer kohärenten Strategie gegenüber Lateinamerika geführt wird.

Der Putsch in Honduras Ende Juni 2009 gegen den gewählten Präsidenten Zelaya und die Reaktionen in den USA darauf sind offenbar Ausdruck der in den herrschenden Kreisen der USA geführten Auseinandersetzung um die Gestaltung der Beziehungen zu Lateinamerika. Während das offizielle Washington sich zurückhaltend äußerte und den Putsch quasi verurteilte, stehen neokonservative Kreise hinter den Putschisten um Micheletti. Der brasilianische Historiker Luiz Alberto Moniz Bandeira ist wie viele andere Kommentatoren der Auffassung, dass „der Sturz Präsident Manuel Zelayas mit Unterstützung von Teilen der CIA und des Pentagon realisiert wurde, die sich gegen die Politik des Präsidenten Obama stellen und ihm Schwierigkeiten auf internationaler Ebene schaffen wollen. Die honduranischen Militärs hätten sich nicht gewagt, den Putsch auszuführen, wenn sie nicht über die Unterstützung dieser Sektoren verfügt hätten.“¹¹⁶

Unter diesen Umständen beobachtet man in Lateinamerika die weiteren strategischen Entscheidungen, die Obama treffen wird, mit wenig Hoffnung auf eine Wendung zu einem neuen Anfang in den Beziehungen. Für einige Kommentatoren ist das Urteil schon klar: „Eine neue Ära der Expansionspolitik kommt auf Lateinamerikazu.“¹¹⁷

Ob aber Barack Obama eine Um- oder Neuorientierung der US-Strategie gegenüber Lateinamerika durchzusetzen vermag oder seine Gegenspieler sich als stärker erweisen, der Widerstand gegen alle diese Planungen und militärischen Herrschaftsprojekte kann nur von den Völkern getragen werden. Es ist ein Kampf um das Leben, der die verschiedensten Bewegungen vereint, von den Zapatisten bis zur MST Brasiliens und den Mapuche in Chile.

¹¹⁶ Interview IHU mit Moniz Bandeira, 20. Juli 2009, Bandeira ist emeritierter Professor an der Universität Rio de Janeiro und Brasília, lebt z.Z. in Heidelberg als Honorarkonsul Brasiliens.

¹¹⁷ Diego Olivera (BAROMETRO INTERNACIONAL), Obama apoya al Plan Colombia y las nuevas bases militares. Estados Unidos enfila su guerra sucia contra Venezuela, Argenpress.info, 21. Aug. 2009.

5. Die Beziehungen Chinas zu Lateinamerika

Neue Konstellationen ergeben sich aus den verstärkten Aktivitäten Chinas und anderer neuer Partner in Lateinamerika. Mit China, auch mit Indien und Iran entwickelt sich eine wachsende Zusammenarbeit, die sich auch im gemeinsamen Auftreten in internationalen Gremien niederschlägt. In diese Kooperation tritt zunehmend auch Russland ein. In diese Kooperation tritt auch Russland ein, das sich früheren Partnern in Kuba und Peru wieder zuwendet, aber auch an Brasilien großes Interesse zeigt und mit Venezuela bereits eine umfangreiche Zusammenarbeit eingeleitet hat. Russland strebt eine Verdoppelung seines Außenhandelsvolumens mit Lateinamerika an, das gegenwärtig bei 11 Mrd. US\$ liegt.

Schon 1988 erklärte Deng Xiaoping eine Lateinamerikareise, die er unternahm, zum Beginn des „Pazifischen Jahrhunderts“, mit ihr sollte eine neue Etappe der Süd-Süd-Beziehungen eingeläutet werden. Er erkannte vor allem das schnelle Wachstum lateinamerikanischer Länder als ein Potential. Realisierte China 1990 mit Lateinamerika einen Handelsaustausch in Höhe von drei Mrd. US\$, so waren es 2005 ca. 50 Mrd. US\$ im Import und Export, und dieser Austausch war 2008 auf mehr als 111 Mrd. US\$ angestiegen.¹¹⁸ China ist kürzlich zum ersten Handelspartner Brasiliens aufgestiegen und hat die USA von diesem Platz verdrängt. Gleichzeitig steigerte China seine Kapitaldirektinvestitionen in Lateinamerika von ca. fünf Mrd. US\$ im Jahre 2005 auf gegenwärtig 25 Mrd. US\$. Die lateinamerikanischen Exporte nach China betragen schon 2004 56 Mrd. US\$. Davon sind 80 Prozent Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Brasilien (Soja), Peru, Chile und Argentinien. Zustande gekommen sind eine Reihe gemeinsamer Projekte in Form von joint ventures. Diese bestehen vor allem in der gemeinsamen Erschließung und Ausbeutung von Rohstoffen, z.B. Kupfer in Chile und Peru, Eisen in Peru, Eisen und Stahl in Brasilien, Nickel auf Kuba oder Aluminium mit Jamaika, aber auch in Infrastrukturvorhaben (Eisenbahnbau) und Vorhaben der industriellen Verarbeitung von Rohstoffen, besonders mit Venezuela. Inzwischen hat sich eine Zusammenarbeit auf technologischen Gebieten mit Brasilien entwickelt, die sich auf die Luftfahrt, die Raumtechnik und den gemeinsamen Bau von Satelliten konzentriert. Am 30 Oktober 2008 schickte China einen (in China gebauten) Telekommunikationssatelliten Venezuelas ins All. Gegenwärtig betreibt China ökonomisch-technische Zusammenarbeit mit 16 Ländern des Kontinents.

Nach den Besuchen hochrangiger Vertreter der chinesischen Seite besuchten sowohl Lula da Silva als auch Hugo Chávez mehrmals die Volksrepublik China. Mit dem Präsidenten Brasiliens wurde der Abschluss eines Freihandelsabkommens und Schritte zum Abschluss eines Vertrages mit dem MERCOSUR eingeleitet. Vereinbart wurde mit Brasilien ein 10-Mrd.-Investitionsabkommen in Energie- und Infrastrukturprojekte. China wird Investitionen in Höhe von 350 Mio. US\$ in Venezuela vornehmen, die zum Aufschluss neuer Erdölfeldern eingesetzt werden. 60 Mio. US\$ werden in die Gasförderung investiert. China importiert täglich aus Venezuela 100.000 Barrel Erdöl, 3 Mio. t Benzin und 1,8 Mio. t Ölemulsionen. Geplant ist, die Erdöllieferungen bis 2015 auf eine Million Barrel pro Tag zu steigern. Chávez sprach nach seinem Chinabesuch im April 2009 vom Bau venezolanischer Raffinerien in China und von einem gemeinsamen Unternehmen für den Öltrans-

¹¹⁸Xinhua, 28. Okt. 2008.

port zur See. Chinas Führung erklärte, dass sie bereit ist, in den nächsten Jahren 100 Mrd. US\$ in Projekte in Lateinamerika anzulegen.

Im Oktober 2008 ist China Vollmitglied der Interamerikanischen Entwicklungsbank geworden, in der es schon seit 1991 Beobachter war, es bestimmte seine Einlage u.a. für den Fonds weicher Kredite im Bereich der Klein- und mittleren Unternehmen in Ländern wie Nicaragua, Bolivien und Haiti. Die BID ist der größte Kreditgeber in Lateinamerika und der Karibik. Das II. Unternehmertreffen China – Lateinamerika im Oktober 2008 in Charbin war mit 800 hochrangigen Teilnehmern besetzt.¹¹⁹

China setzt auf die Sicherung seiner Rohstoffinteressen und den Export seiner Billigwaren, d.h. Textilien, Elektronik und Haushaltswaren. Realisiert wird diese Politik mit der direkten Investition von Kapital. Die Bedingungen, unter denen dieses Engagement stattfindet, werden in Lateinamerika als Alternative, die beiderseitigen Nutzen sichert, zur Kooperation mit transnationalen Konzernen bewertet. „Für die Lateinamerikaner stellt China eine neue ‚Handelsoption‘ außerhalb des amerikanischen Dickichts von Normen und Vorschriften dar, und China knüpft an die Geschäfte keinerlei politische Auflagen.“¹²⁰ Es drängt lateinamerikanische Länder allerdings, die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan einzustellen. „Aber China hält sich mit der politischen Instrumentalisierung seiner Auslandsinvestitionen zurück.“¹²¹

China tritt in Lateinamerika immer stärker als politischer Partner auf. Es ist bereits seit 2004 Beobachter in der OAS und in der CEPAL (UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik). Präsident Hu unternahm innerhalb von vier Jahren drei Lateinamerikareisen. Es gibt Dialoge auf Ministerebene und vielfältige andere Formen einer pragmatischen Zusammenarbeit. Die chinesische Regierung hat im November 2008 erstmalig in der Geschichte ein Dokument über ihre Politik gegenüber Lateinamerika und dem karibischen Raum veröffentlicht. Es bekennt sich zu einer Kooperation auf verlässlicher Grundlage und zum gegenseitigen Vorteil. Im politischen Bereich haben beide Seiten oft identische Interessen und Standpunkte. China unterstützte die Errichtung der 200-Meilen-Zone, setzte sich für die Souveränität des Panamakanals ein (die Regierung Panamas verkaufte die Rechte zum Betreiben der Häfen an chinesische Firmen), vertritt gemeinsam mit den lateinamerikanischen Ländern das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Es unterhält zu 24 Staaten der Region diplomatische Beziehungen und tritt für Multilateralismus und gleichberechtigte Handelsbeziehungen ein. Seine Annäherung an Venezuela gilt einem Land, dessen antiimperialistische Haltung bekannt ist. In der lateinamerikanischen Linken sind chinesische Gäste bei fast allen großen Zusammenkünften gern begrüßte Partner.

China realisiert mit dem Ausbau seiner Beziehungen zu Lateinamerika (und auch zu Afrika) eine Entwicklungsstrategie aufholender Ökonomie, die „relativ stabile globale Kräfteverhältnisse in Frage stellen“¹²² kann, sodass „virulente Konkurrenz-

¹¹⁹ Ebenda.

¹²⁰ Parag Khanna, „Der Kampf um die Zweite Welt – Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung“, Berlin Verlag, 2008, S. 201.

¹²¹ Ebenda

¹²² Tobias ten Brink, Geopolitik – Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz, Verlag Westfälisches Dampfboot 2008, S. 255.

und teilweise Konfliktverhältnisse“ entstehen können. Sie „basieren aus der Realität einer außenpolitischen, von Zentralasien über den Mittleren und Nahen Osten bis nach Afrika und Lateinamerika reichenden Offensive Pekings, die zu Bedrohungswahrnehmungen bei anderen führenden Staaten und insbesondere bei den USA führen.“¹²³

Mit der Entwicklung der Beziehungen zu China schafft sich Lateinamerika ein Gegengewicht zur Minderung der Abhängigkeit von den USA und der EU. Auch in Mexiko ist China dabei, mit Erdölderivaten und Textilien amerikanische Firmen vom Markt zu verdrängen. China ist zum echten Konkurrenten anderer Mächte auf dem lateinamerikanischen Kontinent herangewachsen. Die Befürchtungen in den USA über die wachsenden Anteile chinesischer Unternehmen und des politischen Einflusses wachsen. Im Moment der Krise sehen lateinamerikanische Ökonomen eine Chance, dass sich diese wirtschaftlichen Beziehungen noch schneller ausbauen lassen. Für Lateinamerika ist China eine aufsteigende Macht, sodass ein wachsender Austausch längerfristigen Charakter haben kann.

Auf dem Venezuela-Treffen der europäischen Solidaritätsbewegung in Paris im Oktober 2008 wies der venezolanische Außenminister Nicolás Maduro darauf hin, dass sich in der internationalen Krise heute die globalen Machtblöcke neu ordnen. Er nannte dabei nicht nur den Aufbruch in Lateinamerika, sondern auch die neue Rolle, Chinas, Indiens und Russlands.¹²⁴ Der chilenische Ökonom Orlando Caputo sieht voraus, dass die gegenwärtige Krise die Hegemonie der USA und ihrer Währung erschüttern wird, was zur Herausbildung einer neuen Globalisierung auf der Grundlage regionaler Blöcke führen könne. Er geht jedoch davon aus, dass die Zukunft abhängen wird „von den Entscheidungen der Regierungen und den Mobilisierungen der Werktätigen und der sozialen Bewegungen“.¹²⁵

¹²³ Ebenda, S. 256.

¹²⁴ Vgl. Harald Neuber, Die Krise als Chance, „Neues Deutschland“, Berlin, 28. Okt. 2008.

¹²⁵ Olmedo Beluche, La crisis de la economía mundial. Análisis y perspectivas de Orlando Caputo, Bericht über einen Vortrag auf dem Internationalen Seminar in Mexiko „Die Parteien und eine neue Gesellschaft“, 19.-21. März 2009, Argenpress.info, 13. April 2009.

Einige Schlussbemerkungen

Lateinamerika ist dabei, sich aus historischer Abhängigkeit zu lösen, und ringt um die Gestaltung neuer Maßstäbe für die Entwicklung der regionalen und internationalen politischen und ökonomischen Beziehungen im Zeitalter einer vertieften Globalisierung. Eine Überwindung der USA-Vorherrschaft und der Fesselung an ausländische Interessen, ein Umsteuern der ökonomischen, politischen, sozialen Entwicklungsorientierung, wie in einigen Ländern deutlich angestrebt, würden größere Freiräume für innere Kräfte des Wandels schaffen.

Die heutige lateinamerikanische Linke in ihrer Vielfalt treibt Prozesse voran, für die sich mittelfristig zwei unterschiedliche Perspektiven voraussehen lassen:

Zum einen vertieft sich die Entwicklung des Kapitalismus in den Hauptländern, die den jeweiligen Eliten Möglichkeiten erschließt, sich selbstständiger in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht in die Weltvorgänge einzuschalten. Entwicklungsmodelle in Brasilien und Argentinien, auch Chile, sind Modelle einer nachholenden kapitalistische Entwicklung,¹²⁶ die eine bestimmte politische Nähe zu solchen Ländern wie China, Indien, Russland usw. schafft. Eine ihrer Besonderheiten besteht darin, dass sowohl die neuen wie auch Teile der alten Eliten Regierungen tolerieren, die als „links“ oder „links-liberal“ angesehen werden und durch eine mehr oder weniger nachhaltige Sozialpolitik eine Harmonisierung der sozialen Beziehungen herstellen und neue Entwicklungsimpulse freisetzen. Damit wird der Versuch unternommen, einen „humaneren Kapitalismus“ (Argentinien) oder „sozialeren Kapitalismus“ (Brasilien) zu gestalten. Auch der Druck der ökologischen Probleme kann neue Tendenzen in dieses Entwicklungsmodell einführen.

Zum anderen sind die Linksentwicklungen Ausdruck des wachsenden Widerstandes breiter Volksmassen gegen die neoliberalen Verhältnisse und ihrer Auseinandersetzung mit den Übeln des Kapitalismus überhaupt und stellen Ausgangspunkte für die Entwicklung neuer Gesellschaftsmodelle (wie sie u.a. in der Debatte über einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ vorausgedacht werden) dar. Sowohl die Wahlerfolge linksgerichteter Parteien wie der PT in Brasilien und der Frente Amplio in Uruguay wie auch die tiefer gehenden neuen gesellschaftlichen Erfahrungen in Venezuela, Bolivien und Ekuador sind Ausdruck für die Herausbildung neuer Hegemonieverhältnisse. Die verfassungsgebenden Prozesse in diesen Ländern beinhalten eine Hinwendung zu einer Demokratie von unten, in der nicht mehr die alten herrschenden Kräfte den Ton angeben, sondern soziale Bewegungen (indigene, demokratische, antikapitalistische Volkskräfte) sich als hegemoniale Akteure bewegen. Es geht um die Überwindung von Marginalisierung, um Partizipationsmöglichkeiten, um die Umverteilung des Reichtums, darüber hinaus auch um ein neues Paradigma des Umgangs mit der Natur. Das geschieht in heftiger Auseinandersetzung mit alten Strukturen und Kräften. Insofern sind diese Prozesse nach vorne hin offen und reversibel. Die erreichten Veränderungen sind keineswegs strukturellen Charakters und können somit leicht rückgängig gemacht werden. Dauerhaftigkeit und Überlebenschancen hängen von der Fähigkeit der neuen Akteure ab, sich in dieser Auseinandersetzung zu behaupten und schöpferisch neue Lösungen für die gesellschaftlichen Grundprobleme der Zeit zu finden.

¹²⁶ Vgl. Tobias ten Brink, Geopolitik – Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz“, a.a.O.,S. 251.

Dabei gilt es ständig nach der weiteren Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu streben, Erreichtes zu sichern, die neuen Akteure selbst weiterzuentwickeln und ihren Zusammenhalt zu sichern.

Den progressiven Kräften Lateinamerikas steht, abgesehen von den äußeren Gegenmächten, eine erfahrene Bourgeoisie gegenüber. Selbst wenn Teile der Eliten sich auf die neuen Verhältnisse einer Machtteilung eingestellt haben, werden sie immer danach streben, in der Auseinandersetzung mit linken Kräften die Oberhand zu behalten. Die Ergebnisse der Wahl zur Abgeordnetenversammlung im Juli in Argentinien waren für den Kirchner-Flügel eine Niederlage (drei Millionen Stimmen weniger als 2007 bei der Wahl Cristina Kirchners). In Mexiko erstarkte erneut die PRI, die im Jahr 2000 nach mehr als einem halben Jahrhundert als Regierungspartei abgewählt worden war. Der Staatsstreich in Honduras als Reaktion auf Bestrebungen nach minimalen Verbesserungen der sozialen Lage der unteren Schichten und neuen außenpolitischen Orientierungen ist ein deutliches Zeichen für die Entschlossenheit der alten Eliten, ihre Privilegien mit allen Mitteln zu verteidigen.

Für die Linke Lateinamerikas ergibt sich daraus die Notwendigkeit, die Veränderungen des Kräfteverhältnisses im Sinne des sozialen Fortschritts und der Vertiefung der Demokratie und Partizipation breiter Volksmassen zu nutzen.

Obwohl die Veränderungsprozesse in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Charakters sind, können sie nicht voneinander isoliert betrachtet werden. „Eine Niederlage während der Wahl 2010 in Brasilien würde einen Rückschlag in Größenordnungen für Brasilien und darüber hinaus für Gesamtlateinamerika bedeuten.“¹²⁷ Das Zusammenwirken der unterschiedlichsten Kräfte ist – trotz unterschiedlicher politischer oder ideologischer Positionen – sowohl im nationalen wie auch im lateinamerikanischen Rahmen ein unerlässliches politisches Erfordernis.

Deutlich wird das Bestreben, entstehende politische Divergenzen und Konkurrenzverhältnisse, die aus den unterschiedlichen Entwicklungsrichtungen oder aus Interessenunterschieden resultieren, im Dialog, auf staatlicher Ebene mit diplomatischen Mitteln zu lösen. Nicht unwesentlich in diesem Zusammenhang sind die Position und der Charakter der jeweiligen führenden Persönlichkeiten. Präsident Hugo Chávez bestimmt mit seinen Ideen und Maßnahmen das politische Bild und die Tagesordnung Lateinamerikas, was nicht überall auf Beifall stößt. Die Reaktion anderer Staaten auf bestimmte Initiativen ist zuweilen zögerlich bis zurückhaltend, da sie Kräfteverhältnisse im eigenen Land zu berücksichtigen haben. Brasilien zeigt vorerst keine Bereitschaft der ALBA beizutreten. Gleichzeitig agiert es aber gemeinsam mit Venezuela auf internationaler politischer Ebene vorwiegend im Gleichklang, was die Entwicklung der Süd-Süd-Beziehungen betrifft. Brasilien als regionale Macht wird im Verbund mit anderen Ländern Lateinamerikas zu einem „global player“.

Im gegenwärtigen Moment der weltweiten Krise und der Probleme, die die USA durchleben, ist die internationale Situation sehr instabil und für überraschende Wendungen offen. Die Länder Lateinamerikas sind wirtschaftlich in hohem Maße verwundbar. An die Linke stellt diese Situation große Anforderungen. Vorauszu-

¹²⁷ Iole Iliada, Direktorin der Stiftung der PT Perseu Abramo, Brasilien, „Die Linke in der Regierung, die Krise des Kapitalismus und Postneoliberalismus“, Beitrag auf dem Seminar der Rosa Luxemburg Stiftung, Büro Brüssel „Linke in der Regierung – ein strategisches Problem“, 01. – 03. Mai 2009.

sehen ist eine längerfristige Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation und damit eine Verschärfung der sozialen Probleme. Gleichzeitig eröffnet die Krise aber auch neue Möglichkeiten, politisch und ideologisch weiter in die Offensive zu gehen, das neoliberale System in seiner Ganzheit weiter zu delegitimieren und alternative Vorstellungen zu vertiefen (wie Einschränkung der Macht des Finanzkapitals, Stärkung des öffentlichen Sektors, Verstärkung der öffentlichen demokratischen Kontrolle über alle Institutionen des Staates und des Marktes einschließlich der Banken und Börsen und Regulierung der Tätigkeit des Auslandskapitals) sowie mit der Vertiefung der Integration die eigenen Kräfte zu sammeln. Die Linke Lateinamerikas hat sich Voraussetzungen dafür geschaffen.

Gemeinsam ist den Linkskräften Lateinamerikas das Bewusstsein der Einmaligkeit des historischen Moments, der nicht wiederkehrenden Chance.

Anhang

Eine Linke mit Zukunft

(Teilübersetzung)

Boaventura de Sousa Santos

Entpolarisierte Pluralitäten: eine Linke mit Zukunft¹²⁸

(Pluralidades despolarizadas: una izquierda con futuro)

Die beunruhigende Beziehung zwischen Theorie und Praxis

Die Distanz zwischen der Praxis der lateinamerikanischen Linken und den klassischen linken Theorien ist heute größer denn je. Gegenwärtig ist dies vielleicht das wichtigste Merkmal der lateinamerikanischen Linken. Vom mexikanischen EZLN bis zur brasilianischen PT-Regierung, von den argentinischen Piqueteros bis zur brasilianischen MST, von den indigenen Bewegungen Boliviens und Ekuadors bis zur Frente Amplio Uruguays, vom Weltsozialforum bis zu Hugo Chávez begegnen wir Formen der politischen Praxis, die im allgemeinen als links anerkannt werden, aber die in ihrer Gesamtheit in den hauptsächlichsten theoretischen Traditionen der lateinamerikanischen Linken nicht vorgesehen waren oder ihnen sogar widersprechen.

Aus dieser wechselseitigen Blindheit der Praxis in Bezug auf die Theorie und der Theorie in Bezug auf die Praxis geht einerseits eine Untertheoretisierung der Praxis und andererseits eine Irrelevanz der Theorie hervor. Das heißt aus der Blindheit der Theorie resultiert ein Nichtwahrnehmen der Praxis, während sich aus der Blindheit der Praxis eine Irrelevanz der Theorie ergibt. Dieses gegenseitige Aneinandervorbei erzeugt auf der Seite der Praxis ein extremes Schwanken zwischen der revolutionären Spontaneität und einer bis zur Wirkungslosigkeit selbstbeschränkten „Politik des Möglichen“ und auf der Seite der Theorie ein ebenfalls extremes Hin und Her zwischen einem Bestreben der nachvollziehenden Anpassung post factum und einer arroganten Indifferenz gegenüber allem, was die Theorie nicht erfasst. Unter diesen Bedingungen nimmt die Beziehung zwischen Theorie und Praxis, die ja weiterhin existiert, völlig neue Merkmale an.

Auf der einen Seite hört die Theorie auf, sich in den Dienst zukünftiger Praxis zu stellen, die sie potentiell enthalten kann, und beschränkt sich darauf, vergangene Praxis, die außerhalb der Theorie entstanden ist, zu ratifizieren (oder auch nicht). Sie hört auf, Orientierung zu sein, und wird zur Legitimation. Auf der anderen Seite rechtfertigt die Praxis sich selbst, indem sie auf ein theoretisches Sammelsurium zurückgreift, das für die Bedürfnisse des Augenblicks konstruiert wird und aus heterogenen Begriffen und Redensarten besteht, die vom theoretischen Standpunkt nicht mehr sind als opportunistische Gemeinplätze oder Rhetorikübungen.

Aus diesem bizarren Verhältnis zwischen Theorie und Praxis folgen drei politische Tatsachen, die entscheidend sind, um die gegenwärtige Situation der lateinamerikanischen Linken zu verstehen. Die erste Tatsache ist, dass niemals die Diskrepanz

¹²⁸ aus: Daniel Chavez, César Rodríguez Garavito y Patrick Barrett (editores), La nueva izquierda en América Latina (Die neue Linke in Lateinamerika), Los Libros de la Catarata. Madrid 2008, pp.. 359-376.

zwischen den Gewissheiten auf kurze Sicht und den Ungewissheiten auf mittlere und lange Frist so groß war wie heute. Deshalb herrscht ein strategisches Verhalten vor, das ebenso gut revolutionär wie reformistisch sein kann. Dieses taktische Verhalten ist auch bedingt durch die Sicherheiten und die Metamorphosen des Gegners der Linken.

In den letzten drei Jahrzehnten hat der neoliberale Kapitalismus erreicht, die sozialen Beziehungen denen des Wertes bis zu einem Extrem, das noch vor kurzem undenkbar war, unterzuordnen. Die brutale Verschlimmerung der Ausbeutung und des Ausschlusses und folglich der sozialen Ungleichheit durch den Abbau der politischen und juristischen Regulierungsmechanismen, die bisher unverrückbar erschienen, verleiht den Widerstandskämpfen einen Charakter von Dringlichkeit, die in den kurzfristigen Zielen – von den wilden Privatisierungen bis zur WTO – breite Übereinkommen ermöglicht, ohne dass man zu klären braucht, ob der Kampf sich gegen den Kapitalismus im allgemeinen richtet oder, im Gegenteil, gegen diesen Kapitalismus im Namen eines anderen, der grundsätzlich von ihm verschieden ist. Diese Verschleierung ist kein neues Problem. Im Gegenteil, es durchzog die Linke während des ganzen 20. Jahrhunderts. Aber heute nimmt es eine neue Intensität an. Die Gewalt des neoliberalen Kapitalismus wirkt bis zu einem solchen Grade unterjochend, dass als Kampf gegen ihn erscheinen kann, was nichts anderes ist als Anpassung. Außerdem offenbart die Ungewissheit auf lange Sicht heute auch eine neue Dimension: Man kann nicht einmal sicher sein, dass dieses Langfristige überhaupt existiert. Das heißt die Ungewissheit des Langfristigen ist von solcher Art, dass sie aufhört, die Konflikte innerhalb der Linken zu organisieren. Unter diesem Gesichtspunkt verlängert sich die Reichweite des Kurzfristigen und die Gewissheiten und Notwendigkeiten auf kurze Sicht werden nun manchmal zu Ausgangspunkten für die konkreten politischen Polarisierungen.

Wenn auf der einen Seite der Verlust der Glaubwürdigkeit des Langfristigen das strategische Verhalten begünstigt, verhindert es auf der anderen Seite, dass die Polarisierungen über das Profil des Langfristigen sich mit den Polarisierungen über die kurzfristigen Ziele überlagern. Das heißt es wird eine totale Öffnung über die Zukunft möglich, auf der sich die Konsense aufbauen. Wenn noch vor kurzem die Meinungsverschiedenheiten über die langfristigen Ziele stark waren und sich die Übereinstimmungen auf das Kurzfristige konzentrierten, so ergeben sich heute mit dem Verlust der Glaubwürdigkeit des Langfristigen die großen Nichtübereinstimmungen im Bereich des Kurzfristigen, wo es Gewissheiten gibt. Und die Gewissheiten werden, da sie für die verschiedenen Gruppen unterschiedlich sind, die Grundlage großer Meinungsverschiedenheiten.

Die fortschreitende Unsicherheit und daher Öffnung des Langfristigen findet Ausdruck im Übergang von der Gewissheit der sozialistischen Zukunft, als Ergebnis der Entfaltung der Produktivkräfte nach Marx, zur Dichotomie Sozialismus oder Barbarei, die Rosa Luxemburg formulierte, und danach zum Gedanken „Eine andere Welt ist möglich“, der über dem Weltsozialforum steht. Dazwischen existieren viele vermittelnde Übergänge.

Das Langfristige war immer der Horizont der Linken. Je größer in der Vergangenheit der Unterschied dieses Horizonts zum Panorama des Kapitalismus in der Gegenwart war, umso radikaler war die Konzeption für den Weg des Handelns. Daraus ergab sich eine Kluft zwischen Revolution und Reform. Heutzutage hat diese Kluft eine Erosion parallel zu der des Langfristigen erfahren. Sie existiert weiterhin, aber sie hat die Beschaffenheit und die Konsequenzen verloren, die sie hatte. Obgleich von Bedeutung, ist diese Unterscheidung relativ flexibel und widersprüchlichen Auslegungen unterworfen. Es gibt reformistische Prozesse, die revolutionär

erscheinen (Hugo Chávez) und revolutionäre Prozesse, die reformistisch scheinen (Zapatisten) und sogar reformistische Prozesse, die nicht einmal reformistisch erscheinen (PT-Regierung).

Die zweite Tatsache, die aus dem verzerrten Verhältnis zwischen der Theorie und der Praxis hervorgeht, ist die Unmöglichkeit einer übereinstimmenden Einschätzung über das Wirken der Linken. Wenn für die einen die Linke seit den siebziger Jahren einen Rückgang des Klassenkampfes erlebt, ist für die anderen dies ein Zeitraum, der reich an Innovation und Schöpferium ist und in dem sich die Linke durch neue Kämpfe, neue Formen der kollektiven Aktion, neue objektive Ziele erneuerte.

Es hat sicher einen Rückschlag gegeben, aber für die klassischen Formen der Organisation und politischen Aktion, und es war dank dieses Niedergangs, dass neue Formen der Organisation und politischen Aktion entstanden. Für diejenigen, die den Gedanken eines allgemeinen Rückgangs vertreten, ist die Bilanz negativ und die angeblichen Neuerungen resultieren aus der Verdrängung, die die Kämpfe für wesentliche Ziele erlitten haben (der Klassenkampf im Bereich der Produktion), zugunsten der Kämpfe für sekundäre Ziele (Identitätsanliegen, Ziele im Bereich der sozialen Reproduktion). Damit würde es sich um Zugeständnisse an den Gegner handeln, so radikal die Diskurse des Bruchs mit dem System auch seien. Für diejenigen, die den Gedanken der Erneuerung und Kreativität vertreten, ist die Bilanz positiv, weil blockierende dogmatische Auffassungen durchbrochen worden seien, weil sich die Formen der kollektiven Aktion und die soziale Basis, die sie trägt, erweitert hätten und auch – vor allem – weil die Kämpfe ihrer Form und den Bereichen nach neue Gebiete der Verwundbarkeit des Gegners aufzudecken ermöglichten.

In diesem Disput über die Bilanz der letzten drei Jahrzehnte greifen beide Positionen auf den Irrtum zurück, von hypothetischen Vergangenheiten auszugehen, sei es um zu zeigen, dass, wenn die Orientierung auf den Klassenkampf aufrechterhalten worden wäre, die Ergebnisse besser gewesen wären, sei es um im Gegenteil zu demonstrieren, dass ohne die neuen Kämpfe die Resultate schlechter gewesen wären.

Die dritte Tatsache, die aus dem bizarren Verhältnis zwischen Theorie und Praxis folgt, ist der neue theoretische Extremismus. Es handelt sich um weit größere und gleichzeitig weit irrelevantere Polarisierungen als die, die den theoretischen Streit der Linken vor drei Jahrzehnten charakterisierten. Im Unterschied zu diesen sind diese aktuellen Polarisierungen nicht direkt mit organisatorischen Formen und konkreten politischen Strategien verbunden. Mit den jüngsten Streitfragen verglichen erscheinen die extremen Positionen der früheren Dispute heute weniger weit voneinander entfernt, obgleich aus der Option für die eine oder die andere viel konkretere Folgen für das Leben der Organisationen, der Aktivisten und der Gesellschaften hervorgingen. Drei Dimensionen kennzeichnen hauptsächlich den heutigen theoretischen Extremismus:

Über die Subjekte der sozialen Transformation besteht die Polarisierung zwischen einer genau abgegrenzten historischen Subjektivität, einer Arbeiterklasse und ihren Verbündeten auf der einen Seite und den unbestimmten und nicht eingegrenzten Subjektivitäten auf der anderen, seien das alle Unterdrückten, die „gewöhnlichen und daher rebellischen Leute“ oder die *Multitude*. Bis vor drei Jahrzehnten gab es die Polarisierung „nur“ über die Grenzen der Arbeiterklasse (die industrielle Avantgarde gegenüber den rückständigen Sektoren), in der Definition der Verbündeten, ob es die Bauern oder das Kleinbürgertum seien, oder über den Übergang von der Klasse an sich zur Klasse für sich.

In Bezug auf die Ziele des sozialen Kampfes besteht die Polarisierung zwischen der Machtergreifung und der totalen Ablehnung des Begriffs der Macht, das heißt zwischen dem Etatismus und dem Antietatismus in den radikalsten Varianten. Vor drei Jahrzehnten entstand die Polarisierung über die Mittel der Machtergreifung (bewaffneter Kampf gegen institutionellen Kampf) und über das Wesen und die Ziele der Ausübung der Macht nach ihrer Übernahme (Volksdemokratie/Diktatur des Proletariats gegen repräsentative Demokratie).

Auf dem Gebiet der Organisation besteht die Polarisierung zwischen einer zentralisierten Organisation rund um die Form der Partei und dem totalen Fehlen des Zentralismus und sogar jeglicher Organisation, soweit sie nicht spontan aus dem Gang der kollektiven Aktion auf Initiative der Akteure selbst in ihrer Gesamtheit entsteht. Vor drei Jahrzehnten ergab sich eine Polarisierung zwischen kommunistischen und sozialistischen Parteien, zwischen Einheitspartei und Mehrparteiensystem, in Hinblick auf das Verhältnis zwischen Partei und Massen oder auf die organisatorische Form der Arbeiterpartei (demokratischer Zentralismus gegen dezentralisierte Organisation und Recht auf Dissidenz).

Wir begegnen heute Polarisierungen anderen Typs, mit neuen und extremeren Positionen. Das bedeutet nicht, dass die früheren Polarisierungen verschwunden wären: Sie haben nur ihre Ausschließlichkeit und die zentrale Stellung verloren, die sie innehatten. Die neuen Polarisierungen haben weiterhin Konsequenzen innerhalb der Linken, aber sie sind in gewisser Weise diffuser als in früheren Perioden. Das ergibt sich aus zwei Faktoren: auf der einen Seite das bereits erwähnte eigenartige Verhältnis zwischen der Theorie und der Praxis, das dazu führt, dass die letztere relativ immun ist gegen die theoretischen Polarisierungen oder angesichts eines selektiven und instrumentalisierten Theoriekonsums; auf der anderen Seite machen die Akteure mit extremen Positionen sich nicht dieselben sozialen Basen streitig, sie mobilisieren sich nicht für dieselben Kampfziele und sie sind weder in denselben noch in rivalisierenden Organisationen aktiv, so dass die Konfrontationen innerhalb der Linken eher Parallelwelten gleichen.

Diese Gegenüberstellungen haben daher eine wichtige Konsequenz: Sie machen die Akzeptanz der Pluralität und der Diversität schwierig und verhindern deren Umwandlung in einen Motor neuer Kampfformen, neuer Koalitionen und neuer Verknüpfungen. Es handelt sich um eine wichtige Konsequenz, besonders wenn man sich vor Augen hält, dass die extremen Positionen in den neuen Polarisierungen das Universum der Kultur der Linken überhaupt überschreiten. Wir stehen vor sehr weit voneinander entfernten kulturellen, symbolischen, linguistischen Welten, und ohne über einen Übersetzungsmodus zwischen ihnen zu verfügen, wird es nicht möglich sein, sich gegenseitig verständlich zu machen.

Wenn man auf der einen Seite von Klassenkampf, Kräfteverhältnis, Gesellschaft, Staat, Reform, Revolution spricht, ist auf der anderen von Liebe, Würde, Solidarität, Gemeinschaft, Rebellion, Gefühlen und Stimmungen die Rede, von der Transformation von Subjektivität, von „einer Welt, in die alle Welten passen“. Es handelt sich um einen kulturellen Bruch und zugleich um einen Bruch im Prozess der Erkenntnis der Realität, die ihre soziologischen Grundlagen im Auftreten kollektiver Akteure haben, die aus unteren, indigenen, afroamerikanischen und feministischen Kulturen hervorgehen, aus Kulturen, die während des ganzen 20. Jahrhunderts von der klassischen Linken geringschätzig behandelt, wenn nicht gar angefeindet wurden.

Die Linke des 21. Jahrhunderts

Ist zwischen den extremen Positionen der neuen Polarisierungen oder Brüche innerhalb der lateinamerikanischen Linken eine Synthese möglich? Ich denke nicht, und wenn sie möglich wäre, wäre sie nicht wünschenswert. Die Suche nach einer Synthese verlangt eine Vorstellung von Totalität, die die Vielfältigkeit auf die Einheit zurückführen würde. Nach meiner Meinung kann keine Totalität die unerschöpfliche Vielfalt von Praktiken und Theorien in der heutigen lateinamerikanischen Linken enthalten. Anstelle von Synthese, denke ich, muss man *entpolarisierte Pluralitäten* zu schaffen suchen. Es handelt sich darum, eine in der Linken stark verwurzelte Tradition umzukehren, die auf dem Gedanken beruht, dass die Differenzen zu politisieren gleichbedeutend damit ist, sie zu polarisieren. Im Gegenteil schlage ich vor, dass die Politisierung auf dem Wege der Entpolarisierung vor sich gehen soll. Diese besteht darin, Koalitionen und Zusammenschlüsse vorrangig anhand von konkreten kollektiven Praktiken aufzubauen und die theoretischen Unterschiede ausschließlich im Rahmen dieses Zusammenschlusses zu diskutieren.

Das Ziel ist, aus der Anerkennung der Differenzen einen Faktor der Sammlung und der Einbeziehung zu machen, um zu vermeiden, dass kollektive Aktionen ihretwegen unmöglich werden, und so einen Kontext der politischen Auseinandersetzung zu schaffen, in dem die Anerkennung der Unterschiede mit der Anerkennung der Ähnlichkeiten Hand in Hand geht. Das heißt, es geht darum, Kontexte der Diskussion zu schaffen, in denen der Impuls für die Einheit und die Gleichartigkeit die gleiche Intensität hat wie der für die Abgrenzung und den Unterschied. Die kollektiven Aktionen, die durch die entpolarisierten Pluralitäten zustande kommen, regen eine neue Konzeption von Aktionseinheit an, in dem Maße, wie die Einheit aufhört, Ausdruck eines monolithen Willens zu sein, und zu einem mehr oder weniger breiten und dauerhaften Zusammentreffen einer Pluralität von Willen wird.

Die Konzeption entpolarisierter Pluralitäten widerspricht allen Automatismen politischer Auseinandersetzung innerhalb der Linken. Es wird deshalb nicht leicht sein, sie zur Anwendung zu bringen. Für diese Herangehensweise sprechen zwei wichtige Faktoren. Der erste ist die gegenwärtige Vorherrschaft der kurzfristigen über die langfristige Sicht, auf die ich mich oben bezogen habe, mit der Konsequenz, dass das Langfristige niemals so wenig das Kurzfristige bedingt hat wie heute. In der Vergangenheit waren die kurzfristigen Ziele in dem Maße, wie die langfristigen als der große Polarisierungsfaktor unter den Linken wirkten, immer mit einer gewissen Autonomie im Verhältnis zum Langfristigen konzipiert und übernahmen eine entpolarisierende Rolle. In Anbetracht dessen kann das taktische Verhalten, das aus der gegenwärtigen Vorherrschaft des Kurzfristigen hervorgeht, das Übereinkommen erleichtern, um den konkreten kollektiven Aktionen Priorität zu verleihen und so die Pluralität und die Diversität in den Zusammenhängen der kurzfristigen Ziele und nur hier zu diskutieren. Kurzfristig gesehen sind alle revolutionären Aktionen potentiell reformistisch und alle reformistischen Aktionen können dahin gelangen, der Kontrolle der Reformisten zu entgleiten. Die Konzentration auf die Gewissheiten und Notwendigkeiten auf kurze Sicht bedeutet folglich nicht nur, das Langfristige beiseite zu lassen, sie schließt auch ein, dass dieses mit der genügenden Offenheit gesehen wird, um undeutliche Konsense und einvernehmliches Schweigen zuzulassen. Die Öffnung des Langfristigen kann als versöhnendes Element für die Entpolarisierung fungieren.

Das zweite begünstigende Element für den Aufbau entpolarisierter Pluralitäten ist die Anerkennung der Tatsache – heute nach der Erhebung der Zapatisten und der

Entstehung des Weltsozialforums offensichtlicher denn je -, dass die Linke multikulturell ist, das schließt ein, dass die Unterschiede, die sie teilen, die politischen Eckpunkte, in denen sie normalerweise formuliert werden, überschreiten. Dem liegen kulturelle Unterschiede zugrunde, die eine „wahre“ Linke nicht außer acht lassen kann, da es keinen Sinn hätte, für die Anerkennung und Respektierung der kulturellen Unterschiede „dort draußen“ zu kämpfen, in der Gesellschaft, und sie „im eigenen Hause“ nicht anzuerkennen und zu achten. So finden wir einen bereits geschaffenen Kontext vor, um nach der Voraussetzung zu handeln, dass die Unterschiede nicht durch politische Resolutionen zu beseitigen sind; vielmehr müssen wir mit ihnen leben und sie in einen Faktor der Bereicherung und der kollektiven Kraft verwandeln.

Jetzt sollen die Felder und die Prozesse der Schaffung der entpolarisierten Pluralitäten näher analysiert werden. Da es sich um ein Projekt politischer Erneuerung handelt, wird es vielleicht gut sein, zuerst die Anzeichen der Erneuerung zu identifizieren, die in der lateinamerikanischen Linken zu entdecken sind. In der Tat stellt sich das Projekt der entpolarisierten Pluralitäten nur das Ziel, diese Anzeichen zu erweitern, sie für das Zustandekommen neuer und effektiverer kollektiver Aktionen fruchtbar zu machen und in ein neues und mehr einbeziehendes Klima der politischen Kulturen der Linken münden zu lassen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit stelle ich vier große Anzeichen von Erneuerung in den letzten drei oder vier Jahrzehnten unter vielen weiteren entscheidenden Bereichen für eine neue politische Kultur der Linken fest. Diese Erneuerungszeichen sehe ich in dem transformatorischen Willen, der Ethik, der Erkenntnisprozesse und der Organisation.

Für die Erneuerung des transformatorischen Willens findet sich ein Gründungsmoment bei Che Guevara, aber sie hat ihre beredtesten Bekundungen in der Regierung von Salvador Allende, in der Sandinistischen Front, in den indigenen Bewegungen des Kontinents und in der MST. Die ethische Erneuerung zeigt sich vor allem in der Theologie der Befreiung und in der Weise, wie sie sich in die Volkskämpfe und in die Gedankenwelt des Widerstandes gegen die Unterdrückung einbringt. Die Erneuerung der Erkenntnis begann mit den indigenen Bewegungen und den feministischen Bewegungen und hat heute ihre stärksten Ausdrucksformen im EZLN und im Weltsozialforum. Die organisatorische Erneuerung hat ihr Gründungsmoment im Prozess der Schaffung der PT und ihre bedeutungsvollste Manifestation im Weltsozialforum.

Das alles sind politische Innovationen, aber von unterschiedlichen Ecken aus und mit unterschiedlicher Intensität. Wenn man sich auf sie stützt, ist es nach meinem Verständnis möglich, in neuen Paradigmen der transformatorischen und fortschrittlichen Aktion zu denken, die durch das operative Prinzip der entpolarisierten Pluralitäten beeinflusst sind.

Die Schaffung entpolarisierter Pluralitäten kommt durch kollektive Subjekte zustande, die bereits konstituiert oder im Prozess der Konstituierung sind und die in kollektive Aktionen einbezogen sind oder dazu bereit sind, an ihnen teilzunehmen. Die Bedeutung, die auf die Beteiligung an den kollektiven Aktionen, mittels Koordination oder Koalition, gelegt wird, ermöglicht es, von der Frage des Subjekts der Aktion abzusehen, insofern es, wenn es Aktionen gibt, auch handelnde Subjekte gibt. Das Vorhandensein von konkreten Subjekten beseitigt nicht die Frage nach dem abstrakten Subjekt, aber es verhindert, dass diese Frage in entscheidender Weise in die Konzeption oder die Entwicklung der kollektiven Aktion eingreift, da diese niemals Produkt abstrakter Subjekte ist. Der Beteiligung an konkreten kollektiven Aktionen Vorrangigkeit zuzuerkennen bedeutet in diesem Zusammenhang:

- Jedes teilnehmende Subjekt vermeidet die Vorstellung, dass die einzigen wichtigen oder korrekten kollektiven Aktionen die sind, die es selbst plant oder ausführt. In einem Kontext, in dem die Mechanismen der Ausbeutung, des Ausschlusses und der Unterdrückung sich vervielfachen und intensivieren, wird es besonders wichtig, keine soziale Widerstandserfahrung der Unterdrückten, Ausgebeuteten oder Ausgeschlossenen zu verlieren.

- Die theoretischen Auseinandersetzungen müssen im Zusammenhang mit den Aktionen stattfinden und immer das Ziel haben, diese zu erleichtern und zu stärken.

- Immer wenn ein gegebenes kollektives Subjekt dieses Ziel in Zweifel zieht, muss das Ausscheiden aus der kollektiven Aktion in solcher Weise erfolgen, dass die Position der anderen Subjekte, die mit der Aktion verbunden bleiben, so wenig wie möglich geschwächt wird.

Der Widerstand findet niemals abstrakt statt, die kollektiven transformatorischen Aktionen beginnen immer auf dem Terrain und in den Grenzen des Konflikts, die von den Unterdrückern gesetzt sind. Der Erfolg der kollektiven Aktionen wird gemessen an der Fähigkeit, im Verlauf des Kampfes das Terrain und die Grenzen des Konflikts zu verändern. Aber gleichzeitig ist es dieser Erfolg, der Maßstab für die Richtigkeit der eingenommenen theoretischen Positionen ist. Die pragmatische Auffassung (die von den Ergebnissen ausgeht) hinsichtlich der Richtigkeit der Theorie schafft eine Bereitschaft für die Entpolarisierung der Pluralitäten in dem Maße, wie die Aktion vor sich geht.

